REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 420 · 19.11.1998

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 44 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Chile: Pinochet in London verhaftet - und laufengelassen
2. Grüne AKWs strahlen nachhaltig
3. Paragraph 218: BVG stoppt bayerische Fundamentalisten - gy, Nürnberg
4. Rioja bleibt Rioja - Korrektur zu ak 419
5. "Für Diktatoren geht es meistens schlecht aus ...". Pinochet: Späte Einsicht eines greisen Despoten - Orlando Mardones
6. Callgirls der Globalisierung. Frauen am globalen Fließband. - Christa Wichterich
7. Es war einmal: Frieden schaffen ohne Waffen. Die rot-grünen Koalitionsvereinbarungen in der Militärpolitik - Vo
8. Hurra, wir regieren! Angetreten zum Jubeln: die staatstreue Linke - Js.
9. Koalieren ist kein Deckchensticken. Rot-grün serviert Flüchtlinge und Arme ab - dk.
10. "Umfassend und unumkehrbar". Erste Analyse der Eckpunkte rot-grüner Atompolitik - Jochen Stay
11. Im Osten geht die Sonne auf. PDS am Ziel: rot-rote Koalition in MecklenburgVorpommern - mb., Berlin
12. "Fit wie die GSG 9." Krankenjagd in "schlanken" Betrieben - dk.
13. WAA Sellafield: Der Anfang vom Ende? - Jill Perry
14. Das sicherste AKW der Welt. 20 Jahre kein AKW in Zwentendorf - Peter Weish
15. Biblis A: Grüne Nagelprobe für Atomausstieg - DKa + RP, Regionalplenum Hessen-Baden
16. Wirtschaft, Voluntarismus und keine Bananen. DDR-Ökonomie zwischen Plan und Wirklichkeit - Gerd Bedszent
17. Rückkehrgespräche. Ein Leitfaden für betroffene KollegInnen - Mag Wompel
18. Prekarität ist überall - Pierre Bourdieu
19. Arbeit und/oder Einkommen. VertreterInnen französischer Erwerbslosen-Initiativen diskutieren - Dominique Mezzi
20. Keinen Pfennig dem Arbeitsamt! Tips und Tricks für prekär Beschäftigte - Teil 2 - Guido Grüner
21. Die Stadt sind wir alle! Linke Bewegung in Zeiten von Umstrukturierung und Sicherheitswahn - ari
22. ak goes Internet: www.akweb.de
23. Das Ende der konservativen Revolution. USA: Republikaner verlieren die Kongreßwahlen - Michael Hahn
24. Der Hofnarr als Königsmacher."Externator II": Francesco Cossiga - der Mann mit dem Eispickel - Js.
25. Vorwärts im Geiste Aldo Moros! Italiens neue Regierung: der vollendete "historische Kompromiß" - Js.
26. Breite Bewegung, mäßiger Erfolg. Massenproteste der SchülerInnen - Bernhard Schmid
27. Baskenland - Spanien 41:34. Regionalwahlen im spanischen Baskenland - mb.
28. Die Tradition des Stillhaltens. Die Menschen in Rußland leiden und warten ab - wie lange noch? - Alexander Buzgalin
29. Nicaragua und Honduras nach der großen Flut - efa
30. Vergessen können wir nicht. Angehörige von Verschwundenen in Chile fordern Aufklärung. Interview mit Victoria und Heraclio Sabater
31. Operation Condor. Staatsterrorismus mit internationaler Reichweite - Esteban Cuya
32. Malaysia: Innenpolitische und außenwirtschaftliche Krise - Rainer Werning
33. Aushungern, obdachlos aussetzen, kriminalisieren. Berliner Sozialämter gegen Menschenwürde und Sozialstaat - Georg Classen
34. Schengener Polizeiaktion gegen Flüchtlinge und MigrantInnen - Mark Holzberger
35. Taxi in den Knast. Im Dreiländereck BRD - Tschechien - Polen - ch.
36. Wanderkirchenasyl: NRW-Landesregierung macht inakzeptables Angebot - Albrecht Kieser
37. Wanderkirchenasyl. Leben im Ausnahmezustand - Uli Hufen
38. Im Meer der Institutionen geht die Politik unter. Wolfgang Harich kritisiert Gehlen und Adorno - W. Harich
39. Rotbuch gegen Schwarzbuch. Rezension des Anti-Schwarzbuchs von Mecklenburg und Wippermann - Js.

40. Alle Jahre wieder: Wir wollen keine Schokolade, wir wollen 40.000 DM - ak- Redaktion
41. Quelldatei 35.htm
42. Quelldatei 38.htm
43. Schily setzt auf Kanthernuität
44. "Arbeit macht das Leben süß"

1. Chile: Pinochet in London verhaftet - und laufengelassen

Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/pino.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:pino

Leider hatten die Lordrichter in London bei Redaktionsschluß noch nicht entschieden, ob sie den 82jährigen Pinochet, ehemaliger Diktator und Chef der berüchtigten Operation Condor, an Spanien ausliefern oder nicht. Inzwischen haben nun auch die Schweiz und Frankreich einen Auslieferungsantrag gestellt. Während die Regierung in Santiago de Chile nun um humanitäres Verständnis für den kranken Schlächter bettelt, demonstrierten auf den Straßen der chilenischen Hauptstadt am Tag nach Bekanntwerden des Auslieferungsantrags tausende gegen "El Chacal". ChilenInnen im In- und Ausland verbinden mit dem Auslieferungs- gesuch die Hoffnung auf eine Spur Gerechtigkeit; gleichzeitig werden die Erinnerun- gen wieder lebendig, und die Überlebenden und Angehörigen der Opfer von Folter, Mord und Verschwindenlassen rufen weltweit öffentlich das in Erinnerung, was sich im Zuge der "Demokratisierung" in Chile eben nicht im Dunst der Geschichte aufgelöst hat.

Seite 22

2. Grüne AKWs strahlen nachhaltig

Rubrik: Regierungspolitik zu AKWs; Grüne (und Vorläufer); Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/titel2.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:titel2

Wenige Wochen nach der Bundestagswahl ist von einem rot-grünen Reformprojekt nirgends mehr die Rede, von Aufbruchstimmung ebensowenig. Kein Wunder - der in Rekordtempo verhandelte Koalitionsvertrag ist im wesentlichen ein SPD-Papier mit einigen grünen Einsprengseln. Die ersten Schritte der neuen Regierung waren bestimmt von dem Bemühen um "Kontinuität". Vizekanzler Fischer stellte sogleich klar, daß es eine "grüne Außenpolitik" nicht geben werde.

Spannend könnten die Auseinandersetzungen um den Ausstieg aus der Atomenergie werden. Die Grünen werden sich abstrampeln, einen Konsens mit der Atomwirtschaft zu erreichen.

Vermutlich werden sie am Ende die Einsicht verkünden, daß der Ausstieg leider, leider etwas länger dauern wird - was Schröder immer schon gewußt hat.

Schon in den kommenden Wochen wird sich zeigen, ob es überhaupt noch eine eigenständige Politik der Grünen trotz und in rot-grünen Koalitionen gibt - oder ob die Partei vollständig wegtaucht. Zuspitzen wird sich diese Frage u.a. an dem hessischen Atomkraftwerk Biblis A. Vor der Bundestagswahl haben die Grünen aus dem hessischen Umweltministerium mehrfach versucht, das AKW aufgrund gravierendster Sicherheitsmängel per Verfügung stillzulegen. Allein Frau Merkel verhinderte dies durch Weisungen aus der Bonner Umweltzentrale. Zähneknirschend mußten die hessischen Grünen ihre Verfügungen in die Schubladen zurücklegen. Im Wahlkampf zogen sie unermüdlich mit dem Versprechen durchs Land, Biblis A werde als erstes AKW endgültig stillgelegt, sobald das Bonner Umweltministerium in grüner Hand sei. Nun ist es soweit!

Ab sofort könnte ein grüner Atomminister Trittin nun die Weisungen seiner Vorgängerin aufheben und den Weg für die Stillegungsverfügung der hessischen KollegInnen frei machen. Wird er es tun? Oder wird er sich angesichts der bevorstehenden Konsensgespräche mit der Atomwirtschaft still verhalten und sich über die von den hessischen KollegInnen immer wieder massiv angeklagten Sicherheitsdefizite in Biblis A aus politischen Opportunitätserwägungen hinwegsetzen? Das wäre zumindest kurios, ist doch der ehemalige hessische Staatssekretär, Reiner Baake, bislang treibende Kraft gegen Biblis, nun Trittins neuer Staatssekretär in Bonn.

Andererseits wird es für die Grünen angesichts der mageren Ausstiegsvereinbarungen von großer Bedeutung sein, ein wenig Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Und schließlich stehen auch noch im Frühjahr 1999 in Hessen Landtagswahlen an. Wie hieß es zu früheren Wahlen bei Grünens so schön:

"Farbe bekennen!"

Zum Thema Atomausstieg und Biblis: "Grüne Nagelprobe für den Atomausstieg" Seite 10

Zu den außen- und militärpolitischen Aussagen des Koalitionsvertrages: "Es war einmal: Frieden schaffen ohne Waffen"

Seite 4

Zur rot-grünen Sozial- und Asylpolitik: "Koalieren ist kein Deckchensticken"

Seite 6

3. Paragraph 218: BVG stoppt bayerische Fundamentalisten

Autor: gy, Nürnberg · Rubrik: Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:25

Am 27. Oktober 1998 setzte das Bundesverfassungsgericht dem bayerischen Sonderweg zum Schwangerschaftsabbruch ein vorläufiges Ende. Fünf Ärzte, die gegen das "Bayerische Schwangerenhilfeergänzungsgesetz" geklagt hatten, bekamen in wesentlichen Punkten Recht.

Zur Erinnerung: Die Neufassung des §218 hatte zur Folge, daß die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in Bayern sprunghaft anstieg, weil viele bayerische Frauen nicht mehr gezwungen waren, in andere Bundesländer auszuweichen. Im wesentlichen ist dies zwei Ärzten in Nürnberg und München zu verdanken, die in ihren ambulanten Einrichtungen ca. die Hälfte aller Schwangerschaftsabbrüche in Bayern vornehmen. Die Bayerische Staatsregierung hatte daraufhin versucht, auf juristischem Wege die bayerische Statistik wieder zu beschönigen. Allen Protesten zum Trotz hatte die CSU im Bayerischen Landtag am 31. Juli 1996 zwei Sondergesetze verabschiedet, die Schwangerschaftsabbrüche in Bayern wesentlich erschweren sollten. Das "Bayerische Schwangerenberatungsgesetz" unterwirft die Beratungsstellen einer Vielzahl von Auflagen und erlaubt das Ausstellen der Beratungsbescheinigung nur dann, wenn die betroffene Frau die Gründe für den Schwangerschaftsabbruch nennt. Das "Bayerische Schwangerenhilfeergänzungsgesetz" sollte zum 1. Juli 1997 in Kraft treten und zielte auf die Reglementierung der ÄrztInnen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Danach müßten sie sich strengen Kontrollen durch amtliche Stellen unterziehen, benötigten die gynäkologische Facharztausbildung und dürften nur 25 Prozent ihrer Einnahmen aus Schwangerschaftsabbrüchen beziehen. Im Falle der Nichteinhaltung dieser Auflagen waren Strafen bis zu einem Jahr Gefängnis für ÄrztInnen vorgesehen (vgl. ak 392).

Gegen diese Gesetze gab es zunächst erfreulich breiten Widerstand, der von Protestaktionen, Unterschriftensammlungen und einem Redemarathon im Bayerischen Landtag bis hin zur öffentlichen Rüge durch die Mehrheit des Bundestages reichte. Aus vollmundigen Erklärungen von SPD und FDP, Klage vor dem Bundesverfassungsgericht einreichen zu wollen, ist nichts geworden. Als einzige haben letztendlich die beiden Hauptbetroffenen geklagt, denen sich drei weitere Ärzte anschlossen. Die bayerische FDP setzte schließlich ebenso wie die Grünen auf die Einleitung eines Volksentscheides, den sie selbst dann nur halbherzig betrieben. Die Devise der SPD - wie üblich - abwarten.

Am 24. Juni 1997 hat der erste Senat des Bundesverfassungs-gerichtes die wesentlichen Bestimmungen des "Schwangerenhilfeergänzungsgeset- zes" in einer einstweiligen Verfügung vorläufig außer Kraft gesetzt (vgl. ak 404). Insofern war die jetztige Entscheidung des Bundesverfassungs-gerichtes keine große Überraschung.

Das Urteil

In der nun erfolgten Entscheidung hat sich der erste Senat des Bundesverfassungs-gerichtes mit fünf Bereichen des "Bayerischen Schwangerenhilfeergänzungsgeset- zes" beschäftigt und entschieden.

Nichtig sind folgende Vorschriften:

- Die Regelung, nach der nur 25 Prozent der Einnahmen aus Schwangerschaftsabbrüchen stammen dürfen (5:3 RichterInnenstimmen)

- Die Strafvorschriften für ÄrztInnen, die gegen die Erlaubnispflicht verstoßen (einstimmig)

- Die Vorschrift, nach der ein Schwangerschaftsabbruch nur vorgenommen werden darf, wenn die Frau ihre Gründe für den Abbruch der Ärztin/ dem Arzt dargelegt hat (5:3 RichterInnenstimmen)

Begründet wird dies jeweils damit, daß der Bund die entsprechenden Bereiche umfassend und abschließend geregelt hat und die Länder hier keine Gesetzgebungskompetenz haben. Deshalb verstoßen diese Vorschriften gegen das Grundrecht der Berufsfreiheit. Dies gilt auch für Regelungen, auf die der Bund bewußt verzichtet hat, wie z.B. die Verhinderung von Spezialeinrichtungen durch Beschränkung der Einnahmen. "Die Sperrwirkung des Bundesgesetzes kann auch nicht dadurch in Frage gestellt werden, daß Zweifel an seiner materiellen Verfassungsmäßigkeit geäußert werden." (Urteil des BVerfG vom 27.10.98 - Az 1 BvR 2306/96

u.a., dokumentiert in: FR, 29.10.98) An dieser Stelle weist das Bundesverfassungsgericht explizit auf die Möglichkeit für die Länder hin, ein Bundesgesetz in einem Normenkontrollverfahren vom Bundesverfassungsgericht prüfen zu lassen.

Weiterhin erklärt das Bundesverfassungsgericht, die Länder hätten durchaus das Recht, die gynäkologische Facharztausbildung zur Voraussetzung für den Schwangerschaftsabbruch zu machen, jedoch müßten Übergangsregelungen für diejenigen AllgemeinärztInnen getroffen werden, die bisher Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt haben (5:3 RichterInnen Stimmen). "Ihnen muß die Möglichkeit eingeräumt werden, den Nachweis ihrer Qualifikation durch bisherige umfangreiche und beanstandungsfreie Tätigkeit zu erbringen." (Urteil des BVerfG)

Für verfassungskonform hält das Bundesverfassungsgericht den Erlaubnisvorbehalt, d.h., Einrichtungen, in denen Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden, brauchen die Erlaubnis der bayerischen Staatsregierung (6:2 RichterInnenstimmen).

Zwei Minderheitenvoten

Neben der Urteilsbegründung, die jeweils die Mehrheitsmeinung des ersten Senats enthält, gibt es noch zwei Minderheitenvoten. Im ersten Votum, das von Richter Papier und den Richterinnen Graßhof und Haas vertreten wird, wird der Bayerischen Staatsregierung in allen Punkten - mit Ausnahme der strafrechtlichen Sanktionen - Recht gegeben. Dies ist nicht weiter überraschend, sind die drei doch für ihre Lebenschützerpositionen bekannt.

Interessanter ist das zweite Minderheitenvotum, in dem Richter Kühling und Richterin Jaeger begründen, der Erlaubnisvorbehalt sei unverhältnismäßig und damit verfassungswidrig. "Die Regelung bürde den Ärzten eine besondere Last auf: Sie würden gezwungen, staatlichen Behörden ihre Bereitschaft zu bekunden, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen. Das sei kein wertneutraler Akt, weil Schwangerschaftsabbrüche in weiten Teilen der Bevölkerung aus ethischen oder religiösen Gründen abgelehnt würden. Der Arzt laufe daher Gefahr, mit der mißbilligten Handlung identifiziert zu werden. Belastend seien auch die besonderen Kontrollen durch die mit weitreichenden Befugnissen ausgestatteten Behörden.... Die Einschätzung, daß es sich insgesamt um schwerwiegende Beeinträchtigungen der ärztlichen Berufsfreiheit handelt, werde durch den Umstand bestätigt, daß nur insgesamt 10 Prozent der bayerischen Frauenärzte sich bereitgefunden hätten, eine Erlaubnis zu beantragen, von der rund die Hälfte nicht einmal gestatte, daß ihre Bereitschaft den Beratungsstellen oder nachsuchenden Frauen offengelegt werde. Nicht zuletzt darauf dürfte zurückzuführen sein, daß in Bayern ein hoher Anteil von Schwangerschaftsabbrüchen auf wenige spezialisierte Praxen entfiele." (Urteil des BVerfG)

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes bedeutet, daß die Absicht der bayerischen Staatsregierung, in Bayern durch Sondergesetze Abtreibungen faktisch zu unterbinden, ins Leere gelaufen ist. Auch die beiden Ärzte Stapf und Freudemann können ihre Spezialpraxen weiterführen. Der Facharztvorbehalt, der vor allem deshalb in das Gesetz aufgenommen wurde, weil Friedrich Stapf Allgemeinmediziner ist, darf nun ausgerechnet auf seine Person nicht angewendet werden. Bei aller Freude über das Urteil sollte nicht übersehen werden, daß eine Reihe von Auflagen für ÄrtzInnen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, weiter in Kraft sind und staatliche Behörden weitreichende Kontrollmöglichkeiten haben - sie können Räume besichtigen, Proben entnehmen und Unterlagen kopieren. Es bleibt abzuwarten, ob dies als Hebel für weitere Einschüchterungsversuche benutzt wird. Die bayerische Staatsregierung hat angekündigt, einen Rechtsexperten mit einem Gutachten zu beauftragen und anschließend darüber zu entscheiden, ob eine Normenkontrollklage eingereicht wird und damit die unendliche Geschichte - Bayern und der Schwagerschaftsabbruch - weitergeht.

Interessant ist nun auch, ob und wie gegen das zweite Sondergesetz, das Bayerische Schwangerenberatungsgesetz, vorgegangen werden kann. Ein Ansatzpunkt ist in dem Urteil enthalten: Die Frage, ob die Frau ihre Gründe für den Schwangerschaftsabbruch angeben muß, wird generell verneint.

Ein nettes Detail am Rande: Das Bundesverfassungsgericht legte dem Freistaat Bayern 90 Prozent der Kosten des Verfahrens auf. Es dürfte die bayerische Staatsregierung besonders schmerzen, daß sie nun auch die Rechnung der Anwältin von Andreas Freudemann, Christine Roth, bezahlen muß. Christine Roth hieß früher mal Christine Schanderl und hatte als Schülerin mit einer "Stoppt Strauss"-Plakette die bayerische

Staatsregierung so herausgefordert, daß sie mit einem anderen bayerischen Sondergesetz, dem "lex Schanderl", von der Schule verwiesen wurde.

gy, Nürnberg

4. Rioja bleibt Rioja

Autor: Korrektur zu ak 419 · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:39

Die BaskInnen haben sich schon eine genügend anspruchsvolle Aufgabe gesetzt. Sie wollen die Staatsgrenzen zweier europäischer Nationalstaaten korrigieren, um für sich das Selbstbestimmungsrecht zu erkämpfen. Insofern wäre es ziemlich unfair und vor allem falsch, wollte man ihnen imperialistische Tendenzen nachsagen, wie es die Karte in ak 419 auf Seite 14 nahelegen könnte: Dort ist neben den sieben historischen Provinzen des Baskenlandes auch Rioja farblich hervorgehoben, so daß ein falscher Eindruck entsteht. Rioja bleibt Rioja, und das Baskenland bleibt das Baskenland, auch im ak (siehe korrigierte Karte).

5. "Für Diktatoren geht es meistens schlecht aus ...". Pinochet: Späte Einsicht eines greisen Despoten

Autor: Orlando Mardones · Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:21

Am Freitag, den 16. Oktober wurde der chilenische Ex-Diktator, General im Ruhestand und Senator auf Lebenszeit, Augusto Pinochet, durch Beamte von Scotland Yard festgenommen. Die Verhaftung erfolgte auf Anweisung des spanischen Richters Baltasar Garzón, der Pinochet die Verantwortung für das "Verschwindenlassen" spanischer, argentinischer und chilenischer Bürger während der "Amtszeit" seiner Diktatur zur Last legt.

Der mögliche Anfang des Endes von Pinochet aber begann bereits am Dienstag den 13. Oktober, als bei den britischen Behörden ein Antrag aus Spanien einging, Pinochet wegen seiner Beteiligung an Völkermord, internationalem Terrorismus, Folter und Verschwindenlassen von Personen festzunehmen. Ironie des Schicksals: Am selben Tag veröffentlichte die US-amerikanische Zeitung The New Yorker ein Interview, in dem Pinochet unter Verweis auf die Geschichte einräumt, daß "es für Diktatoren am Ende meistens schlecht ausgeht". Vielleicht hat er es geahnt - und vielleicht, das bleibt zu hoffen, gibt die Zeit ihm recht. Am folgenden Tag und noch bevor eine Antwort aus London kam, ordnete Richter Garzón die Festnahme Pinochets an.

Bereits seit März 1996 untersuchen Baltasar Garzón und sein Kollege Manuel García Castellón alle Fälle von Menschenrechtsverletzungen in den Militärdiktaturen Chiles und Argentiniens, zumal sich unter den Opfern auch spanische StaatsbürgerInnen befinden. Garzón beschuldigt Pinochet der Beteiligung in der sogenannten "Operation Condor" (siehe nebenstehenden Artikel) und führt 94 Fälle von Personen auf, die zwischen 1973 und 1990 Opfer von Entführungen, Morden und Verschwindenlassen wurden. 1990 waren im Zuge der Restauration der Demokratie in Chile nach und nach die verbrecherischen Aktivitäten des Geheimdienstes DINA ans Licht gekommen, und es wurden mehr und mehr geheime Massengräber entdeckt, die die Körper von Hunderten von Verschwundenen bargen.

Ohne Waschpulver ...

Die meisten aber werden vermutlich nie gefunden werden. Die offizielle Zahl der Verschwundenen liegt bei 1101, die tatsächliche liegt weitaus höher. Dank des von Pinochet selbst im Jahr 1978 erlassenen Amnestiegesetzes ist die Mehrheit der Verantwortlichen für ihre Verbrechen nie verurteilt worden. Jetzt wird der ehemalige Chef der chilenischen Diktatur verantwortlich gemacht für die von seinen Schergen innerhalb siebzehn Jahren begangenen Verbrechen.

Die maßlose Verfolgung Oppositioneller während der Diktatur kannte keinen Waffenstillstand und keine Grenze. Zu Beginn konzentrierte sie sich noch auf Chile und Lateinamerika, später dehnte sie sich aus bis Europa und in die USA. In einigen Fällen kam es später zu Gerichtsverfahren und Verurteilungen. So sitzt z.B. der Mörder von General Prats (siehe nebenstehenden Artikel) seit Januar 1996 in Argentinien in Haft. DINA-Chef Manuel Contreras und Brigadegeneral Pedro Espinoza, die Verantwortlichen für die Morde an Bernardo Leighton, Orlando Letelier und seiner Mitarbeiterin Ronni Moffit, befinden sich seit 1995 in Chile im Gefängnis. Aber beispielsweise gingen die vermutlich Verantwortlichen für das Massaker an vierzehn Bauern im Jahr 1978, eine Polizeieinheit aus Santiago, straffrei aus, begünstigt von Pinochets Amnestiegesetz. Viele Verbrechen sind noch nicht gesühnt. Und obwohl Pinochet der alleinige Chef aller ausführenden Organe war, ist ihm selber nie der Prozeß gemacht worden. Bestraft wurden - wenn überhaupt - lediglich seine Untergebenen.

Während nun in Europa Kläger und Verteidiger ihre Spielräume austarieren, besteht die chilenische Regierung nicht nur auf der diplomatischen Immunität des Angeklagten, inzwischen hat sie ihre Bitte um Freilassung ausgedehnt unter Verweis auf "humanitäre Gründe". Wörtlich erklärte Präsident Eduardo Frei vor dem chilenischen Kongreß: "In diesem besonderen Fall bitte ich Sie, lassen Sie uns wie immer verfahren: Mit Größe und Großzügigkeit." Zwischenzeitliche Vermutungen, die chilenische Regierung würde im Falle einer Auslieferung Pinochets an Spanien die diplomatischen Beziehungen zu Spanien abbrechen, sind inzwischen vom chilenischen Außenministerium zurückgewiesen worden. In Spanien wiederum hörte man vom Außenministerium, daß dem von der "Stiftung für Menschenrechte in Kuba" geforderte Haftbefehl gegen Fidel Castro wegen Völkermord wohl wenig Erfolg beschieden ist.

Am 26. Oktober erkannte der Londoner High Court die diplomatische Immunität des Ex-Diktators an, trotz der vorliegenden Beschuldigungen des Staatsanwaltes Jones. Trotzdem befindet sich Pinochet seitdem unter Arrest in Erwartung der Entscheidung der Lordrichter im britischen Oberhaus, die seit dem 4. November tagen. Am 6. November billigte der spanische Ministerrat wiederum den Antrag Garzóns auf Auslieferung - ein formaljuristischer Akt, der dennoch eine hohe politische Wirkung hat.

Die Berufung auf die diplomatische Immunität Pinochets um die Unzulässigkeit seiner Verhaftung unter Beweis zu stellen, mutet nicht nur deshalb reichlich absurd an, weil hier einem Diktator Präsidentenwürde zuerkannt wird: Unter anderem nämlich wird Pinochet von Garzón beschuldigt, für den Mord an dem Spanier Carmelo Soria am 14. Juli 1976 verantwortlich zu sein. Soria war in Chile als Beamter der Vereinten Nationen tätig und verfügte als solcher über diplomatische Immunität. Das allerdings war kein Hindernis dafür, ihn umzubringen.

... keine weiße Weste

Inzwischen hat der spanische Richter Garzón erklärt, daß er einen neuen Haftantrag vorbereitet mit einer Liste von 119 Personen, die zwischen 1976 und 1979 bei der "Operation Colombo" verschwunden sind. Die Schweiz beschuldigt Pinochet wegen der Entführung und dem Verschwindenlassen im Mai 1977 des Schweiz-Chilenen Alexis Jaccard. Insgesamt ermitteln Justizbehörden in fünf Staaten gegen Pinochet (Spanien, Schweiz, Frankreich, Schweden, Großbritannien); die Pariser Staatsanwaltschaft erließ ebenfalls Haftbefehl gegen Pinochet. Und Justizministerin Däubler-Gmelin verkündete, daß die Bundesregierung bei einer Strafverfolgung Pinochets auf jeden Fall mit von der Partie sei.

Der Ring um den Diktator scheint enger zu werden, aber eine rasche Lösung ist nicht in Sicht. Selbst wenn die britischen Richter die Auslieferung zulassen, hätte Pinochet die Möglichkeit, den britischen Innenminister Straw um Hilfe zu bitten, und seine Anwälte könnten auch noch den Obersten Gerichtshof seiner Majestät der Königin anrufen. All das kann insgesamt gut und gerne ein Jahr oder länger dauern.

Die Lordrichter im britischen Oberhaus wollten für ihre Entscheidungsfindung auch Verfolgte und Angehörige von Opfern der Pinochet-Diktatur anhören. Eine Delegation mit Abgeordneten der chilenischen sozialistischen Partei und VertreterInnen von Angehörigenorganisationen reiste eigens nach London, um den politischen Druck auf die britischen Entscheidungsinstanzen zu erhöhen. Einer von ihnen, Juan Pablo Letelier, sozialistischer Abgeordneter und Sohn des ermordeten Außenministers Orlando Letelier, erklärte während seines London-Aufenthaltes zu dem von einigen Pinochet-Anhängern in Chile gegen Spanien erhobenen Vorwurf des "Neokolonialismus": "Wir sind völlig einverstanden damit, daß man die schmutzige Wäsche zu Hause waschen sollte, aber dafür braucht man Waschpulver - und das hat bei uns die Rechte, und die rückt es nicht raus".

Orlando Mardones

Übersetzung: Stefanie Gräfe

6. Callgirls der Globalisierung. Frauen am globalen Fließband.

Autor: Christa Wichterich · Rubrik: Frauen; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:04

von Christa Wichterich

Begreift man die neoliberale Globalisierung als politische und ökonomische Strategie, als geplante transnationale Offensive, so stellt sich für eine feministische Analyse die Frage: Welche strategische Rolle wird Frauen in diesem Prozeß zugewiesen?

Zentrale systemimmanente Funktion von Frauen ist die Ausführung un- und unterbezahlter Arbeiten. Nun ist die Zuständigkeit von Frauen für die nicht-marktförmige und nicht-monetarisierte Versorgungsökonomie im Haus, auf dem Feld und in der Gemeinde mitnichten etwas Neues. Von je her subventionieren Frauen mit ihrer Gratisarbeit die geld- und marktvermittelte Ökonomie. Dies bekommt allerdings eine neue Bedeutung im Kontext des weltweiten Abbaus staatlich organisierter sozialer Sicherungssysteme. Frauen sind als Stoßdämpfer des Sozialabbaus eingeplant, individuell in den privaten Haushalten oder kollektiv in ehrenamtlichen Gruppierungen.

Frauen: Puffer

im Sozialabbau

In den Ländern des Südens tragen Frauen das Hauptgewicht der sozialen Anpassungskosten durch Verlängerung und Intensivierung ihrer Arbeitstage. Selbsthilfegruppen betreiben - eingebettet in eine alt-neue moralische Ökonomie - schon seit langem Armutsbewältigung und Sozialmanagement, federn soziale Härten ab und organisieren das Überleben unter höchster Risikobelastung.

Reprivatisierung vergesellschafteter und professionalisierter sozialer Dienste wie z.B. von Erziehungs- und Sorgetätigkeiten in den osteuropäischen, aber teils auch in den skandinavischen Ländern, machen die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit für Frauen erneut zum Spagat. In Schweden und Finnland, die trotz hoher Geburtenraten stets die höchste weibliche Erwerbsquote in Europa vorzuweisen hatten, ist die Frauenerwerbstätigkeit rückläufig, seit die Regierungen Schulmahlzeiten und Kindertagesstätten abbauen.

Wo das Sozialsystem dem Staat angeblich zu teuer wird, ruft er dessen Demokratisierung aus: Der Appell an den "Gemeinsinn", das Reden über den "Dritten Sektor" und "Bürgerarbeit" sowie die Politikerhymne auf das Ehrenamt legitimieren in den Industrienationen den "schlanken Staat"; einen Staat, der sich durch seine Steuerpolitik selbst verarmt und abspeckt. Diese Rhetorik mobilisiert die stillen zivilgesellschaftlichen Arbeitsreserven zur Schadensbegrenzung und zur Sicherung des sozialen Friedens und dient damit staatlicher Entlastung. In Deutschland werden zwei Drittel des sozialen Ehrenamts von Frauen geleistet, die Feminisierung sozialer Verantwortung fängt den staatlichen Sozialabbau auf.

Feminisierung der Arbeit

Die unterbezahlte Arbeit, die Frauen leisten, bekommt durch ihr Ausmaß und ihre Zweckorientierung eine neue Qualität. Anders als früher sind Frauen nicht mehr nur die industrielle Reservearmee. Sie werden vielmehr als strategisches Mittel zur globalen Umstrukturierung des Erwerbsarbeitsmarkts und zur Durchsetzung neuer Arbeits- und Beschäftigungsformen funktional eingesetzt.

In der forcierten Standortkonkurrenz versuchen die transnationalen Konzerne die Produktions- und Lohnkosten in den arbeitsintensiven Exportindustrien durch eine erneute Verlagerungswelle in billigere Lohnregionen zu senken. Herstellerfirmen ziehen sich aus den Ländern zurück, in denen Löhne und Lohnnebenkosten steigen und Gewerkschaften erstarken - wie z.B. in den Tigerländern Südostasiens vor dem Kriseneinbruch des letzten Jahres.

Nach den Standortverlagerungen in der ersten Phase der neuen internationalen Arbeitsteilung (1) hat sich das unternehmerische Nomadentum um ein Vielfaches beschleunigt: von Griechenland nach Bulgarien, von Indonesien nach Vietnam, von Südafrika nach Mosambik, von Mexiko nach Guatemala. Der Standortvorteil,

den die neuen Billiglohnländer ausspielen, sind zu 75% junge, flexible und duldsame Frauen. Die billigen weiblichen Arbeitskräfte sind für die bisher weltmarktperipheren Länder Einstiegsvehikel in die arbeitsintensive Exportproduktion. Frauentypische Industrien waren und sind die Verarbeitung von Textilien, Leder und Nahrungsmitteln, die Herstellung von Elektronik, Spielzeug und Pharmazeutika sowie die Chemie-, Kautschuk- und Metallmechanikbranche. Wie ein natürlicher Rohstoff werden die Frauen unter deregulierten Investitionsbedingungen verheizt.

Vorreiterinnen

der Prekarisierung

Dies gilt einmal mehr für die zweite Methode der Lohnkostensenkung, nämlich durch Outsourcing (2) und Informalisierung. Das globale Fließband wird durch Auslagerung immer länger. Die Exportproduktion in frauentypischen Bekleidungs- und Elektronikbranchen entwickelt sich zunehmend zur Unterauftrags- und Zeitarbeitsfabrikation. Das "Just-in-time"-Prinzip wird bis in die Sweatshops und in die Heimarbeit ausgeweitet. Die Informalisierung der Arbeitsverhältnisse unterläuft die Verrechtlichung, die auf nationaler oder auch internationaler Ebene erkämpft wurde. So hat sich in vielen Staaten der gesetzliche Mutterschutz in den letzten Jahren verbessert, der tatsächliche jedoch keineswegs. Es entstehen in wachsender Zahl quasi rechtsfreie Räume in Hinterhöfen, Kellern und Garagen, jenseits von Tarifen und Mindestlöhnen, von Sozialversicherung, Umweltschutz und gewerkschaftlicher Organisierung. Als Faustregel gilt: Je dezentraler und haushaltsnaher gearbeitet wird, desto niedriger die Löhne, desto unkontrollierbarer die Arbeitsbedingungen und desto mehr Einsatz von Kinderarbeit.

Diese informalisierten und flexibilisierten Arbeitsformen sind keineswegs Durchgangsstadium der sich entwickelnden Volkswirtschaften des Südens. Heim-, Abruf- und Teilzeitarbeit, Sweatshop- und Verlagsökonomie kehren vielmehr in die Industrienationen zurück, sowohl in der Textil-, Halbleiter- und Elektronikbranche als auch im Dienstleistungssektor. Sozial abgesicherte und existenzsichernde Arbeitsplätze werden in solch informalisierte, ungeschützte Jobs verflüssigt, und in der Regel geht dies mit einer Abwertung einher.

Frauen sind die Vorreiterinnen für diese Beschäftigungsformen. Sie sind der Prototyp der Zu- und Abrufarbeiterin, von der Teleheimarbeit bis zur 620-Mark-Kassiererin, von der Teilzeitprostituierten bis zur Telefonistin im Call Centre. Zu diesen informalisierten Zuarbeiterinnen gehört auch eine wachsende Zahl von Freiberuflichen, Selbstbeschäfigten und Ein-Frau-Unternehmen, die sich mit Hilfe einer Mikro-Finanzierung als Selbständige auf den Markt wagen. In den Ländern des Südens sind solche Kleinkredite wegen der hohen weiblichen Rückzahlungsmoral nahezu Frauenmonopol.

Arbeitsmigrantinnen

und ethnisierte Ökonomie

Die informalisierten und abgewerteten Arbeitsfelder bilden häufig nicht nur einen feminisierten Sektor, sondern auch einen ethnisierten: von den Latinas, die in Silicon Valley Halbleiter löten, über Frauen aus der Dominikanischen Republik, die im Frankfurter Bahnhofsviertel anschaffen, bis sie abgeschoben werden, und Polinnen, die in Berlin mittelständischen berufstätigen Frauen den Haushalt führen, bis zu den Marokkanerinnen, die in Holland in Heimarbeit hochwertige Kleidung nähen. Der wachsende Zustrom von MigrantInnen liefert einen permanenten ArbeiterInnenpool für solche Jobs. Dabei ist eine zunehmende Feminisierung der Migration festzustellen: aus den Philippinen, Sri Lanka und Indonesien wandern bereits mehr Frauen als Männer ab. 36% der Filipina, die als Hausangestellte tätig werden, haben ein Hochschulstudium absolviert, so daß die Arbeitsmigration für sie mit einer heftigen Dequalifizierung einhergeht.

Arbeitskräfteexport ist erklärte Politik in immer mehr asiatischen Ländern, die Krise wirkt als Motor für Verschiebemechanismen. Beispiel Thailand: Zwei Millionen Erwerbslose, mehrheitlich Frauen, hat die Krise geschaffen; im Land befinden sich über eine Million MigrantInnen aus Burma, Kambodscha und Laos, die vor zwei Jahren von der Regierung noch gerufen und willkommen geheißen wurden. Jetzt sollen 300.000 von ihnen des Landes verwiesen werden, um Billigjobs für erwerbslose Einheimische freizuschaufeln. Gleichzeitig will die Regierung so schnell wie möglich eine halbe Million thailändische Arbeitskräfte exportieren, obwohl

bisherige Aufnahmeländer in der Region wie Südkorea, Hongkong, Malaysia und Singapur Zuwanderung abblocken. Die Krise kurbelt somit die Migrationsströme an, prekarisiert gleichzeitig jedoch Aufnahme und Arbeitsbedingungen und vergrößert das Risiko von Menschenrechtsverletzungen.

Patriarchale Dividenden am Arbeitsmarkt

Die Rede von der Feminisierung der Beschäftigung ist somit doppelbödig: Sie bezeichnet nicht nur die wachsende Zahl von Frauen, die eine Beschäftigung ergattern, sondern auch eine Veränderung der Beschäftigungsformen durch Flexibilisierung und Informalisierung. Frauen entsprechen mit ihren diskontinuierlichen Erwerbsbiographien infolge von Schwangerschaften, Geburten und Kindererziehung dem neuen flexiblen Anforderungsprofil des Arbeitsmarkts. Sie ebnen sozusagen den Weg in die neuen und alt-neuen Arbeitsverhältnisse, die jetzt zunehmend auch Männer treffen. Es entstehen nicht nur "Enklaven der Informalität". Erwerbsbiographische Abbrüche und Umbrüche, die für Frauen schon immer die Regel, für Männer aber die Ausnahme waren, werden jetzt zur gesellschaftlichen Norm, zum neuen Normalarbeitsverhältnis.

Unterspült wird der gesamte Erwerbsmarkt zusätzlich durch die Tendenzen zur Rationalisierung und Automatisierung. Auch die verarbeitende Industrie in den sog. Schwellenländern steckt bereits mitten im Umbruch von der Billiglohnfertigung zum High-Tech-Zeitalter. Im Dienstleistungsbereich steht mit Geldautomaten, Tele-Shopping und Internet-Informations-Systemen ein Rationalisierungssprung und ein massiver Arbeitsplatzabbau bevor. Wie in der ersten technologischen Revolution nach der Frühphase der Industrialisierung verdrängt die Technik Frauen. Mann und Maschine führen ein Tandemdasein in der industriellen Geschichte. In Mexiko, Singapur und Mauritius sank der Frauenanteil an den Beschäftigten in den Fertigungsindustrien bereits wieder von 80 auf 60%.

Es fällt auf, daß sich in all diesen Turbulenzen Konstanten erhalten: Das ist zum einen die geschlechtsspezifische Segmentierung der Erwerbsarbeitsmärkte. Berufe fungieren erstaunlich unverändert als Platzanweiser für die Geschlechter: In Deutschland konzentrieren sich 80% der Berufseinsteigerinnen auf 25 von 376 Ausbildungsberufen, die meisten im Dienstleistungssektor. Ebensowenig wird das Prinzip geschlechtsspezifischer Lohnbildung aufgebrochen: 14jährige Schülerinnen, die für die Erfüllung ihrer Konsumbedürfnisse Stundenjobs übernehmen, bekommen häufig für die gleiche Arbeit weniger als ihre Schulkameraden. In den USA verdient die durchschnittliche Erwerbstätige in der Stunde 74% ihres männlichen Gegenstücks. Das bedeutet, sie muß 15 Monate für den Betrag arbeiten, den er bereits nach einem Jahr erwirtschaftet hat. Afro-Amerikanerinnen erhalten nur 65% der männlichen Durchschnittseinkünfte, Latinas lediglich 57%.

Die bedeutendste "patriarchale Dividende", die als Strukturkonstante wundersam intakt bleibt, ist die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung mit der Feminisierung der unbezahlten Versorgungsarbeit und der nachhaltigen Abneigung und Abstinenz der Männer gegenüber der Hausarbeit. Sie bleibt sogar dort unverändert, wo Männer durch weniger Erwerbsarbeit für unbezahlte Familienarbeit zeitlich "freigesetzt" sind.

Gewinnerinnen

der Globalisierung?

Frauen gelten als Gewinnerinnen der Globalisierung, Männer dagegen wegen der Erosion der Vollzeitbeschäftigung und der Massenerwerbslosigkeit als Verlierer. Die weltweite Umstrukturierung der Erwerbsarbeitsmärkte markiert in der Tat das Ende des fordistischen Gesellschaftsvertrags. Das fordistische Modell von Arbeit und Wohlstand war sozial eingebettet in ein zutiefst patriarchales Familienparadigma: der lebenslang lohnarbeitende Ernährer-Mann und die miternährte und dafür unbezahlt Familienarbeit verrichtende Hausfrau. Männliche Identität konstruierte sich im Gegensatz zur weiblichen wesentlich über dieses Modell. Wo die lebenslange Vollzeitbeschäftigung von Südkorea bis ins Ruhrgebiet wegbricht, kollabiert auch diese maskuline Identität.

Der angebliche Sieg der Frauen in der globalisierten Konkurrenzschlacht ist für die Mehrzahl jedoch ein Pyrrhussieg. Zwar finden mehr Frauen eine Beschäftigung, aber deswegen noch längst keine Existenzsicherung. Sie stellen derzeit die Mehrzahl der TeilzeitarbeiterInnen (in Europa 81,5%), der Selbstbeschäftigten im informellen Sektor und der working poor.

Das bedeutet nicht, daß Frauen nicht auch Gewinne im Globalisierungsroulette davontragen. Wenn eine junge Frau aus einer rigide geschlechtertrennenden Dörflichkeit in Bangladesh als erste Frau ihrer Familie in die Stadt abwandert und dort einen schlecht bezahlten Job am globalisierten Nähmaschinenfließband bekommt, kann sie damit mehr verdienen, als je ein Mann in ihrer Familie verdient hat. Das bedeutet keineswegs das Ende patriarchaler Strukturen, aber es öffnen sich neue Handlungsfelder und Verhandlungspositionen auf der lokalen Ebene.

Demgegenüber torpediert die neoliberale Globalisierung alle Elemente einer nationalstaatlichen aktiven Gleichstellungspolitik. Quotenregelungen, positive Diskriminierung, Schutzbestimmungen und Förderpolitiken stehen überall unter Beschuß. Exemplarisch war im letzten Jahr die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs in den USA, Fördermaßnahmen für Frauen und ethnische Minderheiten bei der Einstellung oder Auftragsvergabe abzuschaffen. Süd-Korea, Japan, Brasilien und Spanien sind nur einige Beispiele für Staaten, die in jüngster Zeit den Kündigungsschutz und andere Arbeitsrechte verwässerten und teils das Nachtschichtverbot für Frauen aufhoben, um einer Informalisierung und Flexibilisierung der Arbeitsformen rechtlich Vorschub zu leisten.

Gleichzeitig nehmen soziale Ungleichheiten und Polarisierungen zu. Einerseits entsteht eine hochqualifizierte, hochdotierte, high-tech-gestützt arbeitende, flexible Elite, vor allem in den neuen Wissens-, Finanz- und Technologiemärkten, innerhalb derer die weibliche Minderheit langsam wächst. Andererseits bilden sich Zuarbeitsnetzwerke und oft niedrigentlohnte Schattensektoren mit einem wachsenden Anteil von Männern. Hinzu kommt eine zunehmende Zahl von Menschen, die "überflüssig" und "unnütz" gemacht werden und die bestenfalls Gelegenheitsarbeiten ausführen.

Unter dem Strich öffnen sich nun auch für Mittelschicht-Frauen Chancen und Qualifikationen, die ihnen vorher nicht zugänglich waren. Doch wahrnehmen können diese Möglichkeiten nur wenige. Je älter, je weniger qualifiziert (auch wenn jung) und je inflexibler Frauen sind, desto chancenloser sind sie. Angesichts dieser neuen Ungleichheiten und der daraus erwachsenden Differenzierung und Spaltung unter Frauen ist es fraglich, in wieweit die Kategorie Geschlecht überhaupt noch als Basis für Solidarisierung und Organisierung wirken kann.

Anmerkungen:

1) Mit "neuer internationaler Arbeitsteilung" wird seit den 70er Jahren die Tendenz bezeichnet, daß Länder des Trikonts in erheblichem Maße nicht mehr in erster Linie Rohstoffe und Agrarprodukte exportieren, sondern zunehmend als Exporteure von Industrieerzeugnissen am Weltmarkt auftreten.

2) Die Verlagerung von Betriebsteilen und Fertigungsstufen an formalrechtlich eigenständige, faktisch aber extrem abhängige Fremdfirmen.

7. Es war einmal: Frieden schaffen ohne Waffen. Die rot-grünen Koalitionsvereinbarungen in der Militärpolitik

Autor: Vo · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:14

Die eine oder der andere mag sich vielleicht noch daran erinnern: Die grüne Partei ist aus der Ökologiebewegung der 70er und der Friedensbewegung der frühen 80er Jahre hervorgegangen. In der Friedenspolitik vertrat sie Positionen wie: Überwindung der Ost-West-Blockkonfrontation und des Abschreckungssystems durch das Zusammenwirken einer blockübergreifenden Friedensbewegung, dazu Schaffung einer atomwaffenfreien Zone "von Polen bis Portugal", Auflösung der Militärblöcke (inklusive Austritt der BRD aus der NATO als Schritt hierzu), radikale einseitige Abrüstung und Umstellung des Schutzes der Gesellschaften von militärischer auf "soziale Verteidigung". "Frieden schaffen ohne Waffen" halt. Später wurden diese Positionen zu einer ausdifferenzierten Strategie einseitig-schrittweiser Abrüstung und einer Politik der Selbstbeschränkung und Selbsteinbindung fortentwickelt.

Mit diesen friedenspolitischen Ansätzen grenzten die Grünen sich nicht zuletzt vom DKP-Spektrum und von Jusos und linken Sozialdemokraten in der Friedensbewegung ab. Während erstere in der wenig komfortablen Lage waren, mit Rücksicht auf die "großen Brüder" im Osten (UdSSR/KPdSU/Breschnew/ DDR/ SED/Honecker) zwischen "guten", weil "sozialistischen" Atomraketen (und AKWs) und "bösen" Atomraketen (der USA) unterscheiden zu müssen, waren letztere in der noch unkomfortableren Lage, eine völlig ausgelutschte sozialdemokratische Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik verteidigen zu müssen und sich von einer sozialdemokratisch geführten Schmidt-Regierung, die die ganze "Nachrüstungs"-Scheiße mit angerührt hatte, abgrenzen zu müssen - obgleich man mit Helmut Schmidt doch in ein und derselben Partei war. Die Grünen vermochten demgegenüber ihre Unabhängigkeit genüßlich auszuspielen; sie konnten die Konkurrenz so manches mal nach allen Regeln der Kunst "vorführen", so daß die armen Juso- und DKP-Würstchen schon recht bedauernswert aussahen.

Diese Zeiten sind vorbei. Jetzt regieren die Grünen einen der mächtigsten und hochgerüstetsten Staaten der Welt mit. Sie haben es so gewollt. Kein Mitleid also. Mitleid aber - oder "Solidarität" oder "Verständnis" - werden die Grünen von der verbliebenen antimilitaristischen Linken und Friedensbewegung in nächster Zeit wohl einklagen, ist doch voraussehbar, daß selbst von bescheideneren grünen friedenspolitischen Zielen und Projekten in Zeiten der Regierungsverantwortung kaum etwas realisierbar sein wird (Die zu erwartende Litanei: "Wir sind nun einmal nur der kleine Koalitionspartner"; "Mehr ist beim besten Willen nicht drin"). Gerade die linken und nach wie vor friedenspolitisch engagierten Grünen werden wohl alsbald nachvollziehen können, wie sich Jusos und linke Sozialdemokraten zu Zeiten Helmut Schmidts gefühlt haben mögen.

Wenn auch - wie gesagt - kein Mitleid angebracht ist, muß es ja aber auch nicht unbedingt zu einer Gegner- oder gar Feindschaft zwischen außerparlamentarischer Bewegung und gutwilligen, aber (regierungs-)parteilich und parlamentarisch gebundenen FriedensfreundInnen kommen. Eine nüchterne Einschätzung der jeweiligen Interessen, Ziele, Handlungsfelder, -spielräume und -zwänge kann im besten Falle zu einer friedenspolitisch sinnvollen Arbeitsteilung führen. Das wird keineswegs auf Dauer gestellte harmonische Zusammenarbeit bedeuten, sondern ein stets prekäres, reibungs- und spannungsvolles Verhältnis von Abgrenzung, Auseinandersetzung und partiellem Zusammengehen sein. Um das hinzubekommen, macht es wenig Sinn, sich wechselseitig mit Vorwürfen zu überhäufen (hie: "Verrat" an hehren friedenspolitischen Grundsätzen und Zielen nur, um mitregieren zu dürfen - dort: Steckenbleiben in friedenspolitischem "Fundamentalismus" ohne Bereitschaft, die ersten machbaren Schritte einer neuen Friedenspolitik zu gehen und sich dabei notfalls auch "die Hände schmutzig zu machen"). Politisch sinnvoller ist abzuchecken, was eventuell kooperativ-arbeitsteilig geht - und was nicht.

Eine Voraussetzung dafür ist, daß mensch sich die Grundlage des Regierungshandelns auf dem Feld der Friedens- oder richtiger: der Militärpolitik genauer anschaut - den rot-grünen Koalitionsvertrag also - und diesen mit dem grünen Programm auf diesem Feld vergleicht.

Vorweg: Ein grundsätzlicher Vorbehalt

Schon der erste Satz des einschlägigen Koalitionsvertrags-Kapitels ist super: "Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik". Am 16. Oktober - also nach den Wahlen, die die Grundlage für die neue rot-grüne Regierung legten - beschloß der Deutsche Bundestag mit überwältigender Mehrheit, die Bundeswehr gegebenenfalls bei einem NATO-Militäreinsatz gegen Serbien wegen des Kosovo-Konfliktes mitkämpfen zu lassen. Dieser NATO-Einsatz sollte ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates oder irgendeine andere völkerrechtliche Legitimation erfolgen. Die Regierungsfraktionen in spe stimmten mit großer Mehrheit zu. Der Beschluß verstößt gegen Völkerrecht und Verfassungsrecht (Artikel 26 Grundgesetz: "Verbot eines Angriffskrieges"). "Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik". Noch Fragen?

Nun ist es vom Weltgeist schon ziemlich gemein, die Grünen just in einem Moment mit der Frage der Zustimmung zu einem Kriegseinsatz zu konfrontieren, in dem es darum geht, erstmals in ihrer Geschichte in eine Bundesregierung einzutreten. So waren sie gezwungen, die Aussage ihres Wahlprogramms: "Militärische Friedenserzwingung und Kampfeinsätze lehnen wir ab" Lügen zu strafen noch ehe sich der wahlsiegesfeierbedingte Champagnernebel in den Köpfen grüner und nicht-grüner Friedensfreunde gelichtet hatte. Aber das schafft wenigstens klare Verhältnisse: Für die ersten (die Grünen) ist die Zustimmung zum Kriegseinsatz Eintrittskarte in die Regierung, für die zweiten (die Sozialdemokratie und die gesamte etablierte Politik) Nachweis von Zähmung und Heimholung der einstmals unzuverlässig-schmuddeligen Ökopaxe, für die dritten (die außerparlametarische Friedensbewegung) der Offenbarungseid. Und so müssen denn die folgenden Erörterungen der Grundzüge rot-grüner Friedens-/Militärpolitik und der einzelnen friedens- und militärpolitischen Projekte unter dem Vorbehalt der Erkenntnis gelesen werden: Auch Grüne in der Regierung sind willens, Krieg zu führen.

Zauberwort Kontinuität

Grundmuster der rot-grünen Regierung soll sein: außenpolitische Kontinuität. Auch der zweite Satz des einschlägigen Koalitionsvertrags-Kapitels ist nämlich klasse: "Die neue Bundesregierung wird die Grundlinien bisheriger deutscher Außenpolitik weiterentwickeln". Nach 16 Jahren Kohl als erstes zu sagen: "Weiter so!" ist schon tollkühn. Es ist ja sicher für eine neue Regierung - eine deutsche zumal - durchaus angezeigt, dem skeptisch und mißtrauisch blickenden Ausland zu signalisieren, daß man jetzt nicht vorhabe, von heute auf morgen die gesamte Außenpolitik völlig umzukrempeln. Gleichwohl - um dieses Signal auszusenden, braucht man nicht unbedingt das Schwergewicht auf "Kontinuität" zu legen, man könnte - wenn man denn wollte - den Akzent auch auf "Innovation", "frischen Wind" oder so setzen und dazu sagen, daß man selbstverständlich die Kontinuität bestimmter Grundlinien usw. usf. ...

Die grüne außenpolitische Programmatik jedenfalls hat bisher immer die Prinzipien von "Selbstbeschränkung" und "Selbsteinbindung" zum Dreh- und Angelpunkt gemacht - und das ist etwas anderes als "Kontinuität". Denn das sollte heißen: Eingedenk der deutschen Geschichte und eingedenk des internationalen machtpolitischen Gewichtes, das ein ökonomisch so starkes Land wie Deutschland nun einmal hat, soll sich deutsche Außenpolitik ganz bewußt Selbstbeschränkungen - auch und gerade im militärischen und militärpolitischen Bereich - auferlegen, um auf diese Weise dem Frieden in der Welt zu dienen und allfälligen Ängsten der Nachbarn vor deutscher Machtpolitik Rechnung zu tragen. Und eingedenk deutscher Geschichte und deutschen Gewichtes ist deutsche Politik auch willens, sich fest in internationale Verpflichtungen, Regime und Institutionen einbinden zu lassen, damit es gar nicht mehr die Möglichkeiten hat, Machtpolitik auf eigene Rechnung zu betreiben, also deutsche "Sonderwege" zu gehen. Selbstbeschränkung und Selbsteinbindung sind gemäß grüner Programmatik die zwei zentralen, untrennbar miteinander verbundenen Elemente einer Politik, die deutsche Macht bändigen soll. Davon bleibt bei der rot-grünen Regierung im Zeichen der Kontinuität nichts mehr übrig. Vielmehr wird als "Sonderweg" gerade jeder Versuch denunziert, nun endlich einmal mit einer Politik der Selbstbeschränkung und Selbsteinbindung ernst zu machen. Alles, was nicht dem Motto "Weiter so!" entspricht, wird als "Sonderweg" runtergemacht. So läßt sich dann die Fortsetzung Kohlscher Machtpolitik in Europa und der Welt, vermittelt insbesondere über eine Führungsrolle in der EU und der NATO, trefflich legitimieren. Der grüne Außenminister Fischer düst von Hauptstadt zu Hauptstadt, faselt von Kontinuität und erklärt jedermann, daß er nur das Double von Kinkel ist. So wird man "everybody's darling" (Schröder über Fischer). Aber vielleicht ist das ja nur die geschickte Taktik eines in "Täuschen und Tarnen" versierten ehemaligen Frankfurter Straßenkämpfers...

Es kommt sogar

noch schlimmer

Nicht nur mit ihrem Außenminister sind jene Grünen geschlagen, die die friedenspolitischen Aussagen ihres Programms ernst nehmen, sondern auch mit ganz eindeutigen Formulierungen des Koalitionsvertrags, an denen sich beim besten Willen nicht heruminterpretieren läßt. So heißt es dort etwa: "Die neue Bundesregierung wird sich ... für ... die Verstärkung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität einsetzen. Die neue Bundesregierung wird sich bemühen, die WEU auf der Basis des Amsterdamer Vertrages weiterzuentwickeln." Im grünen Wahlprogramm steht: " ... eine Militärmacht EU ... lehnen wir strikt ab. Die EU benötigt keinen ‚militärischen Arm`. Die WEU soll im Zuge der Fortentwicklung der zivilen europäischen Integration aufgelöst werden". Ja wat denn nu? Die Grünen haben Zeit ihres Bestehens ein besonderes Schwergewicht ihrer Friedenspolitik auf die Bekämpfung der Militarisierung der EU, der Stärkung der WEU und der Tendenzen zur Herausbildung einer Militärgroßmacht EU-Europa gelegt. Nun muß man sich der sozialdemokratischen Variante ebensolcher Politik unterordnen. (Immer dran denken: Kein Mitleid!).

Aber gemach, es kommt noch schöner. Ein paar Sätze weiter lesen wir im Koalitionsvertrag: "Die neue Bundesregierung betrachtet das Atlantische Bündnis als unverzichtbares Instrument für die Stabilität und Sicherheit Europas sowie für den Aufbau einer dauerhaften europäischen Friedensordnung". Das grüne Wahlprogramm sagt hingegen: "Die langfristig angelegte antimilitaristische Strategie von Bündnis 90/Die Grünen zielt darauf ab, Militärbündnisse und nationale Armeen in eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung aufzulösen. Sie muß auch die NATO ablösen..." Was jetzt? Ist die NATO nun "unverzichtbares Instrument" für den Aufbau einer europäischen Friedensordnung oder ist sie "in" eine solche hinein "aufzulösen"? Grundzug grüner friedenspolitischer Programmatik war bisher, daß Militärpakte wie NATO und WEU unvereinbar mit einer europäischen Friedensordnung sind, daß sie mithin überwunden werden müssen, um eine tatsächliche europäische Friedensordnung schaffen zu können. (In diesen Kontext ordnete sich übrigens auch stets die Forderung nach Austritt der BRD aus der NATO und nach Auflösung von NATO und WEU ein - von interessierter Seite außerhalb und auch innerhalb der Grünen war das zu einer kruden "Raus-aus-der-NATO"-Position verhunzt worden, um so mit dem "Sonderwegs"-Totschlagargument punkten zu können). Diese "langfristig angelegte antimilitaristische Strategie" ist anscheinend zumindest für die nächsten vier Jahre erst einmal suspendiert. Schade.

Mit dem Bekenntnis zur NATO als "unverzichtbarem Instrument" hängt nunmehr auch die grüne OSZE-Politik in der Luft. Im grünen Wahlprogramm heißt es noch, die Grünen "akzeptieren nicht, daß die NATO ihre Rolle zu Lasten der UNO und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ausweitet, um ihre eigene militärische Dominanz durchzusetzen". Die OSZE ist in grüner friedenspolitischer Programmatik - im Gegensatz zur NATO - die Ausgangsbasis für die Schaffung einer europäischen Friedensordnung; proklamiert wird daher eine Politik des "OSZE first" - Stärkung der OSZE zu Lasten der NATO; "die OSZE stärken, die NATO zurückdrängen" heißt es im grünen Wahlprogramm. Davon ist in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung nichts mehr nach. Zu befürchten ist, daß für die OSZE auch weiterhin nur Brosamen abfallen.

Bleibt die UNO und die deutsche UNO-Politik. Neben viel Lyrik zur Notwendigkeit der Stärkung und Reform der UNO findet sich im Koalitionsvertrag der Satz: "Deutschland wird die Möglichkeit nutzen, ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu werden, wenn die Reform des Sicherheitsrates unter dem Gesichtspunkt größerer regionaler Ausgewogenheit abgeschlossen ist und bis dahin der grundsätzlich bevorzugte europäische Sitz im Sicherheitsrat nicht erreicht werden kann". Im grünen Wahlprogramm lesen wir: "Deutschland soll zugunsten dieses Modells (ständiger regionaler Sitze im Sicherheitsrat, ak) auf die Forderung nach einem eigenen ständigen Sitz verzichten". Wie geht das zusammen? Da der "grundsätzlich bevorzugte europäische Sitz im Sicherheitsrat" ohnehin illusorisch ist (da werden Frankreich und Großbritannien nicht mitspielen) ist die Aussage im Koalitionsvertrag letztlich ein Votum für den deutschen Sitz - oder allenfalls eine Verschiebung der Entscheidung. Deutsche Selbstbeschränkung? Fehlanzeige.

Zum Schluß des Gruselkatalogs noch eine kleine Nickligkeit. Die Grünen votieren in ihrem Wahlprogramm "für den sofortigen Abzug aller Atomwaffen vom Gebiet von Nicht-Kernwaffenstaaten. Deutschland soll eine Entnuklearisierung des deutschen Gebietes beschließen ... für die Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone in Europa unter Beteiligung Deutschlands und eine Festschreibung des Verzichts auf atomare Waffen im Grundgesetz". Der Koalitionsvertrag macht daraus: "Die neue Bundesregierung unterstützt Bemühungen zur Schaffung atomwaffenfreier Zonen". Na denn man zu.

Wo bleibt das Positive?

Schwierige Frage. Sagen wir mal: Der Koalitionsvertrag läßt Optionen offen; hier und da könnten sich die Dinge zum Guten entwickeln, wenn sich grüne und andere Menschen guten Willens in den nächsten vier Jahren ganz tüchtig ins Zeug legen und mit hartem sowie geschicktem Vorgehen die positiven friedenspolitischen Möglichkeiten des Koalitionsvertrages ausschöpfen. Allerdings bekommt man es dabei dann auch mit mächtigen Gegnern - Herrn Scharping, dem militärisch-industriellem Komplex usw. - zu tun; wir haben es also bestenfalls mit einem - nennen wir es mal - ergebnisoffenen Prozeß zu tun. Sind wir also von nun an einmal ganz optimistisch und deuten die vorliegenden Vereinbarungen "best-case"-mäßig aus. Wo gibt es Anknüpfungspunkte für eine solche Herangehensweise?

Immerhin bezieht sich der Koalitionsvertrag - wenn auch ziemlich abgeschwächt - positiv auf einseitige Abrüstungsmaßnahmen: "In bestimmten Situationen kann ein einseitiger Abrüstungsschritt verantwortbar sein und eine sinnvolle Abrüstungsdynamik in Gang setzen. Eine wesentliche Aufgabe sieht die neue Bundesregierung in der präventiven Rüstungskontrolle". Das ist zwar meilenweit von einseitiger Abrüstung als strategischem Konzept, wie es die Grünen vertreten (vertraten?), entfernt. In ihrem Wahlprogramm heißt es schließlich: "Einseitige Abrüstungsschritte, eigenständige Initiativen und Vorleistungen sind notwendig, um die Möglichkeit einer anderen Politik deutlich zu machen und voranzubringen". Doch wird die Option einseitiger Abrüstungsschritte und präventiver - das heißt vorausgreifender - Rüstungskontrolle immerhin offengehalten. Da läßt sich eventuell etwas draus machen. Im Koalitionsvertrag wird dann auch versprochen, "Initiativen" zu ergreifen, "um im Rahmen der KSZE-Verhandlungen die Rüstungsobergrenzen deutlich unter das heutige Niveau zu senken", "internationalen Regimes zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen Geltung zu verschaffen, besonders grausame Waffen wie Landminen weltweit zu verbieten und die weitere Reduktion strategischer Atomwaffen zu befördern" u.ä. Der Haken dabei: Das alles kann eine deutsche Regierung nicht einseitig machen, sie kann sich lediglich dafür "einsetzen" (mehr oder minder aktiv, versteht sich). Wenn "die anderen" aber nicht wollen, hat man eben Pech gehabt... Gleiches gilt für den Ausbau des Instrumentariums für Wirtschaftssanktionen und die Einrichtung eines Sanktionshilfefonds (ein grünes Lieblingsprojekt) - auch dafür kann man sich nur "einsetzen".

Einseitig etwas machen könnte man mit der Bundeswehr. Dazu stehen im grünen Wahlprogramm auch prima Sachen: Auflösung der Krisenreaktionskräfte und insbesondere des Kommandos Spezialkräfte, Verzicht auf Neubeschaffung von Großwaffensystemen bei der Luftwaffe sowie zusätzlichen Fregatten und Korvetten bei der Bundesmarine, Abschaffung der Wehrpflicht, Reduzierung der Bundeswehr in vier Jahren auf rund 150.000 Soldaten und auch danach weitere "drastische" Reduzierungen - "zunächst mit dem Ziel einer weiteren Halbierung". Angestrebt wird dabei, "die Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer internationalen Interventionsarmee" zu durchkreuzen und rückgängig zu machen. Nichts von alledem im Koalitionsvertrag. Statt dessen folgender Absatz: "Eine vom Bundesminister der Verteidigung für die neue Bundesregierung zu berufende Wehrstrukturkommission wird auf der Grundlage einer aktualisierten Bedrohungsanalyse und eines erweiterten Sicherheitsbegriffs Auftrag, Umfang, Wehrform, Ausbildung und Ausrüstung der Streitkräfte überprüfen und Optionen einer zukünftigen Bundeswehrstruktur bis zur Mitte der Legislaturperiode vorlegen. Vor Abschluß der Arbeit der Wehrstrukturkommission werden unbeschadet des allgemeinen Haushaltsvorbehalts keine Sach- und Haushaltsentscheidungen getroffen, die die zu untersuchenden Bereiche wesentlich verändern oder neue Fakten schaffen". Das heißt zum einen auch hier "Weiter so!" wie bisher, keine Einschnitte und Einsparungen bei der Bundeswehr, Fortsetzung der qualitativen Aufrüstung und der Umrüstung der Bundeswehr zur Interventionsstreitmacht. Das heißt zum anderen (wir haben uns ja schließlich zu einer optimistischen Lesart entschlossen) aber auch: Entscheidungen über mögliche Einschnitte und Einsparungen können noch fallen, je nachdem, was bei der Wehrstrukturkommission herauskommt; die Zukunft ist offen. Begrüßenswert ist dabei, daß diese Kommission "bis zur Mitte der Legislaturperiode" mit Ergebnissen aufwarten soll; eine Verschiebung von Entscheidungen auf den St. Nimmerleinstag oder auch nur in die nächste Legislaturperiode ist nicht möglich. Die Grünen haben mithin zwei Jahre Zeit, doch noch die eine oder andere der oben zitierten Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Die neue Bundesregierung will "die bestehenden Programme der militärischen Ausstattungshilfe überprüfen und grundsätzlich keine neuen Verträge in diesem Bereich abschließen". Die Grünen wollten ein "Verbot jeder Militär- und Ausstattungshilfe an Staaten, die an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind". Man kann die Formulierung im Koalitionsvertrag immerhin als einen Einstieg in den Ausstieg aus der Militärhilfe werten.

Schwieriger wird eine solche Wertung auf dem Gebiet Rüstungsproduktion und -export. Schließlich heißt es im Koalitionsvertrag: "Die Koalition unterstützt aktiv die Bemühungen um den Zusammenschluß der europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie" - und die ist bekanntermaßen ganz dick drin im Rüstungsproduktionsgeschäft. Die Rüstungsindustrie soll "einem verpflichtenden europäischen Verhaltenskodex" unterworfen, der deutsche Rüstungsexport "restriktiv gehandhabt" werden. Summa summarum: Bekenntnisse, weit entfernt vom grünen Programm, welches "als ersten Schritt zu einem vollständigen Ausstieg aus der Rüstungsproduktion" die Beendigung der "Rüstungsexporte deutscher Unternehmen in Gebiete außerhalb der EU, der USA und Kanadas" gefordert hatte. Einziger Lichtblick: "Die neue Bundesregierung wird jährlich dem Deutschen Bundestag einen Rüstungsexportbericht vorlegen". Das erhöht die Transparenz und kann als Hebel benutzt werden, um weiter politischen Druck gegen Rüstungsexporte zu machen.

Was so alles fehlt

Bleibt noch nachzutragen, daß eine ganze Reihe von kurzfristig realisierbaren Maßnahmen aus dem grünen Wahlprogramm ihren Weg in den Koalitionsvertrag nicht gefunden haben. Beispiele: Verzicht auf Neueinrichtung von Truppenübungsplätzen, Verzicht auf Nutzung der Kyritz-Wittstocker Heide und der Colbitz-Letzlinger Heide als Truppenübungsplätze, Außerkraftsetzung der berühmt-berüchtigten "Verteidigungspolitischen Richtlinien", Verbot aller Tiefflüge, Ablehnung öffentlicher Gelöbnisse und Verzicht auf militärische "Ehren"-Bezeugungen bei Staatsbesuchen. Das ist bedauerlich. Argumentierten die Grünen in der Friedenspolitik bisher doch stets damit, daß es nicht so sehr auf die Größe der friedenspolitischen Schritte ankomme, sondern darauf, daß schon anhand der ersten - eventuell nur sehr kleinen - Schritte die grundsätzlich geänderte "Marschrichtung" erkennbar sein müsse. Insofern könnte auch eine Maßnahme wie der Verzicht auf militärische "Ehren"-Bezeugungen von großer symbolischer Bedeutung sein. Damit ist es nun nichts - jedenfalls nicht, wenn es nach dem Koalitionsvertrag geht. Aber immerhin: Auch hier sind noch "Kampffelder" offen, auf denen eventuell ja noch die Pflöcke im Sinne grüner friedenspolitischer Programmatik verschoben werden können.

Spielwiesen, aus denen sich etwas machen läßt

Das grüne Wahlprogramm hat klugerweise starke Akzente bei vermeintlich "weichen" Themen gesetzt - mit dem Kalkül, daß die Sozis hier eventuell am ehesten zu Zugeständnissen bereit wären, weil man die Grünen dann auf solchen "Spielwiesen" ab- und ruhigstellen könnte. Dieses Kalkül ist zum Teil aufgegangen. Jetzt gilt es, auf und aus diesen "Spielwiesen" mehr zu machen. Im grünen Wahlprogramm ist sehr viel von ziviler Konfliktbearbeitung und Krisenprävention die Rede. Gefordert werden u.a. der Ausbau der Instrumente der Konfliktprävention, die Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen an der zivilen Konfliktbearbeitung durch die OSZE, Institutionen für transnationale Konversionsprojekte, Einrichtung eines Zentrums für Gewaltprävention, Schaffung eines "gesetzlich abgesicherten und international eingebundenen dezentralen zivilen Friedensfachdienstes", Förderung der Friedensforschung, Einrichtung eines Bundesamtes für "Abrüstung, Konversion und zivile Konfliktbearbeitung".

Der Koalitionsvertrag greift hiervon - allerdings zumeist in vagen Formulierungen - einiges auf. So bekennt sich die neue Bundesregierung generell zur "Entwicklung und Anwendung von wirksamen Strategien und Instrumenten der Krisenprävention und der friedlichen Konfliktregelung", will "die Fähigkeit der EU zur zivilen Konfliktprävention und friedlichen Konfliktregelung steigern" usw. Praktisch könnte in dieser Hinsicht in nächster Zeit noch am ehesten etwas friedenspolitisch Positives geschehen. Damit auf diesen Feldern jedoch nicht lediglich ein paar Mark und damit ein paar Stellen für arbeitslose FriedensforscherInnen herauskommen (was ja auch nicht zu verachten ist), sondern wirklich eine gesellschaftliche Auseinandersetzung angeschoben wird, in der die Befürworter militärisch gestützter Sicherheitspolitik von den Protagonisten ziviler Konfliktbearbeitung tatsächlich in die Defensive gedrängt werden können, muß allerdings viel geschehen. Es muß auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen die Auseinandersetzung zwischen den Leitkonzepten "militärische Sicherheitspolitik" und "zivile Konfliktbearbeitung" organisiert werden, und dazu müssen diese Konzepte als tatsächlich einander ausschließende Alternativen herausgearbeitet werden, damit nicht das eine (zivile Konfliktbearbeitung) zum Wurmfortsatz des anderen verkommt. Dazu braucht es nicht zuletzt die oben angemahnte reibungs- und spannungsvolle arbeitsteilige Kooperation der Friedenskräfte sowie guten Willen innerhalb und außerhalb der Parlamente (und Regierung). Das Kampffeld ist bereitet, nun geht es darum zu versuchen, die Kräfteverhältnisse zugunsten von Friedenspolitik zu verschieben. Dazu sind die Rahmenbedingungen unter einer rot-grünen Regierung zwar immer noch schlecht, aber besser als zuvor.

Eine kleine Anregung zum Schluß (kostet nix - weder die Anregung noch deren Umsetzung): Die grüne Bundestagsfraktion sollte alsbald einen Antrag in den Bundestag einbringen, in dem gefordert wird, das jetzige Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) in "Ministerium für humanitäre Hilfe mit militärischen Mitteln" (MfHHMM) umzubennen. Wenn das als zu kompliziert erscheint, bietet sich als schlichte und einfache Alternative an: Kriegsministerium. Das ist höchst realpolitisch und entspricht der realpolitischen Funktion dieser Institution.

Vo

8. Hurra, wir regieren! Angetreten zum Jubeln: die staatstreue Linke

Autor: Js. · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:22

Der Koalitionsvertrag war noch gar nicht unterschrieben, als sich die rot-grüne PR-Abteilung schon mächtig ins Zeug legte - vorneweg jene ehemaligen Linken, die aus ihrer Vergangenheit ein mehr oder weniger gutes Geschäft gemacht haben. Derzeit ist die Nachfrage nach "Renegaten-Literatur" besonders groß. Im Kampf gegen die linken Miesmacher leisten die Ehemaligen Erstaunliches, getreu dem Sprichwort: "Die schärfsten Kritiker der Elche waren früher selber welche."

Den Anfang machte der Spiegel-Redakteur Reinhard Mohr aus der Frankfurter "Fischer-Gang" (vgl. ak 418). Hatte er es in der "Schwarzbuch"-Debatte (Spiegel 27/1998) den "linken Geschichtsverdrängern" und "Tabuwächtern" so richtig gegeben, zog er nun über "Untote", "Zombies", "Irrläufer" und "exotische Schwundformen" her. Gemeint sind kritische Geister im weiteren Sinne, unter ihnen Wiglaf Droste, Klaus Bednarz, Klaus Staeck und Jutta Ditfurth, sowie namenlose "verbitterte Alt-Jusos und Ex-Alternative". Sie alle macht Mohr dafür verantwortlich, daß nach Schröders Wahlsieg "keine Euphorie, keine kühnen Visionen, kein tanzendes Volk" zu bemerken waren. Dabei habe "die deutsche Linke" (abzüglich der genannten "Zombies und Irrläufer") in den vergangenen Jahren einige "überfällige politische Korrekturen vornehmen" können. Sie ist jetzt "für Luftangriffe der Nato im Kosovo-Konflikt", für "soziale Grausamkeiten" und für "Gemeinsinn". Innerhalb der Regierungskoalition gehe es vor allem um die Frage, die Mohr von Cora Stephan (ehedem Pflasterstrand und taz) übernimmt: "Setzt sich der moderne oder der linkskonservative Flügel bei SPD und Grünen durch?" "Modern" steht für "pragmatische Veränderung der Wirklichkeit", "linkskonservativ" für "ideologische Grabenkriege" - da kann die Wahl nicht schwer fallen. (Spiegel, 12.10.)

Während Mohr die persönliche Anbiederung an den alten Kumpel und Minister vermeidet, schließt Mariam Lau, bis vor kurzem taz-Redakteurin, die Regierenden fest in die Arme. Schließlich sind das - namentlich J. Fischer, Trittin und Schily - "unsere Leute". Keine falsche Zurückhaltung also: "Man spricht die gleiche Sprache." Man? Natürlich nicht alle; Mohrs "Untote" geistern auch durch Laus Kommentar, heißen hier aber anders: "Ausgerechnet in dem Moment, in dem ein echter, verblüffender Sieg zu verzeichnen ist, reckt der alte Fundamentalismus sein Haupt." Letzterer ist "ein tödliches Prinzip", da es ihm "nicht um ein besseres Leben geht". Viel und besseres Leben finden wir bei den rot-grünen Koalitionären: Sie packen's an, nehmen die Dinge "umstandslos in Angriff", darunter den "Ausstieg aus der Atomenergie", die "Revolution des Staatsangehörigkeitsrechts" und die "Steuerreform". Das "Grundrecht auf Asyl" haben sie nur deshalb "nicht noch einmal bekräftigt", weil es von ihnen "als selbstverständlich angenommen" wird. Mariam Laus Artikel ist rundum gelungen - als Arbeitsprobe bei einer Bewerbung als Regierungssprecherin. (taz, 17./18.10.)

Ihre Loyalität gegenüber der neuen Regierung wird von Sibylle Tönnies noch übertroffen. Wir, die "alten Linken", sollen nun auch den Staat liebhaben, "dürfen uns nicht mehr genieren, staatstragend zu sein" - "denn wir haben gesiegt. Joschka Fischer ist Außenminister! Unsere Leute, die aussichtslosen, querulatorischen, chaotischen alten Linken, sind plötzlich ganz oben." Nur Neid kann uns die Freude daran verderben - schließlich "könnte man das doch genauso gut selber sein". Sibylle Tönnies hat bemerkenswerte (und wahrscheinlich zutreffende) Vorstellungen von den Anforderungen an eine ehemals linke Ministerin, wenn sie sich selbst für geeignet hält: Nach eigener Aussage (geschrieben in der Wir-Form) ist sie "jetzt erst wirklich erwachsen geworden" und zugleich "resigniert"; "die unteren Schichten interessieren uns nicht mehr"; "unser erster Lebensschwung - der unserer Jugend - hat ins Nichts geführt", "wir sind über die Klimax hinaus und im Abschwung". Ein Ministeramt als Verjüngungskur wäre da genau das Richtige gewesen - "vielleicht hätte man sich doch etwas mehr engagieren sollen..." Wem höhere Ämter versagt blieben, soll nun auf unterer Ebene "staatliche Tätigkeit als Möglichkeit erkennen". Vielleicht als Hilfspolizist? Dann schon lieber Minister. (taz, 31.10./1.11.)

Daß die Beteiligung an der "Macht" auch "ihren Preis" hat, räumt Jürgen Gottschlich ein: "Der bündnisgrünen Partei stehen harte Zeiten bevor. (...) Wenn jetzt der nächste Castor rollt, gibt es keine Angela Merkel mehr, die schuld ist." Der innergrüne Konflikt zwischen Basis und Führung, "auf Dauer der größte Sprengsatz des grünen Reformprojekts", erfordert professionelle Moderation: "Grüne Spitzenpolitiker müssen mehr als alle

anderen Parteienvertreter ihre Entscheidungen transparent machen. Da sie im Streß sind, müssen sie dazu gezwungen werden." Transparenz einklagen und gleichzeitig den MacherInnen den Rücken freihalten ist "vor allem die Aufgabe der Parteilinken". In Zukunft, fordert Gottschlich, müsse auch mit dem folgenlosen Dampfablassen auf Parteitagen Schluß sein - in der Tat harte Zeiten für die grüne Basis. (taz, 3.11.)

"Der Partei fällt die Rolle der reflexiven Begleitung zu", hatte schon Dieter Rulff scharfsichtig erkannt. (taz, 26.10.) Die taz ihrerseits setzt Themen, über die reflektiert werden darf - z.B. pro und contra Stollmann (20.10.): Ist es gut oder schlecht, daß er nicht Wirtschaftsminister geworden ist? "Schade eigentlich", findet das Ulrike Fokken. Schließlich "will Stollmann Hierarchien abbauen, um flexibel zu gestalten" - flexibel gleitet die Autorin vom "alternativen" in den neoliberalen Jargon hinüber.

Natürlich druckt die taz hin und wieder auch kritische Beiträge. Während in den Texten von Wiglaf Droste (19.10.) und Klaus Walter (7./8.11.) ein rüder Ton vorherrscht, liefert Markus Franz ein subversives Meisterwerk, das allerdings schon in der Überschrift verdächtig nach Satire klingt: "Die SPD hält Wort. Mit der künftigen Regierung wird vieles besser. Dem Wechsel eine Chance". (19.10.) Köstlich ist seine Bewertung der durch die "Ökosteuer" versprochenen Entlastung von 10 Mrd. DM: "Allen Unkenrufen zum Trotz wird irgendwer von dieser Summe profitieren." Der Schlußabsatz ist Kabarett vom feinsten und soll hier ungekürzt dokumentiert werden:

"Auch atmosphärisch weht ein neuer Wind. Die künftigen Koalitionäre scheinen überraschend gut zu harmonieren, und Gerhard Schröder führt erfrischend anders als der alte Bundeskanzler. Wie er Kohl zu Tränen rührte, als er dessen Verdienste lobte, wie er der alten Regierung für die Behandlung der Kosovo-Krise dankte, wie er Joschka Fischer von sich aus auf seine Amerikareise mitnahm, wie er die Zusagen an seinen Ministerkandidaten einhält, wie er die Scharping-Krise löste, das läßt darauf hoffen, daß er sich zu einem fairen, integrativen Staatsmann entwickelt. Der Wechsel ist da. Wir wollten ihn. Nun soll er seine Chance bekommen." Und nicht nur er. Auch seine total kreativen Propagandisten müssen Gelegenheit erhalten, sich in das rot-grüne Projekt einzubringen. Fähige Leute, die mitmachen wollen, gibt es genug; die zitierten Arbeitsproben stellen nur eine kleine Auswahl dar.

Js.

9. Koalieren ist kein Deckchensticken. Rot-grün serviert Flüchtlinge und Arme ab

Autor: dk. · Rubrik: Sozialpolitik; Ausländer- und Asylpolitik; SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:31

Wer davon spricht, die Grünen hätten sich bei den Koalitionsverhandlungen über den Tisch ziehen lassen, setzt voraus, daß bei diesen Gesprächen tatsächlich um inhaltliche Positionen gepokert worden wäre. Ablauf, Taktik und auch Ergebnis der Verhandlungen sprechen jedoch eher dafür, daß die Grünen in erster Linie die schnelle Beteiligung an der Macht angestrebt haben und nicht so sehr klare und konkrete Verhandlungserfolge. Dennoch ist eine linke Kritik verkürzt, die sich lediglich am mageren Text des Koaltionsvertrages abarbeitet.

Seit den ersten rot-grünen Landesregierungen lautet der Leitspruch grüner VerhandlungsstrategInnen: "Was nicht konkret und schwarz auf weiß ausgehandelt wird und im Vertrag steht, das kommt nicht." Grüne Verhandlungserfolge machten sich folglich daran fest, ob und wieviele konkrete Projekte in die Vereinbarungen hineingeschrieben werden konnten. Bei den Bonner Koalitionsverhandlungen haben die Grünen nun ausdrücklich auf diese Strategie verzichtet. Die bereits im Wahlkampf ausgegebene Parole "keine Essentials" wurde in den Verhandlungen nahtlos überführt in eine Linie der "allgemeinen Rahmenvereinbarungen und Grundsatzorientierungen". Im Bereich der Sozialpolitik sowie der Migrations- und Flüchtlingspolitik verzichteten die Grünen darüber hinaus darauf, ihre Expertinnen in die eigentliche Verhandlungskommission zu schicken: Die linke Flüchtlingspolitikerin Claudia Roth und auch die gemäßigte Reala Andrea Fischer waren der rechten Partei- und Fraktionsmehrheit politisch nicht verläßlich genug. Somit war die grüne Verhandlungsstrategie ganz auf ein schnelles Verhandlungsergebnis und nicht auf inhaltliche Auseinandersetzungen ausgerichtet.

Gute MigrantInnen ...

Der Bonner Koalitionsvertrag ist kein Dokument einer "linker Regierung", da hat Angela Klein (SOZ, 29.10.1998) ganz recht. Für den Bereich der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie der Flüchtlings- und Migrationspolitik gilt das ganz besonders. Aber: Haben wir das nicht vorher gewußt? Wer hat denn von SPD und Grünen unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen eine "linke Politik" erwarten können?

Selbst dort, wo etwa bei den Grünen eine linke bzw. grund- und menschenrechtlich orientierte Programmatik zumindest vorhanden war, mußte jeder/m BeobachterIn bereits im Vorfeld klar sein, daß sich dies kaum in einer Koalitionsvereinbarung wiederfinden würde. Dies gilt insbesondere für die Flüchtlings- und Migrationspolitik, nachdem sich Otto Schily als designierter SPD-Innenminister bereits im Wahlkampf deutlich in die Tradition der Kantherschen Ausgrenzungs- und Abschiebepolitik gestellt hatte. Vor diesem Hintergrund ist es zwar bitter, aber kaum überraschend, daß sich auf den 50 Seiten des Koalitionsvertrages lediglich eine Seite zu flüchtlings- und migrationspolitischen Zielen findet.

Drei Viertel dieser Seite betreffen allein die geplante Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts. Und trotz aller Einschränkungen sind diese Pläne ein Pluspunkt, den sich die Grünen mit Recht an ihre Weste heften können: Die Fristen für einen Einbürgerungsanspruch werden drastisch gesenkt, die doppelte Staatsangehörigkeit wird akzeptiert, und hier geborene Kinder bekommen automatisch mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit, sofern ihre Eltern hier geboren sind oder bis zu ihrem 14. Lebensjahr eingereist sind. Vor allem der letzte Punkt bleibt hinter den ursprünglichen grünen Forderungen zurück. Nach deren Vorstellungen sollten hier Geborene uneingeschränkt mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Dennoch: Diese Pläne bedeuten einen deutlichen Bruch mit dem wilhelminischen Staatsangehörigkeitsrecht und seinem Abstammungsprinzip. Für die knapp acht Millionen MigrantInnen in der BRD ist dies ein erheblicher Schritt zur formalen Gleichberechtigung.

Erkauft wurde dieser Erfolg mit knappen und zudem vagen Formulierungen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik: Abschiebehaft und Flughafenverfahren werden lediglich "überprüft". Eine Altfallregelung, etwa für langandauernde Asylverfahren oder lange hier lebende Kriegsflüchtlinge wird angestrebt, soll aber "einmalig" sein. Geschlechtsspezifische Fluchtgründe sollen in Zukunft berücksichtigt werden und das eigenständige Aufenthaltsrecht für EhepartnerInnen verbessert werden. Der Wert dieser Bestimmungen wird sich erst nach

zahllosen und zermürbenden Verhandlungen mit den Innenbehörden von Bund und Ländern herausstellen; Skepsis ist hier mehr als angebracht.

... böse Flüchtlinge

Das Thema Asylpolitik wird mit diesen Vereinbarungen zwar nicht ignoriert, aber die Formulierungen bleiben weit hinter allen Ansprüchen, wie sie etwa von seiten der Kirchen, von Pro Asyl oder von Bürgerrechtsorganisationen formuliert worden sind, zurück. Nachvollziehbar ist noch, daß die Grünen über eine grundsätzliche Neuorientierung in der Asylpolitik und eine Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl gar nicht erst verhandelt haben, die notwendigen 2/3-Mehrheiten etwa zur Novellierung des Artikel 16 Grundgesetz sind einfach nicht in Sicht. Aber daß die Grünen auch von vorneherein darauf verzichteten, eine systematische Überarbeitung des Ausländergesetzes und die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes zur Debatte anzumelden, ist in der Tat ein Armutszeugnis.

Die Verhandlungsergebnisse in der Flüchtlings- und Asylpolitik sind eindeutig unbefriedigend. Die Unterscheidung zwischen "integrierbaren Ausländern" und prinzipiell abzuschiebenden Flüchtlingen wird nicht aufgebrochen, die gesellschaftlichen Ein- und Ausschlußmechanismen damit modifiziert fortgeschrieben. Allerdings: Die SPD war an diesem Punkt dermaßen auf eine harte Linie festgelegt, daß auch mit dem allergrößten Verhandlungsgeschick kaum mehr herauszuholen gewesen wäre. Die Alternative wäre lediglich gewesen, die Koalition an dieser Frage platzen zu lassen; eine Konsequenz, die selbst schärfste KritikerInnen nicht von den Grünen verlangt haben. Somit bleibt die linke Kritik eigentümlich nörglerisch. Stephan Günther in der SOZ (29.10.1998) und Markus Bickel in der jungle world (21.10.1998) mokieren sich etwa darüber, daß die Grünen kein Einwanderungsgesetz haben durchsetzen können. Auch für die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke ist damit "ein Grundpfeiler grüner Migrationspolitik geschleift." (PDS-Pressemitteilung vom 15.10.1998). Da haben linke AntirassistInnen innerhalb und außerhalb der Grünen seit Jahren gegen ein Einwanderungsgesetz als faktisches Einwanderungsbegrenzungsgesetz agitiert, bloß damit ihnen das jetzt als Kniefall vor der SPD ausgelegt wird! Verkehrte Welt!

Neoliberale Einigkeit

Im Unterschied zur Flüchtlings- und Migrationspolitik waren die programmatischen Differenzen zwischen Grünen und SPD in Fragen der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik erheblich geringer. Der sozialdemokratische Jargon der "neuen Mitte" und der "wahren Leistungsträger" harmonierte bereits im Vorfeld vortrefflich mit dem neoliberal-kommunitaristischen Vokabular von "Eigenverantwortung", "staatlicher Bevormundung" und "neuem Gemeinsinn", das bei den Grünen z.Zt. "in" ist. Diese grundlegende Gemeinsamkeit findet sich nicht zuletzt auch in der Sorge um die Haushaltskonsolidierung wieder. So stehen alle sozial- und arbeitsmarktpolitischen Absprachen unter einem prinzipiellen Finanzierungsvorbehalt, trotz der allerhöchsten Priorität, die der Bekämpfung der Massenerwerbslosigkeit eingeräumt wird. Man kann sicher sein, daß sich die Grünen hier als Überzeugungstäter präsentieren werden. Bereits im Wahlkampf hatte sich deren haushaltspolitischer Sprecher Oswald Metzger für die Beibehaltung der Kohlschen Rentenkürzungen ausgesprochen, da eine Rücknahme nicht zu finanzieren sei. Und als Oskar Lafontaine öffentlich mit einer Ausweitung der Neuverschuldung liebäugelte, waren es wiederum die grünen HaushaltspolitikerInnen um Metzger und seine Kollegin Christine Scheel, die sich für ein "Haushaltssicherungsgesetz" mit Einsparungen bei den Sozialleistungen aussprachen (FAZ, 17.10.1998).

In einigen durchaus wichtigen Punkten haben sich SPD und Grüne darauf geeinigt, eine medienwirksame Erfüllung von Wahlkampfversprechen geschickt mit einer Hinhaltetaktik zu verknüpfen. So werden einige sozialpolitische Härten der Regierung Kohl zunächst für zwei Jahre ausgesetzt, etwa die Absenkung des Rentenniveaus von 70 auf 64%, die verschärfte Zuzahlungspflicht bei Medikamenten oder das Krankenhaus-Notopfer von 20 DM. Auch sollen Krankenversicherte, die nach 1979 geboren sind, die Kosten für Zahnersatz zumindest teilweise wieder erstattet bekommen. Das bisherige Verfahren zur Ermittlung der Regelsätze bei der Sozialhilfe wird über das Jahr 1999 zunächst für zwei Jahre verlängert. Damit wird die Deckelung der Regelsätze zwar beibehalten, die für Mitte 1999 vorgesehene allgemeine Regelsatzsenkung zur Einhaltung des Lohnabstandsgebots wird aber ausgesetzt. Auch wenn diese Bestimmungen sehr zügig, teilweise schon zum 1.1.1999, in Kraft treten sollen: In den endgültigen Gesetzespaketen, etwa zur Renten- oder zur Krankenversicherung, können diese Erleichterungen durchaus wieder rückgängig gemacht werden.

"Die Bekämpfung von Armut ist ein Schwerpunkt der Politik der neuen Bundesregierung", heißt es im Koalitionsvertrag. Während aber in den Verhandlungen viel von Entlastungen beim Mittelstand und bei den ArbeitnehmerInnen die Rede war, sind Einkommensverbesserungen bei Erwerbslosen und SozialhilfeempfängerInnen nicht Gegenstand der Auseinandersetzungen gewesen. Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe bleiben auf dem bisherigen erbärmlichen Niveau. Statt dessen haben die Koalitionspartner einen "Armuts- und Reichtumsbericht" beschlossen. Auch eine soziale Grundsicherung ist als Ziel zwar vereinbart worden, inhaltliche Konkretisierung und Umsetzungsschritte sind jedoch offengelassen worden.

Erstmal arbeiten gehen

Statt dessen soll "jeder Mensch die Chance bekommen, sein Leben aus eigener Kraft zu gestalten." SozialhilfeempfängerInnen soll daher verstärkt Arbeit, Umschulung und "Weiterbildung" angeboten werden. Das entspricht vollständig der bundesweiten Tendenz, HilfeempfängerInnen aus der Sozialhilfe zu kicken und sie statt dessen in irgendeine Form perspektivloser und schlecht bezahlter "Arbeit" zu zwingen. Das Recht auf Sozialhilfe wird ersetzt durch die Pflicht zu schlechten Zweit- und Drittjobs; aus SozialhilfeempfängerInnen werden "working poor".

Schröder hatte im Wahlkampf ein Sofortprogramm für 100.000 Jugendliche angekündigt, denen umgehend Ausbildungs- und Arbeitsplätze angeboten werden sollen. Dieser Punkt ist ungeschmälert in den Koalitionsvertrag aufgenommen worden und sogar von der PDS begrüßt worden (PDS-Pressemitteilung, 14.10.1998). Bei näherer Betrachtung entpuppt sich dieses Versprechen allerdings als unverhohlene Drohung. Über die Art der Arbeit oder die Bezahlung hüllt sich der Vertrag in Schweigen, selbst eine tarifliche Entlohnung ist nicht erwähnt. In Hamburg wollte die SPD ein ähnliches Programm umsetzen, mit dem Jugendliche "von der Straße geholt" werden sollten. Für 40 Stunden Beschäftigungstherapie sollten 1.000 DM im Monat gezahlt werden. Und um ja keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: "Wer von diesen Jugendlichen unser Angebot nicht annimmt, weil er Gammeln für schöner hält, der kann keine Stütze kriegen". (Schröder am 26.10.1998 im Spiegel).

Für die meisten der im Koalitionsvertrag vereinbarten Sofortmaßnahmen existieren bereits Gesetzentwürfe, die schon jetzt in den Bundestag eingebracht werden. Dazu gehören auch die sozialdemokratischen Essentials wie die Wiederherstellung der 100%igen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (Überstunden werden bei der Bemessung allerdings nach wie vor nicht berücksichtigt), die Rücknahme der Verschlechterungen im Kündigungsschutzgesetz, die unbefristete Verlängerung des Entsendegesetzes oder die Sozialversicherungspflicht für geringfügige Beschäftigung.

Von Bündnissen

und Kanzlerrunden

Sozialversicherungspflichtig werden jetzt Mini-Jobs ab 300 DM. Darunter sowie für Ausnahmegruppen wie z.B. SchülerInnen und StudentInnen bleiben die 620-Mark-Jobs immer noch sozialversicherungsfrei. Die Beiträge zur Rentenversicherung zahlen bei diesen Beschäftigungsverhältnissen Beschäftigte und UnternehmerInnen paritätisch, Beiträge zur Kranken-, Pflege und Arbeitslosenversicherung zahlen nur die Arbeitgeber. Die Beschäftigten haben damit weder Ansprüche auf Rehabilitationsleistungen noch auf Leistungen der Kranken-, Pflege und Arbeitslosenversicherung. Für die Unternehmer entfallen bisherigen Pauschalsteuern, die ArbeiterInnen müssen jetzt Lohnsteuer abführen.

Das vielbeschworen Bündnis für Arbeit und Ausbildung, Herzstück der rot-grünen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, strebt im Kern eine umfassende Flexibilisierung der Arbeitszeiten an. "Teilzeitarbeit", "Altersteilzeit" und "Einstiegsteilzeit" sind die Stichworte. Gesetzgeberische Maßnahmen sollen erst dann ergriffen werden, wenn diese Bündnisgespräche scheitern oder aber umsetzungsfähige Absprachen vorliegen.

Im wesentlichen wird sich dieses Bündnis kaum von den unsäglichen Kanzlerrunden der Ära Kohl unterscheiden. Möglicherweise fällt es der neuen Bundesregierung leichter, die Gewerkschaften in ein neoliberales Produktivitäts- und Flexibilisierungskonzept einzubinden. Den Gewerkschaften selbst geht es wie unter der Kohl-Regierung auch darum, in ihrer tarifpolitischen Ohnmacht zumindest den Staat als "Ersatz-Sozialpartner" anrufen zu können. Nach wie vor werden sie "intelligenten Konzepten der

Beschäftigungssicherung" nicht widersprechen, Verdichtung und Flexibilisierung der Arbeit mittragen und Lohnkürzungen bzw. "Umverteilung innerhalb der Klasse" zustimmen. Damals wie heute wird die Nagelprobe darin bestehen, ob es den Gewerkschaften gelingt, die Teilnahme an einem solchen Bündnis und die Ergebnisse ihren Mitgliedern zu vermitteln. Und es wird die Frage sein, wann sich der integrative Aspekt solch demonstrativer Akte wie der Wiederherstellung der vollen Lohnfortzahlung oder des Schlechtwettergeldes verbraucht haben.

Rot-grüne Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik ist natürlich keine Politik gegen das Kapital. Eher deutet sich hier die Keimform eines neuen politischen Regulierungsmodells für den bundesdeutschen "nationalen Wettbewerbsstaat" an: Keine staatlichen Transferzahlungen ohne Arbeitsverpflichtung, Arbeit zum Sozialhilfesatz für Erwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen, abgefederte Flexibilisierungsstrategien und partielle Re-Regulierungen am Arbeitsmarkt. Das ist die Botschaft des Koalitionsvertrages. Er spiegelt damit letztlich exakt das Niveau der gesellschaftlichen und sozialen Auseinandersetzungen zum Thema Existenzsicherung, Arbeit und Arbeitsbedingungen wider, nicht mehr und nicht weniger.

dk.

10. "Umfassend und unumkehrbar". Erste Analyse der Eckpunkte rot-grüner Atompolitik

Autor: Jochen Stay · Rubrik: Regierungspolitik zu AKWs; SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:26

"Der Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie wird innerhalb dieser Legislaturperiode umfassend und unumkehrbar gesetzlich geregelt." Mit diesem Satz beginnt der Abschnitt über die Atompolitik im Koalitionsvertrag der neuen rot-grünen Bundesregierung. Damit formulierten die energiepolitischen Unterhändler von SPD und Bündnisgrünen (Gerhard Schröder, Werner Müller, Jürgen Trittin und Rainer Baake) eine Zielbestimmung, die bei den AtomkraftgegnerInnen in der Bundesrepublik zwiespältige Gefühle erzeugt. Nicht wenige Menschen hoffen, daß es einen wirklichen "Politikwechsel" in Sachen Atom gibt. Doch leider haben sich viele die Vereinbarung zwischen SPD und Grünen nicht genauer angesehen. Denn diese gibt zu Hoffnungen wenig Anlaß.

Am Anfang steht also der Koalitionsvertrag: Zur Umsetzung des Ausstiegs-Ziels wurden drei Schritte vereinbart. Zuerst soll innerhalb von 100 Tagen das Atomgesetz geändert werden. Dabei wird der bisher festgeschriebene Förderzweck für die Atomenergienutzung gestrichen. Innerhalb eines Jahres werden von den AKW-Betreibern Sicherheitsüberprüfungen ihrer Anlagen verlangt. Die Entsorgung von Atommüll soll auf den Weg der direkten Endlagerung beschränkt werden. Die letzte Merkelsche Atomgesetzänderung wird wieder aufgehoben und schließlich soll die Deckungsvorsorge für einen Katastrophenfall erhöht werden.

Als nächsten Schritt will die Bundesregierung die Stromkonzerne zu neuen Atomkonsensgesprächen einladen. Innerhalb eines Jahres wird versucht, eine Einigung über Restlaufzeiten und Entsorgungsfragen zu erzielen.

Nach Ablauf der Jahresfrist soll es schließlich ein Gesetz geben, mit dem die Betriebsgenehmigungen der Reaktoren zeitlich befristet werden, entweder in dem bei den Konsensgesprächen vereinbarten Maße oder - wenn es zu keiner Einigung kommt - allein von der Regierung festgelegt.

Schließlich beinhaltet das Koalitionspapier noch Aussagen zur Atommüll-Problematik. SPD und Grüne sind sich einig, so schreiben sie, "daß das bisherige Entsorgungskonzept für die radioaktiven Abfälle inhaltlich gescheitert ist und keine sachliche Grundlage mehr hat." Deshalb soll ein nationaler Entsorgungsplan für die Erblast der radioaktiven Abfälle erarbeitet werden. Dabei soll es nur noch ein einziges Endlager geben. Morsleben wird nicht weiter genutzt. Bei der Erkundung des Salzstocks in Gorleben wird ein Moratorium angestrebt, während weitere Standorte in unterschiedlichen Wirtsgesteinen auf ihre Eignung untersucht werden. Danach wird eine Entscheidung angestrebt, wobei bis 2030 ein Endlager zur Verfügung stehen soll.

An jedem AKW-Standort oder "in der Nähe" sollen die Betreiber neue Zwischenlager für hochaktiven Müll bauen. Castor-Transporte sind - so lange die Halle am AKW nicht fertiggestellt ist - ausdrücklich weiter vorgesehen.

Soweit, relativ wertfrei referiert, die Vereinbarungen zur zukünftigen Atompolitik. Um einschätzen zu können, wie brauchbar diese Politik ist, um den Ausstieg tatsächlich zu erreichen, und dies auch noch "unumkehrbar", ist es notwendig, zwischen den Zeilen zu lesen und einige der Abmachungen zu erläutern.

Als wäre nix gewesen

Im Koalitionsvertrag wurden keine Restlaufzeiten für die AKWs vereinbart. Zitat Jürgen Trittin: "Was hätte es uns genützt, wenn wir eine Ausstiegsfrist vereinbart hätten, und wir hätten sie später aus rechtlichen Gründen wieder ändern müssen?" War da was? Noch im Wahlkampf hatten Trittin und alle anderen grünen AtompolitikerInnen voll und ganz auf das Konzept des damaligen hessischen Staatssekretärs Rainer Baake gesetzt: Mit einem Ausstiegsgesetz sollte es möglich sein, die Betriebsgenehmigung der AKWs so zu befristen, daß fünf Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes der letzte Reaktor vom Netz geht. Selbst vor dem Verfassungsgericht, so waren sich die Grünen sicher, würde diese Regelung Bestand haben.

Jetzt sollen die Fristen gemeinsam mit der Atomwirtschaft festgelegt werden. Und diese Verhandlungen werden von Regierungsseite maßgeblich durch den ehemaligen Atommanager Werner Müller geführt, der nach jahrelanger energiepolitischer Beratertätigkeit bei Gerhard Schröder nun zum Bundeswirtschaftsminister

aufgestiegen ist. Bei den ersten Atomkonsensgesprächen 1993 saß er noch als Vertreter der Stromkonzerne mit am Tisch. In ersten Interviews nach seiner Ernennung zum Minister machte Müller keinen Hehl daraus, daß er persönlich die weitere Nutzung der Atomenergie befürwortet. Ein würdiger Vertreter der schröderschen Atompolitik also. Schließlich setzt sich der Kanzler für Restlaufzeiten von bis zu 30 Jahren ein.

Durch das Offenhalten der Ausstiegsfristen wurde der Atomkonflikt zwischen SPD und Grünen letztendlich nur um ein Jahr verschoben. Und damit ist die Frage im Prinzip an die Gesellschaft zurückgegeben worden. Alle Lager im Streit um die Atomenergie haben nun zwölf Monate Zeit, um Machtpositionen zu gewinnen oder auszubauen. Ende 1999 wird dann die Entscheidung fallen, wie es wirklich weitergeht. Die Stromkonzerne haben diese Situation bereits erkannt und machen massiven Druck über die Androhung von Verfassungsklagen und Schadenersatzforderungen.

Noch völlig offen ist, ob die SPD-regierten Bundesländer in diesem Jahr einen zugespitzten ausstiegsorientierten Gesetzesvollzug fahren werden, ob sie die geplanten Verschärfungen der atomrechtlichen Rahmenbedingungen zu einer restriktiveren Politik gegenüber den AKW-Betreibern nutzen oder ob sie sich brav zurückhalten, um die Stromkonzerne nicht vor oder während der Konsensgespräche vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Besonders spannend wird diese Frage z.B. beim AKW Biblis A, dessen sofortige Stillegung nach Regierungsbeteiligung im Bund durch das hessische Umweltministerium ein zentrales Wahlversprechen der Grünen war (siehe Artikel in dieser ak-Ausgabe). Inzwischen mehren sich allerdings die Stimmen aus der SPD, die sich dafür stark machen, daß die grüne Ministerin Priska Hintz mit der Stillegungsverfügung noch wartet, bis die Konsensgespräche abgeschlossen sind. Bundesreaktorminister Trittin und sein aus Wiesbaden nach Bonn gewechselter und mit der Biblis-Materie bestens vertrauter Staatssekretär Baake hüllen sich bisher in Schweigen.

Auch in Niedersachsen gilt es für den SPD-Umweltminister Wolfgang Jüttner Farbe zu bekennen. Wird er ein zusätzliches Brennelemente-Lagergestell für das AKW Stade genehmigen oder muß das AKW wegen fehlender Lagerkapazitäten vom Netz genommen werden? (siehe dazu ak 419) Und bekommt die umstrittene Pilotkonditionierungsanlage (PKA) Gorleben im Frühjahr 1999 ihre Betriebsgenehmigung oder kündigt das Land den mit den Betreibern eingegangenen Knebelvertrag?

Wie geht es überhaupt mit der Atommüll-Politik weiter? Als naiv und bar jedes realpolitischen Verständnisses hat wahrscheinlich die Frage zu gelten, wieso eigentlich nicht alle AKWs wegen fehlendem Entsorgungsvorsorgenachweis sofort stillgelegt werden müssen, wenn die neue Bundesregierung das bisherige Entsorgungskonzept für Atommüll als inhaltlich gescheitert und ohne sachliche Grundlage sieht.

Bald rot-grüne Castor-Transporte?

Auch ein neues Konzept ist bisher nicht absehbar. Zwar ist vom Beschränken der Entsorgung auf die direkte Endlagerung die Rede, doch lassen die Bonner KoalitionärInnen offen, was aus den bereits geschlossenen Verträgen mit den Wiederaufarbeitungsanlagen (WAA) in La Hague und Sellafield wird. Aus Frankreich wird bereits Druck aufgebaut. Sowohl Betreiber als auch die dortige grüne Regierungspartei drohen mit schnellem Rücktransport großer Mengen bundesdeutscher Strahlenabfälle, die bisher bei der WAA La Hague lagern, falls die Verträge gekündigt werden.

Selbst wenn nur die sogenannten "Altverträge" erfüllt würden, die vor 1990 abgeschlossen wurden, müßten dafür mehrere Dutzend weitere Castor-Transporte von deutschen AKWs nach Frankreich rollen. Ein äußerst brisanter Konflikt bahnt sich also an, bei dem sich die neue Bundesregierung, wenn sie die Aufrechterhaltung des Transportestopps nicht durchhält, zwischen Castor-Zügen nach oder aus Frankreich entscheiden muß.

Das Bergwerk im Salzstock Gorleben wird nur deshalb nicht zugeschüttet, damit die AKW-Betreiber wenigstens eine minimale Legitimation für weitere Atommüll-Produktion vorweisen können.

Hatten Schröder, Trittin und alle anderen rot-grünen AtompolitikerInnen all die Jahre am Salzstock Gorleben kein gutes Haar gelassen und waren gemeinsam mit den meisten WissenschaftlerInnen in der Überzeugung einig, daß dort auf keinen Fall strahlende Abfälle eingelagert werden dürfen, so ist jetzt nur noch davon die Rede, daß an der Eignung des Salzstockes "Zweifel bestehen".

Die Option auf ein unterirdisches Atommüll-Lager wird durch das geplante Moratorium auf Jahrzehnte festgeschrieben und gleichzeitig soll an anderen Stellen nach weiteren Standorten gesucht werden. Mit dem Vertagen der Entscheidung auf das Jahr 2030 wird der Bevölkerung suggeriert, es könne irgendwann doch einmal ein sicheres Endlager gefunden werden. Der Entsorgungsvorsorgenachweis bleibt damit erfüllt. Der Atommüllberg darf munter weiter wachsen und es entsteht der falsche Einruck, als wären für alle Probleme um die radioaktiven Abfälle Lösungen vorhanden.

Den Joker hat die Atomindustrie allerdings mit dem rot-grünen Beschluß zum Bau neuer Zwischenlagerhallen an den Reaktorstandorten gezogen. Waren die Betreiber durch den Widerstand gegen die Castor-Transporte in den letzten Jahren schon arg gebeutelt, so hat sie der Transportestopp nach Bekanntwerden des Kontaminations-Skandals im Sommer 1998 in ernsthafte Schwierigkeiten gebracht. Die von der Anti-AKW-Bewegung bereits seit Jahrzehnten verfolgte Strategie, sämtliche nur dem Weiterbetrieb der AKWs dienenden sogenannten Entsorgungswege zu bekämpfen, schien endlich aufgegangen zu sein. Jetzt schafft die neue Regierung den Stromkonzernen einen bequemen Ausweg, der auch noch deutlich billiger als die bisher bevorzugte Wiederaufarbeitung kommt.

Begründet wird der Koalitionsbeschluß, vor der Stillegung von Atomanlagen erst einmal einige Zwischenlager neu zu errichten, mit der Verantwortung, sich als Regierung konstruktiv um die Atommüll-Lagerung kümmern zu müssen, und mit dem Wunsch, die Zahl der Castor-Transporte zu verringern. Übersehen wird dabei, daß das wichtigste Argument zum Widerstand gegen Castor nie nur die Gefahren der Transporte waren. Der Protest richtete sich immer auch dagegen, mit dem Kutschieren von hochradioaktiven Stoffen quer durch die Republik den Anschein zu erwecken, das Atommüll-Problem sei unter Kontrolle.

Eben diesen Effekt hätten neue Hallen an den AKWs auch: Es ist die beliebte "Aus den Augen aus dem Sinn Politik". Nur diesmal für die Betreiber aufgrund des schwerer zu organisierenden Widerstandes ungleich komfortabler als bei der bisherigen Transporte-Lösung.

Das Lieblingswort des neuen Atomministers Jürgen Trittin in diesen Wochen ist "unumkehrbar". Der Terminus wird verwendet, um zu belegen, daß die angebliche Ausstiegspolitik über einen erneuten Regierungswechsel nach den nächsten Wahlen hinaus abgesichert ist. Allerdings wird an keiner Stelle des Koalitionsvertrages deutlich, wie das funktionieren soll.

Stellen wir uns ein Szenario in vier Jahren vor: Mit viel Glück ist es der rot-grünen Regierung gelungen, die AKW-Betreiber zum Abschalten einiger veralteter Schrottreaktoren zu überreden, deren notwendige Nachrüstung sowieso unwirtschaftlich gewesen wäre. Für alle anderen Atommeiler sind lange Restlaufzeiten gesetzlich garantiert. An den meisten Reaktorstandorten gibt es neue Zwischenlagerhallen. Im Bergwerk für das Endlager Gorleben sind die bereits erschlossenen Bereiche unter Tage standsicher ausgebaut.

Wenn nach der nächsten Wahl die Mehrheiten wieder wechseln, so könnte eine dann neue Regierung die Befristung der AKW-Betriebsgenehmigungen ohne Probleme wieder aufheben und würde für den Atommüll komfortable Zwischenlösungen vorfinden, die das Thema aus der öffentlichen Auseinandersetzung halten. Unumkehrbarer Ausstieg? Es scheinen eher Ängste begründet, daß die rot-grüne Atompolitik der Nuklearbranche eine konfliktärmere Zukunft eröffnen könnte.

Jürgen Trittin hat erkannt, wo einer der Knackpunkte in der nächsten Zeit liegt: "Die Glaubwürdigkeit dieser Regierung wird nicht von einzelnen Atomtransporten abhängen", so der Minister, "sondern davon, ob es uns gelingt klarzumachen, daß neue Zwischenlager nicht dem unbefristeten Weiterbetrieb dienen, sondern ein Schritt zum Atomausstieg sind."

Doch weder AKWs noch Castorbehälter noch Zwischenlager werden sicherer, wenn die neue Regierung lediglich Ausstiegs-Rhetorik betreibt. Und wenn Trittin gesteht, daß er auch auf dem Ministersessel von Töpfer und Merkel keine Transporte verhindern kann ("Niemand kann versprechen, daß es keine weiteren Atomtransporte gibt"), dann muß die Bewegung ihm und seinen WählerInnen verraten, daß so etwas schon immer besser im praktischen Widerstand zu erreichen war.

Anlaß dazu gibt es unter Umständen bereits im nächsten Jahr. So läßt die Koalitionsvereinbarung ja ausdrücklich Castor-Transporte nach Gorleben und Ahaus zu, falls es am Kraftwerk keine ausreichende Zwischenlagerkapazität gibt. Auch weitere Atommüll-Fuhren zu den WAAs im Ausland scheinen möglich,

wenn die Altverträge noch erfüllt werden sollen. Und in La Hague stehen sechs mit hochradioaktivem WAA-Müll beladene Behälter zur Abfahrt nach Gorleben bereit.

Jochen Stay

11. Im Osten geht die Sonne auf. PDS am Ziel: rot-rote Koalition in MecklenburgVorpommern

PDS am Ziel: rot-rote Koalition in Mecklenburg-Vorpommern

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Wahlen; SPD; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:16

Es zeichnete sich ab, doch daß es so reibungslos über die Bühne gehen würde, war nicht absehbar. SPD und PDS haben in Mecklenburg-Vorpommern eine Koalition geschlossen. Hat sich die Republik in den vergangenen Woche also derart verändert? War es vor vier Jahren noch möglich, mit plattesten Sprüchen antikommunistische Ressentiments gegen die PDS zu mobilisieren, erscheint heute eine Regierungsbildung mit der PDS - zumindest in Ostdeutschland - das Normalste von der Welt. Die Reaktionen auf die Koalition in Mecklenburg-Vorpommern waren jedenfalls sehr unaufgeregt.

Bei den Landtagswahlen am 27. September, die zeitgleich mit den Bundestagswahlen stattfanden, erzielte die SPD 34,3% (+ 4,7%) und die PDS 24,4% (+ 1,6%). Die CDU verlor über 7% und erreichte nur noch 30,2% der Stimmen. Alle anderen Parteien scheiterten an der 5-Prozent-Hürde.

Es war schon seit langem ein offenes Geheimnis, daß die SPD in Mecklenburg-Vorpommern mit der PDS die Zusammenarbeit sucht. Schon nach den Landtagswahlen 1994 gab es ein Sondierungsgespräch zwischen SPD und PDS. Verhandlungsführer heute wie damals waren die Landeschefs der beiden Parteien, Harald Ringstorff (SPD) und Helmut Holter (PDS). Auf Druck der Bundes-SPD allerdings blieb es bei diesem einen Gespräch. Damals schien eine Regierungszusammenarbeit mit der PDS noch nicht opportun.

Im Frühjahr 1996 unternahm die Landes-SPD in Mecklenburg-Vorpommern einen erneuten Versuch, aus der "ungeliebten" Großen Koalition mit der CDU auszusteigen. Weil die CDU-Finanzministerin Bärbel Kleedehn in Bonn eine Drittelbeteiligung des Landes an der Finanzierung der aus dem Vulkan-Verbund herausgelösten Werften des Landes zugesagt hatte, forderten SPD und PDS gemeinsam im Schweriner Landtag ihren Rücktritt. Ringstorff und Holter trafen sich wieder zu Gesprächen. Eine Zeitlang sah es so aus, als wollte Ringstorff die Koalition mit der CDU platzen lassen. Aber auch dieses Mal wurde es nach Druck aus Bonn nichts mit der Zusammenarbeit mit der PDS.

Nach den Landtagswahlen 1998 war alles anders. Die SPD führte zwar am Anfang Gespräche mit CDU und PDS, um die Möglichkeiten einer etwaigen Zusammenarbeit auszuleuchten. Daß man am Ende aber der CDU einen Korb gab und Verhandlungen mit der PDS anstrebte, überraschte niemanden. Die Vorliebe der SPD für eine Zusammenarbeit mit der PDS war bekannt. Die PDS hatte weit vor den Wahlen schon die Bereitschaft signalisiert, für konkrete Gespräche zur Verfügung zu stehen.

Dabei machte die Führung der PDS Mecklenburg-Vorpommern keinen Hehl daraus, daß sie am liebsten als Koalitionspartner der SPD an der Landesregierung beteiligt werden wollte. Am Wahlabend spekulierte Helmut Holter schon über eventuelle Ressortverteilungen. Daß das etwas voreilig war, zeigte der Landesparteitag der PDS am 10. Oktober. Die Basis gab sich spröde und beauftragte die Verhandlungsdelegation, ergebnisoffen hinsichtlich der Frage Tolerierung oder Koalition mit der SPD zu verhandeln. Erst danach sollte entschieden werden, in welcher Form sich die Partei an der Regierung beteiligt.

Mit einem Sieben-Punkte-Katalog ging die PDS in die Verhandlungen. Da ging es beispielsweise um die Schaffung von 20.000 neuen Arbeitsplätzen, den Rechtsanspruch auf berufliche Ausbildung, eine Bildungsreform, die Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen oder die Entwicklung des ländlichen Raumes.

Nach den zweiwöchigen Verhandlungen zeigten sich beide Partner zufrieden. "Was wir vereinbart haben, kann sich sehen lassen", so Harald Ringstorff. "Soviel sozialdemokratische Politik, wie hier fixiert, hat es in unserem Land noch nie gegeben." (Berliner Zeitung, 2.11.98) Aber "auch die Handschrift der PDS" sei erkennbar, betonte sein PDS-Pendant Helmut Holter. (Berliner Zeitung, 29.10.98)

Rot-rote Realpolitik und die Reputation der PDS

Dazu zählt wohl vor allem der "Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor". Auch wenn die konkreten Ergebnisse eher mager ausfallen. 5.000 staatlich finanzierte Stellen hatte die PDS gefordert. Am Ende blieben 3.000 übrig, und auch das erst, nachdem Nachverhandlungen mit der SPD stattgefunden hatten. 500 Menschen sollen probeweise im Rahmen eines regionalen Modellversuches kurzfristig in einem gemeinwohlorientiertem arbeitsmarktgeförderten Projekt beschäftigt werden. 1.500 Stellen im Bereich kommunaler Infrastrukturmaßnahmen sollen gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeit geschaffen werden. Im Rahmen der Jugendsozialarbeit sollen 1.000 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Voraussetzung dafür sind aber "mögliche Einsparungen infolge arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen des Bundes". Wenn die Bundesregierung nicht in diesem Sinne handelt und die Bundesanstalt für Arbeit ihre Förderrichtlinien nicht ändert, bleibt das ganze also eine reine Absichtserklärung.

Viele Vorhaben in den Koalitionsvereinbarungen bleiben wie bei diesem Beispiel vage. Da wird "angestrebt", "hingewirkt" oder "stabilisiert". Hinter diesen Formulierungen verbirgt sich die schwierige Ausgangslage der Koalition. Mecklenburg-Vorpommern ist das Armenhaus der Republik. Mit 150.000 Menschen waren im Jahresdurchschnitt 1997 20 Prozent offiziell erwerbslos (Arbeitslosenquote Oktober 1998: 16,4 Prozent). An die 80.000 Menschen sind derzeit in ABM- oder Weiterbildungsmaßnahmen untergebracht. In dieser Situation sind die angestrebten 3.000 neuen Stellen und der Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Vor allem wenn man bedenkt, daß in den nächsten zwei Jahren sogar 2.000 Stellen im Öffentlichen Dienst gestrichen werden. Dafür soll in Zukunft jedem Schulabgänger eine Lehrstelle garantiert werden - auch wenn sich der Koalitionsvertrag darüber ausschweigt, wie das erreicht werden kann.

Der Tatsache, daß der Koalition in Schwerin aufgrund der Haushaltslage wenig Spielräume für Reformpolitik bleibt, mußte auch die PDS Rechnung tragen. Parallel zu den Koalitionsverhandlungen hatten SPD und PDS eine "Umschichtungskommission" eingesetzt, um den Landeshaushalt nach Mitteln für Reformprojekte zu durchforsten. Das Ergebnis muß so mager gewesen sein, daß die Kommission es erst gar nicht veröffentlichte. In der Finanzpolitik hatte die Sozialdemokratie lange Zeit keine Kompromißbereitschaft gezeigt. Die PDS hatte eine Erhöhung der Neuverschuldung um 200 Millionen Mark gefordert. Letztendlich konnte sie 50 Millionen durchsetzen, die den Kommunen für Investitionen zur Verfügung gestellt werden sollen.

In der Bildungspolitik fiel den beiden Parteien eine Einigung wesentlich leichter. Die Einführung der sechsklassigen Grundschule und die Ausdehnung der Orientierungsstufe - wie von der PDS gefordert - finden sich auch im bildungspolitischen Repertoire der SPD, und kosten kaum zusätzliches Geld. Gleiches gilt für die Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre. Ebenso nachverhandelt wie bei den Kommunalfinanzen und der Arbeitsmarktpolitik wurde beim Thema Stasi. Hier wird es nur noch bei begründetem Verdacht Überprüfungen im Öffentlichen Dienst und bei den Landtagsabgeordneten geben, die Regelüberprüfung wurde abgeschafft.

Nachgeben mußte die PDS beim Bau der Ostseeautobahn, den sie eigentlich ablehnt. Aber dieses Projekt ist soweit vorangeschritten und in Ermangelung kurzfristig umsetzbarer Alternativen sowieso kaum rückholbar. Im Gegenzug wird aber die Unterstützung des Landes für den Bau des Transrapids eingestellt.

Die Koalitionsvereinbarungen sind durchaus ambivalent. Gemessen an der Ausgangslage war aber nicht viel mehr zu erreichen. Dafür, daß die PDS von vornherein ihre Bereitschaft signalisierte, sich an einer Regierung beteiligen zu wollen, sind die Ergebnisse sogar erstaunlich gut. Sicherlich, die Kritiker der Schweriner Koalition in den Reihen der PDS haben durchaus recht, wenn sie meinen, die Vereinbarungen böten statt konkreter Maßnahmen oft nur politische Lyrik. Mißt man aber das Erreichte am Vorgenommenen und in Bezug auf das politisch Mögliche, so hat sich die PDS nicht billig verkauft - mehr war wohl eben nicht drin. Die PDS hat erreicht, der SPD eine klassisch sozialdemokratische Politik teils zu ermöglichen, teils abzuringen - wie die Frankfurter Rundschau zutreffend die Koalitionsvereinbarungen kommentierte.

"Sicherlich hat die PDS nicht alle Positionen durchsetzen können, aber sie hat erreicht, daß Millionen von Menschen in den neuen Bundesländern nicht länger ausgegrenzt werden." Für Gregor Gysi ist das Regierungsbündnis mit der SPD schon ein Wert an sich. "Bis gestern waren wir ein Phänomen, ab heute sind wir eine politische Partei" - so Gysi auf dem PDS-Landesparteitag am 31. Oktober in Parchim, der die Koalition bestätigte. (ND, 2.11.98) Momentan befindet sich die Führung der PDS im Höhenrausch. Der Einzug in

Fraktionsstärke in den Bundestag und die Reputation als Koalitionspartner haben die politische Isolation und Ausgrenzung der Partei vor allem in Westdeutschland abgeschwächt bzw. zunichte gemacht.

Im Vorfeld des Parteitags war sich die PDS-Führung allerdings nicht sicher, ob die Koalitionsvereinbarung den Segen der Delegierten bekommen würde. Am Ende stimmten aber 100 dafür und nur sechs dagegen. Neben fünf Ministern, die die SPD stellt, sitzen nun drei PDS-Mitglieder am Schweriner Kabinettstisch: Helmut Holter (Bau, Landesentwicklung, Arbeit), Martina Bunge (Soziales) und Wolfgang Methling (Umwelt).

Erstaunlich reibungslos ging die Inthronisation der ersten rot-roten Landesregierung über die Bühne. Zwar gab es die üblichen Äußerungen aus dem Lager der Union und vom rechten Flügel der SPD, alles in allem war das aber eher unaufgeregt. Schäuble und Waigel nannten die Zusammenarbeit zwischen SPD und PDS falsch und verheerend. Angela Merkel bezeichnete die Koalition als "traurige Premiere" und befürchtete in Mecklenburg-Vorpommern einen "sozialistischen Jurassic-Park". (Berliner Zeitung, 29.10./ 2.11.98) Auch in der Sozialdemokratie wurde verhalten Kritik laut. Im Landesverband selbst äußerte sich der rechte "Güstrower Kreis". Es kam zu vereinzelten Parteiaustritten. Die sozialdemokratischen Bauchschmerzen hingen vor allem mit der Herkunft der PDS aus der SED zusammen. Dennoch segnete der SPD-Landesparteitag in Güstrow mit 63 Ja-Stimmen, 22 Ablehnungen und sechs Enthaltungen, weit weniger als erwartet, die Koalition ab.

Sozialdemokraten wie Erhard Eppler, Klaus Böger (Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus), Richard Schröder (damaliger Fraktionschef in der DDR-Volkskammer) oder Markus Merckel (MdB und Mitbegründer der SDP) plädieren inzwischen für mehr Distanz zur PDS. "Eine PDS, die als linke, demokratische Kraft von der SPD und dann von der westdeutschen Gesellschaft akzeptiert ist, gewönne nicht nur bisherige SPD-Wähler, sondern auch Mitglieder aus dem linken SPD-Spektrum." Dies gefährde die Mehrheitsfähigkeit der jetzigen Koalition. (Spiegel 45/98) Wie jubelte Gregor Gysi in Parchim? "Wenn wir hier regieren, können sie uns in Bonn nicht mehr so schlecht behandeln." So einfach wird die Sache allerdings nicht sein. Für die PDS wird es jetzt unter anderem darauf ankommen, strategische Überlegungen anzustellen, wie sie opponieren, tolerieren und koalieren als Handlungsoptionen der Partei auf einen gemeinsamen Nenner bringen kann.

mb., Berlin

12. "Fit wie die GSG 9." Krankenjagd in "schlanken" Betrieben

Autor: dk. · Rubrik: Sozialpolitik; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:28

"Rekordtief bei Krankmeldungen" triumphierte das Handelsblatt, Zentralorgan der deutschen Aktienbörsen. Nach Angaben des Bundesgesundheitsministeriums war der Krankenstand in den ersten drei Quartalen des Jahres 1998 auf den niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung gesunken. In Westdeutschland weist die Statistik sogar den niedrigsten Stand seit 1949 auf. Weniger krankmachende Arbeitsplätze, weniger Leistungsstreß oder eine allgemein gesündere Lebensführung dürften wohl kaum die Ursache für diese Entwicklung sein.

Nach der Statistik des Bundesgesundheitsministeriums ist die Fehlquote auf durchschnittlich 6,7 Arbeitstage gesunken - ein Rückgang von 23% gegenüber den ersten neun Monaten des Jahres 1995 und immerhin nochmal 2,7% weniger als im selben Zeitraum 1996. ArbeiterInnen in Westdeutschland haben im laufenden Jahr lediglich 3,98% der Sollarbeitszeit gefehlt, im Osten waren es 4,22%. Nach Schätzungen der IG Metall bedeutet der Rückgang der Krankenquote bei den Unternehmen Einsparungen in Höhe von zehn Milliarden DM gegenüber 1997.

Für Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt sind die sinkenden Krankenstände in erster Linie ein "Erfolg" der neuen restriktiven gesetzlichen Regelungen zur Lohnfortzahlung. Wenn überhaupt, ist das aber nur die halbe Wahrheit. Reiner Bispinck, Leiter des Tarifarchivs der Hans-Böckler-Stiftung, weist darauf hin, daß der Trend zu sinkenden Fehlzeiten lange vor dem Oktober 1996, dem Inkrafttreten des neuen Lohnfortzahlungsgesetzes, eingesetzt hat. Darüberhinaus betont Bispinck, daß trotz Lohnfortzahlungsgesetz Anfang 1998 immerhin noch für Dreiviertel aller 21 Mio. tarifgebunden Beschäftigten die 100%ige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall galt. Auch für die Betriebskrankenkassen spielen die Restriktionen bei Lohnfortzahlung "nur eine untergeordnete Rolle" bei der Erklärung der niedrigen Krankenstände. Sehr viel entscheidender sind für die Kassen die "weiterhin schwierige Situation auf dem Arbeitsmarkt" sowie "betriebliche Vereinbarungen zur Senkung von Fehlzeiten".

Auferstehung

der Inquisition

Die Unternehmensleitungen verlassen sich längst nicht mehr nur auf den Druck durch Massenerwerbslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse, um den "Kostenfaktor Fehlzeiten" aus ihrer Sicht in den Griff zu bekommen. In Zeiten der "Just-in-time"-Produktion ist Krankheit mehr denn je eine "Krise der Lean production", die wie jede andere "Fehlerquelle" beseitigt werden muß. Entsprechendes Gewicht bekommen innerbetriebliche Versuche, den Krankenstand zu senken. Mit welchen Methoden in bundesdeutschen Betrieben Jagd auf Kranke gemacht wird, hat die Bochumer Industriesoziologin Mag Wompel eindrucksvoll beschrieben. "Jagd auf Kranke. Rückkehrgespräche auf dem Vormarsch" heißt ihre umfangreiche Broschüre, die jetzt in einer zweiten, aktualisierten Auflage erschienen ist.

"Rückkehrgespräche stellen den Mittelpunkt aller betrieblichen Maßnahmen zur Anwesenheitserhöhung dar", so Wompel gleich am Anfang. Dabei handelt es sich um Gespräche, die Vorgesetzte mit ArbeiterInnen führen, die nach einer Krankmeldung wieder im Betrieb erscheinen. Am Beispiel der Automobilindustrie werden die aktuelle betriebliche Praxis dieser Gespräche und sie flankierende innerbetriebliche Maßnahmen dargestellt und analysiert.

Diese Methode zur Schikanierung kranker ArbeiterInnen ist keineswegs neu und auch nicht auf die Automobilindustrie beschränkt. Aber die hier präsentierten Modelle von Opel, Mercedes und VW zeigen deutlich, welche neue Qualität an wissenschaftlicher Akribie und Systematik Fehlzeiten- und Rückkehrgespräche mittlerweile erreicht haben.

Nach außen werden diese Gespräche i.d.R. als Maßnahmen der Fürsorge und der Verbesserung der betrieblichen Gesundheitsförderung verkauft. Für das betriebliche Personalmanagement geht es freilich um anderes: "Durch ein Fehlzeitengespräch soll das Ziel einer Verringerung der Ausfallkosten des Mitarbeiters

sowie der Lohnnebenkosten erreicht werden. Gleichzeitig soll sich aber auch der Mitarbeiter seiner Gesamtverantwortung für das Arbeitsumfeld und das Unternehmen bewußt werden." (zitiert nach Wompel,a.a.O.)

"Wir haben verstanden"

Muster und Vorreiter für die neue Generation von Rückkehrgesprächen ist das AVP-Konzept bei Opel ; AVP steht dabei für AnwesenheitsVerbesserungsProzeß. Das Konzept besteht aus vier systematischen und standardisierten Gesprächsstufen, die sowohl dokumentiert als auch visualisiert werden. Die Gesprächsstufen erfolgen in Schleifen von neun Monaten: Mit der ersten Fehlzeit ist Stufe 1 verbunden; folgte die nächste Krankmeldung innerhalb von neun Monaten, schließt sich Stufe 2 an usw. Dabei dient AVP von Anfang an der juristischen Vorbereitung einer krankheits- oder verhaltensbedingten Kündigung.

Stufe 1, das "Motivationsgespräch", soll 24 Stunden nach der Rückkehr des/der Beschäftigten erfolgen. Bei Opel wird es grundsätzlich bei jeder Fehlzeit angewendet. Bereits hier wird nach dem Grund der Fehlzeit, nach dem persönlichen Umfeld wie Familie und Hobbies etc. gefragt; Fragen, die die Vorgesetzten nichts angehen und die zum anderen der ärztlichen Schweigepflicht unterliegen. Stufe 2, das "Mitarbeitergespräch", zielt darauf ab, dem Kranken die "Belastungen" für die KollegInnen und den Betrieb drastisch vor Augen zu führen: Das freundliche "Sie haben uns gefehlt" wird jetzt zur massiven Beschwerde und zu einer latenten Drohung: "Der Mitarbeiter muß sehen, daß sein Fehlen dem Arbeitsablauf schadet." Gesprächsstufe 3 ist das "Personalgespräch". Hier wird die Drohung unüberseh- und -hörbar. Sie reicht von allgemeinen Hinweisen auf Kündigung wegen Krankheit bis zur direkten Ansprache: "Weiteres Fehlen wird für sie Konsequenzen haben". In der vierten Stufe schließlich, dem "Fehlzeitengespräch", wird unmißverständlich mit Abmahnung und Kündigung gedroht. .

Das AVP-Konzept wird bei Opel durch verschiedene andere betriebliche Maßnahmen begleitet. So besteht seit 1993 eine Gesamtbetriebsvereinbarung "Standortsicherung", nach der das Weihnachtsgeld nur gezahlt wird, wenn eine bestimmte Fehlzeitenrate nicht überschritten wird. Opel hat damit, wie Wompel treffend bemerkt, "die kollektive finanzielle Bestrafung von Krankheit eingeführt". Im Werk Bochum erlaubt eine Betriebsvereinbarung die Veröffentlichung der Fehlzeiten einer jeden Gruppe und sogar "Krankenbesuche" durch Gruppensprecher und/oder Vorgesetzte. Briefe an kranke Beschäftigte, Anrufe, Zielvereinbarungen zwischen Meistern und Arbeitsgruppen, Anwesenheitsprämien sind bei Opel und den anderen Automobilkonzernen genauso üblich wie das Einschalten von Detekteien oder die Einflußnahme auf Ärzte und Krankenkassen.

Mag Wompel analysiert in ihrer Broschüre aber nicht nur detailliert die Techniken der Rückkehrgespräche. Vielmehr sind diese für sie der Kulminationspunkt einer allgemeinen "Jagd auf Kranke". Die Broschüre ist vor allem dort besonders beeindruckend, wo sie die Herrschaft der "schlanken Produktion" bis in die Körper und die Psyche der Menschen beschreibt. Krankheit wird zu einem Phänomen, das ausschließlich dem eigenen Willen unterliegt und somit in hohem Maße individuell beeinflußt werden kann. Die Rückkehrgespräche machen auf allen ihren Stufen kranken ArbeiterInnen erstmal einen kollektiven Betrugsvorwurf. Wer krank ist, muß sich rechtfertigen, sich (und andere) in Zukunft besser kontrollieren und seine Fitneß öffentlich unter Beweis stellen.

Die AVP-Konzepte betrachten Krankheit als mutwilliges und verhaltensbedingtes Phänomen. Umgekehrt wird Gesundheit mit möglichst niedrigen Fehlzeiten gleichgesetzt. Die Rückkehrgespräche knüpfen dabei an typisch männlichen Verhaltensweisen und Umgehensweisen mit dem eigenen Körper an: hart ("im Nehmen"), zäh ("wie Kruppstahl") dynamisch, fit und flexibel.

Arbeiten bis zum Umfallen

Arbeit macht krank. Mag Wompel belegt, daß diese alte Weisheit auch und gerade für die "schlanke Produktion" mit ihren ausgedünnten Belegschaften, ihrer Arbeitsverdichtung und ihrem "management by stress" gilt. Das absolute Diktat des Produktivitätswachstums und der Kostensenkung verstopft auch die letzten Poren zur Erholung und zum Verschnaufen. Wompel beschreibt, wie dies zwangsläufig kranke ArbeiterInnen produziert, die dann ihrerseits zu "Kostenfaktoren" werden.

Wo die Anzahl von "Mitabreitern ohne wirtschaftlichen Wert" reduziert werden soll (Unternehmensziel von Mercedes) herrscht ein sozialdarwinistisches Klima, in dem "der Mensch als Arbeitsperson gekennzeichnet ist durch ... seine Fähigkeiten zum Ertragen von Belastungen" (zitiert nach Wompel). Wo Belegschaften "fit wie die GSG 9" sein sollen, wird permanente Leistungsfähigkeit zur Norm. Krankheit und Gebrechlichkeit unterliegen der Eigenverantwortung, krankgeschriebene KollegInnen werden zur Gefahr für Arbeitsplätze.

Die Spaltung der Belegschaften in "wirklich Kranke" und "Blaumacher" ist eine integrale Funktion der innerbetrieblichen Krankenhatz. In der Gruppenarbeit , bei Arbeitsverdichtung, gekürzten Pausen und ohne Springer, wird kranken KollegInnen schnell die Schuld für jede zusätzliche Arbeitsbelastung in die Schuhe geschoben. Wompel zitiert in diesem Zusammenhang Ex-Bundeskanzler Helmuth Kohl: "Jeder, der bummelt, jeder, der krankfeiert, jeder, der in seiner verkürzten Arbeitszeit nicht seine volle Arbeitskraft einsetzt, bestiehlt im Grunde genommen den Arbeitskameraden". Eine Denkweise, die auch bei Gewerkschaftern verbreitet ist; auch sie sind durchaus dafür, "Blaumacher" aufzuspüren, um die "integren" KollegInnen zu schützen. Wompel zeigt, wie trügerisch diese Logik ist: Unter den herrschenden Arbeitsbedingungen ist es nur eine Frage der Zeit, bis jede/r einmal krank wird. Und dies um so schneller, je mehr KollegInnen - auch krankheits- und verhaltensbedingt - gekündigt werden. Der Druck auf Kranke ist zudem auch ein Druck auf die gesunden KollegInnen, eher die Zähne zusammenzubeißen, als sich krank zu melden.

Mag Wompels Broschüre räumt schonungslos mit jeder positiven Bezugnahme auf die sog. "betriebliche Gesundheitsförderung" auf. Nicht die Gesundheit der Beschäftigten, sondern die "Gesundheit" des Unternehmens ist oberstes Kriterium. Der Mensch ist ein reiner Produktionsfaktor, dessen Leben und Gesundheit bedingungslos den Anforderungen des produktivitätsorientierten Arbeitsprozesses untergeordnet wird. Gesundheit am Arbeitsplatz setzt eine radikal andere Art der Arbeit und der Produktion voraus. Dies ist zumindest ein Fazit nach dieser Lektüre.

dk.

Mag Wompel: "Jagd auf Kranke. Rückkehrgespräche auf dem Vormarsch", 2. Auflage, Juni 1998, 123 S., 10 DM; die Broschüre kann bezogen werden über: express, Bleichstraße 9, 63065 Offenbach

13. WAA Sellafield: Der Anfang vom Ende?

Autor: Jill Perry · Rubrik: Großbritannien · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:08

Sellafield liegt am Rande des Nationalparks Lake District in Cumbria, einer der schönsten Gegenden Englands. Die Grenze dieser Region ist heute jedoch auch eine Wohlstandsgrenze. Die Westküste von Cumbria war einmal eine industrielle Region, Kohlenbergwerke und Stahlindustrie sorgten für Einkommen und Jobs der Anwohner. Heute sind diese Industrien fast alle verschwunden - geblieben ist einzig die Atomindustrie. Fast alles was im Atombereich gemacht werden kann, findet heute im Atomkomplex Sellafield statt.

Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs hat man 1946 die ersten zwei Atomreaktoren mit zwei großen Kühltürmen unter dem Namen Windscale gebaut, um hier das Plutonium für die Atombombe herzustellen. Erst zehn Jahre später hat Königin Elisabeth II das erste kommerzielle Kernkraftwerk (Calder Hall) mit vier Reaktoren eröffnet. 1957 kam es in einem Teil von Windscale zu einem schweren Atomunfall, einem Brand im Reaktorkern. 500 Quadratkilometer wurden mit Jod 131 verseucht, zwei Millionen Liter Milch von den Bauernhöfen im Nordwesten von England mußten vernichtet werden und die beiden Türme wurden endgültig geschlossen.

Doch trotz dieses schweren Unfalls hat sich die Anlage bis heute erheblich vergrößert und sich über mehr als vier Quadratkilometer ausgebreitet. Es gibt u.a. ein Plutoniumlager, eine ganze Menge Hallen für Atommüll, Wassertanks, in denen die abgebrannten Brennstäbe gelagert werden, eine Verglasungsanlage, in der der hochradioaktive flüssige Müll in Glas verpackt wird, viele Behandlungsanlagen und eine Pipeline, durch die täglich neun Millionen Liter radioaktives Abwasser in die Irische See abgeleitet werden. Die Irische See ist heute das radioaktiv verseuchteste Meer der Welt.

All diese Einrichtungen sind in den vergangenen Jahrzehnten um die alte Wiederaufarbeitungsanlage für Magnoxbrennstäbe - B205, den Reaktoren der ersten Generation, errichtet worden. Heute ist das Herzstück die WAA für die Brennelemente aus den Leichtwasserreaktoren, die sogenannte THORP-Anlage.

Abgebrannte Brennelemente kommen aus Japan, Deutschland, der Schweiz, den Ländern, die die wichtigsten ausländischen Kunden sind, und auch aus den Kernkraftwerken in Britannien. In der THORP-Anlage werden die Brennelemente zerkleinert und das in ihnen enthaltene Plutonium und spaltbare Uran chemisch getrennt. Am Ende dieses Prozesses stehen eine Vielzahl teilweise hochradioaktiver Abfallprodukte.

Zum Standort Sellafield gehört seit einigen Jahren auch eine neue Anlage zur Herstellung von sogenannten MOX-Brennelementen. Bis heute ist sie allerdings nicht abschließend genehmigt - seit über einem Jahr warten die Betreiber auf die Entscheidung des Umweltamts (Environment Agency) bzw. der Regierung. MOX-Brennelemente bestehen aus einer Mischung von Uran und Plutonium, das aus der Wiederaufarbeitung stammt. BNFL (British Nuclear Fuels Limited, Besitzerin von Sellafield) will diesen Brennstoff künftig ebenfalls herstellen und verkaufen. Bei BNFL spricht man in Sachen MOX-Fertigung auch von "recycling" oder stellt die Plutoniumverarbeitung unter das Motto: "Schwerter zu Pflugscharen". Hintergrund ist, daß das zu MOX-Brennelementen verarbeitete Plutonium nach dem erneuten Reaktoreinsatz nicht mehr ohne weiteres für militärische Zwecke zur Verfügung steht. Die AtomgegnerInnen befürchten jedoch, daß mit der Inbetriebnahme der MOX-Anlage Plutonium in alle Welt transportiert wird und so die atomaren und auch militärischen Risiken weiter erhöht werden.

In den letzten Jahren aber hat BNFL vier Rückschläge erlitten, und alle vier können das Ende für die Wiederaufarbeitung bedeuten:

Erstens besteht auch in Großbritannien bis heute keine Möglichkeit zur Endlagerung von schwach- und mittelaktiven Atommüll. Nirex - die Endlager Firma - wollte ihn tief unter der Erde in der Nähe von Sellafield in unmittelbarer Nähe des Nationalparks Lake District eingraben. Aber selbst hier, wo viele Leute für die Atomindustrie arbeiten, gab es eine starke Ablehnung gegen diese Pläne. Während man BNFL normalerweise alles erlaubt, gab es diesmal entschiedenen Widerstand. AnwohnerInnen, Umweltgruppen, Kreisräte und auch einige örtliche Industrievertreter taten sich gegen BNFL zusammen. Aufgrund des Widerstands kündigte Nirex zunächst nur an, ein unterirdisches Forschungslabor errichten zu wollen, um die geologische Beschaffenheit zu prüfen.

Störfälle, Pannen

und Probleme

Doch dies wurde von den meisten als Trick erkannt, denn um ein solches Labor einzurichten, müßten zunächst die Schächte und Tunnel gebaut werden. Erst nach der Fertigstellung der wichtigsten Teile eines eventuellen Endlager war vorgesehen, die entsprechenden Genehmigungsanträge für die Errichtung zu stellen. Dann aber wären bereits Fakten geschaffen gewesen. Auf dieses Spiel wollte sich der damalige Umweltminister Gummer nicht einlassen und entschied im März 1997, daß Nirex nicht bauen dürfe.

Diese Weigerung könnte auch Auswirkungen für den Rücktransport des bei der Wiederaufarbeitung anfallenden Atommülls in die Herkunftsländer haben. Geplant war, daß nur hochradioaktiver Atommüll, in Glaskokillen verpackt, in die Herkunftsländer zurück transportiert werden sollte. Der leicht- und mittelaktive Atommüll, so die Planungen der Betreiber, sollte in Großbritannien bleiben. Dies wäre aus Sicht der BNFL einfacher und billiger. Die Zustimmung der Regierung zu diesem Modell war jedoch an die Schaffung eines britischen Endlager gekoppelt. Ohne ein solches Lager muß nun möglicherweise auch der schwach- und mittelaktive Müll zurücktransportiert werden. Das bringt mehr Kosten und mehr Kritik. Denn in den Kundenländern wird das Konzept Wiederaufarbeitung dadurch noch unattraktiver. Einer der größten Vorteile für die Verträge mit der BNFL war in der Vergangenheit, daß man den unerwünschten Abfall los war.

So bleibt der Atommüll bis heute im Sellafieldkomplex gelagert, auch das hochradioaktive Strahlenmaterial. Bis heute ist davon noch nichts an die Lieferländer zurückgeschickt worden. Um mehr Lagerkapazitäten zu schaffen, wurden neue oberirdische Hallen gebaut, und die Leute fürchten, daß der Müll überhaupt nicht mehr wegkommt und Cumbria tatsächlich zum atomaren Mülleimer der Welt wird.

Zweitens gibt es erhebliche Probleme in der WAA selbst. Seit Betriebsbeginn im Jahre 1994 hat THORP nicht so funktioniert, wie man es bei BNFL erhoffte. In den ersten zehn Jahren (bis 2004) sollten insgesamt 7.000 Tonnen bestrahlter Brennelementen behandelt werden. Doch statt der 700 Tonnen pro Jahr, hat man in den drei ersten Jahren nur 680 Tonnen durch die Anlage geschleust. In den sieben nächsten Jahren müssen also mehr als 900 Tonnen pro Jahr aufgearbeitet werden, damit sich die Anlage rentiert. Doch ohne weiteres läßt sich die Verarbeitungskapazität nicht erhöhen. BNFL mußte feststellen, daß die genehmigten Strahlengrenzwerte dazu nicht ausreichen würden. Deshalb wurde letztes Jahr eine weitere Genehmigung beantragt, um höhere Grenzwerte einzuführen.

Doch noch vor der Entscheidung der Regierung sind zwei weitere Probleme hinzugekommen. Im März 1998 bekam die Bürgerinitiative CORE (Cumbrians opposed to a radioactive environment) eine anonyme Meldung von einem Arbeiter aus dem Atomkomplex. Demnach gab einen schweren Störfall in THORP. Metallscherben hatten eine Rohrleitung in der Anlage durchschlagen. Durch die entstandenen Löcher war radioaktive Flüssigkeit in die Anlage entwichen. Die so erzwungene Abschaltung der Anlage wollte BNFL als "routinemäßige Überprüfung" verkaufen. Laut Greenpeace soll THORP nach über fünf Monaten Stillstand erst Mitte Oktober wieder in Betrieb gegangen sein.

Am 16. Juli dieses Jahres kam es zu einem weiteren Störfall in der alten Magnox-WAA B205, der zur Schließung führte. Durch ein Leck in einem Anlagenteil, in dem die Abfälle aus den Magnoxbrennstäben behandelt werden, war Radioaktivität ausgetreten. Bis heute ist unklar, welche Reparaturmaßnahmen ergriffen wurden und ob mit der Wiederaufarbeitung weitergemacht wird.

Drittens ist der OSPAR-Vertrag von Bedeutung. 15 Regierungen, einschließlich der Regierung von Großbritannien, haben im Juli 1998 den Vertrag zum Schutz der Meere unterzeichnet. Der Vertrag dürfte mittelfristig Folgen für die WAAs in Schottland, England und Frankreich haben. Die Regierung muß bis Januar 1999 einen Plan vorlegen, wie sie die radioaktiven Ableitungen in die Meere reduzieren können. Bis 2000 muß sie den Plan umgesetzt haben und bis 2020 muß die Einleitung von Radioaktivität ins Meer schrittweise auf nahezu Null reduziert werden.

Die einfachste und billigste Methode das zu tun, wäre, sofort mit der Wiederaufarbeitung aufzuhören. Doch davon will die Industrie nichts wissen. Statt dessen sollen weitere Millionen Pfund Sterling für neue Filtertechnologien ausgeben werden.

Viertens: das deutsche Wahlergebnis und die rot-grünen Vereinbarungen für einen Ausstieg aus dem Atomalptraum. Deutschland ist BNFLs zweitgrößter ausländischer Kunde und hat Verträge für mehr als 1500 Tonnen Brennelemente. Die Annullierung dieser Verträge wird erhebliche Konsequenzen für die Rentabilitätsrechnungen der Sellafield-Betreiber haben. Da die Verträge durch eine Änderung des deutschen Atomgesetzes annulliert werden, sind Geldstrafen für die deutschen Energieversorger unwahrscheinlich. Während die britischen Anti-Atom Aktivisten jubeln und hoffen, daß die neue deutsche Bundesregierung das WAA-Verbot durchsetzen wird, haben die Atomgewerkschaften angekündigt, alles zu tun, um die deutsche Entscheidung rückgängig zu machen. Der regionale Abgeordnete Jack Cunningham und einige Ratsmitglieder des Cumbria County Councils haben ihnen ihre Unterstützung zugesagt.

Doch alle vier Schwierigkeiten - kein Endlager, ernste technische Störfälle, OSPAR-Vertrag und die rot-grüne Regierung in Deutschland - lassen die Hoffnung wachsen, daß das Ende der Wiederaufarbeitung in Sicht ist.

Der Widerstand

gegen Sellafield

Für die meisten Briten ist Lethargie das Schlüsselwort ihres Verhältnisses zur Atomenergie, eine Anti-Atom-Bewegung, die überregional an den zahlreichen Atom-Standorten arbeitet, gibt es in England nicht. Ohne ein Verhältniswahlsystem gibt es wenig politische Anerkennung von "grünen" Fragen im allgemeinen. Vor der letzten Wahl war die Labour Party der Atomenergie und der Wiederaufarbeitung nicht besonders zugetan, doch seit der Regierungsübernahme hat Tony Blair kein Interesse für einen Ausstieg gezeigt.

Hauptproblem innerhalb der Labour-Partei: Dr. Jack Cunningham, bis vor kurzem noch als "Enforcer" der Partei bezeichnet, ist Abgeordneter für Copeland, der Region um Sellafield, und Atomfanatiker. Nicht viele Abgeordnete in der Partei haben soviel politische Erfahrung wie er, der bereits in der letzten Labour-Regierung Umweltminister war. Heute ist er eine der mächtigsten Personen innerhalb der Regierung.

Trotz dieser Hindernisse gibt es aber auch in England Widerstandsnester, innerhalb der Labour-Partei und außerhalb. Es gibt eine Bürgerinitiative - CORE mit zwei hauptamtlichen Angestellten, Martin Forwood und Janine Allis-Smith, und einem Jahresbudget von 100.000 Mark. CORE besucht regelmäßig die WAA Sellafield, recherchiert alle verfügbaren BNFL-Akten und Zeitungen, erstellt für verschiedenste Zwecke Berichte und erhält auch immer wieder wichtige Informationen von desillusionierten Atomarbeitern und ist für die Presse immer ein wichtiger Ansprechpartner.

Die großen nationalen / internationalen Umweltgruppen - Friends of the Earth und Greenpeace - arbeiten ständig gegen die WAA Sellafield. Von London aus sind permanent zwei Greenpeace-Aktivisten, ein Wissenschaftler und ein Campaigner mit der Anlage befaßt. Obwohl gegenüber atomkritischen Stimmen in der Umgebung von Sellafield eine große ablehnende Haltung anzutreffen ist, sagen einige, daß diese zwei Gruppen als wichtige Wachhunde funktionieren, zuverlässiger vielleicht als zuständige Ministerien.

Im Frühling dieses Jahres entdeckte BNFL, daß Tauben, die in einigen Gebäuden der WAA Sellafield nisteten, verstrahlt waren. Tagsüber besuchten viele der Tauben ein Haus in der Nähe, wo zwei Schwestern sie fütterten. Untersuchungen auf dem Grundstück hatten zur Folge, daß die Erde und das Gras im Garten durch den Vogelkot und die Federn derart stark verstrahlt waren, daß beides als Atommüll abgetragen werden mußte, die meisten Tauben wurden getötet. Obwohl der radioaktive Kot und die Federn natürlich flächendeckend in der Umgebung der WAA verteilt sind, hat es jedoch weitere Dekontaminationen nicht gegeben.

Greenpeace hat diese Tauben daraufhin als "fliegenden Atommüll" bezeichnet. Kurz danach gab Greenpeace eigene Untersuchungsergebnisse bekannt, nach denen einige Orte in Cumbria verseuchter sind als einige Gebiete in der Sperrzone von Tschernobyl.

In diesem Sommer haben wir mit unserer Ortsgruppe von Friends of the Earth kräftig gegen die Einfuhr von Brennstäben aus dem Ausland gearbeitet. Da zwei Drittel des Geschäftsvolumen aus dem Ausland kommen und es keinen Plan für die versprochene Rücksendung des Atommülls gibt, ist das die Achillesferse der Industrie. Die Leute wollen nicht, daß es hier bleibt. Aber die Regierung und die BNFL wollen bis heute nicht zugeben, daß ihre Planungen darauf hinauslaufen, den Atommüll auf Dauer in England zu belassen. Im Rahmen einer Demonstration haben wir auf das italienische Beispiel aufmerksam gemacht. Im Jahr 1990 sind

die italienischen WAA-Verträge vollständig gekündigt worden. Der bis dahin entstandene Atommüll lagert jedoch bis heute in Sellafield und ein Rücktransport ist bis heute nicht vorgesehen.

Auf dem Strand neben Sellafield enthüllten wir einen vier Meter hohen "radioaktiven" Hummer und sammelten in wenigen Stunden in den eher atomfreundlichen Städten West-Cumbrias fast 2000 Unterschriften für unsere Forderung, die Einfuhr ausländischer Brennelemente zu beenden und ein Konzept für den Rücktransport des in Sellafield lagernden Atommülls auszuarbeiten. Die Chancen, daß es mit der Wiederaufarbeitung in Sellafield bald vorbei sein könnte, stehen gut.

Jill Perry, Cumbria, UK

14. Das sicherste AKW der Welt. 20 Jahre kein AKW in Zwentendorf

Autor: Peter Weish · Rubrik: Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:06

Während in Deutschland, der Schweiz oder in Schweden seit Jahren über den Ausstieg aus der Atomenergie gestritten wird, hat ein Land in Europa dieses Problem schon vor 20 Jahren nachhaltig und konsequent entschieden: Österreich. In einer bis heute beispielhaften gesellschaftlichen Auseinandersetzung zwischen Bürgerinitativen auf der einen und mächtigen Industrieverbänden und der Regierung auf der anderen Seite gelang es, der österreichischen Atomwirtschaft ein schnelles und überraschendes Ende zu bereiten. Widerstand lohnt sich eben doch. Peter Weish erinnert sich:

In den späten Sechzigerjahren fiel in Österreich die Entscheidung zum Start eines Nuklearprogramms. Eine Planungsgesellschaft für Atomkraftwerke wurde gegründet. 1972 begann die deutsche Kraftwerksunion (damals Siemens und AEG) mit dem Bau des ersten österreichischen AKWs in Zwentendorf (ca. 30 km donauaufwärts von Wien). Dieser Siedewasserreaktor mit einer Leistung von 700 Megawatt sollte 10% des in Österreich produzierten Strom erzeugen.

Anfang 1974 wurde eine Errichtungsgesellschaft für ein zweites AKW gegründet. Die kleine, aber seit den Sechzigerjahren wachsende Anti-AKW-Bewegung konzentrierte sich auf die Verhinderung dieses Atomkraftwerkes. Ende 1974 wurden die Pläne zum Bau des zweiten Atomkraftwerkes zurückgestellt, teils weil sich die Zunahme des Stromverbrauchs verlangsamte, teils wegen der starken Proteste gegen das Projekt.

Sowohl die regierende Sozialistische Partei (SPÖ), als auch die sich in Opposition befindende Volkspartei ÖVP waren damals uneingeschränkt pronuklear. Nur die Freiheitliche Partei FPÖ war etwas kritischer eingestellt. 1975 sah der offizielle Energieplan vor, daß 1985 drei AKWs rund 3.000 Megawatt Strom produzieren sollten.

Im Herbst 1976 startete die Regierung eine Informationskampagne mit dem Ziel, die Nutzung der Atomenergie zu rechtfertigen. Doch der Effekt war gegenteilig. Erstmals erschienen in den Zeitungen nuklearkritische Artikel und die Anti-Atom-Bewegung erfuhr einen Aufschwung. Speziell das ungelöste Problem der Atommüll-Lagerung sorgte für Diskussionen. Erstmals konnte man die Inbetriebnahme von Zwentendorf in Frage stellen, ohne sofort als Spinner gebrandmarkt zu werden.

Viele Gründe sprachen gegen die Atomkraft. Die vielleicht wichtigsten waren:

- die Gesundheitsgefahren durch Radioaktivität,

- die ungelösten Sicherheitsprobleme des Reaktors,

- das ungelöste und unlösbare Problem der Atommüll-Lagerung,

- die Tatsache, daß zivile und militärische Nutzung der Atomenergie untrennbar miteinander verbunden sind,

- ungenügende Notfallpläne und die Unmöglichkeit, eine Millionenstadt wie Wien zu evakuieren.

Viele Aktivitäten fanden statt. So wurde im April 1977 in Salzburg von NGOs aus mehreren Ländern eine internationale Konferenz für eine nicht-nukleare Zukunft abgehalten. Im Herbst 1977 gab es große Demonstrationen in Zwentendorf und den Großstädten. Im Dezember des Jahres verhinderten AKW-Gegner durch die Androhung von Aktionen die geheime Lieferung von nuklearen Brennstoff für Zwentendorf. Um Widerstand zu vermeiden, wurde der Antransport der Brennelemente auf 1978 verschoben und dann von Bundesheerhubschraubern durchgeführt. Das Kraftwerksgelände selbst war von starken Polizeikräften abgeriegelt. Alle Formen des antinuklearen Widerstandes waren völlig gewaltlos.

Atomkraft im allgemeinen und die Inbetriebnahme von Zwentendorf im besonderen wurden zu einem heißen politischen Thema. Die Regierung gab die Entscheidung an den Nationalrat weiter. Die alleinregierende SPÖ war überzeugt, dort mit der größten Oppositionspartei, nämlich der ÖVP, zu einem Übereinkommen zu gelangen, waren doch viele einflußreiche Sektoren innerhalb der Volkspartei deutlich atomfreundlich. Die Regierung übermittelte einen Bericht über die Kernenergie an das Parlament. Dieser wurde als Zusammenfassung einer beeindruckend großen Menge an Papier präsentiert und war extrem einseitig und

pronuklear. Er zeigte aber auf, daß die Regierung einige wichtige Fragen offen ließ, die während ihrer eigenen Informationskampagne aufgeworfen wurden. Der alte Vorwurf der Atomkraftgegner, daß die Informationskampagne nur zur Beruhigung der Bevölkerung gedacht war, erwies sich als richtig.

In den darauf folgenden parlamentarischen Hearings wurden einige Sicherheitsdefizite des Standortes und der Konstruktion von Zwentendorf, aber auch das Fehlen wichtiger Untersuchungen (so gab es keine radioökologische Studie) von den AKW-Gegnern aufgedeckt. Dies führte zu einem Meinungsumschwung bei der Volkspartei. So erklärte ÖVP-Obmann Taus, daß er zwar die Atomkraft befürworte, aber wegen von Sicherheitsmängeln gegen die Inbetriebnahme von Zwentendorf sei.

Der Widerstand gegen das Atomprojekt war nun so groß, daß die Partei die Nationalratswahlen verlieren würde, die für die Inbetriebnahme von Zwentendorf verantwortlich wäre. Die SPÖ-Regierung wagte es nun nicht, das Parlament über Zwentendorf entscheiden zu lassen, war doch die Unterstützung durch die ÖVP und Vorarlberger SP-Abgeordnete ungewiß. Die Vorarlberger hatten nämlich gerade erfolgreich gegen das Rüthi-Projekt gekämpft, in dessen Rahmen die Schweiz ein AKW direkt an der Grenze zu Vorarlberg bauen wollte. Die Bevölkerung Vorarlbergs war zu einem überwältigenden Anteil antinuklear und fürchtete, daß die Inbetriebnahme von Zwentendorf ihre Verhandlungsposition schwächen würde.

Im Juni 1978 gab Bundeskanzler Kreisky - der bis dahin die Entscheidung über Zwentendorf als völlig ungeeignet für eine Volksabstimmung bezeichnet hatte - bekannt, daß am 5. November ein Referendum darüber abgehalten würde. Die pronuklearen Kräfte gingen mit vielen Ressourcen in diese Auseinandersetzung. Allein der staatliche Verbundkonzern gab 30 Millionen Schilling Steuergelder für seine Werbekampagne aus. Weitere Dutzende Millionen Schilling kamen von der Industriellenvereinigung, dem ÖGB und der SPÖ.

Die Zwentendorf-Gegner hatten nur ihre Ersparnisse und viel Enthusiasmus aufzubieten, ihre Aktivitäten waren jedoch sehr erfolgreich. Eine bunte Koalition verschiedenster Organisationen wurde aktiv. Mehrere Koordinationszentren - eines davon von den Österreichischen HochschülerInnen - und zwei Dachorganisationen wurden gegründet. Die Zusammenarbeit zwischen Bürgerinitiativen und kritischen Wissenschaftern war hervorragend. In den großen Zeitungen wurde der Zwentendorf-Abstimmung breiter Raum eingeräumt. Alle Aspekte wurden breit diskutiert. Dennoch herrschte nur geringe Hoffnung auf eine antinukleare Mehrheit.

Doch das Undenkbare passierte

Am 5. November 1978 stimmte eine hauchdünne Mehrheit von 50,5% gegen die Inbetriebnahme von Zwentendorf. Fast zwei Drittel der Wahlberechtigten, nämlich 3,26 Millionen, gingen zur Abstimmung. Die Tatsache, daß sich eine enthusiastische Bürgerinitiative gegen die einflußreichsten Interessensvertretungen und die Regierungspartei durchsetzen konnte, gilt als bemerkenswert in der Zweiten Republik.

Eine hauchdünne Mehrheit von 20.000 Stimmen brachte die Ablehnung für die Atomkraft in Österreich. Die Regierung und die Parteien reagierten prompt: Nur wenige Wochen nach der Abstimmung wurde am 15. Dezember 1978 im Nationalrat einstimmig das "Atomsperrgesetz" verabschiedet, das die Stromerzeugung aus Kernspaltung in Österreich verbietet. Diese Entscheidung machte einen der letzten Industriestaaten ohne Atomkraft zu einem der ersten Industriestaaten ohne Atomkraft.

Nur wenige Monate nach dem Referendum ereignete sich der Unfall im AKW Three Mile Island in den USA. Vielen Menschen wurde dann klar, wie weise das "Nein" gegen Zwentendorf war. Es folgten einige Initiativen seitens der E-Wirtschaft und der Gewerkschaften, doch noch eine Inbetriebnahme von Zwentendorf zu erwirken. Diese Träume mußten nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im Jahre 1986 endgültig begraben werden.

Peter Weish, Wien

Peter Weish ist Obmann von Anti Atom International (AAI), Dachverband österreichischer und grenzüberschreitender Anti-Atom-Initiativen. Volksgartenstr. 1, A-1010 Wien, Austria; Tel.: +43/1/5229102; Fax: +43/1/5229103; e-mail: AAI@aai.at;

AAI-Site: http://www.aai.at

15. Biblis A: Grüne Nagelprobe für Atomausstieg

Autor: DKa + RP, Regionalplenum Hessen-Baden · Rubrik: Regierungspolitik zu AKWs; SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:12

Im Dezember 1988 wurde der Öffentlichkeit bekannt, daß die Betreiber des AKW Biblis ein Jahr lang einen schweren Störfall verschwiegen hatten. Um Haaresbreite war der Reaktor am Super-GAU vorbeigeschrammt.

Durch die Vertuschung kamen RWE und die damalige CDU-Landesregierung derart unter Druck, daß eine umfassende Sicherheitsanalyse für den Block A angeordnet werden mußte. Selbst der traditionell atomfreundliche TÜV Bayern mußte in der Folge über 100 Mängel feststellen. Als Konsequenz erließ Umweltminister Weimar (CDU) 55 Sicherheitsauflagen, die bis heute nur zu einem sehr geringen Teil erfüllt sind. Dabei hatten der TÜV Bayern als auch der hessische CDU-Umweltminister ohne ihre Umsetzung einen Weiterbetrieb über das Jahr 1993 hinaus nicht für verantwortbar erklärt.

Mit der Anordnung der Sicherheitsauflagen wenige Tage vor Amtsübergabe im März 1991 an den frischgewählten neuen hessischen Umweltminister Josef (Joschka) Fischer erwies Weimar dem RWE einen letzten Dienst: zwar erteilte er durchaus auch scharfe Auflagen gegen die RWE, allerdings wurden keinerlei Sanktionen für die Nichterfüllung der Auflagen festgelegt. Somit war sie völlig zahnlos, da sie keine Handhabe enthielt, gegen RWE vorzugehen.

Diese Sicherheitsauflagen führten zu einem sich bis heute hinziehenden Hickhack. Zunächst verhalf die Fristsetzung für die Umsetzung der Auflagen bis zum Brennelementewechsel (Revision) 1993 dem RWE zu einer fast dreijährigen Schonzeit, da das nun grüne Umweltministerium seine ganzen Hoffnungen für die Stillegung auf die Sicherheitsauflagen setzte. Die RWE nutzten diese Frist gut. Erst im Herbst 1993, kurz vor Revisionsbeginn, klagten sie gegen die Auflagen. Obwohl die Klage schließlich scheiterte, konnte Zeit gewonnen werden. Die für eine Abarbeitung der Auflagen notwendigen Genehmigungsunterlagen reichte RWE erst spät und unvollständig ein, so daß mit Ende der Revision 1993 keine Genehmigungen vorliegen konnten und sie damit auch keine zu erfüllen brauchten. Die RWE schienen sich aber des Erfolgs ihrer Taktik nicht wirklich sicher zu sein, sie betrieben Block A bis zum letztmöglichen Termin, dem 31. Dezember 1993, bevor sie dann endlich die Revision einleiteten!

Im März 1994 versuchte das hessische Umweltministerium eine erste Abschaltverfügung gegen Block A zu erlassen, die sich zusätzlich auf weitere Recherchen stützte. Ein zentraler Punkt dabei ist der sogenannte Rangierverteilerraum, durch den sämtliche Kabelstränge von der Steuerwarte ins AKW selbst führen. Ein Brand an dieser Stelle könnte innerhalb weniger Minuten das ganze AKW unkontrollierbar machen - der Super-Gau wäre dann unabwendbar. Doch aus der Stillegung wurde nichts: Der damalige Bundesumweltminister (BMU) Klaus Töpfer (CDU) verhinderte dies wenige Stunden vor dem geplanten Erlaß per bundesaufsichtlicher Weisung.

In den folgenden Jahren ereigneten sich in beiden Blöcken, wie in anderen AKWs auch, eine Reihe ernsthafter Störfälle. Brände, Risse in Rohrleitungen u. a. bedrohliches mehr führten immer wieder zu phasenweiser Abschaltung. Das hessische Umweltministerium (HMU) versuchte in den folgenden Jahren noch zweimal das AKW Biblis A stillzulegen. 1995 mit einer weiteren Abschaltverfügung, da das AKW wesentlich anders errichtet wurde, als genehmigt und 1997 sogar mit einer Stillegungsverfügung: Die notwendigen Nachrüstungen auch bei Block B und der Bau der fehlenden Notstandswarte würden eine derart lange Abschaltung erforderlich machen, daß sich die ebenfalls notwendigen Nachrüstungen von Block A während der verbleibenden Restlaufzeit nicht mehr rentieren könnten, so daß eine sofortige Stillegung als gerechtfertigt angesehen wurde.

Biblis B stand immer im Schatten seines "älteren Bruders", ein grundsätzliches Vorgehen gegen diese Anlage hat das hessische Umweltministerium ernsthaft nicht versucht. Lediglich auf aktuelle Störfälle wurde seitens des HMU reagiert. Immer wieder kündigte das HMU eine Sicherheitsanalyse auch dieses Blocks an, doch bis heute wurde dies keine Realität. Damit fehlt immer noch eine gutachterlich/wissenschaftliche Grundlage, um konsequent auch gegen Block B vorgehen zu können.

Der Konflikt um Biblis zog sich die nächsten Jahre mit relativ ähnlichen Mustern hin. Die RWE versuchten jede Maßnahme gegen die beiden AKWs durch Verzögern oder mit der Drohung von Schadensersatzklagen auszubremsen. Potentiell erfolgreiche Ansätze des HMU wurden von Bonn per Weisung kassiert, wobei sich

das HMU (wie auch andere rot-grüne Umweltministerien in den Ländern) nie auf ernsthafte Konflikte bis hin zum Bundesverfassungsgericht einließ, so daß in der Anti-AKW-Bewegung der Eindruck entstand, daß es sich mehr um Schaukämpfe als ernstgemeinte Stillegungsversuche von AKWs handelte.

Nach der Bundestagswahl im September 1998 wurde bei den folgenden Koalitionsverhandlungen schnell klar, daß es nicht zu sofortigen Abschaltungen von Atomanlagen kommen wird.

"Dem Energiekonsens sieht man in Biblis gelassen entgegen." So titelte dann auch die Regionalzeitung "Südhessische Post" am 17. Oktober 1998. Es steht zu befürchten, daß die RWE auch nach rot-grüner Machtübernahme zu dieser Gelassenheit durchaus Anlaß haben.

Da die Leitung des Bundesumweltministeriums jetzt in grüne Hände übergeht, sollte die Aufhebung der Weisungen zu Biblis A eine reine Formsache sein, insbesondere, da der Posten des beamteten Staatssekretärs durch Reiner Baake übernommen wird. Baake hatte das entsprechende Amt in Wiesbaden durchgängig seit J. Fischers Zeiten inne und war maßgeblich für die hessische Atompolitik der letzten Jahre verantwortlich. Seine Chefs machten Karriere, seine Chefinnen stürzten, Reiner Baake blieb.

Auf seinem neuen Posten hätte er jetzt die Möglichkeit, Biblis zum Vorzeigeprojekt der AKW-Politik des grünen BMU zu machen. Aber schon am Tag der Regierungsvereinbarungen zum Thema Atom wurde deutlich, daß andere Interessen wohl mehr Gewicht haben. Ursula Schönberger, damals noch atompolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, wies darauf hin, daß zu Biblis A mehrere, blockierte Stillegungsverfügungen vorlägen, so daß dieses AKW nicht unter das vereinbarte Einjahresmoratorium fallen würde. Sie wurde sofort mit dem Hinweis, die Konsensverhandlungen sollten doch nicht unnötig belastet werden, zurückgepfiffen.

Koalitionsgezackere um Ausstieg

In das gleiche Horn stieß Norbert Schmitt (SPD), der energiepolitische Sprecher der Landtagsfraktion in Hessen und Abgeordneter des Kreises Bergstraße, in dem Biblis liegt. Auch er forderte, daß mit einer endgültigen Stillegungsverfügung gewartet werden solle, bis die Ergebnisse der Konsensgespräche vorlägen, die Sicherheitsdefizite seien für diesen Zeitraum noch hinnehmbar. Eine heftige Wendung, denn noch im März vertrat er die durchaus korrekte Position, daß "von der Sachlage her der Weiterbetrieb von Block A nicht zu verantworten ist, da erhebliche Sicherheitsdefizite schon 1991 vom TÜV Bayern festgestellt wurden". Auch sein Fraktionsvorsitzender Armin Clauss warnte vor "übereilten Schritten" in Sachen Atomausstieg.

Sie reagierten damit auf Pläne aus dem hessischen Umweltministerium, jetzt die Stillegungsverfügungen der letzten Jahre in die Praxis umzusetzen. Dafür hatte die hessische Umweltministerin Priska Hinz, den Januar anvisiert, wofür sie sich Rückendeckung seitens der Bundesregierung erhoffte. (Dies sagte sie allerdings vor den Koalitionsgesprächen.) In Wiesbaden wurde sich von diesem Vorgehen ein schnellerer Erfolg erhofft, als bis zur Einführung eines neuen Atomgesetzes zu warten. Zur Zeit wird im Umweltministerium angeblich mit Hochdruck an einer neuen Stillegungsverfügung gearbeitet, da die früheren Verfügungen dem RWE nur als Entwürfe zugestellt wurden. Kleiner Hinweis: in Hessen ist im Februar Landtagswahl ...

Die Differenzen über den zukünftigen hessischen Kurs beim Thema Atomkraft gehen bis in die SPD, S. Pawlik, der umweltpolitische Sprecher beharrte darauf, daß das bisherige Vorgehen gegenüber Biblis "eine gemeinsame Veranstaltung von SPD und Grünen" sei und daß es keinen Rabatt in Sicherheitsfragen geben könne.

Über das zukünftige Verhalten hüllt sich neue Spitze des Bundesumweltministeriums in Schweigen. Man müsse erstmal sorgfältig die Aktenlage studieren, hieß es aus Trittins Umfeld. Auch Rainer Baake lehnte vor seiner offiziellen Ernennung jede Stellungnahme ab.

Die grüne Atompolitik scheint zur Zeit in Hessen in eine Gemengelage sich widersprechender Interessen zu geraten. Jahrelang wurde zumindest bei Block A publikumswirksam die Stillegung angestrebt. Die Verantwortung für die Erfolglosigkeit wurde allein auf die Weisungen aus Bonn geschoben, die die hessische Politik eben blockieren würde. Eine rot-grüne Regierung in Bonn, so wurde argumentiert, sei also die Voraussetzung für eine Stillegung von Biblis. J. Fischer versprach noch im Wahlkampf die sofortige Stillegung von Block A.

Diese Vorbedingung ist nun gegeben, schnelle Erfolge wären jetzt eigentlich zu erwarten. Aber: in Bonn wurde ein einjähriges Moratorium für die geplanten Konsensverhandlungen vereinbart. Eine von Hessen initiierte Stillegung von Biblis A würde in der Tat Zeichen setzen und damit die Bundesregierung unter Druck setzen. Kungeleien mit der Atommafia würden dadurch erschwert und der Verhandlungsspielraum stark eingeschränkt. Verhandlungsergebnisse mit endlosen Restlaufzeiten wären öffentlich kaum vermittelbar. In diesem Sinne wäre eine Stillegung von Biblis in der Tat eine Belastung der Konsensgespräche, also aus rot-grüner Sicht nicht wünschenswert. Außerdem wäre eine zu konfrontative Haltung gegenüber der Atom- und Energiewirtschaft gerade zu Anfang der Regierungszeit einer bequemen Amtsführung nicht zuträglich.

Andererseits: in Hessen sind im Februar Landtagswahlen und die Grünen haben bei der Bundestagswahl Stimmen verloren. Bei den Koalitionsverhandlungen in Bonn wurde außer Pöstchen nichts wirklich erreicht, am Punkt Atomkraft schon gar nichts (Es sei denn, der erklärte Wille bis zu 15 neue Atomanlagen (Zwischenlager) zu errichten, würde als Erfolg betrachtet.). Die Stillegungsbestrebungen der letzten Jahre jetzt in Bonn zu Schaufensteraktivitäten zu degradieren, wäre für Rainer Baake als Staatssekretär ziemlich peinlich, für die hessischen Grünen aber wahlschädigend. Vorweisbare Erfolge sind also sehr notwendig. Es wird interessant werden, wie der Gegensatz zwischen der Machtbeteiligung und der Notwendigkeit, die Wahl der eigenen Partei noch irgendwie zu begründen, aufgelöst wird.

DKa+ RP,

Regionalplenum HessenBaden

Erster CASTOR aus Biblis?

Zur Zeit befindet sich im Block B ein Behälter vom Typ NTL-10 (Nuclear Transport Limited), der das AKW wenige Tage nach Vereinbarung des Transportstopps erreichte. Er sollte der letzte einer 5er-Serie von Transporten nach La Hague sein, die dieses Frühjahr durchgeführt wurde und durch den "Castorskandal" zu einem abrupten Ende kam. Auch dieser Behälter hatte es an sich - nämlich mehrere Hot Spots, von denen einer den Wert von 54.000 Becquerel erreichte.

Das Abklingbecken des Blocks B ist randvoll. Ob es ausreichend Platz bietet, die bei der Revision diesen November anfallenden Brennelemente aufzunehmen, ist unklar, auf keinen Fall wäre Platz für die übernächste Revision. Genehmigungen für eine Verbringung von Brennelementen in das leerere Abklingbecken von Block A gibt es nicht. Aus diesen Gründen besteht die Gefahr, daß Biblis das Abfahrts-AKW des ersten WAA-Transports wird.

Deshalb mobilisiert das Regionalplenum HessenBaden zu einer Demonstration für den zweiten Samstag nach der offiziellen Ankündigung der Aufhebung des Transportstopps. Sie wird vom Nachbarort Groß-Rohrheim zum AKW führen. Für den Transporttag sind angemessene Widerstandsaktionen geplant! Ein Widerstandscamp ist in Vorbereitung. Für die Aktionen am Tag X erhoffen wir uns bundesweite Unterstützung (kommt doch mal in den Süden ...), die politische Bedeutung sollte die Reise wert sein!

Kontakt, Alarmliste, Infos:

Regionalplenum HessenBaden, Kranichsteiner Str. 81, 64289 Darmstadt, Tel.: 06151/712365, Fax: 06151/782438

16. Wirtschaft, Voluntarismus und keine Bananen. DDR-Ökonomie zwischen Plan und Wirklichkeit

Ein Buch über die DDR-Ökonomie zwischen Plan und Wirklichkeit

Autor: Gerd Bedszent · Rubrik: DDR; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:30

Zur DDR-Ökonomie ist in den letzten Jahren viel gesagt und geschrieben worden. Seitdem klar ist, daß anstelle der versprochenen "blühenden Landschaften" der Osten des wiedervereinigten Deutschland bis auf weiteres eine Wirtschaftstrümmerwüste am Tropf westdeutscher Transferzahlungen bleiben wird, fehlt es nicht an Versuchen von Unions- und FDP-Politikern, die Ergebnisse ihrer Wirtschaftspolitik der zusammengebrochenen DDR anzulasten. Memoiren gewesener Verantwortungsträger der DDR stellen oftmals lediglich Reinwaschungsversuche dar, die nur bedingt etwas mit der historischen Wahrheit zu tun haben. Wissenschaftliche Aufarbeitungen der DDR-Ökonomie sind selten und werden von der bürgerlichen Presse weitgehend totgeschwiegen.

Siegfried Wenzels Buch "Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-Ökonomie" ist eine Mischung aus wissenschaftlicher Untersuchung und persönlichen Erinnerungen. Wenzel hat hier sowohl öffentlich zugängliche Daten zur DDR-Wirtschaft als auch Interna verarbeitet, die ihm als Mitarbeiter der Staatlichen Plankommission bekannt geworden sind.

Das Buch ist zum großen Teil chronologisch aufgebaut. Wenzel schildert zuerst den schweren wirtschaftlichen Beginn, das Nachkriegschaos, die Höhe der Reparationen an die sowjetische Siegermacht, die fast ausschließlich von der DDR getragen wurden, sowie die schweren Disproportionen der DDR-Wirtschaft, die von der westdeutschen Währungsreform und der folgenden Spaltung Deutschlands verursacht wurden. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung der DDR wird von dem Autor in drei Etappen eingeteilt:

1) Der unter Führung Walter Ulbrichts unternommene Versuch, die BRD wirtschaftlich "einzuholen ohne zu überholen".

2) Die zeitweilige Stabilisierung der DDR-Wirtschaft zu Beginn der Ära Honecker zu Lasten einer zunehmenden Verschuldung.

3) Der sich andeutende wirtschaftliche Zusammenbruch infolge Überschuldung der DDR.

Wenzel unterfüttert die Schilderung dieser einzelnen Etappen mit umfangreichem Zahlenmaterial, wie ich es in Untersuchungen zur DDR-Ökonomie in so konzentrierter Form noch nicht gefunden habe.

Der lange Arm der Parteiführung

Durch das Buch zieht sich wie ein roter Faden der Konflikt um die - vom Autor als "voluntaristisch" gebrandmarkten - ökonomischen Auflagen der Staats- und Parteiführung der DDR auf der einen Seite und den von den Planungsinstanzen als tatsächlich realisierbar eingeschätzten Zielen auf der anderen Seite. Die Parteiführung saß dabei stets am längeren Hebel - was an den ökonomischen Gegebenheiten freilich nichts änderte.

Eine Alternative zum "Voluntarismus" der Wirtschaftspolitik unter Ulbricht und Honecker wäre die konsequente Durchsetzung des "Neuen Ökonomischen Systems" (NÖS) unter Erich Apel in den 60er Jahren gewesen, meint Wenzel. Dem von Apel propagierten Versuch einer sozialistischen Marktwirtschaft standen jedoch - das muß der Autor selbst einräumen - gravierende Probleme politischer Art entgegen: Die ökonomischen Kategorien des Realsozialismus (Wert, Preis, Gewinn ...) hatten sich nicht auf der Grundlage von Marktbeziehungen herausgebildet, sondern beruhten auf mehr oder weniger willkürlichen Festlegungen der Administration. Eine Neubewertung des Ware-Geld-Systems hätte jedoch nur auf der Grundlage von Weltmarktpreisen erfolgen können - was sich aus ideologischen Gründen verbot. Die Einführung einer größeren ökonomischen Selbständigkeit von wirtschaftlichen Einheiten stieß außerdem auf den Widerstand von Teilen des Apparates, die darin einen Angriff auf den gesamtgesellschaftlichen Führungsanspruch der SED erblickten.

Im Zusammenhang mit der Selbsttötung Erich Apels im Dezember 1965 wurde das NÖS bekanntlich abgebrochen. Ob bei einem Sieg der Reformer um Apel die Geschichte einen grundlegend anderen Verlauf genommen hätte, wage ich allerdings zu bezweifeln. In einer arbeitsteiligen Gesellschaft Marktbeziehungen ohne Markt stabil aufzubauen, dürfte sich als ebenso unmöglich erweisen wie der Versuch, Marktbeziehungen langfristig sozial zu gestalten. Das Aushängeschild des "Selbstverwaltungssozialismus" in Jugoslawien ist bekanntlich schon vor Jahren ökonomisch zusammengebrochen.

Interessant sind die bei Wenzel dargestellten Verflechtungen der realsozialistischen Volkswirtschaften mit dem von kapitalistischen Großmächten kontrollierten Weltmarkt. Ebenso wie die Mehrzahl der Drittweltstaaten stolperten die osteuropäischen Volksdemokratien zu Beginn der 80er Jahre folgerichtig in die Schuldenfalle. Ungarn und Kuba mußten Staatskonkurs anmelden und die Schuldenbedienung aussetzen. Polen entging diesem Schicksal nur durch eine aus politischen Gründen gewährte Umschuldung. Von allen Volksdemokratien gelang es einzig Rumänien, der Schuldenfalle durch ein mit Brachialgewalt durchgesetztes Sparprogramm zu entkommen. Dessen Auswirkungen haben die Bevölkerung aber derart erbittert, daß das Ehepaar Ceaucescu Ende 1989 von einem Kommando der eigenen Armee an die Wand gestellt wurde.

Brisante Schulden

Die DDR-Regierung konnte sich angesichts ihrer eigenen Überschuldung nicht zu einer Zahlungsunfähigkeitserklärung durchringen - aus politischen Gründen. Ein wirksames Sparprogramm glaubte sie gegenüber ihrer Bevölkerung nicht durchsetzen zu können. Daher räumte man als halbherzige Maßnahme der Schuldenbedienung gesamtvolkswirtschaftlich das Primat ein. Dringend notwendige Valutaimporte wurden nicht mehr getätigt, und in der DDR erzeugte Waren wurden massenhaft zu Dumpingpreisen in den Westen verkauft. Die direkte Zahlungsunfähigkeit konnte so vermieden werden. Da jedoch als Folge der Sparmaßnahmen in den meisten Bereichen der Volkswirtschaft die einfache Reproduktion nicht mehr funktionierte, setzte ein rapider wirtschaftlicher Niedergang ein, der in absehbarer Zeit unweigerlich zum Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft geführt hätte. Im Herbst 1989, so betont Wenzel ausdrücklich, war dieser Zeitpunkt aber noch keineswegs erreicht.

Kritisch anmerken muß ich, daß der Autor einige politisch brisante Themen aus seinen Ausführungen zur DDR-Ökonomie ausgeklammert hat. So habe ich vergeblich nach einer Aufstellung der Kosten für den Unterhalt der in Deutschland stationierten sowjetischen Truppen gesucht, die - soweit mir bekannt - weitgehend von der DDR getragen wurden. Angaben zu den eigenen Rüstungsausgaben der DDR fehlen ebenfalls. Auf die ökonomischen Ursachen des Mauerbaus von 1961 geht Wenzel mit ganzen drei Sätzen ein, ohne die von ihm prinzipiell anerkannte Notwendigkeit der Grenzschließung mit Zahlen zu untersetzen. Auch die Kapitel zur Rolle der DDR im "Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW) und zu Aufbau und Funktionsweise des Bereiches "Kommerzielle Koordinierung" (KoKo) ergeben wenig neue Informationen.

Wenzel wehrt sich erbittert dagegen, den gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustand im Osten Deutschland ausschließlich als Erbe der DDR anzusehen. Trotz der ungünstigen Ausgangsbedingungen und massiver wirtschaftspolitischer Fehler ihrer Führung habe die DDR noch 1989 zu den führenden Industriestaaten der Welt gehört - nach seiner Rechnung gehörte sie etwa auf den 15. bis 17. Platz. Erst der Schock der Währungsunion von 1990 habe weite Teile der DDR-Wirtschaft zerschlagen und faktisch entwertet, den Rest habe der Privatisierungswahn der Treuhand besorgt. Zahlreiche Fakten belegen das. Insofern stellt Wenzels Buch ein wertvolles Instrument gegen die Legende von den "Helden der Wiedervereinigung" dar.

Deutliche Schwächen zeigt der Autor jedoch bei seinen politischen Schlußfolgerungen aus dem Untergang der DDR-Wirtschaft. Zu Recht charakterisiert er den Versuch, eine auf hochgradiger Arbeitsteilung beruhende Volkswirtschaft bis ins letzte Detail zu planen und zu lenken, als von vornherein zum Scheitern verurteilt. Wenn er daraus aber die Alternativlosigkeit des allgegenwärtigen Marktes ableitet - selbst wenn es eine "soziale Marktwirtschaft" sein soll -, halte ich das für hochgradig zu kurz geschlossen: Die Reste der (ohnehin nur unzureichend funktionierenden) sozialen Abfederung der Marktwirtschaft werden derzeit weltweit eliminiert, und an ihre Stelle tritt der nackte, brutale Markt. Nach dem Scheitern des realsozialistischen Versuches und angesichts des offenkundigen Nichtfunktionierens des real existierenden Kapitalismus auf eine Erneuerung des "Sozialstaates" zu hoffen, dürfte vergeblich sein.

Gerd Bedszent

Siegfried Wenzel: Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-Ökonomie, Scripta Mer-caturae Verlag, 1998, 195 S., 39,80 DM

17. Rückkehrgespräche. Ein Leitfaden für betroffene KollegInnen

Autor: Mag Wompel · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:29

Folgende Hinweise hat die Belegschaftszeitung KOLLEGEN von DAIMLER INFORMIEREN Ende November 1997 veröffentlicht

Rückkehrgespräche

Ein Leitfaden für

betroffene KollegInnen

(...)

1. Präambel

Gesundheit ist körperliches, soziales, seelisches und geistiges Wohlbefinden: "Wenn ich krank bin, bin ich krank!"

Auf Gesunderhaltung achten - für Arbeit, Freizeit, Familie und Alter: "Ich will keinen anstecken"

Die Würde des Menschen ist unantastbar: Betrugsunterstellung ist beleidigend!

"Kein Bock auf Depressionen"

Untereinander solidarisch sein - "Ich kann jederzeit selbst betroffen sein!"

Nicht gegeneinander ausspielen und sich nicht einschüchtern lassen!

2. Rückkehrgespräche allgemein -

gilt für alle Stufen!

Eigene Krankheitstage und -anlässe sowie krankmachende Arbeitsbedingungen aufschreiben, krankmachende Arbeitsbedingungen immer melden!

Gefährdungsanalyse nach Arbeitsschutzgesetz einklagen

"Mängelliste" und die 48-Stunden-Rückmeldefrist einfordern und am Brett aushängen!

Protokolle nicht unterschreiben!

Kopie des Protokolls geben lassen!

keine Aussagen über Krankheit bzw. Diagnose!

keine Aussagen über das Privatleben, die Gesundheit/Krankheit

nicht den Eindruck erwecken, wir wären schuld an unseren Krankheiten. Ausnahme: "Ich bin bemüht, weitere krankheitsbedingte Fehlzeiten zu vermeiden!"

über gegebenenfalls schlechten Umgang des Vorgesetzten im Gespräch beschweren und protokollieren, nicht einschüchtern und "einseifen" lassen - bei Bedenken den Betriebsrat mitnehmen!

3. Rückkehrgespräch Stufe 1

Nicht auf die leichte Schulter nehmen!

Krankmachende Ursachen am Arbeitsplatz benennen und protokollieren lassen.

Widersprüche vermeiden!

Bei Unterstellungen: Gruppen, Vertrauensmann, Betriebsrat etc. einbeziehen

Bei Frage nach "privaten Gründen" unbedingt Aussage vermeiden. Private Verhältnisse nicht grundlos ausplaudern!

Eventuell: Freizeitunfall beachten...

4. Rückkehrgespräch Stufe 2

Bei behaupteter Störung der Abläufe und Auswirkung auf Gruppe/Team keine Aussage machen und auf zu geringen Personalvorhalt hinweisen!

Einsatzeinschränkungen angeben!

Bei Hinweis auf Änderung des Arbeitsplatzes (Ergonomie) und eventuell des Arbeitsablaufs sowie Fragen der Zukunftsprognosen unbedingt wörtliche Aussage: "Ich bin bemüht, weitere krankheitsbedingte Fehlzeiten zu vermeiden!"

Folgegespräch über die Umsetzung der arbeitsplatzbezogenen Maßnahmen vereinbaren.

Bei Ergebnisprotokoll Betriebsrat einbeziehen!

5. Rückkehrgespräch Stufe 3

Zur Vorbereitung Betriebsrat aufsuchen

Nur arbeitsplatzbezogene Aussagen machen!

Folgegespräch über die Umsetzung der arbeitsplatzbezogenen Maßnahmen vereinbaren

Bei Ergebnisprotokollen Betriebsrat mit einbeziehen!

6. Rückkehrgespräch Stufe 4

Stufe 4 bedeutet nicht automatisch eine Kündigung - bei Beachtung obiger Hinweise!

Dennoch: Stufe 4 dient der mittel- und langfristigen Vorbereitung einer Kündigung aus krankheitsbedingten Gründen!

Kein Gespräch ohne Betriebsrat!

Die Beachtung dieser Hinweise bietet einen gewissen Schutz. Dennoch nicht vergessen: Dies ist und bleibt eine systematische Krankenverfolgung!!!

(aus: Mag Wompel: "Jagd auf Kranke. Rückkehrgespräche auf dem Vormarsch")

18. Prekarität ist überall

von Pierre Bourdieu

Autor: Pierre Bourdieu · Rubrik: Wirtschaft, Rationalisierung · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:03

Den hier dokumentierten Vortrag hat Bourdieu während einer Fachtagung im Dezember 1997 in Grenoble gehalten (1), also unmittelbar vor den ersten spektakulären Aktionen der französischen Erwerbslosenbewegung. Der Text ist daher noch stark von einem Pessimismus in Bezug auf Organisierungsmöglichkeiten und Widerstand von Prekären und Erwerbslosen geprägt; ein Pessimismus, den gerade diese Bewegung stark relativiert hat, weswegen Bourdieu sie auch als "Wunder" bezeichnet. Wir haben diesen Beitrag dem Sammelband "Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion" entnommen, in dem politische Vorträge, Reden und Aufsätze Bourdieus aus den 90er Jahren dem deutschsprachigen Publikum zugänglich gemacht werden. Die Zwischenüberschriften stammen von uns. Wir danken dem UVK Universitätsverlag Konstanz für die Nachdruckgenehmigung.

Die Arbeit kollektiven Nachdenkens, die hier während zweier Tage geleistet wurde, stellt etwas absolut Neuartiges dar, weil sie Menschen zusammengebracht hat, die sonst kaum Gelegenheit haben, sich zu treffen: Verantwortliche aus Politik und Verwaltung, Gewerkschafter, Wirtschaftswissenschaftler und Soziologen, Arbeitnehmer, von denen viele in prekärer Lage sind, und schließlich auch Arbeitslose. (...)

Demoralisiertes Bewußtsein

Es ist deutlich geworden, daß Prekarität heutzutage allgegenwärtig ist. Im privaten, aber auch im öffentlichen Sektor, wo sich die Zahl der befristeten Beschäftigungsverhältnisse und Teilzeitstellen vervielfacht hat; in den Industrieunternehmen, aber auch in den Einrichtungen der Produktion und Verbreitung von Kultur, dem Bildungswesen, dem Journalismus, den Medien usw. Beinahe überall hat sie identische Wirkungen gezeitigt, die im Extremfall der Arbeitslosen besonders deutlich zutage treten: die Destrukturierung des unter anderem seiner zeitlichen Strukturen beraubten Daseins und der daraus resultierende Verfall jeglichen Verhältnisses zur Welt, zu Raum und Zeit. Prekarität hat bei dem, der sie erleidet, tiefgreifende Auswirkungen. Indem sie die Zukunft überhaupt im Ungewissen läßt, verwehrt sie den Betroffenen gleichzeitig jede rationale Vorwegnahme der Zukunft und vor allen Dingen jenes Mindestmaß an Hoffnung und Glauben an die Zukunft, das für eine vor allem kollektive Auflehnung gegen eine noch so unerträgliche Gegenwart notwendig ist.

Zu diesen Folgen der Prekarität für die direkt Betroffenen gesellen sich die Auswirkungen auf die von ihr dem Anschein nach Verschonten. Doch sie läßt sich niemals vergessen; sie ist zu jedem Augenblick in allen Köpfen präsent (ausgenommen den Köpfen der liberalen Ökonomen, vielleicht deshalb, weil sie, wie einer ihrer theoretischen Gegner bemerkte, von dieser Art Protektionismus profitieren, den ihnen ihre tenure, ihre Beamtenstellung verschafft und die sie der Unsicherheit entreißt). Weder dem Bewußtsein noch dem Unterbewußten läßt sie jemals Ruhe. Die Existenz einer beträchtlichen Reservearmee, die man aufgrund der Überproduktion an Diplomen längst nicht mehr nur auf den untersten Qualifikationsebenen findet, flößt jedem Arbeitnehmer das Gefühl ein, daß er keineswegs unersetzbar ist und seine Arbeit, seine Stelle gewissermaßen ein Privileg darstellt, freilich ein zerbrechliches und bedrohtes Privileg (daran erinnern ihn zumindest seine Arbeitgeber bei der geringsten Verfehlung und die Journalisten und Kommentatoren jeglicher Art beim nächstbesten Streik).

Die objektive Unsicherheit bewirkt eine allgemeine subjektive Unsicherheit, welche heutzutage mitten in einer hochentwickelten Volkswirtschaft sämtliche Arbeitnehmer, einschließlich derjenigen unter ihnen in Mitleidenschaft zieht, die gar nicht oder noch nicht direkt von ihr betroffen sind. Diese Art "kollektive Mentalität" (ich gebrauche diesen Begriff hier zum besseren Verständnis, obwohl ich ihn eigentlich nicht gern verwende), die der gesamten Epoche gemein ist, bildet die Ursache für die Demoralisierung und Demobilisierung, die man in den unterentwickelten Ländern beobachten kann (wozu ich in den 60er Jahren in Algerien Gelegenheit hatte), die unter sehr hohen Arbeitslosen- oder Unterbeschäftigungsraten leiden und permanent von der Angst vor Arbeitslosigkeit beherrscht werden.

Arbeitslose und Arbeitnehmer, die sich in einer prekären Lage befinden, lassen sich kaum mobilisieren, da sie in ihrer Fähigkeit, Zukunftsprojekte zu entwerfen, beeinträchtigt sind. Das ist jedoch die Voraussetzung für

jegliches sogenanntes rationales Verhalten, angefangen beim ökonomischen Kalkül oder, in einem völlig anderen Bereich, der politischen Organisation. Paradoxerweise muß man wie ich in meinem frühesten und vielleicht zugleich aktuellsten Buch über "Arbeit und Arbeiter in Algerien" (2) gezeigt habe, wenigstens ein Minimum an Gestaltungsmacht über die Gegenwart haben, um ein revolutionäres Projekt entwerfen zu können, denn letzteres ist immer ein durchdachtes Bestreben, die Gegenwart unter Bezugnahme auf einen Zukunftsentwurf zu verändern.

Im Unterschied zum Subproletarier verfügt der Proletarier über dieses Minimum an gegenwärtiger Gewißheit und Sicherheit, das die Grundvoraussetzung dafür ist, überhaupt die Idee in Betracht zu ziehen, die Gegenwart in bezug auf eine erhoffte Zukunft umzugestalten. Doch nebenbei bemerkt ist er eben auch jemand, der immerhin noch etwas zu verteidigen, etwas zu verlieren hat, nämlich seine auch noch so auszehrende und unterbezahlte Stelle, und viele seiner manchmal als allzu vorsichtig oder konservativ beschriebenen Verhaltensweisen rühren von der Furcht her, abzurutschen, wieder ins Subproletariat zurückzufallen.

Prekarisierung

als Strategie

Wenn Arbeitslosigkeit heute in zahlreichen Ländern Europas so hohe Raten erreicht und Prekarität einen großen Teil der Bevölkerung, Arbeiter, Angestellte in Handel und Industrie, aber auch Journalisten, Lehrer und Studenten erfaßt, dann wird Arbeit zu einem raren Gut, das man sich um jeden Preis herbeisehnt und das die Arbeitnehmer auf Gedeih und Verderb den Arbeitgebern ausliefert, welche denn auch die ihnen auf diese Weise gegebene Macht, wie man Tag für Tag sehen kann, gebührlich gebrauchen bzw. mißbrauchen.

Die Konkurrenz um die Arbeit geht einher mit einer Konkurrenz bei der Arbeit, die jedoch im Grunde auch nur eine andere Form der Konkurrenz um die Arbeit ist, eine Arbeit, die man, mitunter um jeden Preis, gegen die Erpressung mit der angedrohten Entlassung bewahren muß. Aufgrund dieser Konkurrenz, die bisweilen ebenso rüde ist wie diejenige der Unternehmen untereinander, kommt es zu einem regelrechten Kampf aller gegen alle, der sämtliche Werte der Solidarität und Menschlichkeit zunichte macht, manchmal aber auch zu wortloser Gewalt. Diejenigen, die sich über den angeblichen Zynismus, den ihrer Meinung nach Männer und Frauen unserer Epoche an den Tag legen, beklagen, sollten zumindest auch den Zusammenhang mit den ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen sehen, die einen solchen Zynismus begünstigen oder erforderlich machen, ja obendrein noch belohnen.

Die Prekarität hat also nicht nur direkte Auswirkungen auf die von ihr Betroffenen (die dadurch außerstande geraten, sich zu mobilisieren), sondern über die von ihr ausgelöste Furcht auch indirekte Folgen für alle anderen - eine Furcht, die im Rahmen von Prekarisierungsstrategien systematisch ausgenutzt wird, wie etwa im Falle der Einführung der vielzitierten "Flexibilität", von der wir ja wissen, daß sie ebenso politisch wie ökonomisch motiviert ist. Man wird den Verdacht nicht los, daß Prekarität gar nicht das Produkt einer mit der ebenfalls vielzitierten "Globalisierung" gleichgesetzten ökonomischen Fatalität ist, sondern vielmehr das Produkt eines politischen Willens. Das "flexible" Unternehmen beutet gewissermaßen ganz bewußt eine von Unsicherheit geprägte Situation aus, die von ihm noch verschärft wird. Es sucht die Kosten zu senken, aber auch diese Kostensenkung möglich zu machen, indem es den Arbeitnehmer der permanenten Drohung des Arbeitsplatzverlusts aussetzt.

Die gesamte Welt der materiellen und kulturellen, öffentlichen wie privaten Produktion wird auf diese Weise in einen breitgefächerten Prekarisierungsstrom hineingezogen, was sich beispielsweise an der Entterritorialisierung bzw. Standortunabhängigkeit des Unternehmens zeigen läßt: Die Verbindung, die bisher zwischen ihm und einem Nationalstaat oder einem Ort (z.B. Detroit oder Turin für die Autoindustrie) existierte, löst sich nun zunehmend mit dem Aufkommen sogenannter "Netzwerk-Unternehmen" auf, die sich durch die Verknüpfung von Produktionssegmenten, technologischem Wissen, Kommunikationsnetzwerken, sowie durch geographisch weit verstreute Ausbildungswege über einen ganzen Kontinent oder gar den gesamten Globus erstrecken können.

Teile und herrsche

Durch die Erleichterung oder gar Organisierung der Kapitalmobilität und durch die "Produktionsverlagerung" in Billiglohnländer, in denen die Arbeitskosten niedriger liegen, hat man die Ausweitung der Konkurrenz zwischen

den Arbeitnehmern auf Weltmaßstab möglich gemacht. An die Stelle des an einen nationalen Kontext gebundenen oder gar verstaatlichten Unternehmens, dessen Konkurrenzgebiet sich mehr oder weniger genau mit dem Staatsgebiet deckte und das sich Märkte im Ausland erkämpfte, ist das multinationale Unternehmen getreten, das die Arbeitnehmer nicht mehr nur der Konkurrenz mit ihren Landsleuten oder gar, wie Demagogen glauben machen wollen, mit den auf dem eigenen Staatsgebiet niedergelassenen Ausländern aussetzt, die ja ganz offenkundig die ersten Opfer der Prekarisierung sind, sondern in Wirklichkeit mit den zur Annahme von Elendslöhnen gezwungenen Arbeitern vom andern Ende der Welt.

Die Prekarität ist Teil einer neuartigen Herrschaftsform, die auf der Errichtung einer zum allgemeinen Dauerzustand gewordenen Unsicherheit fußt und das Ziel hat, die Arbeitnehmer zur Unterwerfung, zur Hinnahme ihrer Ausbeutung zu zwingen. Zur Kennzeichnung dieser Herrschaftsform, die, obschon sie in ihren Auswirkungen stark dem wilden Kapitalismus aus den Frühzeiten der Industrialisierung ähnelt, absolut beispiellos ist, hat in dieser Runde jemand das treffende und aussagekräftige Konzept der Flexploitation vorgeschlagen.

Dieser Begriff veranschaulicht sehr treffend den zweckrationalen Gebrauch, der von der Unsicherheit gemacht wird. Indem man, besonders über eine konzertierte Manipulierung der Produktionsräume, die Konkurrenz zwischen den Arbeitnehmern in den Ländern mit den bedeutendsten sozialen Errungenschaften und der bestorganisierten gewerkschaftlichen Widerstandskraft lauter an ein Staatsgebiet und eine nationale Geschichte gebundene Eigenschaften und den Arbeitnehmern in den, was soziale Standards anbelangt, am wenigsten entwickelten Ländern anheizt, gelingt es dieser Unsicherheit, unter dem Deckmantel vermeintlich naturgegebener Mechanismen, die sich dadurch schon selbst rechtfertigen, die Widerstände zu brechen und Gehorsam und Unterwerfung durchzusetzen.

Die von der Prekarität bewirkten Dispositionen der Unterwerfung bilden die Voraussetzung für eine immer "erfolgreichere" Ausbeutung, die auf einer Spaltung zwischen einerseits der immer größer werdenden Gruppe derer, die nicht arbeiten, und andererseits der immer kleiner werdenden Gruppe derer, die immer mehr arbeiten, fußt. Bei dem, was man ständig als ein von den unwandelbaren "Naturgesetzen" des Gesellschaftlichen regiertes Wirtschaftssystem hinstellt, scheint es sich meines Erachtens in Wirklichkeit vielmehr um eine politische Ordnung zu handeln, die nur mittels der aktiven oder passiven Komplizenschaft der im eigentlichen Sinne politischen Mächte errichtet werden kann.

Politischer Kampf

gegen "Flexploitation"

Gegen diese politische Ordnung kann ein politischer Kampf geführt werden. Und er kann sich, ähnlich wie karitative oder militant-karitative Bewegungen, zunächst zum Ziel setzen, die Opfer der Ausbeutung, all die gegenwärtig oder potentiell Prekarisierten zu ermutigen, gemeinsam gegen die zerstörerischen Wirkungen der Prekarität anzugehen (indem man ihnen hilft zu leben, "durchzuhalten", einen aufrechten Gang und Würde zu bewahren, der Zersetzung und dem Verfall ihres Selbstbildes, der Entfremdung zu widerstehen). Darüber hinaus sollten sie vor allem auch ermutigt werden, sich auf internationaler Ebene, also auf derselben Ebene, auf der auch die Folgen der Prekarisierungspolitik wirksam werden, mit dem Ziel zu mobilisieren, diese Politik zu bekämpfen und die Konkurrenz zu neutralisieren, die sie zwischen den Arbeitnehmern erzeugen will.

Der politische Kampf kann aber auch versuchen, die Arbeitnehmer der Logik früherer Kämpfe mit ihrer Forderung nach Arbeit oder besseren Arbeitslöhnen zu entreißen, weil sich diese Logik einzig und allein auf die Arbeit versteift und dadurch sozusagen die Ausbeutung (oder Flexploitation) zuläßt. An deren Stelle könnte eine Umverteilung der Arbeit (z.B. über eine massive Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf europäischer Ebene) treten, eine Umverteilung, die untrennbar mit einer Neudefinition des Verhältnisses zwischen der Zeit der Produktion und der Zeit der Reproduktion, der Erholung und der Freizeit verknüpft wäre.

Eine solche Revolution müßte mit dem Verzicht auf die ausschließlich berechnende und individualistische Sichtweise beginnen, welche den handelnden Menschen auf ein kalkulierendes Wesen reduziert, das nur mit der Lösung von Problemen rein ökonomischer Art im engsten Sinn des Wortes befaßt ist. Damit das Wirtschaftssystem funktionieren kann, müssen die Arbeitnehmer ihre eigenen Produktions- und Reproduktionsbedingungen, aber auch die Bedingungen für das Funktionieren des Wirtschaftssystems selbst einbringen, angefangen bei ihrem Glauben an das Unternehmen, an die Arbeit, an die Notwendigkeit der

Arbeit usw. All diese Dinge klammern die orthodoxen Ökonomen a priori aus ihren abstrakten und verstümmelten Berechnungen aus und überlassen so die Verantwortung für die Produktion und Reproduktion all der verborgenen ökonomischen und sozialen Voraussetzungen für das Funktionieren der Wirtschaft, wie sie sie kennen, stillschweigend den Individuen oder paradoxerweise dem Staat, dessen Zerstörung sie im übrigen predigen.

Grenoble, Dezember 1997

Pierre Bourdieu: "Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion", Konstanz (Universitätsverlag Konstanz) 1998, 120 Seiten, 18 DM

Anmerkungen:

1) Vortrag während der "Rencontres européennes contre la précarité", Grenoble, 12. 13. Dezember 1997. Aus dem Französischen übertragen von Andreas Pfeuffer.

2) P. Bourdieu: "Travail et travailleurs en Algérie", Paris-La Haye, Mouton, 1963 (zusammen mit A. Darbel, J.-P. Rivet, C. Seibel); vgl. auch: "Algeérie 60. Structures économiques et structures temporelles", Paris, Ed. de Minuit, 1977.

19. Arbeit und/oder Einkommen. VertreterInnen französischer Erwerbslosen-Initiativen diskutieren

Autor: Dominique Mezzi · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:05

In der Redaktion der französischen Zeitschrift Critique Communiste trafen sich VertreterInnen verschiedener Erwerbslosenverbände, um über die Krise der Lohnarbeit und daran anknüpfende Konzepte von Mindesteinkommen, Existenzgeld und sozialer Grundsicherung zu sprechen. An der Debatte nahmen teil: Hubert Constancias (MNCP/Nationale Bewegung der Arbeitslosen und prekär Beschäftigten), Francois Desanti (Arbeitslosenkomitee der CGT), Richard Dethyre (APEIS/Vereinigung für Vollbeschäftigung und Solidarität), Claire Villiers (AC!) und Dominique Mezzi als Gesprächsleiter. Der hier veröffentlichte, leicht gekürzte erste Teil des Interviews gibt die unterschiedlichen Positionen und Begründungen zum Mindesteinkommen und zur Grundsicherung wieder.

D. Mezzi: Wenn die Forderung nach einer Erhöhung der gesetzlichen Sozialleistungen um 1.500 Francs monatlich (umgerechnet 450 DM, d.Ü.) die Erwerbslosenbewegung zwar vereint hat, so hat dennoch jede der hier vertretenen Organisationen ihre eigenen Vorstellungen von dem, was Erwerbslosen als Einkommen zur Verfügung stehen sollte: z.B. der gesetzliche Mindestlohn (SMIC) für den AC!, mindestens 4.000 Francs netto nach Ansicht von APEIS, 75% des SMIC (7.950 Francs brutto) für das MNCP, und die CGT fordert 80% des SMIC (8.500 Francs brutto). Könnten Sie die einzelnen Schritte darlegen, die Sie zu dieser oder jener Forderung geführt haben? Und könnten Sie auch die Auseinandersetzungen schildern, die sich in Ihrer Organisation abgespielt haben?

C. Villiers (AC!): Die Entwicklung, die zu der Forderung des AC! führte, basiert auf einer Debatte, die immer noch nicht beendet ist und die die gewerkschaftlichen Organisationen bisher ungenügend durchdrungen hat. Diese halten deshalb an einer Kopplung des Einkommens an die Erwerbsarbeit fest. Wir bei AC! haben die Abschaffung der Arbeitslosigkeit gefordert. Aber nicht jeder hat da das gleiche Verständnis. Für einige geht es um Arbeitsplätze für alle, ohne eine fundamentale Kritik weder an der Lohnarbeit in ihrer ureigensten Form noch an den prekären Beschäftigungsverhältnissen, Teilzeitarbeit und Arbeitszeitflexibilisierung. Es handelt sich da um eine Rückbesinnung auf die Situation in den 50er und 60er Jahren, um einen Rückbezug auf die Lohnarbeit des fordistischen Kompromisses.

Für die anderen beinhaltete die Abschaffung der Erwerbslosigkeit zugleich auch die Frage nach der Abschaffung der Lohnarbeit. Und für noch andere die Entkopplung von Einkommen, Arbeit und Arbeitsplatz. Folglich existieren drei verschiedene Positionen, und alle arbeiten zusammen. In einigen Organisationsgliederungen, in denen man sich nicht einig wurde, spaltete man sich auf. Im AC! versucht jeder, seine eigene Position weiter auszuarbeiten, aber auch die der anderen in Rechnung zu stellen; momentan auf jeden Fall, und ich hoffe, das setzt sich fort.

Kritik an der Existenzgeldforderung

Als man den Antrag auf ein Einkommen in Höhe des SMIC auch für Erwerbslose gestellt hat, gab es bei einer Anzahl von GenossInnen im AC! - zum Beispiel bei der Gruppe CARGO/Aktionskomitee für ein garantiertes Mindesteinkommen - eine theoretische Auseinandersetzung über das erwerbsunabhängige Einkommen. Aber auch unter denen, die die Entkopplung von Arbeit und Einkommen fordern, existieren die unterschiedlichsten Strömungen. Soweit ich die Position von CARGO verstehe, gibt es einen bestimmten Defätismus hinsichtlich der Art und Weise, wie im Kapitalismus heutzutage Arbeit organisiert und verteilt wird. Die prekären Beschäftigungen und die Flexibilisierungen seien demnach unumgänglich gewesen. Ich habe selbst einen Genossen reden hören, daß dies am technischen Wandel läge. Nun, ich glaube das absolut nicht.

Es ist notwendig, etwas zu tun, einen politischen Willen herzustellen, um die Entwicklung und den gesellschaftlichen Wandel in einer zufriedenstellenden Weise zu organisieren; sowohl im Hinblick auf das, was man produziert, als auch darauf, wie man produziert. Die GenossInnen von CARGO sagen im großen und ganzen: Es gibt die Produktion des Reichtums, aber das Wichtigste ist, Verteilungsgerechtigkeit herzustellen bzw. die Verteilungsfrage zu stellen. Meine persönliche Meinung ist: Es ist eine große Naivität zu glauben, daß man in der streng definierten politischen Sphäre ausreichend Macht ausüben könnte, um eine andere Verteilung des Mehrwerts zu erzwingen.

Eine ganze Reihe von Umständen sind an die Lohnarbeitsbedingungen gebunden. Wenn man heutzutage über das Gesetz gegen den sozialen Ausschluß (1) diskutiert, sieht man immer mehr ein Auseinanderfallen zwischen der Abnahme garantierter, sozialer Mindestleistungen und der Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums. Eine nicht an die Produktion des Reichtums geknüpfte soziale Sicherung stellt in der gegenwärtigen Situation eine große Naivität dar.

Diese Forderung zu stellen, ist dennoch interessant, z.B. in der Art: "Mit oder ohne Arbeit, ein Einkommen ist ein Recht". Jeder im AC! ist damit einverstanden, selbst wenn es nur ein Kompromiß wäre. Für einige ist es das Grundeinkommen/Existenzgeld, für andere die Anwendung der Verfassungs-Präambel: das "Recht auf angemessene Geldmittel zur Existenz". Wenn man die Arbeit nicht so aufteilt, daß jeder etwas davon bekommt, soll gezahlt werden.

Ich sage Erwerbsarbeit, nicht Arbeit allgemein. Wenn ich Erwerbsarbeit sage, umgehe ich das dumme Geschwätz vom Ende der Arbeit. Es wird immer menschliche Arbeit geben. Wie immer auch Kollektive entscheiden, ich bin sehr für kollektive Entscheidungen. Das ist auch der Grund, warum ich gegen die Existenzgeld-Forderung bin. Es ist notwendig, eine gemeinschaftliche Debatte über die Art und Weise der Organisation der Reichtumsproduktion zu führen und dazu Projekte zu entwickeln. Man hätte zu einer anderen Zeit gesagt, eine Debatte, die die demokratische Planifikation (2) und das soziale Eigentum vermischt.

Unser Slogan zum Verhältnis von Arbeit und Einkommen bedeutet zweierlei: Die Erwerbslosigkeit zu verteuern erlaubt, den Bedingungen prekärer Beschäftigung besser zu widerstehen. Aber es erlaubt auch, die differenzierte Frage nach der Entlohnung zu stellen, entsprechend den Bedürfnissen und nicht nach den Prämissen der Ökonomie und ihren Sachzwängen.

Nachzudenken, was die Leute wirklich zum Leben brauchen, stellt eine konsequente Umkehr der Problematik dar. Das ist das, was CGT und CFDT bereits in den Verhandlungen im Jahre 1974 wollten. Sie sagten, Leute, die erwerbslos sind, sollten 90% ihres letzten Arbeitslohnes erhalten und niemals weniger als den SMIC. Das war der harte Kampf von LIP (3), 90% des Lohnes für die Entlassenen erhalten zu haben. Die Tatsache, daß seitdem die Arbeiterbewegung nie mehr in die Richtung dachte, den von Erwerbslosigkeit schuldlos Betroffenen ihren vollen Schutz anzubieten, ist eine große Schwäche. Man sollte Erwerbslosigkeit nicht banalisieren. Fazit: Die Forderung des AC!, sich bei der sozialen Sicherung der Erwerbslosen am SMIC zu orientieren, kommt zurück auf einen internen Kompromiß.

Warum taucht diese Forderung des AC! nicht stärker innerhalb der Erwerbslosenbewegung auf? Und was antwortest Du als Gewerkschafterin jenen Lohnabhängigen, die sich durch Eure Forderungen getroffen fühlen?

C. Villiers: Sie ist nicht verletzend bzw. wir haben sie nicht verletzend gemeint. Vielleicht unabsichtlich, weil wir uns auf diejenigen konzentrieren, die auch die Einheitlichkeit der Lage von Erwerbslosen und Lohnabhängigen sehen, und auf dieser Basis für eine Vergrößerung der Bewegung mobilisieren.

Tatsächlich stellt der SMIC sowohl für Lohnabhängige als auch für die Erwerbslosen ein Problem dar. Selbst wenn die CGT "80% des SMIC" fordert, ist das ein Problem. Die Forderungen dokumentieren das Bewußtsein, daß man in der heutigen Situation nicht für die, die keine Arbeit haben, das gleiche einfordern könne wie für die, die lohnarbeiten. Wenn man das tut, dann heißt das, daß man für sich selbst die Wichtigkeit einer Arbeit leugnet. Was die Fragen nach dem Arbeitslohn und der Arbeit angeht, sind wir auf die zwei Jahrtausende alte jüdisch-christliche Tradition gestoßen, die in jedermann irgendwo steckt. Denn es gibt eine wirkliche Schuld im kollektiven Unbewußten: Wenn man keine Arbeit hat, hat man nicht das Recht, das gleiche wie der andere zu besitzen. Notwendig ist ein hoher Bewußtseinsgrad und ein gemeinsamer Wille wie in den 70er Jahren, dieses Schuldgefühl auszulöschen. Sobald aber dieser Wille und die Macht wieder verschwindet, kommt das Schuldgefühl wieder zurück. Dies verweist auf den Stellenwert der Arbeit.

Provokation

der Beschäftigten?

Man kann nicht über all diese Fragen nachdenken, ohne Zukunftsvisionen oder Entwürfe zu entwickeln. Da keine politische oder gewerkschaftliche Organisation hier programmatische Arbeit leistet, gibt es gewisse Freiräume für radikale Forderungen. Auch deshalb erhält die Erwerbslosenbewegung so viel Unterstützung. Es

ist notwendig, daß wir damit fortfahren. Aber man weiß auch, daß das nur geht, wenn es sehr entwickelte Machtbasen gibt, von denen aus man die Gesellschaft erschüttern kann.

F. Desanti (Comités des Chomeurs de CGT): Warum, so wäre zu fragen, fordern wir von der CGT 80% des gesetzlichen Mindestlohnes als Grundabsicherung für die aus der Arbeitslosenversicherung herausfallenden Erwerbslosen und SozialhilfeempfängerInnen? Weil wir berücksichtigen, daß eine Forderung auch eine Verantwortung ist? Wenn man 1.500 Francs mehr als die bestehende Grundsicherung verlangt, dann wäre dies maximal 3.700 bis 4.000 Franc im Monat. Man ginge demnach davon aus, daß man mit dieser Geldmenge auskommen könnte. Wir versichern: Nein, das geht nicht! Wir verlangen eine angemessene Summe. Dabei bin ich im übrigen sicher, daß auch sie noch immer unzureichend ist. 80% von 8.500 Franc brutto, das macht netto 5.500 bis 6.000 Franc (1.600 bis 1.800 DM, d.Ü.).

Zweitens: Wenn man von einem gesetzlichen Mindestsatz der Sozialhilfe spricht, muß man sehr aufpassen. Wir verlangen nur eine Neuauflage der Konvention der Arbeitslosenversicherung. Deren Ziel sollte es sein, jedem Arbeitslosen ein ausreichendes Einkommen zu sichern, wobei wir wissen, daß nur noch 50% aller Erwerbslosen aus dem Topf der UNEDIC (von Arbeitgebern und Gewerkschaften finanziertes System der Arbeitslosenversicherung, ak) finanziert werden und der Rest auf staatliche Sozialhilfe angewiesen ist.

Dies verweist auf die Frage der Finanzierung. Die gesetzlichen Sozialleistungen werden von den Steuern finanziert, d.h. durch eine rein mechanische Solidarität, die darin besteht, daß die weniger Armen das Einkommen der noch Ärmeren und Ärmsten zahlen. Andererseits: Wenn wir uns für neue Verhandlungen um das Arbeitslosenversicherungssystem engagieren und uns damit um Fragen der Entschädigung von Arbeitslosen kümmern, dann erlaubt dies, erstmalig die Unternehmer für die Arbeitslosigkeit nicht nur politisch, sondern auch finanziell verantwortlich zu machen. Sie sollen das Einkommen derer, die sie objektiv am Broterwerb hindern, zahlen.

Existenzgeld

und Mindestlohn

Warum fordert die CGT nur 80% des SMIC und nicht 100%? Sind dafür psychologische Barrieren verantwortlich?

F. Desanti: Von meinem persönlichen Standpunkt aus wäre es nicht unanständig, den gesamten SMIC für die Arbeitslosen zu verlangen. Es ist auch richtig, daß die Lohnabhängigen, was diese Frage betrifft, sich sehr zögerlich verhalten. Der Grund, den man uns entgegenhält, ist der, daß einige arbeiten und andere nicht. Allerdings ist auch klar, daß die Nicht-Arbeitenden ihren Status nicht frei gewählt haben, sondern ihn ertragen müssen und ihre Zeit - entsprechend dem Reglement der Arbeitslosen- und Sozialversicherung - der Arbeitssuche widmen müssen. Die Erwerbslosigkeit zieht folglich eine verbindliche Aktivität nach sich. Persönlich denke ich, ist es nichts Besonderes, wenn den Erwerbslosen dafür ein Ersatz-Gehalt gezahlt würde.

Aber unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Lohnabhängigen diesbezüglich große Ressentiments entwickeln, ist es immer noch besser, bei der 80%-Forderung zu bleiben, damit sich die Lohnabhängigen nicht den Aktionen der Erwerbslosen widersetzen. Die Gewerkschaften müssen die Idee verteidigen, daß alle Erwerbslosen, ungeachtet ihrer jeweiligen spezifischen Situation, über ein ausreichendes Mindesteinkommen verfügen. Heute hat die Erwerbslosigkeit einen massiven Charakter angenommen, der nichts mit dem zu tun hat, was man von 1974 kannte, als die CGT und die CFDT den SMIC für die Erwerbslosen einforderten.

Einkommen

ist eine Pflicht!

R. Dethyre (APEIS): Unsere Forderung einer Mindestabsicherung in Höhe von 4.000 Franc mindestens muß auf ihren Ursprung zurückgeführt werden. Es war und ist ein Kampf, den wir schon seit ungefähr 10 Jahren führen: für das Recht auf ergänzende Sozialhilfe für jeden Erwerbslosen. Unsere Position dazu war folgende: Erstens erhält mehr als die Hälfte der Arbeitslosen keinerlei Unterstützung. Und für diejenigen, die eine bekommen, liegt sie häufig unter 3.000 Francs. Zweitens bekommen die sechs Millionen Personen, die Anspruch auf die gesetzliche Sozialhilfe erheben, zwischen 1.300 und 3.000 Francs. Wenn die

Erwerbslosenbewegung sofort 1.500 Francs mehr verlangen würde, dann würde das drittens ein durchschnittliches Mindesteinkommen von ungefähr 3.900 Francs bringen. Die Forderung nach mindestens 4.000 Francs hat daher in gewisser Weise einen gewerkschaftlichen Charakter.

Natürlich kann man auch jederzeit den SMIC oder 80% davon für die Arbeitslosen verlangen. Es ist zwar einerseits notwendig zu sagen, was richtig und wünschenswert wäre, andererseits muß man aber auch von der Realität ausgehen. Um glaubwürdig zu sein und umfassend mobilisieren zu können, sind wir daher sehr aufmerksam, was Realisierungsmöglichkeiten betrifft.

Als wir in dieser Sache im März 1996 Kundgebungen initiiert und organisiert haben, haben wir uns bemüht, unsere Forderungen nicht in den Vordergrund zu rücken. Daraus entwickelte sich unser Slogan "Eine Unterstützung für jeden, ein Einkommen ist eine Pflicht!". Aber selbstverständlich können sich weitergehende Forderungen auch noch entwickeln, und zwar insbesondere dann, wenn es genaueres Datenmaterial gibt, das belegt, daß man mit 4.000 Franc oder generell mit einem monatlichen Einkommen unterhalb des SMIC nicht auskommen kann. Doch Vorsicht bei einer Gleichsetzung der Situation von Lohnabhängigen, prekär Beschäftigten, Erwerbslosen und vollkommen Ausgeschlossenen!

Die Forderung von 1.500 Francs mehr bleibt für uns ein geeigneter Sockel, von dem aus sich eine andere Sozialpolitik konzipieren läßt. Die Debatte darüber wird wieder in Gang kommen (müssen). Die Regierung Jospin und insbesondere das von Arbeitsministerin Martine Aubry entwickelte Gesetz gegen Armut und sozialen Ausschluß haben erste, wenn auch nur unzureichende Akzente gesetzt, die diese Diskussion befördern könnten. Die gemeinsame Grundlage der Diskussion bildet die solidarische Forderung nach einer anderen Aufteilung des Reichtums. Eine Gesellschaft kann nicht rechtfertigen, daß auf der einen Seite an der Börse riesige Gewinne gemacht werden, wenn auf der anderen Seite die von Prekarität und Armut Betroffenen an Zahl immer mehr zunehmen.

Einige Organisationen berücksichtigen die Tatsache, daß es Probleme geben könnte, wenn sich das Mindesteinkommen dem SMIC annähert, daß es in den Augen der Lohnabhängigen nicht hinnehmbar wäre, daß Leute, die nicht arbeiten, genauso viel Geld erhalten wie Leute, die arbeiten. Berücksichtigen Ihre Forderungen diese politische Barriere?

R. Dethyre: Sicherlich ein bißchen. Ich bin häufig in den Debatten mit diesem Argument konfrontiert worden. Ich antworte darauf: Die Forderung nach einem monatlich um 1.500 Francs erhöhten Mindesteinkommen antwortet in mehrerlei Hinsicht auf die politischen Herausforderungen. Mit der Erhöhung der Unterstützungsleistungen würde auch der Konsum wieder angekurbelt.

Gegen soziale Ungerechtigkeit

Zweitens würde dies verhindern, daß die Unternehmer Leute für 3.000 Francs monatlich anstellen. Die Millionen Erwerbslosen, die dafür potentielle KandidatInnen wären, würden es sich genau überlegen, ob sie für so einen Hungerlohn arbeiten wollten. Konsequenz: Die niedrigen Löhne würden in die Höhe getrieben und der Trend zu prekären Beschäftigungsverhältnissen könnte umgekehrt werden.

Drittens wäre mit der Forderung ein Element des Kampfes gegen soziale Ungerechtigkeit gegeben, aber auch ein Mittel, um Le Pen das Wasser abzugraben, weil so die unreflektierte Verzweifelung, die aus dem Bezug von Niedrigsteinkommen um 2.000 Francs erzeugt wird, eingeschränkt würde und die Leute nicht mehr dem Front National nachliefen. Es gab einen Kampf, der weite Bevölkerungsteile erfaßt hat. Dies ist eine politische Tatsache, die zu einer weiteren sozialen Mobilisierung führen kann. Dabei ist es nicht nötig, sich hinter volkswirtschaftlichen Argumenten zu verschanzen, sondern man kann argumentativ in Richtung Gesellschaftsveränderung zielen.

Es ist richtig, jetzt das soziale Grundeinkommen zu erhöhen, weil es sich auf diesem Niveau halten würde, wenn die soziale und ökonomische Situation wieder besser sein sollte. Dann wäre es auch einfacher, den SMIC zu erhöhen. Das sind zusammenhängende Schritte, die nachfolgend gegangen werden können.

H. Constancias (MNCP): Das MNCP fordert 75% des SMIC. Diese Maßzahl ist vor zwei Jahren auf dem letzten Kongreß gewählt worden. Die Idee war, daß eine Erhöhung der Grundeinkommen der SozialhilfeempfängerInnen und der Erwerbslosen dringend erforderlich ist. Mit 75% hat man noch nicht das Niveau des SMIC erreicht, aber man nähert sich ihm an und nimmt schon jetzt Bezug auf ihn. Wenn man

erstmal da angekommen ist, gäbe es noch ausreichend Zeit, eventuell nachzubessern. Aber wenn alle Erwerbslosen schon einmal 75% des SMIC hätten, wäre dies ein großer Sieg der Bewegung.

Wenn man sich die andere Forderung nach zusätzlichen 1.500 Francs anschaut, dann korrespondiert dies, in konkreten Zahlen ausgedrückt, durchaus mit unserer Forderung.

Gibt es auch hier eine Debatte über die psychischen und politischen Barrieren einer 100%-Forderung?

H. Constancias: Ja. Im Grunde sind es die Erwerbslosen selbst, die sich immer noch schuldig fühlen und von daher glauben, zu einer 100%-Forderung nicht berechtigt zu sein. Es ist paradox, daß es die finanziell Bessergestellten sind, die die 100% vorschlagen, während die, denen es am dreckigsten geht, erheblich weniger einfordern. In der Debatte hat man sich dann für die 75% entschieden. Aber man kann sich ja entwickeln, entsprechend sich verändernder politischer Situationen.

Für alle Fragen, die die Erwerbslosigkeit berühren, gibt es keine absoluten Wahrheiten. Wir befinden uns noch im Stadium der Suche nach Alternativen, also haben wir weder apriorische Begrenzungen, noch legen wir uns abschließend fest. Vielleicht wird es die Fortsetzung der Debatte mit sich bringen, daß man in zwei Jahren dann 80% des SMIC erreichen kann.

Dominique Mezzi

aus: express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Nr.9/1998; Übersetzung: Marlies Kuchenbecker

Anmerkungen:

1) Gesetzespaket, mit dem die Regierung Jospin auf die Erwerbslosenproteste zu Beginn des Jahres reagiert hat.

2) "Planification" ist eine spezifisch französische Form gesamtwirtschaftlicher staatlicher Steuerung

3) 1973 besetzten ArbeiterInnen die von der Schließung bedrohte Uhrenfabrik LIP in der Nähe von Besancon.

20. Keinen Pfennig dem Arbeitsamt! Tips und Tricks für prekär Beschäftigte - Teil 2

Autor: Guido Grüner · Rubrik: Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:33

Wer nach einem oder mehreren schlechtbezahlten und prekären Jobs arbeitslos wird, kann die schlimmsten Einbußen bei Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe vermeiden. Dies setzt allerdings einen genauen "Job-Check" voraus. Erste Tips haben wir bereits in ak 419 abgedruckt, nunmehr folgt der zweite und letzte Teil.

Das Arbeitslosengeld (Alg) wird aus dem (beitragspflichtigen) Durchschnittseinkommen (incl. Überstunden!) der letzten 52 Wochen (vorher sechs Monate) vor der Arbeitslosigkeit errechnet. Wer also - um z.B. einer sofortigen Kündigung zu entgehen - zunächst für weniger Geld weiterarbeitet (z.B. Stundenlohnsenkung, Abgruppierung) und danach doch arbeitslos wird, erhält weniger Alg. Neben dieser Grundregel gibt es eine Reihe von Sonderregelungen. Es empfiehlt sich daher, genau zu prüfen, wie sich das jeweilige Jobangebot auf die Höhe des anschließenden Arbeitslosengeldes auswirken wird.

Lohnverzicht

durch Arbeitslose

Arbeitslose, die einen schlechter bezahlten Job annehmen und dennoch wieder arbeitslos werden, sollen vor den nachteiligen Auswirkungen auf das Arbeitslosengeld geschützt werden. Maßgebend bei der Neuberechnung des Alg ist daher weiterhin das Bruttoeinkommen, das dem letzten Alg-Bezug zugrundelag. Das gilt jedoch nur, wenn a) der vormalige Alg- oder Arbeitslosenhilfebezug nicht länger als als drei Jahre zurückliegt und b) der Nettoverdienst in dem schlechter bezahlten Job nicht geringer ist als das alte Arbeitslosengeld.

Ist Bedingung a) nicht erfüllt, liegt also der Bezug des höheren Alg mehr als drei Jahre zurück, errechnet sich das neue Alg aus dem (mieseren) Job der letzten Zeit. Der ehemalig höhere Verdienst spielt keine Rolle mehr. Wird Bedingung b) nicht eingehalten, wird das Alg nach dem Nettoverdienstes des früheren Jobs berechnet. Wenn auf die alte Lohnersatzleistung zurückgegriffen wird, müssen auch deren zwischenzeitliche Anpassungen berücksichtigt werden, etwa die jährlichen Anpassungen entsprechend der durchschnittlichen Einkommensentwicklung aller Lohnabhängigen

Beispiel: Helga Hurtig ist seit dem 1. Februar 1998 arbeitslos, bezieht monatlich 1.136 Mark Alg aufgrund eines Monatseinkommens von 3.510 Mark (1.890 netto) und sucht selbst eine neue Stelle. Sie findet eine freie Vollzeitstelle mit Vierjahresvertrag. Gehalt: 2.500 Mark brutto, ca. 1.510 Mark netto. Sie lehnt ab, da ihr Arbeitslosengeld nach Ablauf dieser Stelle auf 910 Mark geschrumpft wäre (Bedingung a) ist nicht erfüllt, das Alg errechnet sich aus dem Gehalt der neuen Stelle). Eine andere Stelle mit Einjahresvertrag zum 1.1.1999 mit 2.400 Mark brutto (1.461 netto) für 32 Stunden/Woche, akzeptiert sie. Aus 2.400 Mark brutto errechnet sich zwar nur ein Alg von 876 Mark, aber in ihrem Fall wird das alte Bruttoentgelt wieder Grundlage des neuen Alg: Seit dem letzten Tag des Alg-Bezugs sind noch keine drei Jahre verstrichen (a), und das Nettoeinkommen der neuen Stelle liegt über dem Alg (b).

Wer zum Ende seines Arbeitsverhältnisses bei gleichbleibender oder nur wenig verkürzter Arbeitszeit auf Lohn verzichtet (gesenkter Stundenlohn), büßt unweigerlich Alg ein. Die Alg-Höhe errechnet sich auch nach jahrzehntelang ununterbrochener Beschäftigung nur aus den letzten 12 Monaten.

Beispiel: Ernst Emsig ist Metallfacharbeiter in der Lohngruppe 5 (4.000 brutto). Sein Metallbaubetrieb steht vor dem Bankrott, und die FacharbeiterInnen werden vor die Alternative Kündigung oder Abgruppierung in Lohngruppe 3 (3.200 brutto) gestellt. Ernst willigt in die Abgruppierung ein. Nach zwei Jahren ist der Betrieb endgültig pleite. Ernst bekommt das geringere Alg entsprechend Lohngruppe 3: 1.046 Mark statt 1.247 Mark (Anmerkung: Benennung und Lohnbeträge der Lohngruppen sind für dieses Beispiel frei erfunden und entsprechen keinem real existierenden Tarifvertrag).

Wer nach Bezug von Vollzeit-Alg einen befristeten Teilzeitjob annimmt, kann nachher das alte (Vollzeit-) Arbeitslosengeld beanspruchen, wenn der Alg-Bezug weniger als drei Jahre zurückliegt und das Teilzeiteinkommen (Netto) mindestens die Höhe des alten Alg erreichte.

Beispiel: Paula Pfiffig, Kollegin von Ernst Emsig und ebenfalls Metallfacharbeiterin, läßt sich kündigen und fängt nach einem Monat Alg-Bezug im alten Betrieb mit 32 Std./Woche zum Facharbeiterlohn wieder an. Sie wird gleichzeitig mit Ernst arbeitslos, erhält jedoch 1.247 Mark Alg statt 1.046 Mark.

Lohnverzicht

verdirbt den Charakter

Zu viel oder zu langer Lohnverzicht senkt unweigerlich die Lohnersatzleistung. Wem es hingegen gelingt, einmal ein verhältnismäßig gutes Einkommen und entsprechendes Alg zu beziehen, genießt fortan einen gewissen Schutz gegen die Zumutungen des Arbeitsmarktes, denn

- ihr/ihm ist jede Arbeit unzumutbar, deren Einkommen nach Abzug aller damit zusammenhängenden Aufwendungen niedriger ist als das Alg oder die Arbeitslosenhilfe; solche Jobs können abgelehnt werden, ohne dem Arbeitsamt einen Grund für eine Sperrzeit zu liefern;

- auch wer im neuen Job weniger verdient als im letzten, jedoch immer noch mehr als mit dem Alg, kann sich auf diesen für fast drei Jahre einlassen.

ArbeitnehmerInnen, die auf Lohn verzichten (müssen), sollten dies nicht durch Stundenlohnsenkung, sondern Arbeitszeitverkürzung tun

Arbeitslose mit relativ hohem Alg oder Alhi, die in einen ungeliebten Job mit schlechtem Einkommen gedrängt werden und diesen nicht ablehnen können, sollten für dieses Arbeitsverhältnis von Beginn an eine Befristung vereinbaren (weniger als drei Jahre), um ins alte Alg zurückkehren zu können.

Vor allem aber gilt: Niemals für weniger als das Alg oder die Alhi arbeiten. Das verdirbt den Charakter und den Alg-Leistungsanspruch und ist nach den gesetzlichen Zumutbarkeitsregeln unzumutbar.

Guido Grüner

aus: quer, Juni 1998. Die überregionale Arbeitslosenzeitung quer kann unter folgender Anschrift bestellt werden: Arbeitslosenzeitung quer, Postfach 1363, 26203 Oldenburg

21. Die Stadt sind wir alle! Linke Bewegung in Zeiten von Umstrukturierung und Sicherheitswahn

Autor: ari · Rubrik: Sozialbewegung; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:34

Die Zeit der Häuserkämpfe scheint vorbei und ihre ProtagonistInnen haben sich in Wohnprojekten zur Ruhe gesetzt. "Innenstadtaktionstage" oder die Organisierung von "Reclaim-the-streets-Partys" sind Versuche, neue Ideen in eine geschwächte oder sogar nur noch am Rande existierende linke Bewegung gegen Umstrukturierung zu bringen, die in den ausgehenden 90er Jahren vielleicht notwendiger denn je wäre. Angesichts der Durchsetzung von "Zero Tolerance"-Konzepten, der Vertreibung von Obdachlosen, MigrantInnen, Drogendealern, Behinderten, Alten und anderen nicht-profitablen Menschen aus den Cities und innenstadtnahen Wohnbereichen und der Etablierung von privaten Sicherheitsdiensten im öffentlichen Raum ist es an der Zeit, sich über das Thema "Linke in den Städten" vermehrt Gedanken zu machen.

Der Sammelband "Umkämpfte Räume" versucht mit diversen Beiträgen der Vielschichtigkeit des Themas gerecht zu werden. Das Buch soll "auf eine Entwicklungsstufe kapitalistischer Vergesellschaftung verweisen, die gerade in den westlichen Großstädten immer mehr Konflikte und Widersprüche in ungewohnt offener Form zu Tage treten läßt." Aber die verschiedenen AutorInnen beschäftigen sich nicht nur mit der Verschärfung der Bedingungen in den Städten, sondern vor allem auch mit der Frage, ob Linke in der Diskussion um Umstrukturierung überhaupt noch eine Rolle spielen: "Umkämpfte Räume auch deswegen, weil das zunehmende linke Interesse am Städtischen unserer Vermutung nach weniger eine Neuauflage der alten Parole ‚global denken lokal handeln` darstellt, als eine Folge der schlichten Erfahrung, daß neben den öffentlichen Räumen auch die eigene Infrastruktur und linke Nischenökonomie zu verschwinden droht. Selbst in ehemaligen städtischen Hochburgen alternativer und autonomer Lebenswelten, in denen wir früher noch kulturelle Hegemonie beanspruchen konnten, ist es vielen inzwischen (zu) ungemütlich geworden." Um noch ein wenig über den nationalen Tellerrand zu schauen, beschäftigen sich die letzten beiden Beiträge des Buches mit dem mexikanischen "Superbarrio" (eine Mischung aus Robin Hood und Superman) und den regelmäßig wiederkehrenden Krawallen in den französischen banlieus. Da an dieser Stelle aber keinerlei Hinweise gegeben werden, was diese Artikel mit der "umkämpften Stadt" der BRD zu tun haben oder wie sich deren Aktionsformen auf die hiesigen Zustände übertragen lassen, wirken sie in diesem Buch etwas deplaziert und an die übrigen Texte angeklatscht.

Das 237 Seiten starke Buch beginnt an einem ganz anderen Ende: In "Wir können auch anders" und "Ein Freigehege gegen die Angst der Stadt?" geht es um feministische Stadtplanungsansätze. Die Autorinnen kritisieren, wie Forderungen nach frauengerechten Städten umgedeutet und sogar für den herrschenden Ausgrenzungsdiskurs instrumentalisiert werden. Oft suggerierten Städteplaner, daß die Gefahr nicht von männlicher Gewalt, sondern von den baulichen Strukturen ausginge: "Anstatt sich mit den Gewaltstrukturen im Geschlechterverhältnis auseinanderzusetzen, erschöpfen sich die Diskussionen in einer technokratischen Symptombekämpfung." Dem Schaffen von "sicheren Räumen" läge zudem die Annahme zugrunde, es gäbe gefährliche Personengruppen, die den sozialen Frieden stören würden, und die nur "enttarnt" werden müßten. Sexuelle Gewalttäter werden damit anderen Personengruppen gleichgesetzt, die dem herrschenden Diskurs zufolge in der Stadt nichts zu suchen haben wie Obdachlose, MigrantInnen, Junkies etc. Bauliche Veränderungen, die Frauen ein größeres Sicherheitsgefühl geben sollen, zerstören oft auch die Nischen der marginalisierten Gruppen, was sich Stadtplaner zunutze machen und diese Umstrukturierung des Stadtraums mit den Bedürfnissen von Frauen legitimieren. Leider werden die Autorinnen nicht besonders konkret, wenn es um Alternativen für derartige "sichere Räume" geht, denn es bleibt wohl unbestritten, daß Frauen in dunklen unübersichtlichen Gebieten oft Angst haben. Ein Dilemma wird also aufgedeckt, aber es werden außer der feministischen Selbsthilfe keine Handlungsperspektiven aufgeboten.

Alvons Diemer beschäftigt sich mit der im Jahr 2.000 anstehenden Weltausstellung EXPO in Hannover. Unter dem Titel "Euer Reichtum ist zum Kotzen" faßt er die Geschichte der Anti-EXPO-Bewegung zusammen, zeigt auf, welche konkreten Umstrukturierungsmaßnahmen bereits durchgesetzt wurden und beschreibt, wie Teile des anfänglichen Widerstands in die EXPO-Planungen integriert wurden. Die LeserIn vermißt allerdings eine Erklärung, warum die autonome Anti-EXPO-Bewegung eineinhalb Jahre vor Beginn der Weltausstellung nicht

einmal mehr in der Lage ist, sich in der linken Bewegung bemerkbar zu machen. Der Autor mahnt ein wenig verzweifelt eine dringend notwendige Auseinandersetzung der bundesweiten Linken mit dem Thema EXPO an, da er andernfalls die momentan eher schwache Anti-EXPO-Bewegung nicht in der Lage sieht, der Weltausstellung und den damit verbundenen Akzeptanzbestrebungen einer kontrollierten und technisierten "sauberen" und "ordentlichen" Gesellschaft etwas entgegenzusetzen.

"Metropolitane Stadt und sozialer Krieg" nähert sich dem Phänomen "Ausgrenzung" von einer theoretischen Ebene: Detlef Hartmann geht davon aus, daß für die Durchsetzung der Modernisierung ein sozialer Krieg notwendig ist, der sich in der Peripherie als offener Krieg, Bürgerkrieg oder "schmutziger Krieg" ausdrückt, in den Metropolen als "milderer Angriff auf allen Feldern sozialer Produktivität", darunter natürlich vor allem in der Stadt manifestiert, wo sich die "neuen innovationstragenden Eliten" mit ihren "hegemonialen Projekten" formieren. Dieser Artikel ist ein Versuch, neuere wissenschaftliche Studien wie die des Modernisierungstheoretikers Ulrich Beck in die Diskussion einzuflechten und ihr somit eine theoretische Grundlage zu geben. Ob sich Begriffe wie "Kapital" und "Klasse" für eine Analyse der "neuen Eliten" nicht mehr eignen, wie es der Autor behauptet, bleibt allerdings fraglich, und die Begründung der These bleibt er den LeserInnen schuldig - er verweist auf die Debatten der neueren Soziologie.

Ein ebenfalls eher analytischer Beitrag ist "Der Sozialstaat zeigt die Zähne", in dem ak-Autor Dirk Hauer und Pia Peddinghaus den (neuen) Sozialstaat als "System sozialer Kontrolle, sozialer Spaltung und Hierarchisierung" entlarven und damit die oft gemachte Trennung von "(böser) polizeilicher Repression und (guter) Sozialpolitik" kritisieren. Am Beispiel der Stadt Hamburg erläutern sie das Konzept einer "sozialen Stadterneuerung", das zunehmend in einem Zusammenspiel von Ordnungs- und Sozialpolitik Ausdruck findet. Sehr richtig stellen die AutorInnen dann fest, daß soziale Einrichtungen in diesem Zusammenhang oft nur als "Grenzträger der Macht" zu sehen und daher ungeeignet sind, Perspektiven einer linken sozial(revolutionär)en Politik zu verwirklichen.

Vier Artikel in "Umkämpfte Räume" beschäftigen sich mit dem Hamburger Schanzenviertel, das in letzter Zeit im Zusammenhang mit Drogenhandel und Junkszene in die Schlagzeilen der bürgerlichen Medien gekommen war - meist gepaart mit heftigen rassistischen Ausfällen ("der böse schwarze Dealer"). Schnell wurde deutlich, daß die radikale Linke kaum Ansätze für den Umgang mit Drogenpolitik hatte; die Parole der 80er Jahre "Dealer verpißt Euch" schien nicht mehr ihre uneingeschränkte Gültigkeit zu besitzen. Die Beiträge "Böse Dealer, arme Schweine" und "Vom Gleichgewicht des Schreckens" versuchen auf dem Terrain ein wenig Nachholbedarf zu betreiben und beschreiben den Weg des linken Szeneviertels vom zum Teil erfolgreichen Kampf gegen Umstrukturierung, der 1989 in der Besetzung der "Alten Flora" gipfelte, zum Stadtteil, in dem es gerade der radikalen Linken an einem Konzept zum Umgang mit der Junk- und Dealerszene fehlt. Ein Fehler wird richtigerweise in der Fixierung linker autonomer Politik auf "unser Viertel" gesehen, was den Blick über den Tellerrand in vielen Fälle verbaut und auch gezeigt hat, daß sich "gesellschaftliche Widersprüche in einem ‚alternativen Milieu`" nicht unbedingt besser lösen lassen.

Weitere Beiträge beschäftigen sich mit der New Yorker "Zero Tolerance"-Politik, die im vergangenen Jahr auch in Deutschland als das "Allheilmittel" zur angeblich steigenden Kriminalität und Verwahrlosung gepriesen wurde, mit der steigenden Nichtakzeptanz von Behinderten in der bundesdeutschen Gesellschaft, mit Möglichkeiten linker Intervention oder auch mit der Vermarktung der "unternehmerischen Stadt".

Nach der Lektüre der 18 Beiträge wartet die LeserIn allerdings vergeblich auf eine Art Resümee oder Zusammenführung der verschiedenen in dem Buch angesprochenen Aspekte. Es wird nicht deutlich, warum welche Artikel Eingang in "Umkämpfte Räume" gefunden haben. Die Beiträge stehen eher unverknüpft nebeneinander. Dennoch ist das Buch ein brauchbarer Sammelband zur Geschichte und Gegenwart linker und linksradikaler Überlegungen im Kampf gegen Umstrukturierung und Ausgrenzung und eignet sich als Diskussionsgrundlage: Fast alle Artikel tragen ein wenig die Hoffnung in sich, daß sich die linke Bewegung endlich auch wieder dem Thema Umstrukturierung zuwendet und der "Zero Tolerance-Stadt" etwas entgegensetzt. Insofern kann die Aufsatzsammlung auch als ein Appell an ihre KäuferInnen verstanden werden.

ari

Stadtrat (Hg.): Umkämpfte Räume, Städte & Linke, Verlag Libertäre Assoziation, Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße, Hamburg/Berlin/Göttingen 1998, 237 Seiten, 28 DM.

22. ak goes Internet: www.akweb.de

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:37

Der Anfang ist gemacht! Große Mühen, viel Gefummel, erhebliche technische Anstrengungen, zahlreiche Beratungen, - aber nun ist es soweit: die Homepage ist fertig und funktioniert. ak ist jetzt für alle jederzeit erreichbar.

Unter der prägnanten Adresse http://www.akweb.de (gleich ein Lesezeichen setzen!) haben wir ein übersichtliches Angebot für unsere LeserInnen und die, die es werden wollen, eingerichtet. Ganz Neugierige können ab jetzt schon vor Erscheinen der Papierausgabe den Inhalt und eine redaktionelle Auswahl von Artikeln über die akweb-Homepage in Erfahrung bringen.

Das Archiv wird monatlich anwachsen. Zwar sind jetzt erst einige Artikel der vergangenen drei ak-Nummern dort zu finden. In den nächsten Wochen wollen wir das Archiv aber ausbauen.

Natürlich soll mit der Homepage auch die Kommunikation etwas erleichtert werden. Fragen, Anregungen, Hinweise oder Kommentare zur Zeitung oder zu einzelnen Artikeln könnt ihr uns nun ohne großen Aufwand online zukommen lassen. Wir hoffen, ihr macht davon Gebrauch!

Natürlich könnt ihr jetzt über die Homepage Abos, Geschenkabos und kostenlose Probeexemplare bestellen.

Ebenfalls auf der Homepage findet ihr den Veranstaltungskalender. Der Kalender soll in der nächsten Zeit stärker zu einem Service unserer Zeitung ausgebaut werden. Ab sofort bieten wir allen VeranstalterInnen kostenlose Probeexemplare von ak z.B. für Büchertische an. Das Ganze frei nach dem Motto: "Wir werben für euch, ihr werbt für ak." Wir würden uns freuen, wenn ihr von diesem Angebot regen Gebrauch macht, so daß ak einer größeren LeserInnenschaft bekannt wird.

Selbstverständlich wollen wir mit der Internet-Präsentation künftig mehr Menschen auf ak aufmerksam machen. Aber dazu brauchen wir auch die LeserInnen: Scheut euch nicht, die neue Homepage von ak allen Freunden, Freundinnen, Genossen und Genossinnen mitzuteilen.

Lesezeichen: http://www.akweb.de

23. Das Ende der konservativen Revolution. USA: Republikaner verlieren die Kongreßwahlen

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:23

"Sexskandal" hin oder her: Nicht der demokratische US-Präsident Bill Clinton mußte zurücktreten, sondern sein republikanischer Gegenspieler Newt Gingrich. Nach den Zwischenwahlen vom 3. November ist in Washington Kontinuität angesagt; die Konservativen führen heftige Flügelkämpfe.

Eigentlich sollte es der große Durchmarsch der Republikaner werden: Bei den Halbzeitwahlen (1) verliert die Präsidentenpartei traditionell Sitze im US-Kongreß. Weil die Wahlbeteiligung bei den Zwischenwahlen besonders niedrig ist, fallen mobilisierungsstarke Interessengruppen wie die christlich-fundamentalistische Rechte dabei noch mehr ins Gewicht. Mit frommer Unterstützung hatten die Republikaner bei den letzten Zwischenwahlen 1994 erstmals seit 40 Jahren die Mehrheit in beiden Parlamentskammern gewonnen und diese 1996 (trotz der gleichzeitigen Wiederwahl Clintons) halten können (siehe ak 372 und 396). Diesmal sah es für die Mobilisierungskraft der Rechten besonders gut aus: Gerade die Christliche Rechte empörte sich über den "Sex-und-Meineid"-Präsidenten. Selbst viele demokratische Abgeordnete gingen auf Distanz zu Clinton.

Bei den Wahlen am 3. November, so hieß es noch vor wenigen Wochen, wollten die Republikaner mehrere Dutzend Abgeordnetenmandate und mindestens fünf Senatssitze hinzugewinnen. Damit hätten die Republikaner bei der Gesetzgebung endlich freie Hand gehabt: Mit 60 (von 100) Sitzen hätten sie Geschäftsordnungs-Blockaden der Demokraten brechen können. Und mit der Hilfe einiger konservativer Demokraten hätte es sogar dazu gereicht, ein Veto Clintons gegen einen besonders reaktionären Gesetzentwurf zu überstimmen - oder ihn wegen der "Sex-und-Meineid"-Affäre gleich ganz abzusetzen.

Clintons Privatleben eignete sich dann aber offensichtlich doch nicht als Wahlkampf-Trumpf. Zwar versuchten die Republikaner, die Kongreßwahlen zu einer Abstimmung über die "Charakterfrage" zu machen, aber viele WählerInnen waren des Themas offensichtlich überdrüssig. Das Ergebnis: Die Republikaner verloren fünf Mandate im Repräsentantenhaus und haben damit nur noch eine äußerst knappe Mehrheit; im Senat blieb das Sitzverhältnis unverändert (siehe Tabelle). Clinton sah sich bestätigt, und "Gegen-Präsident" Gingrich fiel einer innerparteilichen Palastrevolte zum Opfer: er trat als Parlamentssprecher zurück und verzichtete sogar auf sein - gerade wiedergewonnenes - Abgeordnetenmandat.

Auch in den einzelnen Bundesstaaten konnten sich die Demokraten wider Erwarten behaupten. Gleichzeitig mit den Kongreßwahlen fanden in 36 (von 50) Staaten auch Gouverneurswahlen statt. Dabei gab es mehrere Regierungswechsel; unter dem Strich verloren die Republikaner einen Gouverneur. Besonders schmerzhaft für die Rechten: Kalifornien, der größte Bundesstaat, wird seit 16 Jahren zum ersten Mal wieder von einem Demokraten regiert. Auch in den einzelnen "Landtagen" gewannen insgesamt die Demokraten. Damit scheint die schleichende Auflösung der Demokratischen Partei zumindest unterbrochen worden zu sein. Vor allem in weiten Teilen der konservativen Südstaaten waren die Demokraten in den vergangenen zehn Jahren allmählich von der Landkarte verschwunden. Dieser Trend scheint nun gestoppt.

Wenig Konkurrenz

Im weitaus größten Teil des Landes war allerdings vom Wahlkampf um die 435 Mandate im Repräsentantenhaus fast nichts zu bemerken. In den USA gilt das Mehrheitswahlrecht, d.h. pro Wahlbezirk wird ein Sitz vergeben. Parteilisten gibt es nicht. Gerade mal ein Zehntel aller Bezirke galten dieses Mal als "competitive", also als "konkurrenzfähig" - sei es, weil der/die AmtsinhaberIn nicht wieder kandidierte, sei es, weil es eineN starken GegenkandidatIn gab. D.h. in 90 Prozent aller Wahlbezirke kandidierten die bisherigen Abgeordneten so gut wie unangefochten, schon allein deswegen, weil sie als AmtsinhaberIn ungleich höhere Wahlkampfspenden und Schmiergelder von Firmen, Interessengruppen und Privatpersonen einsacken können. In 45(!) Bezirken dieses "Musterlandes der Demokratie" gab es ohnehin nur eineN einzigeN KandidatiN, in vielen anderen kam der/die AmtsinhaberIn auf über 90 Prozent der Stimmen. Ähnlich sah es bei den Senatswahlen aus. Insgesamt standen 34 von 100 Senatssitzen zur Wahl, bei etwa 20 davon stand der/die GewinnerIn schon von vorneherein fest.

Deswegen werden die Mehrheitsverhältnisse in den beiden Parlamentskammern oft in nur wenigen Wahlbezirken entschieden. So beruhte der republikanische "Erdrutschsieg" von 1994 (2) auf einer Wählerwanderung von nur wenigen Prozent. Damals stimmten landesweit 50 Prozent für die Republikaner und 48 Prozent für die Demokraten, diesmal waren es 49:48 Prozent.

In den "konkurrenzfähigen" Bezirken gab es denn auch etliche Wechsel zwischen den beiden großen Parteien - kleine Parteien kandidierten zwar auch, haben aber fast nirgendwo einen nennenswerten Einfluß (siehe unten). Unter dem Strich blieb eine minimale Verschiebung (fünf Repräsentantensitze) zugunsten der Demokraten. Besonders erfreulich: Zwei rechtskonservative republikanische Senatoren (Alfonse D'Amato in New York (3) und Lauch Faircloth in North Carolina) wurden abgewählt. Allerdings blieben mehrere Rechtsradikale (u.a. Helen Chenoweth aus Idaho, ein Liebling der rechtsradikalen Milizbewegung, sowie Ron Paul aus Texas) im Repräsentantenhaus. Noch ein Einzelergebnis: Carol Moseley-Braun, eine linksliberale Senatorin aus Illinois und die einzige Schwarze im US-Senat, verlor ihr Mandat.

Konflikte bei

den Republikanern

Die Wahlbeteiligung betrug dieses Mal nur noch etwa 36 Prozent. "Normalerweise" wäre eine niedrige Wahlbeteiligung gut für die Republikaner, denn deren Wählerbasis besteht zu einem großen Teil aus den gut organisierten Massenbewegungen der Christlichen Rechten und der Schußwaffenlobby. Dieses Mal gelang es diesen Gruppen jedoch offensichtlich nicht, ihre Basis an die Wahlurnen zu bringen - obwohl gerade die christlichen Fundamentalisten den aufwendigsten Wahlkampf seit langem führten.

Hier zeigt sich die entscheidende Bruchstelle im konservativen Wahlbündnis, auf dem die Republikanische Partei beruht. Stark vereinfacht gesagt gibt es zwei Hauptströmungen: Die "ökonomischen Konservativen" (also die neoliberalen Ideologen des "Freien Marktes" und des großen Kapitals) und die "moralischen Konservativen" (also die christlichen, rechtspopulistischen Basisbewegungen gegen Abtreibung, Homosexualität und gegen eine "Bedrohung der nationalen Souveränität" durch internationalen Freihandel).

Dieser Konflikt schwelt schon lange. Der republikanische Wahlsieg von 1994 beruhte auf Newt Gingrichs militant-rechtspopulistischem 100-Tage-Wahlprogramm, aber etliche "pragmatische" republikanische Senatoren verweigerten dann Gingrich die Gefolgschaft. 1996 verprellte der relativ gemäßigte republikanische Präsidentschaftskandidat Bob Dole die christliche Rechte, weil er sich nicht aggressiv genug für ein Verbot von Abtreibungen einsetzte.

Bereits im Frühjahr 1998 warfen die rechts-christlichen Lobbyorganisationen den Republikanern (und besonders ihrem bisherigen Liebling Gingrich) vor, ihre Interessen zu "verraten". Gingrich konzentriere sich zu sehr auf die Demontage des skandalgeplagten Clinton, anstatt sich um die rechtspopulistischen Lieblingsthemen zu kümmern. Als Gingrich sich dann kurz vor den Wahlen mit Clinton auf einen Kompromiß-Haushalt für 1999 einigte, heulte der gesamte rechte Parteiflügel auf: Gingrich hatte auf massive Steuerkürzungen verzichtet und - Himmel hilf! - sogar zusätzlichen Staatsausgaben zugestimmt (u.a. für das Schulwesen und für den verhaßten IWF). Nach der Wahlniederlage kam die Abrechnung: als einer der ersten forderte der einflußreiche rechtskonservative Fernsehprediger James Dobson Gingrichs Rücktritt - drei Tage nach der Wahl gab Gingrich dann auf.

Die "konservative Revolution", die Gingrich und seine Gefolgsleute 1994 ausgerufen haben, ist damit an ihrem Ende. In vielen Punkten war sie erfolgreich - mit Clintons Unterstützung. Deregulierung und Sozialabbau haben ungeahnte Ausmaße erreicht. Wichtige Staatsaufgaben (unter anderem die Sozialhilfe) wurden von der Bundesregierung an die Einzelstaaten übertragen, die in einem ungezügelten Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze und Sozialausgaben alles nach unten nivellieren. Das Haushaltsdefizit ist beseitigt (allerdings nicht durch eine Verfassungsänderung, wie es die Republikaner gern gehabt hätten).Todesstrafen und andere Repressionsmaßnahmen werden immer hemmungsloser angewandt, etc. In manchen Punkten (vor allem bei der "Moral") konnten die Rechten ihre Wahlversprechen allerdings nicht durchsetzen.

Angesichts ihrer geschrumpften Mehrheit im Kongreß werden die Republikaner künftig noch weniger um Kompromisse mit Clinton und den Demokraten herumkommen. Gingrichs Nachfolger Bob Livingston hat bereits angekündigt, daß er künftig eher auf Kooperation als auf Konfrontation setzen will - was die

Unzufriedenheit des rechten Parteiflügels nur verstärken wird. Ob das republikanische Zweckbündnis dies aushalten wird, muß sich erst noch zeigen. Schon 1996 rumorte es im rechten Parteiflügel ganz gewaltig. Manche liebäugelten gar mit einer neuen Rechtsaußen-Partei.

Interessant wird der Kampf um die republikanische Präsidentschaftskandidatur im Jahr 2000. In den parteiinternen Vorwahlen hat der rechtspopulistische Flügel traditionell großen Einfluß. Als Favorit gilt zur Zeit allerdings der "gemäßigte" George Bush Jr. (der Sohn des früheren US-Präsidenten), der eben seine Wiederwahl zum Gouverneur von Texas gewonnen hat. "Gemäßigt", weil er auf allzu offenen Rassismus und christliche Missionierei verzichtet. Bushs Befürwortung der Todesstrafe (Texas verübt die meisten Hinrichtungen in den USA), gehört leider längst zum "Mainstream" in den USA. Auch im Bundesstaat Pennsylvania (wo Mumia Abu-Jamal seit 17 Jahren in der Todeszelle sitzt) wurde ein republikanischer Todesstrafen-Fan im Gouverneurs-Amt bestätigt: Thomas Ridge, der in seiner Partei ebenfalls als "gemäßigt" gilt.

Demokraten gestärkt

Harmonischer sieht es bei den Demokraten aus. Zwar repräsentiert Clinton den rechten Parteiflügel, aber er muß keine nennenswerte parteiinterne Kritik von links befürchten (4). Für die Präsidentschaftswahlen 2000 werden die Demokraten mit ziemlicher Sicherheit den Clinton-Klon und derzeitigen Vize-Präsidenten Al Gore zu ihrem Kandidaten nominieren. Allerdings dürfte der innerparteiliche Einfluß der "Linken" nach der 1998er Wahl eher steigen. Der "Progressive Caucus", eine Gruppe von 57 demokratischen RepräsentantInnen (plus dem unabhängigen Abgeordneten Bernie Sanders), wird wohl noch einige Mitglieder hinzugewinnen.

Der (relative) Wahlerfolg der Demokraten beruht vor allem auf einer ungewohnt hohen Wahlbeteiligung von African-Americans und von Gewerkschaftsmitgliedern. Für ihren Beitrag zur Mobilisierung dieser demokratischen WählerInnen werden "schwarze" Interessengruppen und Gewerkschaften künftig auch entsprechendes Entgegenkommen von der demokratischen Parteiführung und von Clinton verlangen - vor allem bei der Verteidigung der letzten Reste des US-Wohlfahrtssystems und beim Arbeitsrecht.

Viel wird dabei nicht herauskommen: Eine vorsichtige Reform der Rentenversicherung (die Republikaner fordern eine Privatisierung) und des Gesundheitswesens will Clinton in seinen verbleibenden zwei Amtsjahren noch einleiten, sowie höhere Investitionen im Bildungsbereich. Selbst mit solchen mageren Reförmchen wird es den Demokraten weiterhin gelingen, sich als Partei der "sozialen Gerechtigkeit" zu präsentieren und so linke Alternativen zu marginalisieren. Zwar wird spätestens seit den gescheiterten Präsidentschaftskandidaturen des Links-Demokraten Jesse Jackson in den 80er Jahren immer wieder über die Notwendigkeit einer linken "Third Party" geredet (siehe ak 393), aber auch bei den nächsten Wahlen im Jahr 2000 wird es wohl wieder nur um das "kleinere Übel" gehen.

Michael Hahn

Anmerkungen:

1) Der US-Präsident wird alle vier Jahre gewählt, Parlamentswahlen finden alle zwei Jahre statt, also auch zur "Halbzeit" des Präsidenten. Dann werden alle 435 Repräsentantensitze (Amtszeit zwei Jahre) vergeben, sowie ein Drittel der insgesamt 100 Senatssitze (Amtszeit sechs Jahre).

2) Damals verloren die Demokraten im Repräsentantenhaus auf einen Schlag 52 Sitze (von 256) an die Republikaner (und neun Sitze im Senat). Der republikanische Wahlsieg beruhte auf einer besonders starken Mobilisierung im christlich-fundamentalistischen Spektrum sowie im Umfeld rechtsradikaler Milizen. Außerdem hatten ungewöhnlich viele AmtsinhaberInnen nicht wieder kandidiert.

3) In Europa ist D'Amato in letzter Zeit vor allem durch die Senats-Anhörungen über das "Nazi-Gold" in Schweizer Banken bekannt geworden. In der Schweiz hat D'Amatos Niederlage für (teilweise offen antisemitische) Schadenfreude gesorgt (siehe Jungle World 46/98). Auch wenn der Spiegel (46/98) fantasiert, "kaum etwas ist so wichtig für einen Wahlsieg im Bundesstaat New York wie die Unterstützung der jüdischen Bevölkerungsgruppe", waren in Wirklichkeit gerade mal zwölf Prozent aller New Yorker WählerInnen jüdisch. Die wiederum votierten zu drei Vierteln gegen D'Amato. Das Thema "Nazi-Gold" spielte nach meinen Beobachtungen im Wahlkampf so gut wie keine Rolle.

4) Die wichtigste Ausnahme: Vor einem Jahr unterlag Clinton mit seinem Wunsch nach einer Verhandlungsvollmacht für internationale Freihandelsabkommen. Dies war zweifellos ein Erfolg von Gewerkschaften und Umweltschutzverbänden - allerdings im Verein mit dem rechten Flügel der Republikaner und protektionistischen Nationalisten.

Bürgerentscheide

In mehreren Bundesstaaten gab es Volksabstimmungen über die verschiedensten Gesetzentwürfe. Eine Auswahl:

- Nach Kalifornien (1996) werden nun auch im Bundesstaat Washington die Antidiskriminierungsgesetze ("Affirmative Action") aufgehoben. Vermutlich wird es ähnliche Initiativen nun auch in weiteren Einzelstaaten und vielleicht auch auf Bundesebene geben.

- In Hawaii und Alaska werden gleichgeschlechtliche Ehen nicht anerkannt - ein Erfolg der christlichen Rechten, die viel Geld in die Abstimmungskampagnen investiert hatte.

- Allerdings verloren die Fundamentalisten in den Bundesstaaten Washington und Colorado: Dort dürfen Abtreibungen weiterhin auch im letzten Trimester durchgeführt werden.

- Und in South Carolina wird ein (schon länger nicht mehr angewendeter) Paragraph aus der Landesverfassung gestrichen, der bisher eine "Ehe zwischen einer weißen Person und einem Schwarzen oder einem Mulatten oder einer Person, die ein Achtel oder mehr farbiges Blut in ihren Adern hat" verbot. Allerdings stimmten rund 40 Prozent (!) der WählerInnen dafür, den Paragraphen beizubehalten.

, 1996, 1998

Sitze im Repräsentantenhaus, +, +

Demokraten, 206, 211

Republikaner, 228, 223

Unabhängige, 1, 1

Sitze im Senat, +, +

Demokraten, 45, 45

Republikaner, 55, 55

24. Der Hofnarr als Königsmacher."Externator II": Francesco Cossiga - der Mann mit dem Eispickel

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:02

Francesco Cossiga, der Mann, der die Regierung D'Alema ermöglichte, könnte als sein eigener Testamentsvollstrecker in die Geschichte eingehen. Seit mehr als zehn Jahren verfolgt er unbeirrt ein politisches Ziel, das mittlerweile von allen großen Parteien geteilt wird: die Stärkung der Exekutive durch eine autoritäre Verfassungsreform. Deren Vollendung legte er seinen "lieben Mitbürgerinnen und Mitbürgern" ans Herz, als er im April 1992, kurz vor Ablauf seiner siebenjährigen Amtszeit, als Staatspräsident zurücktrat. Seine 45 Minuten dauernde Abschiedsrede wurde auf allen drei Kanälen des staatlichen Fernsehens RAI übertragen. Cossiga verstand sie als "Zwiesprache" mit seinen ZuhörerInnen, von denen ihn "nur ein kleiner Fernsehschirm" trenne: "Ich versuche euch zuzuhören, während ich zu euch spreche."

Es war dies die letzte seiner zahlreichen Volksreden (esternazioni), die ihm den Beinamen picconatore (der Mann mit dem Eispickel) oder esternatore (anglisiert: Externator) eingebracht hatten. Mehr als sechs Jahre später noch einmal gelesen, wirkt Cossigas Abschiedsrede nicht mehr nur lächerlich. Denn vieles von dem, was er forderte, ist inzwischen Wirklichkeit geworden: der "Eintritt in Europa" als vorrangige Politik, die "Opfer" erfordert; die Ausbreitung des Nationalismus (bei Cossiga "Vaterlandsliebe" genannt), die sich u.a. im Wahlerfolg der Neofaschisten widerspiegelt; die Wahlrechtsreform, welche die großen Blöcke begünstigt und kleine Parteien benachteiligt.

Mit seinen Tiraden gegen die "Oligarchie" der Parteien hat Cossiga zu deren Niedergang und zum Höhenflug der Lega Nord beigetragen. Zielscheibe seiner Angriffe waren vor allem die Christdemokraten (DC) und die Kommunisten (PCI; ab Januar 1991 Linksdemokraten, PDS). Als er 1985 mit überwältigender Mehrheit zum Staatspräsidenten gewählt wurde, schienen derlei Überraschungen unvorstellbar. DC und PCI glaubten zu wissen, woran sie mit ihm waren - seine mäßig spektakuläre Karriere wies ihn als berechenbaren rechten Christdemokraten aus.

Francesco Cossiga, 1928 in Sassari (Sardinien) geboren, trat 1945 in die DC ein. Als Zögling des späteren Regierungschefs und Staatspräsidenten Antonio Segni wurde er 1958 ins Parlament gewählt. Segni, inzwischen Staatspräsident, betraute ihn 1962 mit der Aufsicht über den Geheimdienst SIFAR (dessen General Giovanni De Lorenzo später wegen Putschversuchs angeklagt wurde). 1966, als Staatssekretär für Verteidigung der Regierung Aldo Moro, koordinierte Cossiga die geheime Konter-Guerilla Gladio. Als Minister für spezielle Aufgaben leitete er 1974 die Reform der Polizei und der Geheimdienste, die in Putschvorbereitungen verwickelt waren. 1976 Innenminister, mußte er zwei Jahre später, nach dem Tode Aldo Moros, zurücktreten. Sein Comeback erlebte er im August 1979, als er Regierungschef wurde (bis September 1980). Nach den Parlamentswahlen 1983 übernahm er das prestigeträchtige Amt des Senatspräsidenten.

Im Juni 1985 wurde er dann mit 752 von 979 Stimmen zum bis dahin jüngsten Präsidenten der Republik gewählt. Zunächst hielt er sich weitgehend an die Spielregeln, die dem obersten Repräsentanten des Staates Neutralität im Parteienstreit auferlegen. Seit 1990 aber mischte er sich immer wieder in die Tagespolitik ein - staatstragend, stramm rechts, antikommunistisch. Kein italienischer Spitzenpolitiker hat sich so entschlossen hinter die geheime Bürgerkriegstruppe Gladio gestellt, deren Existenz 1990 ans Licht kam: Den ehrenwerten Gladio-Patrioten gebühre eine Auszeichnung durch den Staat, den sie gegen kommunistische Subversion geschützt hätten. Nach seiner Befragung durch den parlamentarischen Untersuchungsausschuß erstattete Cossiga Anzeige gegen sich selbst, um ein weiteres Mal Flagge zu zeigen.

Die pazifistischen "Vaterlandsverräter", die Italien aus dem Golfkrieg heraushalten wollten, brachten Cossiga besonders in Rage. Öffentliche Rügen erteilte er dem antimafiosen Bürgermeister von Palermo, Leoluca Orlando, und dem Gladio-Untersuchungsrichter Felice Casson. Ausgenommen Andreotti (DC) und Craxi (PSI) waren auch die Politiker der regierenden Parteien nicht vor ihm sicher. Achille Occhetto (PCI/PDS) und Genossen hielt er ohnehin für unverbesserliche Stalinisten. Dagegen entschuldigte er sich bei den Neofaschisten des MSI dafür, daß er den Bombenanschlag auf den Bahnhof von Bologna (2.8.1980, 85 Tote) seinerzeit als faschistisches Massaker bezeichnet hatte.

Gleichzeitig machte Cossiga aber auch mit humanitären Gesten von sich reden. So war er der erste italienische Staatsmann, der sich für die Begnadigung des Rotbrigadisten Renato Curcio aussprach. Einen von Skinheads mitten in Rom schwer mißhandelten Nordafrikaner bat er an dessen Krankenbett um Verzeihung - "im Namen des italienischen Volkes".

Während Christdemokraten, Linksdemokraten (PDS) und Kommunisten (RC) zeitweise über eine Amtsenthebung des entfesselten Präsidenten nachdachten, sprangen die Rechten, vor allem die Lega Nord und die Neofaschisten, Cossiga demonstrativ zur Seite.

Und was verbindet Cossiga heute mit D'Alema? Vor allem der Wunsch nach "Normalität". "Un paese normale" ("Ein normales Land") ist der programmatische Titel von D'Alemas 1995 erschienenem Buch über die "die Linke und die Zukunft Italiens". Cossiga war ihm mit der Diagnose der italienischen "Anomalien" ein paar Jahre voraus. "Wie kann Italien ein normales, funktionierendes und stabiles Land sein", fragte er 1991 mit verblüffender Logik, "wenn der Staatspräsident das sagt und macht, was ich sage und mache?!" In der Definition dessen, was ein "normales" Land ausmacht, sind sich Cossiga und D'Alema weitgehend einig: Eine starke Exekutive, eine opferbereite Bevölkerung und zahme Medien, die dem Gemeinwohl dienen, statt die Eliten zu kritisieren.

Daß die neue Regierung durch die UDR mehr Stabilität gewinnt, ist dennoch zweifelhaft. Cossiga erklärte die Übereinkunft mit D'Alema zum historischen Ereignis: Damit sei der kalte Krieg definitiv beendet und die "Rückkehr zur Politik" in einer "kompetitiven Demokratie" möglich geworden. Soll heißen: Es gibt jetzt einen Wettstreit der Parteien, die untereinander uneingeschränkt bündnisfähig sind - ein dezenter Hinweis, daß man demnächst erneut die Seite wechseln könnte.

Js.

25. Vorwärts im Geiste Aldo Moros! Italiens neue Regierung: der vollendete "historische Kompromiß"

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:11

Parlamentarismus ist eigentlich ganz einfach. Wenn eine "Mitte-Links"-Regierung links Stimmen verliert und in die Minderheit gerät (vgl. ak 419), muß sie sich rechts Ersatz suchen. Nachdem der bisherige Regierungschef Romano Prodi damit gescheitert war, schaffte Massimo D'Alema, der Sekretär der Democratici della sinistra (DS, vormals PDS), die fehlenden Stimmen im Handumdrehen herbei. Nun sitzt neben den neuformierten Comunisti italiani (PdCI) um Armando Cossutta auch die rechte Unione democratica per la Repubblica (UDR) mit im Regierungsboot. Die UDR-Fraktion zählt mittlerweile etwa 40 Abgeordnete, die bisher der rechten Opposition angehörten. Ehrenpräsident der UDR und Stratege ohne Ministeramt ist der 70jährige ehemalige Staatspräsident Francesco Cossiga, ohne dessen Zustimmung die Regierung nicht zustande gekommen wäre.

In seiner Antrittsrede würdigte D'Alema die späte Vollendung des "historischen Kompromisses", indem er dessen christdemokratischen Wegbereiter Aldo Moro zitierte: Der Dialog von DC und PCI, so Moro im November 1977, habe "einen wechselseitigen Einfluß" auf beide Parteien ausgeübt, "was auch immer die Position in der jeweils strittigen Frage sei, etwas von uns bleibt bei den anderen, und etwas von den anderen bei uns." Als Vollender dieser langsamen, aber stetigen Annäherung sieht D'Alema sich selbst und seine Regierung. Das wäre in der Tat ein historisches Ereignis - wenn nicht der stets gut informierte FAZ-Korrespondent Heinz Joachim Fischer recht hätte, der das Zustandekommen der neuen Koalition auf Cossigas taktische Überlegungen ("die gesammelte Machtschlauheit der alten Democrazia Cristiana") zurückführt.

Fausto Bertinotti, der kommunistische Schurke im Stück, bewies Humor und Deutsch-Kenntnisse mit seinem treffenden Ausspruch, die Regierung D'Alema sei eine "kleine große Koalition all'italiana". Daß die Regierung Prodi das kleinere Übel war, finden nicht nur die GenossInnen von Rifondazione Comunista (RC), sondern auch die unabhängigen Linken der kommunistischen Tageszeitung il manifesto: D'Alemas Bündnis mit Cossigas UDR habe die alte Democrazia Cristiana (DC) rehabilitiert. Diese Tatsache allein verleiht der Regierungsumbildung historische Bedeutung.

D'Alema treibt es mit allen

Die internationalen Medien verkauften derweil eine andere Sensation, die bei näherem Hinsehen ziemlich unscheinbar wirkt: Massimo D'Alema ist der erste Ex-Kommunist, der es bis zum Regierungschef eines westeuropäischen Landes gebracht hat - ein "kommunistischer Musterschüler" und "Sohn eines getreuen kommunistischen Parlamentariers", wie der schon zitierte FAZ-Korrespondent Fischer zu berichten weiß. Damit nicht genug, hat D'Alema zwei, die sich auch heute noch als KommunistInnen verstehen, in sein Kabinett berufen: Oliviero Diliberto (Justiz) und Katia Belillo (regionale Angelegenheiten) von den Comunisti italiani, die sich kürzlich von RC abgespalten haben.

Bei insgesamt 25 MinisterInnen ist der "kommunistische Einfluß" allerdings gering zu veranschlagen. Sieben MinisterInnen stellen die Linksdemokraten, ebenso viele die Christdemokraten (vier der PPI, drei die UDR); hinzu kommen zwei Grüne, die alten und neuen Minister Dini und Treu vom Rinnovamento italiano (RI) und mehrere "Unabhängige", darunter die als Chefs von "Techniker"-Regierungen bewährten Sparpolitiker Amato und Ciampi. Letzterer ist Haushaltsminister geblieben und wird seinen von Rifondazione Comunista (RC) verhinderten Haushalt für 1999 noch einmal vorlegen.

Überhaupt will D'Alema da weitermachen, wo Prodi aufhören mußte. Zusätzlich versprach er ein bißchen mehr "soziale Gerechtigkeit" in Gestalt der 35-Stunden-Woche, die allerdings "ohne Dirigismus" von oben Wirklichkeit werden soll. Damit sind auch die Unternehmer einverstanden; solange sie das letzte Wort haben, sind sie auch zu unverbindlichen Gesprächen über ein "Bündnis für Entwicklung" (patto per lo sviluppo) bereit. So haben sie die Regierungsumbildung bemerkenswert unaufgeregt kommentiert - im Unterschied zum Vatikan, der den Antichrist auf dem Vormarsch sieht. Dabei hat der ungläubige D'Alema seinen christlichen Koalitionspartnern von PPI und UDR schon ein wichtiges Zugeständnis machen müssen: die Gleichstellung der katholischen Privatschulen mit den staatlichen Schulen. "Wir werden mit unseren Idealen und unseren

Hoffnungen an die Regierung dieses Landes treten", schrieb D'Alema im Juli 1995, "nicht um sie zu verraten, sondern um zu versuchen, sie in die Realität umzusetzen." (1)

Zu dieser speziellen Realpolitik gehört auch der Ausgleich mit den Rechten. Die Lega Nord ist als Partnerin willkommen, wenn sie nur ihren Sezessionismus aufgibt (was schon geschehen ist); mit dem rechten Polo (Forza Italia, Alleanza Nazionale u.a.) besteht weitgehende Einigkeit über die Reform des Wahlrechts. Das derzeit aussichtsreichste von mehreren Modellen, die allesamt die kleinen Parteien benachteiligen und das Parlament schwächen, sieht ein fast reines Mehrheitswahlrecht in zwei Wahlgängen vor; der Staatspräsident soll direkt gewählt werden und ähnlich weitreichende Rechte wie der französische Präsident haben.

Kommunistische Durchhalteparolen

Ansatzpunkte für linke Opposition bietet die neue Regierung zuhauf. Die parlamentarische Linke ist allerdings durch die Spaltung von Rifondazione Comunista geschwächt; die Mehrheit der Parlamentsfraktion trat zu den neugegründeten Comunisti italiani (PdCI) über, die nun Regierungspartei ohne Wenn und Aber sind. RC verlor nicht nur den Fraktionsstatus, sondern ist auch politisch geschwächt. Fausto Bertinottis bisherige Versuche, seine Politik zu erklären und die Lage zu analysieren, sind kläglich.

Im Interview mit dem Zentralorgan Liberazione (deutsch in der SoZ vom 15.10.) sieht er allen Ernstes die Mitte-Links-Koalition als Verlierer der Krise: "man hat eine deftige Niederlage eingesteckt", "ihr Kalkül (ist) nicht aufgegangen", "das ist daneben gegangen" - wovon träumt der gute Mann denn nachts? Offenbar von den Wohltaten der rot-grünen Koalition in Deutschland. Nach deren Wahlsieg habe die europäische Sozialdemokratie "kein Feigenblatt mehr". Sie stehe am Scheideweg: "Entweder schlägt sie den Weg der Reformen ein, oder sie versucht, die Modernisierung des Kapitalismus zu managen (zu verwalten). Sinnbildlich gesprochen ist das die Entscheidung zwischen Jospin und Blair. Schröder ist sich da noch ganz unsicher."

Abgesehen von der arg schönfärberischen Darstellung der "Reform"-Regierung Jospin liegt Bertinotti mit Schröder total daneben. Offensichtlich hatte er gehofft, dessen Wahlsieg werde den "latenten Konflikt zwischen einer sozialdemokratischen und einer liberaldemokratischen Orientierung" innerhalb des PDS zugunsten der Sozialdemokraten entscheiden; was wiederum Prodi gezwungen hätte, die ultimativen RC-Forderungen zur Änderung des Haushalts anzunehmen - eine katastrophale Fehleinschätzung. (Die GenossInnen der SoZ-Redaktion müssen sich fragen lassen, warum sie Bertinottis Rechtfertigungsversuche ohne jeden kritischen Kommentar auf einer ganzen Seite abgedruckt haben.)

Für RC bleibt bis auf weiteres nur der Druck der Straße. Das von Bertinotti erhoffte "neue linke Projekt" bleibt einstweilen vage - auch wenn die Partei am 17. Oktober ihre Mobilisierungsfähigkeit unter Beweis stellte: In Rom demonstrierten nach RC-Angaben 200.000 ihrer Mitglieder und SympathisantInnen gegen die Regierung D'Alema und für eine starke linke Opposition (die Nachrichtenagentur Ansa zählte nur 50.000 DemonstrantInnen). Selbst unterstellt, die Zahl 200.000 stimmt - daß die Demo zu einem "Sprungbrett für etwas Neues" (Bertinotti) werden könnte, ist bislang nicht mehr als eine Hoffnung.

Mindestens 200.000 AnhängerInnen mobilisierten eine Woche später auch die Rechten (sie selber sprachen von einer Million). Auch diese Demonstration hat keine unmittelbare Wirkung. Aber im Unterschied zu Rifondazione Comunista haben Berlusconi und Fini auch noch andere Eisen im Feuer.

Js.

Anmerkung:

1) Massimo D'Alema: Un paese normale. La sinistra e il futuro dell'Italia; Milano (Mondadori) 1995, S. 191

26. Breite Bewegung, mäßiger Erfolg. Massenproteste der SchülerInnen

Nach den Massenprotesten der französischen SchülerInnen

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:24

200.000 waren sie am 13. Oktober, 500.000 zwei Tage später und erneut knapp 300.000 am 20. Oktober: Schülerinnen und Schüler, die in ganz Frankreich auf die Straße gingen. 349 Demonstrationszüge wurden allein am 15. Oktober gezählt - zwei Wochen nachdem die Proteste an einem Gymnasium im südfranzösischen Nimes ihren Ausgang genommen hatten. Dort hatten die Schülerinnen und Schüler zu streiken begonnen, weil ihnen seit Beginn des Schuljahres überfüllte Klassen mit 35 bis 40 Schülern zugemutet werden sollten; ihre zunächst örtlich begrenzte Aktion hatte sich binnen weniger Tage auf ganz Süd- und Südwestfrankreich ausgebreitet.

Drei Hauptforderungen wurden landesweit vorgebracht:

- ein Ende der überfüllten Klassen, die ein effektives Lernen und einen Dialog zwischen den Schülern unmöglich machen;

- eine Korrektur der Stundenpläne, die zumeist ohne Abstimmung zwischen den einzelnen Fachlehrern von oben entschieden werden und daher oftmals nicht einmal Zeit zum Mittagessen vorsehen;

- eine Verbesserung der äußeren Lernbedingungen: viele Schulgebäude sind in katastrophalem Zustand, oft entweder überheizt oder aber nicht ausreichend beheizbar, der Lärm der Leuchtröhren macht es unmöglich, die Lichter anzuschalten; manche Gebäude sind schlicht baufällig.

Die Situation der Schulen widerspiegelt eine Sparpolitik, die alle Bereiche des öffentlichen Dienstes und alle "sozialen" Funktionen des Staates trifft. Zwar sind die öffentlichen Ausgaben für den Bildungssektor in den letzten zehn Jahren von 198 auf 345 Mrd. Francs (gut 100 Mrd. DM) gestiegen. 297 Mrd. davon werden vom Zentralstaat aufgebracht, was 21 Prozent des staatlichen Budgets ausmacht, der Rest von Regionen und Départements. Aber gleichzeitig sind die Schülerzahlen in den oberen Klassen stark angestiegen. Wegen der horrenden Jugendarbeitslosigkeit (25 Prozent, mehr als das Doppelte der Durchschnittsrate), geht der Trend zu einer Verlängerung des Schulaufenthalts.

Verschärft wird die Situation dadurch, daß das französische Schulwesen vollkommen auf das Abitur hin ausgerichtet ist - 1985 hatte der damalige Bildungs- und jetzige Innenminister Chevènement es zu seinem politischen Ziel erklärt, daß 80 Prozent einer Altersklasse das Abitur ablegen sollten. Machte vor 15 Jahren ein Drittel der Jugendlichen einer Altersstufe das Abitur, so sind es heute rund zwei Drittel. Hinzu kommt eine dirigistische und bürokratische Verwaltung des enormen Bildungssektors, der 1,5 Mio. Menschen beschäftigt (darunter 900.000 Lehrer) - das französische Bildungsministerium gilt als "größte bürokratische Organisation nach der Roten Armee".

Die Tricks des Herrn Minister

Der aktuelle Bildungsminister Claude Allègre (1990, während der letzten großen Protestbewegung an den Schulen, Berater und rechte Hand seines Amtsvorgängers - eines gewissen Lionel Jospin) nutzte diese Problemlage aus, um sie gegen die Lehrergewerkschaften zu wenden. Der traditionell sehr links stehende Bildungssektor weist einen der höchsten gewerkschaftlichen Organisationsgrade auf. Vor 16 Monaten trat Allègre sein Amt mit markigen Sprüchen an. So kündigte er an, "das Mammut Bildungswesen zu entfetten und zu entschlacken" und "die Mitverwaltung dieses Ministeriums durch die Gewerkschaften zu beenden". Das Ziel war klar ersichtlich: Verbilligung der Überstunden, die den Lehrern durch die Verwaltung aufgebürdet werden, und Verringerung der Unterrichtsstunden pro Woche.

Im April 1998 sollten sich nun die SchülerInnen in Fragebögen über das Schulwesen äußern. In seiner Auswertung behauptete das Ministerium, die Schüler wollten eine Verringerung der Stundenzahl. Eine falsche Behauptung, widersprachen an der Auswertung der Fragebögen beteiligte Lehrer: Tatsächlich forderte nur eine Minderheit die Verringerung der Stundenzahl, während die Mehrheit eine bessere Ausgestaltung der

Stundenpläne, kleinere Klassen und bessere Lernbedingungen verlangte; bei weiteren Verschlechterungen müssen die Abgänger der öffentlichen (kostenlosen) Schulen befürchten, daß sie noch mehr gegenüber den Absolventen der Privatschulen für die Kinder der Eliten benachteiligt werden.

Der Minister, der lange Zeit auftrat wie ein Elefant im Prozellanladen, versuchte unterdessen geschickt, sich durch die vermeintlich populäre Forderung nach "weniger Stunden" bei den Schülern anzubiedern und diese gegen die Lehrergewerkschaften auszuspielen. Während der jüngsten Protestbewegung wiederholte Allègre dieses Spiel und erklärte lautstark, er unterstütze die Schüler voll und ganz gegen die "archaischen Kräfte im Bildungswesen".

Am Ende der ersten landesweiten Demonstrationswoche war im übrigen ein kurioses Phänomen zu beobachten: Polizei und Medien gaben die Zahl der Demonstranten vom 15. Oktober mit 500.000 doppelt so hoch an wie der "Unabhängige und demokratische Schülerverband" FIDL, der 230.000 Demonstranten in ganz Frankreich zählte. Dies deutet zum einen darauf hin, daß die weitgehend spontane Protestbewegung sich jeder organisierten Kontrolle entzog. Es zeigt aber auch, wie unwohl dem "unabhängigen und demokratischen" Schülerverband angesichts dieser unerwartet entstandenen breiten Bewegung ist. Kontrolliert wird die FIDL vom linken Flügel der regierenden Sozialistischen Partei, also der Gauche Socialiste (GS), und unterstützt durch die Studierendengewerkschaft UNEF-ID, die ebenfalls von der Gauche Socialiste dominiert wird.

Die FIDL versuchte sofort, die Schülerbewegung unter Kontrolle zu bringen, indem sie bereits am 14. Oktober eine landesweite "Koordination" einberief, ohne daß vorher vor Ort Delegierte gewählt worden wären. Bereits einen Tag später hatte sich freilich auf Initiative der beiden linken Jugendorganisationen JC (Jugend der KP) und JCR (Jugendformation der trotzkistischen LCR) eine zweite landesweite Koordination (das "interschulische Kollektiv" CL) gegründet, die der FIDL-Koordination jede Repräsentativität absprach. Die FIDL-Koordination hatte zu dem Zeitpunkt bereits Minister Allègre getroffen und wollte die Krise vor den - eine Woche später anstehenden - Herbstferien zu einer "Lösung" bringen. In verschiedenen südfranzösischen Großstädten kam es ferner zu Versuchen, die örtlichen Proteste auf regionaler Ebene zu koordinieren; daraus entstand die "Provinzkoordination" um den MLB (Mouvement lycéen bordelais/Schülerbewegung von Bordeaux).

Die "casseurs" am Werk

Überschattet wurden die Schülerdemonstrationen von Gewalttätigkeiten, die vor und während der Pariser Demonstration vom 15. Oktober (30.000 Teilnehmer) an deren Rand ausbrachen. Rund 1.000 casseurs (Randalierer, wörtlich "Kaputtmacher"), fast ausschließlich aus den Pariser Trabantenstädten - den banlieues - stammend, hatten noch vor Demobeginn auf der Place de la Nation begonnen, systematisch Schaufensterscheiben zu zerschlagen und Geschäfte zu plündern sowie Autos anzuzünden. Bevorzugtes Ziel der casseurs, die überwiegend in Markenturnschuhen und Lacoste-Kleidung auftreten, waren Geschäfte für Markenklamotten und für Mobiltelefone - die gestohlenen Handys werden in den banlieues weiterverkauft.

Es ist zwar nicht neu, daß das Frustrations- und Gewaltpotential aus den sozial zerrütteten banlieues insbesondere bei Jugenddemonstrationen nach Paris herüberschwappt, zuletzt und massiv im März 1994 bei den Demos gegen den CIP (Pläne für einen auf 80 Prozent abgesenkten Mindestlohn für Jugendliche). Neu aber ist, neben der Quantität der Zerstörungen, die Qualität: zum ersten Mal wurden nicht nur Symbole der Staatsautorität und Geschäfte in den besseren Vierteln zur Zielscheibe, sondern auch Demonstranten selbst. In mehreren Fällen wurden Schüler von größeren Gruppen von casseurs angegriffen, die ihnen Schuhe und Jacken stehlen wollten; in einem Falle wurde dabei ein Schüler durch einen Messerstich verletzt. Es scheint, als ob durch das offensichtlich ansteigende Gewaltpotential in den banlieues eine Art "Chaosherrschaft" einkehrt, im Sinne von "Herrschaft unter Zuhilfenahme des Chaos" - der Staat und die Eliten lassen bestimmte Zonen systematisch herunterkommen, um durch das auf diese Weise gezüchtete Kriminalitätspotential kollektive Bewegungen zu erschweren oder zumindest eine massive Polizeipräsenz zu rechtfertigen.

In den Medien wird das Gewaltpotential in den banlieues scharf unterschieden von den Schülern - doch muß man sich vergegenwärtigen, daß dieselben Trabantenstädte, aus denen die casseurs stammen, im Demonstrationszug selbst weit überdurchschnittlich repräsentiert waren. Insbesondere Mädchen aus maghrebinischen Familien, die von ihrem häuslichen ebenso wie vom gesellschaftlichen Umfeld her am meisten benachteiligt sind, spielen eine Führungsrolle in dieser Bewegung, auf seiten der FIDL ebenso wie im

linkeren CL. Offenkundig stehen sich bei den gewachsenen Spannungen zwischen demonstrierenden SchülerInnen und casseurs, die im Windschatten ihrer Protestmärsche agieren, weniger zwei scharf zu trennende Bevölkerungsgruppen gegenüber als vielmehr zwei verschiedene Formen gesellschaftlicher Sozialisierung in denselben "Problemzonen" - eine kollektive und eine auf individuelles Fortkommen gerichtete, die sich in der Jagd auf Markenklamotten und -turnschuhe ausdrückt und teilweise auch im Männlichkeitsgehabe der Jungmänner wurzelt (das nicht nur in maghrebinischen Familien existiert, aber dort wegen traditionell-patriarchaler Strukturen mitunter besonders ausgeprägt ist).

Auch das von den Medien gemalte Bild der casseurs, die vollkommen aus dem Schulsystem und der Gesellschaft herausgefallen seien, stimmt nicht ganz mit der Realtität überein. 153 casseurs waren am 15. Oktober festgenommen worden, von ihnen besuchen nur drei keine Schule mehr. Die entscheidende Frage scheint vielmehr zu sein, ob man sich vom Bildungswesen und seiner (kollektiven) Verbesserung und Veränderung irgendetwas für sein Leben erwartet oder nicht.

Etwa 50 der an diesem Tag festgenommenen Randalierer wurden bereits an den folgenden Tagen (16. und 17. Oktober) in Schnellverfahren verurteilt, in den meisten Fällen zu Bewährungsstrafen und 100 oder 200 Stunden gemeinnütziger Arbeit. Auch am 20. Oktober wurden wiederum 152 casseurs am Rande der Pariser Demo festgenommen; die in der Hauptstadt eingesetzte Polizei war dieses Mal um rund die Hälfte auf 5.500 Beamte verstärkt worden. Die meisten Demoteilnehmer aus den banlieues mußten an diesem Tag mindestens ein halbes Dutzend Personalkontrollen zwischen den Vorstadtbahnhöfen und ihrem Zielort durchlaufen.

Es folgten die Herbstferien, die am 23. Oktober begannen und bis zum 1. November andauerten. Unterdessen gingen die Verhandlungen, vor allem geführt von der FIDL, zwischen mehr oder minder selbsternannten Vertretern der SchülerInnen und dem Allègre-Ministerium weiter.

Am 14. Oktober hatte Claude Allègre im Parlament seinen Plan für die Schulen vorgestellt. Danach werden den 22 Regionalregierungen 4 Mrd. Francs (1,2 Mrd. DM) an zinsfreien Krediten eingeräumt, die sie in die schulische Infrastruktur investieren können. Damit ist von Region zu Region für unterschiedliche Ergebnisse gesorgt, je nachdem, ob die Region reich oder arm ist - aber auch je nach politischer Couleur. Die acht sozialistischen Regionalpräsidenten haben sich schon dazu bereit erklärt, den Plan umzusetzen. Insbesondere in jenen vier Regionen, die von faktischen Bündnissen aus Konservativen und Neofaschisten geführt werden, dürfte man sich einen feuchten Kehricht darum kümmern, in welchem Zustand die Schulen der Immigrantenviertel und banlieues sich befinden.

Der Abschwung der Bewegung

Die im Allègre-Plan offiziell ausgewiesenen "14.000 Neu-Einstellungen" schaffen allerdings keine einzige Lehrerstelle. Vorgesehen sind:

- die Anstellung von 3.000 Aufsichtspersonen (meist Studierende) zu jeweils 14 Stunden die Woche;

- die Schaffung von 10.000 emplois-jeunes (staatlich subventionierte Arbeitsplätze für Jugendliche); sie sollen für Sicherheit sorgen, aber auch etwa in Informatikkursen Hilfe leisten, wo manche Jugendliche den Lehrkräften voraus sind;

- die Abstellung von 1.000 Wehrpflichtigen der Armee zu Sicherheitszwecken.

Die mitregierende KP enthielt sich bei der Abstimmung über das Budget des Bildungsministeriums; der reformkommunistische Flügel der Refondateurs ("Neugründer") hatte sich zuvor für ein Nein ausgesprochen. Auf der Rechten begeisterte sich der Ultraliberale Alain Madelin - Frankreichs Berlusconi-Nachahmer - lautstark für Allègre und erklärte sich bereit, "ein Unterstützungskomitee für ihn zu gründen". Während Teile der Rechten versuchen, die Parteibasis der Sozialisten - unter der sich zahllose Lehrer befinden - gegen die Regierung aufzubringen, erklärte der christdemokratische Ex-Bildungsminister (und Möchte-Gern-Begründer eines "neuen Zentrums") Francois Bayrou: "Ein Teil der Rechten will das Bildungswesen zerstören. Allègre bedient diese Politik."

Der Allègre-Plan hatte zunächst auf breiter Linie Enttäuschung und Ablehnung hervorgerufen: laut einer Umfrage des IFOP-Instituts von Mitte Oktober waren 55 Prozent der Gesamtbevölkerung und 63 Prozent der befragten Jugendlichen der Ansicht, daß Allègre "nicht das tut, was notwendig wäre, um auf die Forderungen

der Schüler zu antworten". Bereits zwei Tage nach Veröffentlichung des Plans hatte das CL seinerseits einen Forderungskatalog aufgestellt: keine Klassen mit mehr als 25 SchülerInnen, mehr Gleichheit im Zugang zu Bildung, Neueinstellungen von Lehrern.

Während der Herbstferien - die Gespräche zwischen dem Ministerium und der FIDL gingen weiter - verkündete Allègre dann weitere Zugeständnisse. Demnach sollen nun doch 3.000 neue Lehrerstellen geschaffen werden. Im April, nach wochenlangen, regional begrenzten Schüler- und Lehrerprotesten im Département Seine-Saint-Denis, einer besonders "problembeladenen" Zone der Pariser banlieue, hatte Allègre schon einmal 3.000 zusätzliche Lehrer speziell für dieses Département zugesagt.

Ab dem Schulbeginn nach den Herbstferien machte das Allègre-Ministerium sogleich mit seiner Ankündigung ernst, die Stundenpläne zu reduzieren. Während das CL diese Maßnahme weiterhin rundheraus ablehnt, äußerte sich die FIDL "insgesamt eher zufrieden" mit den Zugeständnissen des Ministers. Ein während der Ferien, anläßlich einer CL-Versammlung in Marseille, diskutierter Zusammenschluß zwischen den drei bestehenden Koordinationen kam, insbesondere wegen der Differenzen zwischen FIDL und CL, nicht zustande. Man rief aber noch gemeinsam zu einem neuen Demotag am 5. November auf, der jedoch mit 30.000 Teilnehmern in ganz Frankreich (nur 2.500 in Paris) zum Flop wurde.

In den meisten Schulen wollen die Betroffenen zunächst einmal die Auswirkungen der Veränderungen abwarten. Vielerorts wurden "Überwachungskomitees" geschaffen, welche die konkrete Umsetzung von Allègres Versprechen genau überprüfen sollen und in denen ein Teil der SchülerInnen - wohl ihr politisierter "Kern" - organisiert bleiben will. Die Unsicherheit über die neue Situation hat sicherlich ebenso zum Abflauen der Protestbewegung beigetragen wie - ein banaler, aber wichtiger Grund - das rasche Herannahen der Abiturprüfungen.

Bernhard Schmid, Paris

27. Baskenland - Spanien 41:34. Regionalwahlen im spanischen Baskenland

Autor: mb. · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:17

Die Wahlen zum Regionalparlament in Vitoria-Gasteiz am 25. Oktober haben wieder einmal aufs Neue bestätigt, daß die Verhältnisse im Baskenland immer etwas komplizierter sind, als man denkt. Aus den Regionalwahlen sind die Linksnationalisten um das Wahlbündnis Euskal Herritarrok (EH) und die Konservativen des Partido Popular (PP), Regierungspartei in Madrid, als deutliche Wahlsieger hervorgegangen.

Die Wahlen zum baskischen Parlament standen ganz unter dem Eindruck des ETA-Waffenstillstandes und der Bemühungen der baskischen Parteien, eine politische Lösung des Konflikts zu erreichen. ETA unterstützt mit ihrer unbefristeten Waffenruhe den Gesprächsprozeß zwischen den baskischen Parteien und Izquierda Unida (IU). Dieser mündete in die "Erklärung von Lizarra", in der ausdrücklich vom Selbstbestimmungsrecht des baskischen Volkes gesprochen wird. Mit einem Kommuniqué zu den Wahlen, das über BBC veröffentlicht wurden, wollte sich ETA am Freitag vor dem Wahlgang zu Wort melden. Die spanische Regierung verhinderte allerdings die Ausstrahlung in Spanien. Zwei vermummte Etarras erklärten in der BBC, daß ihre Generation den bewaffneten Kampf nicht fortsetzen werde. Falls das Baskenland aber nicht seine Souveränität erhalte, könnten künftige Generationen wieder zu den Waffen greifen. Sie betonten die "absolute Ernsthaftigkeit" ihrer Waffenruhe. Außerdem forderten sie zur Wahl von EH auf.

Nicht unerwartet erreichten die LinksnationalistInnen das beste Wahlergebnis ihrer Geschichte. Über 223.000 WählerInnen, 60.000 mehr als 1994, votierten für das erst kurz vor der Wahl geschaffene Wahlbündnis EH, das anstelle von Herri Batasuna (HB) angetreten war.

Die gemäßigte baskische Nationalpartei, die die Region seit der Einführung des Autonomiestatus regiert, konnte wider erwarten nicht von ihrer Rolle als "Friedensstifterin" im gegenwärtigen Gesprächsprozeß profitieren. Zwar wurde der Partido Nacional Vasco (PNV) wieder stärkste Partei, doch hat er einen Sitz verloren. Nichtsdestotrotz hat er an die 45.000 Stimmen hinzugewonnen. Hier schlägt die hohe Wahlbeteiligung von über 70 Prozent zu Buche (10 Prozent mehr als bei den Regionalwahlen 1994). Zwei Sitze büßte auch die nationalistische, sozialdemokratisch orientierte Euskal Alkartasuna (EA) ein. Obwohl sie über 3.000 Stimmen hinzugewann, rutschte EA von 10,31 auf 8,7 Prozent.

PP und der Partido Socialista de Euskadi (PSE), der regionale Ableger des PSOE, vertauschten ihre Plätze. PP wurde überraschend zweitstärkste Partei, PSE rutschte auf Platz 4. "Eine hohe Wahlbeteiligung", so prophezeite die Neue Züricher Zeitung schon zwei Tage vor dem Wahlgang, "würde, wie dies in den spanischen Parlamentswahlen jeweils der Fall ist, ausschließlich diesen beiden Parteien zugute kommen." (NZZ, 23.10.98) Über 100.000 Stimmen gewann PP hinzu, über 40.000 der PSE.

Eindeutiger Verlierer der Wahl ist IU, die von 9,15 auf 5,69 Prozent abrutschte. Ebenso verloren hat Unidad Alavesa (UA). Diese Partei, die sich Ende der 80er Jahre von PP abgespalten hatte, befürwortet die Zugehörigkeit zu Spanien und spricht sich gleichzeitig für die Abspaltung einer autonomen Provinz Alava, in der sich die baskische Hauptstadt Vitoria-Gasteiz befindet, vom Baskenland aus. UA büßte drei Sitze im Regionalparlament ein, IU vier.

Wer erwartet hatte, die Wahlen würden unter dem Eindruck des ETA-Waffenstillstandes zu einer entscheidenden Veränderung der politischen Landschaft im Baskenland führen, sieht sich enttäuscht. Die drei nationalistischen Parteien PNV, EH und EA hatten bislang die gleiche Mehrheit an Sitzen, nämlich 41 von 75. Die nach Spanien gerichteten Parteien PP, PSOE, IU und UA erzielten wieder 34 Sitze. Was sich verändert hat, ist nicht das Kräfteverhältnis zwischen den nationalistischen und den zentralspanischen Parteien, sondern das Gewicht jeweils innerhalb der beiden Blöcke. Die eindeutigen Sieger befinden sich auf den entgegengesetzten Polen des politischen Spektrums, EH und PP.

Der PP und der PSOE sprachen vor dem 25. Oktober von Schicksalswahlen. Sie warnten vor einer "nationalistischen Front", womit sie eine Minderheitsregierung der PNV mit EA meinten, die auf die parlamentarische Unterstützung von EH angewiesen wäre. Falls die baskischen Parteien als eindeutiger

Sieger aus den Wahlen hervorgingen, so argumentierten beide Parteien fast gleichlautend, müßten Nicht-Basken mit einer zunehmenden Diskriminierung rechnen. Auch war die Rede davon, daß man gegebenenfalls sogar "die Koffer packen" müßte.

EH ist es nicht gelungen, dieser Strategie etwas entgegenzusetzen. Ganz im Gegenteil, bei ihrem erfolgreichen Versuch, im nationalistischen Lager Gewinne zu erzielen, hat sie die aus anderen Teilen Spaniens kommenden WählerInnen dem PP und dem PSOE zugetrieben. Im Ergebnis haben diese Wahlen das progressive Spektrum des Baskenlandes geschwächt. So wurde die IU, die als einzige spanische Partei den Friedensplan von Lizarra mitträgt, das politische Opfer der Polarisierung zwischen spanischen und baskischen Nationalismus.

Wie erwartet hat die spanische Regierung die Regionalwahlen abgewartet, um sich erst dann direkt zum Waffenstillstand der ETA zu äußern. Zuvor war eine deutliche Zurückhaltung von Ministerpräsident Aznar zu verzeichnen gewesen. Am 3. November kündigte er an, er wolle Kontakt mit der "Umgebung" von ETA aufnehmen. Einen Tag später präzisierte Regierungssprecher Piqué, die Regierung strebe Gespräche mit Vertretern der ETA über den Waffenstillstand an. Die Gespräche sollen unter der Formel "Frieden gegen Gefangene" geführt werden, alle anderen politischen Fragen würden nicht thematisiert. Falls ETA "definitiv" auf Gewalt verzichte, sollen die über 500 im ganzen Land verstreuten politischen Gefangenen in baskische Gefängnisse verlegt werden und eventuell Hafterleichterungen erhalten.

Wie wird die zukünftige baskische Regierung aussehen? Möglich wäre eine Neuauflage einer Koalition von PNV, EA und PSE, dieselbe Koalition, die das Baskenland regiert hat, bevor die Sozialisten im Juni aus Protest gegen die Gespräche zwischen PNV und HB aus der Regierung ausstiegen. Denkbar wäre aber auch eine Regierung zwischen PNV und PP. Eine Vorbedingung des PP dafür wäre aber, daß sich der PNV von der "Erklärung von Lizarra" distanziert.

Ob es eine rein baskische Regierung trotz parlamentarischer Mehrheit geben wird, ist fraglich. Bislang hat HB sich immer geweigert, Institutionen zu unterstützen, die nur einen Teil des Baskenlandes repräsentieren. Angesichts des Wahlergebnisses, das EH als Bestätigung der "Erklärung von Lizarra" wertet, hat allerdings Arnaldo Ortegi, Sprecher von EH, angedeutet, daß das Wahlbündnis für eine solide parlamentarische Mehrheit einer baskischen Minderheitskoalition von PNV und EA sorgen könnte.

Mit ihrer Mehrheit im baskischen Parlament könnten PNV, EA und EH die Richtung der Lösung des Konflikts entscheidend beeinflussen. Jetzt wird sich zeigen, wie ernst es den konservativen Nationalisten des PNV mit ihren Reden ist, das baskische Volk könne in der spanischen Verfassung seinen Platz nicht finden.

mb.

Wahlergebnisse der baskischen Regionalwahl 1998 und 1994, +, +, +, +, +, +

, 1998, +, +, 1994, +, +

, Stimmen, Prozent, Sitze, Stimmen, Prozent, Sitze

PNV, 347.958, 27,97, 21, 304.346, 29,84, 22

PP, 250.580, 20,14, 16, 146.960, 14,41, 11

EH (1), 223.264, 17,94, 14, 166.147, 16,29, 11

PSE, 218.607, 17,57, 14, 174.682, 17,00, 12

EA, 108.300, 8,70, 6, 105.136, 10,31, 8

IU, 70.835, 5,69, 2, 93.038, 9,15, 6

UA, 15.722, 1,26, 2, 27.797, 2,73, 5

1) 1998 trat anstelle von HB das Wahlbündnis EH an., +, +, +, +, +, +

28. Die Tradition des Stillhaltens. Die Menschen in Rußland leiden und warten ab - wie lange noch?

Autor: Alexander Buzgalin · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:07

Den folgenden Artikel entnahmen wir der Zeitschrift "Prism", die von der Jamestown Foundation herausgegeben wird. Der Autor, Alexander Buzgalin, ist Professor an der Moskauer Staats-Universität und einer der Sprecher der demokratisch-sozialistischen Bewegung in Rußland.

Das Volk bleibt stumm.

Mit diesen Worten endet Alexander Puschkins berühmte Tragödie "Boris Godunow".

Die Menschen in Rußland, die nun seit sieben Jahren von einem neuen Boris regiert werden, leiden heute mehr als lange Zeit zuvor - abgesehen von den Exzessen der Leibeigenschaft oder des Stalinismus. In sieben Jahren "erfolgreicher marktwirtschaftlicher Reformen" (wie die russische Führung und das Establishment im Westen den Transformationsprozeß in Rußland bis zur Krise im August 1998 werteten) ist das Vermögen von zwei Dritteln der Bevölkerung um 40 bis 50 Prozent geschrumpft - wahrscheinlich kennt niemand die genauen Zahlen, denn die Statistiken berücksichtigen einerseits nicht die versteckten Einkünfte, andererseits "vergessen" sie, viele Millionen der Bevölkerung des Landes zu berücksichtigen. Zudem lebt ein Fünftel unterhalb der Armutsgrenze, das heißt am Rande von Hunger und Elend.

In einigen heruntergekommenen Regionen ist die Mehrheit der Bevölkerung dem Zusammenbruch nahe. Die Leute können sich nur zeitweilig Elektrizität, Heizung und normale Nahrung leisten. Es ist nicht nur die Nichtauszahlung der Renten und Löhne, die sich immer mehr ausbreitet, sondern auch die große Zahl der Entlassungen. Nach den Zahlen, die während der Protestmärsche am 7. Oktober von der Föderation der unabhängigen Gewerkschaften in Rußland bekannt gegeben wurden, nähert sich die Arbeitslosigkeit der 15-Prozent-Marke.

Nach der August-Krise

Die Situation verschlimmerte sich dramatisch unmittelbar nach dem 17. August, als die Preise um mehr als 50 Prozent stiegen und die Real-Einkommen fast proportional sanken. Der Rückgang der Lebensqualität war früher unregelmäßig (zu gewisser Zeit stiegen die Einkommen sogar, wenn auch kaum merklich; 1997 z.B. stieg der durchschnittliche Reallohn um fast 5 Prozent), und im Massenbewußtsein hielt sich die Hoffnung, daß die allgemeine Lage im Lande sich bald bessern würde. Wenigstens das Einkommen des oberen Drittels der Bevölkerung, der "Mittelklasse", wuchs beständig ("Können Sie es sich einmal in der Woche leisten, ihre Familie zu einem Essen mit allem Drum und Dran einzuladen - bei McDonald's? Dann gehören Sie zur Mittelklasse" - so definierten die Leute bis vor kurzem, halb im Scherz und und halb im Ernst, diese Gesellschaftsschicht). Die "neuen Russen" (die nur 5 Prozent der Bevölkerung ausmachen, aber 90 Prozent der Propaganda kontrollieren und das geistige Klima im Lande bestimmen) waren im allgemeinen zufrieden mit den staatlichen Institutionen und dem Tempo der "Reformen"...

So war es bis vor drei Monaten, denn die August-Krise änderte die Situation auf fast allen Ebenen der Gesellschaft. Die meisten Arbeitskräfte erlebten eine dramatische Verschlechterung ihrer Situation, weil die Preise massiv stiegen und die Löhne nicht an die Inflation gebunden sind. Die Nichtauszahlung der Renten und Löhne hat weiter zugenommen. Die Arbeitslosigkeit ist erheblich gestiegen. Ein neuer Trend sind Massenentlassungen im besser bezahlten Bank-, Versicherungs- und Werbe-Sektor und ein allgemeiner deutlicher Rückgang des Lebensstandards der sog. "Mittelklasse".

Aber der härteste Schlag für das obere Drittel der Russen ist der Verlust ihrer Ersparnisse. Selbst die Elite der nouveaux riches - die Finanz-Oligarchie - leidet unter der Krise und wird immer kritischer gegenüber dem Staat. Die Panik der Bevölkerung mag gegen Mitte Oktober abgenommen haben, aber die Krise ist auf ihrem Gipfel.

Aber wenn alles so schlimm ist - warum ist dann alles so ruhig?

Auf dem Gipfel der Krise sprach ein russischer Prism-Korrespondent auf einem internationalen Symposium in Paris, wo fast alle Teilnehmer, mehr als 150 Leute, sich wunderten über den Kontrast zwischen dem Niedergang der Lebensqualität und der Schwäche der Streik- und Protestbewegung. Ein angesehener Professor sagte ohne Zögern: "Wir bekämen eine Revolution, wenn die Bosse sechs Monate lang die Löhne nicht zahlen und die Sparer all ihr Geld verlieren." Aber das gilt für Frankreich. Wie verhält es sich mit Rußland?

Sehen wir uns die Fakten an. Das Ausmaß der Demonstrationen am 7. Oktober - als die Föderation der unabhängigen Gewerkschaften Rußlands (FNPR) zusammen mit der kommunistischen Partei und anderen Oppositionsgruppen einen landesweiten Aktionstag veranstaltete - war nicht so massiv wie die Opposition gehofft hatte. Wahrscheinlich werden wir nie genaue Zahlen bekommen, aber die Behörden geben die Gesamtzahl der Demonstranten zwischen 700.000 und einer Million an, die Opposition zwischen zwei und drei Millionen. Beide Seiten sprechen von 600 bis 700 Städten und Zentren, wo Demonstrationen und andere Protestaktionen stattfanden.

Wie erklärt sich

die bisherige Passivität?

Was ist also das Problem? Warum ist die überwältigende Mehrheit der Menschen so passiv, wenn nicht völlig stumm? Dafür gibt es viele Gründe, und sie sind alle wert, nicht nur erwähnt, sondern auch systematisch vorgestellt zu werden:

Erstens ist Rußland ein Land (man könnte es auch als Kultur bezeichnen) mit sehr starken historischen Traditionen, und eine dieser Traditionen ist der Paternalismus des Staates (einfach gesagt: der Glaube an einen "guten Zaren"), der während der sowjetischen Periode noch zunahm und heute weit davon entfernt ist zu verschwinden. Kommunalität und Kollektivität existieren ebenfalls als eine der traditionellen sozialen Formen, aber sie bezieht sich mehr auf die Organisation der Arbeit als auf das politische Leben.

Zweitens wurden die Jahre der "Reformen" begleitet von einer tiefen Krise - nicht nur der Wirtschaft, sondern auch des Staates, der Institutionen und der geistigen Werte - und von der Zerstörung der Lebensgrundlagen, so daß die Angst der Massen vor Veränderung wuchs. Eine Überlebensstrategie zu finden, ist für die meisten Russen zur Priorität geworden.

Drittens ließ die Entwicklung der marktwirtschaftlichen Prinzipien und der Konkurrenz - eine besonders harte Konkurrenz, bedingt durch die Welle der Kriminalität und das Fehlen klarer Regularien für die Aktivitäten auf dem Markt - den Slogan aus der Zeit der Kolonisierung des Wilden Westens populär werden: "Jeder für sich!" Traditionen kollektiven Kampfes - wie z.B. machtvolle, von unten aufgebaute Gewerkschaften - sind noch nicht geschaffen worden. Auch im Wilden Westen gab es sie nicht; in den USA entstanden starke Massengewerkschaften erst nach 100 bis 150 Jahren kapitalistischer Entwicklung.

In Rußland sind aus sowjetischer Zeit große, aber ineffektive Gewerkschaften geblieben mit einer formalen Mitgliedschaft von etwa 50 Prozent der Beschäftigten. Sie sind mit der FNPR verschmolzen. Bis vor kurzem unterstützten die Führer diese Organisation de facto den Staat. Erst am 7. Oktober schwenkten sie vom amtierenden zu einem möglichen zukünftigen Präsidenten um: Moskaus Bürgermeister Juri Luschkow. Neue, von unten aufgebaute Gewerkschaften gibt es erst sehr wenige.

Viertens sind die Arbeitenden, vom Professor bis zum Arbeiter, im heutigen Rußland gezwungen, ihre ganze Zeit mit dem Kampf um das Überleben ihrer Familien zuzubringen, indem sie zwei oder drei Jobs machen, immer in der Furcht vor Entlassung, die nicht nur ihren Status, sondern ihre Existenz bedroht. Unter diesen Bedingungen haben die Menschen Angst, sich an Protesten zu beteiligen; oder, wenn sie keine Angst haben, sind sie dazu physisch nicht in der Lage, weil sie ihre letzten Kräfte für den Kampf ums Überleben brauchen.

Last, but not least haben die Bürger Rußlands, besonders die unteren Klassen, den Glauben an ihre Fähigkeit, etwas zu verändern, verloren, auch wenn ihre Aktionen dazu beitragen könnten, daß ein neuer politischer Führer an die Macht kommt, vielleicht sogar einer aus den Reihen der Opposition (und in Rußland sind die Gedanken und Handlungen der meisten Menschen eher auf eine charismatische Persönlichkeit ausgerichtet als auf die Strukturen der Zivilgesellschaft).

Die Forderungen

werden radikaler

Dies sind nur die wichtigsten der zahlreichen Gründe für die relative Passivität der Menschen in Rußland.

Und tatsächlich ist diese Passivität nur relativ. Auch wenn die Zahl der Teilnehmer an den Protesten unbedeutend bleibt (etwa 1,5 Prozent der Erwerbstätigen insgesamt), bekommen ihre Aktionen mehr Gewicht und Radikalität. Eine Tatsache ist besonders bemerkenswert. Obwohl die Zahl der Teilnehmer an Demonstrationen, Protestversammlungen und Streiks unter Führung radikaler neostalinistischer Organisationen deutlich gesunken ist (in Moskau versammelten sich nur einige hundert Rentner unter Anpilows Banner), wird die allgemeine Radikalisierung der Proteste sichtbar. In fast allen Städten gingen die Demonstranten am 7. Oktober mit den radikalsten Slogans seit Beginn der Proteste auf die Straße; die zentrale Forderung war die nach dem Rücktritt des Präsidenten.

Nicht weniger wichtig ist die Tatsache, daß die Stimmung der Arbeiter sich einem entscheidenden Punkt nähert. Das zeigen alle Umfrage-Ergebnisse. Trotz der Traditionen des langen Leidens, der Angst vor Veränderung und des Fehlens starker und effektiver Formen der Selbstorganisation kommt die Mehrheit der Menschen, die unter der andauernden Krise zu leiden haben, immer mehr zu der Überzeugung, daß es nicht so weitergehen kann. Eine Stimmung ähnlich der, die im August 1991 die radikale Wende einleitete und zu Gorbatschows Sturz führte, wird vorherrschend. Damals hatten die Menschen genug von der Paralyse der Autorität der KPdSU und Gorbatschows. Nun haben sie genug von der Paralyse der Autorität der "Reformer" und Jelzins.

Alexander Buzgalin

Übersetzung: Js.

29. Nicaragua und Honduras nach der großen Flut

Autor: efa · Rubrik: Nicaragua; Honduras · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:32

Die vermutlich größte Überschwemmungskastastrophe in der Geschichte Mittelamerikas hat Nicaragua nach Aussagen einer deutschen Entwicklungshelferin "in vier Inseln unterteilt". Mit am meisten betroffen ist die Region Chinandega mit mehr als 25.000 Evakuierten. In Nicaragua wie in Honduras warteten die Menschen tagelang auf den Dächern ihrer Häuser oder auf Bäumen auf Hilfe. Die gewaltigen Wassermassen verwandeln kleine Rinnsale in reißende Fluten, ganze Hügel verschwinden von der Landkarte, Überlebende - unter ihnen viele Kinder - ziehen ziellos auf der Suche nach Schutz durch die Gegend; viele Menschen wollen ihre Papphütten oder das, was davon noch übrig ist, nicht verlassen, aus Angst, sie an Plünderer zu verlieren - so oder so ähnlich lesen sich Berichte aus Nicaragua oder Honduras seit der Heimsuchung durch "Mitch". Die Angaben über die Anzahl der Toten in Mittelamerika schwanken zwischen 10.000 und 30.000, Tausende werden noch vermißt. Bevorstehende Epidemien werden die Zahl der Toten vervielfachen.

Wie ein Roman, der nie geschrieben wurde, wie ein Film, der nie gedreht wurde - so beschreibt ein Augenzeuge die Szenerie nach der Katastrophe in Nicaragua. Die Regierung Alemán wird allerorten als "insensible y impotente" (unsensibel und ohnmächtig) beschimpft - was wohl eine harmlose Untertreibung ist. Zunächst weigerte sie sich, den nationalen Notstand auszurufen und verzögerte damit das Eintreffen internationaler Hilfe. Denn der erklärte Notstand führt zwangsläufig zu einer Ausweitung der Befugnisse von Militär und Polizei - und damit zu einer Schwächung der Regierung.

Bereits eine Woche vor Beginn der Regenfälle hatte das geographische Institut INETER vor dem Wirbelsturm gewarnt. Aber die Warnungen wurden nicht an die betroffene Bevölkerung weitergegeben. Deshalb traf "Mitch" - im Gegensatz zu "Joana" 1987 - die Bevölkerung unvorbereitet. Auch nachdem sich die Vorhersagen in katastrophaler Weise erfüllt hatten, tat sich die Regierung weiterhin durch penetrantes Beschönigen der Situation hervor. Über Posoltaga, wo durch den Erdrutsch am Vulkan Casita schließlich schließlich mehr als 1000 Menschen starben, hieß es aus dem Hause Alemán, die Situation sei ungefährlich und die Bürgermeisterin würde unnötig Gerüchte verbreiten. Der Vizepräsident der Republik erklärte kürzlich zudem, Nicaragua benötige keine Lebensmittelhilfe von außen, schließlich sei die Bevölkerung daran gewöhnt, "gallo pinto" (Reis und Bohnen) zu essen.

Alemán ließ zunächst verlautbaren, der nationale Notstand werde nicht ausgerufen, weil er nur bestimmte Nicht-Regierungs-Organisationen begünstige und materielle ausländische Hilfe die Interessen der einheimischen Wirtschaft behindere. Bis jetzt lehnt das nationale Notstandskomitee die Mitarbeit von Nicht-Regierungs-Organisationen des Landes ab, um die weitgehende Kontrolle bei der Kanalisierung der Mittel zu behalten.

Unsensible Impotenz

Schließlich hat die Regierung die katholische Kirche als Zentralorgan bei der Verwaltung der Auslandshilfe eingesetzt. Diese Maßnahme soll dazu dienen, das ramponierte Image der Regierung wieder zusammenzusetzen - das Mißtrauen der Bevölkerung wird damit nicht unbedingt zerstreut. In vielen betroffenen Ortschaften hatten sich bereits Notstandskomitees konstituiert, die Aufbaupläne entwickeln und die Verteilung der Hilfsgüter organisieren. Die Prozesse der Selbstorganisierung und auch Politisierung der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten werden so von oben ausgehebelt, wie es eine Aktivistin vom Notkomitee Condega bezeichnet.

Was den Präsidenten Alemán umtreibt, ist schwerlich nachvollziehbar: Daß er die angebotene Hilfe aus Kuba zunächst abgelehnt hat, mag man mit Einfühlungsvermögen in eine beschränkte Rechtsaußen-Weltsicht noch verstehen. (Aber: Selbst Somoza hatte nach dem Erdbeben 1972 Hilfe aus Kuba angenommen). Daß er aber auch das Angebot Costa Ricas, 45 Ärzte zu schicken, mit dem Hinweis ausschlug, "Ärzte hätte man genug", ist so dummdreist wie rätselhaft. Vielen NicaraguanerInnen scheint aber mittlerweile jegliches Einfühlungsvermögen abzugehen, und Alemán muß bei seinen Katastrophen-Stippvisiten reichlich einstecken. Die wütenden Beschimpfungen, die auf das Präsidentenhaupt niederregnen, haben bei vielen NicaraguanerInnen wohl auch mit einem wachsenden Verdacht zu tun, die ausländische Hilfe würde ihren Bestimmungsort nicht erreichen. Möglicherweise sitzt zumindest den Älteren auch noch die Erinnerung an

1972 in den Knochen, als Somoza praktisch die gesamte ausländische Katastrophenhilfe zum Ausbau seines privaten Luxusimperiums einsteckte.

Nichtstaatliche UnterstützerInnen müssen zur Zeit in Nicaragua nicht nur mit Strom-, Lebensmittel-, Geld- und vor allem Medikamentenmangel kämpfen: Die Vertreterin einer US-amerikanischen Nicht-Regierungs-Organisation soll ausgewiesen worden sein, weil sie nach Hause geschrieben hatte, es sei sicherer, die Hilfe über nichtstaatliche Stellen zu kanalisieren.

In Nicaragua sind über 80% der Bevölkerung ohne Stromversorgung, 40% der Ernte ist verlorengegangen. Insbesondere für kleine und mittlere Betriebe und für die noch existierenden Kooperativen wird die nun folgende Zahlungsunfähigkeit katastrophal sein. Die seit der Wahlniederlage der SandinistInnen im Jahre 1990 begonnene schrittweise Rücknahme der Agrarreform könnte - dank "Mitch" - jetzt perfekt werden.

Land ohne Brücken

In Honduras fiel praktisch die gesamte infrastrukturelle Entwicklung dem Wirbelsturm zum Opfer. Alle wichtigen Brücken des Landes sind eingestürzt, 650.000 Menschen sind obdachlos. Viele kleine Gemeinden sind völlig abgeschnitten vom Rest des Landes, und auch Tegucigalpa ist auf dem Landweg nicht mehr erreichbar. Mindestens 60 % Prozent des Landes sind komplett verwüstet, und praktisch die ganze Ernte ist vernichtet. Erste vorsichtige Schätzungen gehen von Zerstörungen in Höhe von annähernd 2 Milliarden US-Dollar aus. Das entspricht dem Bruttosozialprodukt des Landes für zwei Jahre. Inzwischen hat die Regierung Benzin rationiert und eine nächtliche Ausgangssperre verhängt. Wegen Plünderung von Lebensmittelläden wurden 250 Menschen festgenommen.

Im Gegensatz zu Nicaragua ist in Honduras das ganze Land vom Hurrikan verwüstet. Dafür scheinen die honduranischen RegierungsvertreterInnen nicht ganz so unfähig zu sein wie ihre südlichen KollegInnen. Immerhin hatten sie keine Probleme damit, Hilfe aus Kuba anzunehmen.

Je höher die Zahl der Toten klettert, desto höher werden auch die Summen, die aus dem Ausland in die betroffenen Länder fließen. Hatte das Auswärtige Amt zunächst generös gut 600.000 DM für Nicaragua, Honduras und El Salvador zusammen zur Verfügung gestellt, sagen die EU-Staaten mittlerweile eine Hilfe von 200 Millionen DM zu - aber auch das ist nur ein Bruchteil von dem, was benötigt wird, um die wichtigsten Aufbauarbeiten durchführen zu können. Die Präsidenten der mittelamerikanischen Länder forderten inzwischen den kompletten Schuldenerlaß für die zerstörten Länder. Diese Forderung, die von internationalen Nicht-Regierungs-Organisationen auch ohne Hurrikan schon seit Jahren gestellt wird, wird mit der entsprechend großen Zahl an Toten von den Gläubigerstaaten jetzt großzügig bedacht. Das Ganze hat Ähnlichkeit mit der Feststellung einer fassungslosen Nicaraguanerin in Managua: "Die Ärmsten der Armen bringen ihre Spenden zu den Sammelstellen, aber glaubt ja nicht, daß die Herren und Damen Abgeordneten da mal auflaufen...". Im großen Maßstab geht das so:

Kuba erließ Nicaragua die gesamten Schulden von 50,1 Millionen Dollar, ohne Bedingung und ohne Einschränkung. Kuba selber ist weltweit mit über 10 Milliarden Dollar verschuldet und steht bekanntlich nicht gerade in der Blüte wirtschaftlichen Aufschwungs. Frankreich streicht einmal 70 Millionen Dollar Schulden (Nicaragua) und einmal 30 Millionen Dollar Schulden (Honduras). Die Niederlande erließen Honduras Schulden in Höhe von 2 Millionen Dollar. Und das humanitäre Engagement des Außenministers eines der reichsten Industriestaaten der Welt, Joschka Fischer, drückt sich eher auf einer etwas abstrakten Ebene aus: "Vorurteilslos prüfen" will er die Frage des Schuldenerlasses. Gute Idee, immerhin ist Deutschland mit mehr als einer Milliarde DM einer der größten Gläubiger Nicaraguas. Etwa ein Drittel davon sind Kredite, die die DDR an Nicaragua vergeben hatte. Auch der Papst ließ sich nicht lumpen: Er bot an, für die Opfer des Hurrikans zu beten und bat um Hilfe für die Überlebenden.

So rührend die Erlaßangebote sind, so wenig verändern sie an der Tatsache, daß sowohl Nicaragua als auch Honduras um Jahrzehnte in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeworfen sind und sich in einer Situation befinden, die mit "bankrott" nur beschönigt umschrieben wird. Würde der Schuldendienst dieser Länder auch nur so weit reduziert, wie 1953 die Entlastung Nachkriegs-Deutschlands, könnten in Nicaragua und in Honduras je 300 Millionen US-Dollar für die unmittelbare Katastrophenhilfe und für den dringend notwendigen Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft und die Infrastruktur eingesetzt werden. Aber selbst damit wäre noch nicht viel gewonnen: Nur die komplette, ersatz- und bedingungslose Streichung aller Auslandsschulden könnte

so etwas wie ein erster Anfang dafür sein, Grundlagen für den Wiederaufbau in den betroffenen Ländern zu schaffen. Die europäische Kampagne "Erlaßjahr 2000" fordert zudem, daß die durch den Schuldenerlaß freiwerdenden Gelder von den betroffenen Regierungen in einen Nothilfe-Fonds in nationaler Währung eingezahlt werden und direkt in die Aufbauarbeit fließen.

Recht wenig wird in den Medien danach gefragt, wie es eigentlich um den Zusammenhang zwischen "Mitch" und dem Treibhauseffekt bestellt ist. Ein direkter Zusammenhang dürfte auch schwerlich nachweisbar sein. Als erwiesen gilt aber inzwischen doch immerhin, daß die rasche Erwärmung der Meeresoberfläche zumindest in Zukunft zu einer Zunahme von Wirbelstürmen führen wird. Aus dieser Perspektive müßte es dann für die wichtigsten Kohlendioxidausstoßenden Nationen wohl weniger darum gehen, großzügig Spenden zu verteilen oder hier und da ein paar Schulden zu erlassen, sondern eher darum, mit so etwas wie "Wiedergutmachung" anzufangen. Und dann müßte es auch - ganz "vorurteilslos" - um ganz andere Summen gehen.

efa

Spenden für Soforthilfe und Wiederaufbau

Um den betroffenen Menschen in Nicaragua dringend notwendige Soforthilfen zur Verfügung zu stellen und vor allem den Wiederaufbau zu ermöglichen, rufen wir dazu auf, auf das unten genannte Konto unter dem Stichwort "Mitch" zu spenden.

Informationsbüro Nicaragua

Konto-Nr. 976738

Stadtsparkasse Wuppertal

BLZ 330 500 00

Honduras-Hilfe Bonn

Die honduranische Bevölkerung benötigt dringend die Solidarität der befreundeten Völker und Staaten, damit die verzweifelte Lage der Bevölkerung erleichtert werden kann.

Spenden für Katastrophenhilfe Honduras können eingezahlt werden an:

Honduras-Hilfe

Sparkasse Bonn

Konto-Nr. 11 706 090

BLZ 380 500 00

30. Vergessen können wir nicht. Angehörige von Verschwundenen in Chile fordern Aufklärung. Interview mit Victoria und Heraclio Sabater

Angehörige der Verschwundenen in Chile fordern Aufklärung

Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:41

Victoria Sabater del Fierro und ihr Sohn Heraclio Sarmiento Sabater reisen zur Zeit im Auftrag der "Agrupación de Familiares de Detenidos y Desaparecidos" durch Deutschland mit dem Ziel, Unterstützung in ihrem Kampf um Aufklärung des Schicksals ihrer verschwundenen Angehörigen und der Rolle der Colonia Dignidad zu bekommen. Das Gespräch mit ihnen führte efa.

Victoria: Ich bin 78 Jahre alt. Ich bin Aktivistin einer Angehörigenorganisation von Verschwundenen und politischen Gefangenen in Chile.

Seit der Verhaftung Pinochets hat die Repression in Chile zugenommen, bei Demonstrationen wird Tränengas eingesetzt - nicht in den reichen Stadtteilen natürlich. Aber die Menschen sind auch mutiger geworden, hoffnungsvoller. Da ist viel Freude auf den Straßen. Ich schäme mich dafür, daß wir die Gerechtigkeit im Ausland suchen müssen. Ich habe überhaupt kein Vertrauen in die chilenischen Gerichte. Die schützen Pinochet mehr als uns. Aber wir hoffen auf ein glückliches Ende: die Verurteilung Pinochets. Und ich hoffe darauf, zu erfahren, wo mein Sohn ist. In der Erde, im Meer, wo auch immer. Die Quälerei soll aufhören. Jeden Tag warte ich auf ihn, seit 24 Jahren. Nein, ich habe keine Angst, daß das Militär stärker wird. Die wissen doch, daß der Großteil der Bevölkerung gegen sie ist. Selbst die Kirchen. Die Verhaftung Pinochets hat aber wieder deutlich gemacht, wie hoch der Redebedarf ist. Plötzlich wird wieder über alles gesprochen, über die Verschwundenen, die Colonia Dignidad, überall kocht es hoch.

Wir haben unsere Gruppe 1973 gegründet, direkt nach dem Putsch, mit Hilfe von Helmut Frenz. Nachdem Heraclio, mein Zweitältester, verhaftet worden war, hab ich mich an das Komitee gewandt. Mit meinem jetzt verschwundenen Sohn haben wir alles Denkbare versucht, um Heraclio zu finden. Bei der Polizei sagten sie uns, sie würden Heraclio erschießen. Dann haben wir Druck gemacht, auch mit dem Roten Kreuz und anderen internationalen Organisationen und schließlich haben sie ihn vor ein Militärgericht gestellt und zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Das war ein großes Glück.

Heraclio: Ich war Professor an der Technischen Staatsuniversität in Talca. Am Tag des Putsches hat die Universität eine Erklärung herausgegeben, alle, die Profs, die StudentInnen, die Angestellten. In der Erklärung hieß es, die Universität sei für die Demokratie, und man forderte die Soldaten auf, nicht auf die Bevölkerung zu schießen. Dieser Satz wurde als Aufruf zur Subversion interpretiert, und man grub ein Kriegsgesetz aus dem 19. Jahrhundert aus, nach dem in einem Fall, bei dem der Verantwortliche für die Tat nicht feststellbar ist, sechs mögliche "Kandidaten" ausgewählt werden und für das Delikt verantwortlich gemacht werden. Einer davon war ich. Ja, gefoltert hat man mich auch. Bevor mein Bruder mich besuchen kam, wurde ich sechs Tage lang ununterbrochen verhört. Von Gómez Segovia, das war der Chef der DINA (chilenische Geheimpolizei) in der Region. Der wohnte in der Colonia Dignidad. Vermutlich ist er auch dort ausgebildet worden. Ich wurde verhört, weil ich angeblich 80 Maschinengewehre aus Argentinien eingeschmuggelt hatte. Die wußten genauso gut wie ich, daß das nicht stimmte. Aber sie wollten eben mit allen Mitteln herausfinden, ob ich irgendetwas weiß. Ob ich ihnen irgendwas Interessantes erzählen kann.

Victoria: Ich habe sechs Kinder. Mein verschwundener Sohn Hernán war Arzt. Eines Tages hatte er keine Schicht und wollte seinen Bruder Heraclio im Gefängnis besuchen. Da kam er nie an. Dann erfuhr ich, daß die Polizei ihn festgenommen hatte. Eine Frau, die Mutter eines Patienten, hatte es auf der Straße gesehen. Sie ging zur Polizei, um nach ihm zu fragen. Dort sagte man ihr, Hernán sei freigelassen worden. Das ist das letzte, was wir von ihm gehört haben. Es gab keinen Grund, warum sie Hernán festgenommen haben. Er wollte Heraclio besuchen, das war alles.

Luis Hidalgo heißt der Polizist, der ihn festgenommen hat. Das war in Paral, der Ort, wo Heraclio im Gefängnis saß, in der Nähe der Colonia Dignidad. Dieser Hidalgo wird verantwortlich gemacht für Verschwindenlassen in

21 Fällen. Und wer ist heute zuständig für die Aufklärung dieser Fälle? Hidalgo selber. Er leitet die Untersuchung. Aber dem geht's gut. Der hat viel Geld. Außerdem ist er noch Vorsitzender der "Gesellschaft der Freunde der Colonia Dignidad".

Heraclio: Aber wie gesagt, das war ein großes Glück, daß sie mir den Prozeß gemacht haben. Die meisten haben sie gleich umgelegt. Meine Haft wurde dann aufgrund von Krankheit gemindert, insgesamt war ich drei Jahre im Gefängnis, danach kam ich unter Hausarrest. Ich wurde am 24.12.1975 freigelassen, eine halbe Stunde vor Beginn der Sperrstunde. Und zu der Zeit galt in Chile das Motto "erst schießen, dann fragen". Bis zu dem nächsten Haus, wo Bekannte von mir wohnten, waren es 200 Kilometer. Aber 30 Meter vom Gefängnis wohnte ein Mitglied der Radikalen Partei. Da bin ich hin. Eine Woche später haben sie sein Haus abgebrannt.

Eines Tages wurde mir zugetragen, daß ich wieder verhaftet werden würde. Dann bin ich in den Untergrund gegangen und hab angefangen, mich im Widerstand zu organisieren. 1978 bin ich dann nach Deutschland gegangen.

Victoria: Nach dem Putsch haben wir uns mit Hilfe der katholischen Kirche im "Vikariat der Solidarität" organisiert, das war sozusagen das Dach für Angehörigen- und Opferorganisationen. Da haben wir Rechtsbeistand geleistet und Leute an Ärzte weitervermittelt. Wir konnten relativ offen agieren, wir wurden toleriert. Klar, mehrmals kam es auch zu Prozessen gegen uns, wegen der angeblichen Unterstützung terroristischer Organisationen. Wir haben trotzdem die ganze Zeit weitergemacht. Raul Silva Enrique war damals Erzbischof von Santiago, und der hatte das Vikariat gegründet. 1987 kam der Papst zu Besuch. Ende der 80er Jahre wurde ein neuer Erzbischof eingesetzt, und das Vikariat wurde geschlossen. Das hatte mit dem Papstbesuch vorher zu tun, da bin ich sicher.

Wir organisieren uns bis heute nach dem Prinzip, daß niemals mehrere von einer Familie bei uns aktiv sind. Damit nicht mehrere gleichzeitig verschwinden. Wir haben etwa 200 Mitglieder, davon sind 50 aktiv.

Es gibt etwa 1200 offiziell Verschwundene in Chile, davon sind 178 aufgetaucht. Kurz bevor ich nach Europa fuhr, ist ein neuer Fundort entdeckt worden mit 12 Leichen, wo, weiß ich nicht genau.

Heraclio: Ich bin absolut sicher, daß mein Bruder in die Colonia Dignidad gebracht worden ist. Er wurde dort gesehen, Leute haben uns das erzählt. Aber wir haben keine Beweise. Man muß Leichen finden, ohne Leiche kein Delikt. Die einzige Klage, die läuft, ist die gegen Paul Schäfer wegen sexuellem Mißbrauch. Es gab mal einen Richter, der versucht hat, die Colonia anzuklagen. Der wurde nach zwei Tagen abgesetzt.

Victoria: Vor sechs Monaten sind wir mit sechs alten Frauen in die Colonia Dignidad gefahren. Als wir ankamen, wußten sie schon, daß wir da sind. Es gibt nur eine einzige Straße, die in die Colonia führt, und man kann schon von Weitem sehen, wer da kommt. Dann haben sie sich aufgestellt, die Männer auf der einen Seite und die Frauen auf der anderen Seite vor den Toren. Das waren Leute von dieser Gesellschaft der Freunde der Colonia Dignidad. Sie haben riesige Lautsprecher aufgestellt, aus denen ohrenbetäubender Lärm kam. Wir konnten uns kaum noch bewegen, so laut war das. Sie haben Wasserpistolen gezogen und Pestizide auf uns gesprüht. Dann kam aus der Colonia ein riesiger Traktor gefahren, der versuchte, uns von der Straße abzudrängen. Dann hat die Polizei interveniert.

Heraclio: Man weiß nicht genau, was die Colonia ist. Man weiß noch nicht mal, wo sie aufhört. Das Gebiet ist riesig. Vielleicht 200 Leute leben dort. Vielleicht auch mehr. Die sind vollkommen autark, die müssen nie raus aus dem Gelände. Arme Leute geben ihre Kinder dort hin. Man vermutet, daß die Colonia Dignidad praktisch für alle Geheimdienste Lateinamerikas ein zentraler Knotenpunkt war. Für uns ist es unbegreiflich, daß die deutsche Regierung sich da um nichts kümmert. Daß sie sich das angucken wie Schauspieler ein Theaterstück.

Victoria: Die neue Regierung hat uns eine kleine - sehr kleine! - Entschädigung gezahlt, sozusagen für die Opfer der Diktatur. Damit wollten sie uns vermutlich ruhigstellen. Wir haben das Geld für die weitere Mobilisierung genommen.

Heraclio: Nein, eine Entschädigung oder gar meinen Arbeitsplatz habe ich bis heute nicht bekommen. Obwohl ich Staatsangestellter war. Aber das ist nichts Besonderes, das Problem haben Tausende. Meinen Arbeitsplatz an der Technischen Universität hat jetzt ein Ex-Militär, komischerweise einer von denen, die in meinem Prozeß direkt gegen mich ausgesagt hatten.

Victoria: Insgesamt ist fünfmal versucht worden, mein Haus anzuzünden. Bei einer Besetzung des Justizgebäudes haben sie mir den Fuß gebrochen, ein anderes Mal auf einer Demonstration den Arm. Vor ein paar Tagen hat eine Delegation versucht, der Regierung in Santiago einen Brief zu überbringen. Die sollen zusammengeschlagen worden sein.

Die Kirche sagt jetzt, wir sollen verzeihen. Das können wir nicht.

Spendenaufruf

Chile Fonds / Prozesse

gegen Pinochet & Co.

Ökobank Frankfurt

BLZ: 500 901 00

Konto: 200 300 7

31. Operation Condor. Staatsterrorismus mit internationaler Reichweite

Autor: Esteban Cuya · Rubrik: Chile; Lateinamerika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:09

Der folgende Artikel wurde im September 1993 in Heft 168 der ila (Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika) veröffentlicht. Wir drucken ihn in einer gekürzten und leicht bearbeiteten Fassung - mit freundlicher Genehmigung der ila-Redaktion - als historisches Dokument an dieser Stelle nach, um den Hintergrund in Erinnerung zu rufen, vor dem sich jetzt die Anklagen gegen Pinochet abspielen: "El General" - im günstigsten Fall ausgeliefert an die spanische Justiz - als eine Figur im Zusammenspiel international verschwisterter Geheimdienste könnte der Anfang einer Abrechnung nicht nur mit den chilenischen Schlächtern sein. Das jedenfalls hoffen die überlebenden Opfer der Geheimdienstmafia im Exil wie in Chile. Auch in Chile wurde dieser Artikel nochmal hervorgeholt; vor wenigen Wochen veröffentlichte ihn "La Tercera".

Im Dezember 1992 entdeckte der paraguayische Richter José Agustín Fernández zufällig in einem Abstellraum der Abteilung "Politische und verwandte Bereiche" das Geheimarchiv der Geheimpolizei Paraguays.

"Ich untersuchte den Fall einer Person, die zwischen 1974 und 1977 gefangengehalten und gefoltert worden war. Diese Person verlangte Einsicht in die polizeilichen Akten, worauf die Anweisung erging, herauszufinden, wo diese sich befanden", gab der Richter an. Er fügte hinzu: "Der Chef der Kriminalpolizei gab an, daß diese Archive nach dem Staatsstreich im Februar 1989 verschwunden waren. Wir gaben uns mit dieser Information nicht zufrieden."

Der Richter erklärte, daß der Antragsteller Martín Aldama Gelegenheit hatte, in Kreisen der Polizei Erkundigungen einzuziehen, und daß er vertrauliche Informationen über die Existenz dieses Archivs erhielt. In einer streng geheimgehaltenen Aktion wurde der angegebene Ort aufgesucht, wo dann das gefunden wurde, was die Presse die "Archive des Schreckens" taufte. "Es war eine ungeheure Menge von Dokumenten, die man unmöglich dem Gewahrsam der Polizei überlassen konnte. Diese hätten sie vernichten oder verbrennen können. So schafften wir sie mit dem Lastwagen einer Zeitung in Asunción in mein Büro und später zur Aufbewahrung in den Justizpalast", berichtete der Richter.

In den Archiven wurde Schriftverkehr zwischen den Polizeiapparaten der Länder der Region gefunden, Akten, Auslieferungspapiere, Karteikarten, Fotos, Pässe von politisch Aktiven der argentinischen, paraguayischen und brasilianischen Linken, Pläne zur Beseitigung Verdächtiger, Berichte über Entführungen von Untergrundkämpfern der ganzen Südspitze des Kontinents, Analysen über Aktivitäten der Nichtregierungsorganisationen sowie genaue Berichte über die Ermordung oppositioneller Politiker.

Die "Archive

des Schreckens"

Die aufgefundenen Dokumente und die Aussagen mehrerer darin verwickelter Agenten offenbaren die enge Zusammenarbeit der Polizei und der Regierung Paraguays mit der Repression in Argentinien und Chile, ebenso wie in Brasilien und Bolivien. Es gibt Beweise dafür, daß sowohl Pinochet als auch der paraguayische Diktator Stroessner besonderes Interesse am Ausbau und an der Koordination ihrer Geheimdienste hatten, worüber sie sich bei mehreren Gelegenheiten besprachen. Die Archive enthalten unwiderlegbare Beweise dafür, daß der Staatsterrorismus auf internationaler Basis betrieben wurde, und daß "die Geheimdienste an der Südspitze Lateinamerikas sich zusammengeschlossen und ein Programm zur gegenseitigen Unterstützung entwickelt haben. Die Geheimpolizei bewegt sich ungehindert in der Öffentlichkeit. Das System in Lateinamerika funktioniert nahezu perfekt", wie Patricia Derian, Untersekretärin für Menschenrechtsangelegenheiten in der Abteilung Lateinamerika des US State Department, bestätigte. (...)

Bereits seit Ende der sechziger Jahre herrschte reger Austausch zwischen hochrangigen südamerikanischen Militärs, die zusammen in den nordamerikanischen Militärakademien antisubversive Spezialausbildungen erhalten hatten, bei denen freundschaftliche und familiäre Verbindungen geknüpft wurden. Bei anderen Gelegenheiten verbrachten sie innerhalb der Region Zeiträume von sechs Monaten bis zu zwei Jahren in

Ausbildungsstätten in Argentinien oder Panama. Diese Verbindungen von argentinischen Militärs mit ihren Gesinnungsgenossen in Uruguay, Paraguay, Brasilien, Chile, Bolivien und Peru sollten ihre Erfolge in den Jahren der Militärdiktaturen der siebziger Jahre zeitigen. Ergebnisse dieser erfolgreichen Zusammenarbeit waren u.a.:

Der Fall Prats

Am 30. September 1974 wurden in Buenos Aires der Vizepräsident Chiles und Staatsminister in der Regierung Salvador Allende, Carlos Prats González und seine Frau Sofia Cuthbert Opfer eines Attentats durch eine ferngezündete Bombe. Beide wurden getötet. Das war der Höhepunkt eines der ersten Unternehmen im Ausland durch die gefürchtete "Dirección de Inteligencia Nacional" (DINA), unter dem Kommando von General Contreras, der Prats für einen der erbittertsten Gegner von General Augusto Pinochet hielt.

Unter den Verantwortlichen für das Attentat wurden auch der nordamerikanische Elektronikfachmann Michael Townley identifiziert, Spezialagent der DINA, sowie Juan Luis Bulnes Ossa, ultrarechter Aktivist aus Chile, und der Mayor der chilenischen Armee Armando Fernández Larios, der im Oktober 1973 die sogenannte "Karawane des Todes" auslöste, die von General Sergio Arellano Stark durchgeführt wurde, und bei der 72 Gefangene in fünf chilenischen Städten ermordet wurden.(...)

Der Fall Leighton

Nun richtete sich das Augenmerk der Geheimdienste auf einen anderen erklärten Gegner des Pinochet-Regimes, auf den Ex-Vizepräsidenten der chilenischen Republik, Bernardo Leighton, einen der führenden Köpfe der christdemokratischen Partei, dem während eines Aufenthaltes in Rom die Rückkehr in sein Land untersagt wurde aufgrund "antichilenischer Aktivitäten". Dies bezog sich auf seine Bemühungen um eine Annäherung der Christdemokraten an politische Gruppierungen der Linken. Am 6. Oktober 1975 verübten Pierluigi Concutelli und Salvatore Falabella, italienische Neofaschisten und Verbündete von Stefano delle Chiaie, zeitweise in Diensten der DINA, ein Attentat auf Bernardo Leighton und seine Frau, als sie ihre Wohnung in Rom aufsuchen wollten. Leighton wurde von einem Schuß in die Stirn getroffen, wobei das Projektil durch das linke Ohr wieder austrat. Ana Fresno, seine Frau, erhielt mehrere Schüsse in die Brust. Beide überlebten und konnten ihre Angreifer identifizieren.

Michael Townley, der nordamerikanische Agent und Mitarbeiter der DINA, der auch unter dem Decknamen Kenneth Enyart operierte, und seine Frau Mariana Inés Callejas, eine Chilenin, die ihre wahre Identität unter dem Decknamen Ana Pizarro verbarg, hatten das Attentat in allen Einzelheiten vorbereitet und die Gruppen Avanguardia Nazionale und Ordine Nuovo von Stefano delle Chiaie dafür angeworben. (...)

Der Fall Letelier

Am 21. September 1976 führte die DINA wieder einen ihrer Einsätze im Ausland durch, als in Washington D.C. Orlando Letelier, ehemaliger Staatsminister in der Regierung Salvador Allendes und Schlüsselfigur der chilenischen Opposition, ermordet wurde. Wenige Tage zuvor hatte Pinochet ihm die Staatsangehörigkeit aberkannt. (...) Bei dem Attentat mit einer ferngezündeten Bombe starb auch Ronnie Moffit, die mit Letelier am Institut für politische Studien arbeitete.

Der Verantwortliche für den Anschlag war wiederum Michael Townley, ein bedingungsloser Gefolgsmann von Manuel Contreras, dem Chef der DINA. Für dieses Attentat hatte der chilenische Major Armando Fernández Larios einen minutiösen Verfolgungsplan ausgearbeitet. Das gestand Townley in einem US-amerikanischen Gerichtsverfahren. Er selbst habe mit Hilfe des kubanischen Castrogegners Virgilio Paz den Fernzünder hergestellt und am Wagen Leteliers befestigt. (...) Die Ermordung Leteliers war Teil der "Operation Condor".

Die Operation Condor

(...) Aufgabe der sogenannten "Operation Condor" war das Sammeln, Übermitteln und Sichten von Daten im Zusammenhang mit linken Aktivisten jeglicher Coleur mit dem Ziel, "die marxistischen Terroristen und ihre Aktivitäten in der Region zu vernichten". (...) DINA-Chef Contreras reiste nach Argentinien, Bolivien, Chile, Paraguay, Venezuela und in die USA, wo er seine überstaatlichen repressiven Projekte präsentierte und die Geheimdienstchefs von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit und Koordination zu überzeugen suchte, um den Kommunismus zu eliminieren und "das westliche, christliche Gesellschaftsssystem zu verteidigen". Zu

diesem Zweck traf Contreras u.a. im August 1975 in Washington D.C. zu einem Gespräch mit Vernon Walters zusammen, dem stellvertretenden Direktor des CIA (und späteren US-Botschafter in der BRD - die ila-Red.). Außerdem führte Contreras seit 1974 mehrere Gespräche mit General Ramón Camps, dem Polizeichef von Buenos Aires, der Jahre später behaupten sollte, daß es in Argentinien keine lebenden Verschwundenen mehr gäbe: "Ich übernehme dafür die volle Verantwortung und bin stolz darauf". (...)

Der Handlungsrahmen wurde innerhalb der Möglichkeiten der beteiligten Länder abgesteckt, indem Erleichterungen für das Untertauchen von Agenten dieser Länder vereinbart und koordinierte repressive Aktionen geplant wurden. Außerdem wurde die Bildung von Spezialeinheiten der Mitgliedsländer beschlossen, die in alle Teile der Welt reisen können sollten, um politische Oppositionelle zu beseitigen.

Im Rahmen dieses Abkommens wurden die beschriebenen Verbrechen begangen. (...) Unzählige linke AktivistInnen, die sich vorübergehend in Argentinien niedergelassen hatten, wurden im Rahmen dieser repressiven Koordination auf argentinischem und paraguayischem Gebiet von Agenten der Polizei des jeweiligen Landes verhaftet. Besonders hart litten dabei die Anführer und Gefolgsleute der chilenischen Bewegung der revolutionären Linken, MIR. (...)

Seit Mai 1975 wurden viele politisch tätige Chilenen von der argentinischen und paraguayischen Polizei verhaftet und an die DINA ausgeliefert. (...) Jean Ives Claudet Fernández zum Beispiel, französisch-chilenischer Staatsbürger und aktives Mitglied des MIR, wurde am 1.11.1975 im Hotel Liberty in Buenos Aires verhaftet und am selben Ort von Agenten der DINA hingerichtet. (...) Die Jahre später zur Untersuchung der Verbrechen der chilenischen Diktatur eingerichtete "Kommission der Wahrheit und der Versöhnung" führt in ihrem Schlußbericht Fälle von 33 chilenischen Verschwundenen an, die allein im Zeitraum von 1975 bis 1976 durch argentinische oder paraguayische Agenten festgenommen und an die DINA ausgeliefert wurden. (...)

Die "Archive des Schreckens" quellen über von Dokumenten über Fälle von verhafteten und verschwundenen Paraguayern, von denen die Regierung stets behauptet hatte, nichts über ihren Verbleib zu wissen. Laut Richter Fernández bestätigen die Dokumente, daß "es in Paraguay Folter und Verhaftungen von politisch aktiven Personen gab". (...) Das Überraschende ist, daß das Archiv der Sicherheitskräfte Paraguays aber auch eine große Zahl von Dokumenten enthält, die im Zusammenhang mit der "Operation Condor" stehen. Daher konnte eindeutig nachgewiesen werden, daß die Attentate auf den chilenischen Ex-Staatsminister Letelier, den Ex-Vizepräsidenten Leighton und auch den Ex-Präsidenten von Bolivien, General Juan José Torres, der in Argentinien ermordet wurde, im Rahmen der "Operation Condor" verübt wurden. Das gleiche gilt für die Morde an den uruguayischen Abgeordneten Zelmar Michelini und Hector Gutierrez, an Dr. Augustín Goyburú, Vorsitzender des "Movimiento Popular Colorado" in Paraguay sowie an Hunderten von politischen AktivistInnen aus Chile, Argentinien, Paraguay und Brasilien. (...)

Esteban Cuya

Übersetzung: Annita Reim

32. Malaysia: Innenpolitische und außenwirtschaftliche Krise

In Malaysia verschränken sich innenpolitische und außenwirtschaftliche Krise

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Malaysia · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:13

Malaysia - bullish on bouncing back! - Kraftvoll schlägt Malaysia zurück! Mit diesem markigen, in südostasiatischen Medien geschalteten Werbeslogan suggerierte die politische Führung in Kuala Lumpur Trotz und Widerstand gegen die ihrer Meinung nach feindliche Außenwelt des großen Kapitals. Bis die auf Harmonie bedachte Innenwelt durch Sex-und-Crime-Geschichten aus den Fugen und ausgerechnet der designierte Chef des lange als vorbildlich gepriesenen Tigerstaates aus dem Karriereschritt geriet.

"Mir waren die Augen verbunden worden, meine Hände waren gefesselt (...) Ich wurde geschlagen - auf den Kopf, gegen den Unterkiefer und auf mein rechtes Auge (...) Blutverschmiert konnte ich weder meine Umgebung wahrnehmen noch aufrecht gehen." Kein geschundener Namenloser eines militärischen Terrorregimes gab das zu Protokoll. Diesmal hatte es einen Prominenten erwischt, den von Dezember 1993 bis letzten Monat amtierenden stellvertretenden Premier- und Finanzminister Malaysias. Der 51jährige Anwar bin Ibrahim, den seine Landsleute bereits als jungdynamischen, weltoffenen Nachfolger des seit 17 Jahren amtierenden und kränkelnden Premiers Dr. Mahathir bin Mohamad wähnten, fiel ebenso jäh vom Sockel der politischen Macht, wie ihn sein Gönner und Ziehvater Mahathir hinauf gehievt hatte.

Als sei's eine makabre Mischung aus "Monicagate" und politischem Verschwörungsszenario, wurde Anwar über Nacht zum Staatsfeind Nr. 1 hochstilisiert, am 20. September zusammen mit 16 Gefolgsleuten auf der Grundlage des ominösen Gesetzes zur Wahrung der Inneren Sicherheit (Internal Security Act, ISA) verhaftet, neun Tage lang ins Gefängnis gesperrt, malträtiert und politisch kaltgestellt. Jetzt soll gegen ihn wegen Korruption im Amt und "unnatürlicher sexueller Beziehungen", darunter Sodomie, ermittelt werden - Vorwürfe, die der Angeklagte vehement bestreitet.

In vorauseilendem Gehorsam gegenüber der Machtbastion Mahathirs haben die Staatsermittler bereits angekündigt, das Verfahren gegen Anwar Mitte November eine Zeitlang auszusetzen. Aus gutem Grund: Dann nämlich findet in Malaysias Metropole der diesjährige Gipfels der 21 Mitglieder starken Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftskooperation (APEC) statt. Mißtöne, Kritiken gar, will die Regierung partout nicht dulden.

Freihandel und "Asiatische Werte"

Die Demontage Anwar Ibrahims ist eine Politposse, die unabhängig von ihrem Ausgang schwerwiegende Konfliktpotentiale zum Vorschein bringt und Malaysia ein anderes Gesicht verleiht. Mit etlichen seiner südost- und ostasiatischen Nachbarn teilt nämlich die britische Ex-Kolonie das Dilemma, Elemente des Beharrens mit solchen des raschen Wandels in Einklang zu bringen. Traditionellen Politikstil mit dem (tatsächlichen oder vermeintlichen) Globalisierungsgebot der Ökonomie zu vereinen, ohne die daraus resultierenden sozialen Konflikte offen ausbrechen zu lassen bzw. sie notfalls gewaltsam zu befrieden - das hat der gewiefte Politfuchs Mahathir in den Jahren seiner Herrschaft als Errungenschaft herausgestellt.

Das gestaltet sich nunmehr nicht nur schwieriger, sondern gefährdet möglicherweise sein eigenes politisches Überleben. Anwars "Verbrechen" bestand nämlich darin, die um jeden Preis auf Konsens bedachte Amtsführung Mahathirs öffentlich in Frage gestellt zu haben. Er hatte zur "schöpferischen Zerstörung" von verkrusteten Herrschaftsstrukturen aufgerufen, ein Ende von Nepotismus und Günstlingswirtschaft gefordert und mit "Reformasi" eine eigene politische Reformbewegung ins Leben gerufen.

Mahathir kann sich seit 1981 auf einen geschlossenen Machtapparat in Gestalt der herrschenden United Malays National Organisation (UMNO) stützen, auf schlagkräftige, noch unter den Briten geschaffene und in Aufruhrbekämpfung gedrillte Sicherheitskräfte, auf den ursprünglich zur Abwehr kommunistischer Subversion geschaffenen ISA, der später zur Zähmung von Dissens und Opposition eingesetzt wurde. Malaysias Medien wurden gegängelt, und Mahathir formulierte mit seiner mitunter eleganten antikolonialen Rhetorik oft die Anliegen vieler Staaten der Dritten Welt. Unter Mahathir setzte sich Malaysia in diesem Sinne nicht nur für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Südostasien ein; es propagierte auch in bewußter Abgrenzung vom

Westen seine "Look East"-Politik mit dem Konzept der "Asiatischen Werte" und geißelte wirtschaftliche Pressionen ebenso leidenschaftlich wie - mehrfach und namentlich - den ideellen Gesamtspekulanten George Soros.

Vor allem mit seinem Bekenntnis zu den "Asiatischen Werten" stellte sich Malaysia in eine Phalanx mit Singapur, Taiwan und der Volksrepublik China, die darin ein ideologisches Instrument eigener Herrschaftssicherung und kritischer Abgrenzung vom westlichen Kultur- und Konsummodell mit all seinen aus ihrer Sicht Verwerfungen sehen. Kernpunkte dieses Wertekanons: Betonung der traditionellen Großfamilienbande; Anerkennung und Achtung von Autoritäten; Betonung von Bildung, Aufopferung, Fleiß und Sparsamkeit; notfalls Einschnürung individueller Rechte zugunsten kollektiver Sicherheitsbelange und Erfolge (beispielsweise eingeschränkte gewerkschaftliche Betätigung als zumindest zeitweilig notwendiger komparativer Kostenvorteil) und Wahrung öffentlichen Anstandes, was das Bannen unzüchtiger (Sex-)Szenen in den Medien einschließt. Insbesondere das Gebot der Autoritätshörigkeit wurde für all jene gesellschaftlichen Gruppen und engagierten Einzelpersonen zum Fallstrick, die z.B. Menschenrechts-, Bürger-, Frauen- und Ökologiebewegungen mit dem übergeordneten Konzept einer Zivilgesellschaft verknüpfen.

Unkontrollierbare Proteste

Wahrscheinlich hat Mahathir die Kritik an der unzeremoniellen Weise unterschätzt, in der er seinen langjährigen Vize Anwar abgehalftert hat. Es hagelte Proteste aus dem Ausland, vor allem über das von Mahathirs Schergen schwer kontrollierbare Internet. Selbst die Präsidenten der diktaturgeschädigten Nachbarländer Indonesien und die Philippinen übten harsche Kritik an der Amtsführung Mahathirs. Der erst seit Ende Juni amtierende philippinische Präsident Joseph Estrada erwog sogar, der diesjährigen APEC-Konferenz in Kuala Lumpur fernzubleiben. Eine Drohgebärde, die Estrada sicherlich überdenken dürfte: Manila ist gegenüber Kuala Lumpur in einer vergleichsweise schwachen Position und müßte im Gegenzug damit rechnen, daß ein Großteil seiner etwa 300.000 philippinischen Arbeitskräfte des Landes verwiesen und malaysisches Kapital aus den Inseln abgezogen wird.

Schwerer wog da die Kritik aus dem großen Nachbarland Indonesien. Die ansonsten den politischen Eliten im In- wie Ausland geneigte "Jakarta Post" warf Mahathir vor, mit seinem drakonischen Vorgehen gegen Anwar "die Saat seines eigenen Untergangs gesät zu haben".

Kritik aus dem Ausland hat Mahathir nie sonderlich gegrämt. Gefährlicher für ihn ist der innenpolitische Unmut, der Mahathirs autokratischen Regierungsstil arg beschädigen könnte. Selbst seine engsten Gefolgsleute innerhalb der UMNO zeigen sich besorgt darüber, daß ihr Chef einen neuen Vizepremier erst im nächsten Jahr küren will. Ibrahim Ali, ein Mitglied des Obersten Rates der UMNO, ließ durchblicken, daß Mahathir nach zwei Fehlgriffen nunmehr auf Zeit setzen und nichts präjudizieren möchte. (Neben dem geschaßten Anwar Ibrahim war bereits 1986 der damalige UMNO-Vizepräsident Musa Hitam nach persönlichem Clinch mit Mahathir als potentieller Nachfolger ausgeschieden.) Ali wurde noch deutlicher, als er erklärte: "Diesmal wird die Partei (d.h. UMNO; R.W.) entscheiden. Keiner soll am Ende sagen, der Nachfolger sei einzig ein Mahathir-Günstling."

Mahathirs Machtprärogative werden unweigerlich beschnitten werden. Seine politische Zukunft hängt davon ab, ob und wie es seiner Regierung gelingt, der in den vergangenen Jahren entstandenen Mittelschicht allzu große wirtschaftliche Opfer zu ersparen, und welcher Weg aus der regionalen Finanz- und Wirtschaftskrise führt.

Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik

"Was war der Grund für die plötzliche Rezession?", hat Mahathir in einer Rede auf dem APEC-Gipfel in Vancouver am 23. November 1997 gefragt und dann ausgeführt: "Einige sagen, diese Länder verfügten über kein solides Fundament. Und eben diese schwachen Fundamente hätten zum Wertverfall der Währungen und zur Kontraktion der Aktienmärkte geführt. Hätte all das aber nur aufgrund ihrer eigenen Taten geschehen können? Die Wahrheit ist doch vielmehr, daß einige Marktspieler sich ostentativ zurückgezogen haben, um ihr Geld im Falle eines möglichen wirtschaftlichen Kollapses in Sicherheit zu bringen. Aber waren sie tatsächlich im Besitz großer Währungsbestände der entsprechenden Länder, als sie diese Bestände kurzerhand abstießen, um nicht in einen Abwertungssog zu geraten? Alles deutet darauf hin, daß diese Marktspieler nicht in die betreffenden Währungen investiert, sondern diese nur geliehen und dann rasch wieder abgestoßen haben, was zu deren Abwertung führte. Das gleiche geschah mit Aktien: Sie wurden lediglich geborgt und

kurzfristig wieder abgestoßen, ohne großes Risiko. (...) Wie konnte dies geschehen und so viele Volkswirtschaften sowie das Leben von Abermillionen ruinieren? Die Antwort ist der freie Markt (...); heute gilt einzig die Ideologie des Marktes, die Unfehlbarkeit freier Wirtschaften, wobei sich Regierungen tunlichst zurückhalten und nicht in das Marktgeschehen eingreifen sollen".

Nach Jahren einer Politik, die das ausländische Kapital hofierte, leitete Mahathir so im Sommer eine Kehrtwende ein, um den freien Fall der Landeswährung Ringgit, eine weitere Erosion an der Börse von Kuala Lumpur und den bis dahin fünfprozentigen Rückgang des Bruttosozialprodukts zu stoppen. Strikte Ringgit- und Devisenkontrollen wurden angeordnet, die mittlerweile auf gut 13 Prozent angewachsene Zinsbelastung bei Drei-Monats-Geldern halbiert und die US-Dollar-Ringgit-Parität auf eins zu 3,8 festgesetzt. Gleichzeitig flossen verstärkt ausländische Ringgit-Guthaben zurück, und umgerechnet 3,5 Mrd. US-Dollar wurden sofort für Infrastrukturmaßnahmen bereitgestellt und die Banken angewiesen, die schwache Binnennachfrage mit zinsgünstigen Krediten anzukurbeln. Das alles sind Maßnahmen, die gegen das Credo der APEC verstoßen und wofür Mahathir Mitte November sicherlich gerüffelt wird.

Wahrscheinlich wird er auf seine Weise kontern und mit kritischen Tönen an die Adresse der APEC-Freihandelsbefürworter nicht hinterm Berg halten. Denn ein Freund von APEC war Mahathir nie. Ihm schwebte statt dessen - mit Rückenwind aus Tokio und ganz im Sinne seines "Look East" - ursprünglich ein rein asiatischer Klub zur Förderung der technischen Kooperation und Stärkung des politischen und ökonomischen Gewichts Asiens in der Welt vor - eine sogenannte Ostasiatische Wirtschaftsgruppe (East Asia Economic Grouping, EAEG) mit Singapur, Vietnam, Thailand, den Philippinen, Indonesien, Südkorea, Japan, China und Brunei.

Was einigen Beobachtern als verschwörungstheoretische Schwärmerei von Mahathir vorkommt, gewann aus seiner Perspektive zusätzlich an Gewicht: Die pazifisch-ostasiatische Region, so Mahathir, erlebte in den vergangenen Jahrzehnten mit einem immensen Wachstum auch die Herausbildung einer konsumfähigen Mittelschicht, was neue Märkte schuf, in die einzudringen es allerdings den USA zusehends schwerer fiel. APEC sei demnach von Washington schrittweise mit den Geboten des Freihandels, der Marktöffnung und umfassenden Liberalisierungen im Finanz- und Investmentsektor in die Zange genommen und zur Umsetzung dieser noch aus den GATT-Vereinbarungen und der Uruguay-Runde herrührenden Forderungen gedrängt worden. Dem IWF und der Weltbank sei es bei alledem, insbesondere in Thailand, Indonesien und Südkorea, keineswegs vorrangig um eine Drosselung der Staatsausgaben, das Trimmen von Budgetdefiziten oder gar um die Rettung angeschlagener Banken gegangen, sondern schlicht um das Kappen protektionistischer Elemente im Handels- und Investitionsbereich sowie um das Zurückdrängen aktiver Staatsinterventionen, worauf das "asiatische Wunder" der Tigerökonomien so lange basierte.

In Kuala Lumpur wird Mahathir das Heimspiel für neuerliche Breitseiten gegen eine als feindselig wahrgenommene Außenwelt nutzen. Auch die in Bewegung geratene Protestbewegung im Innern sieht im APEC-Gipfel ein willkommenes Forum zur Durchsetzung ihrer Belange - Freihandel hin, Freihandel her.

Rainer Werning

Malaysia - Gastgeber des diesjährigen APEC-Gipfels

Bis zum Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise im Sommer 1997 zählte das 330.000 Quadratkilometer große und an Rohstoffen (Zinn, Öl, Edelhölzer, Kautschuk, Kupfer, Eisen, Gas und Bauxit) reiche Malaysia mit seinen 21 Millionen EinwohnerInnen zu den erfolgreichsten Wachstumsökonomien in der Region. Es hatte ein Wirtschaftswachstum von jährlich neun Prozent; das jährliche Pro-Kopf-Einkommen lag bei 11.000 US-Dollar.

Das politische Machtzentrum bildet die sogenannte Nationale Front, ein aus 14 politischen Gruppierungen bestehendes und von der UMNO dominiertes Bündnis, zu dem u.a. die Parti Islam SeMalaysia (PAS) und die Democratic Action Party (DAP) in Opposition stehen. Ein Relikt des Kalten Krieges ist der Internal Security Act (ISA), der während der sogenannten Notstandsphase (1948-60) gegen die seinerzeit von der VR China inspirierte Kommunistische Partei Malayas geschaffen worden ist. Er dient bis heute der Einschüchterung regierungskritischen Unmuts.

Wichtigste Handelspartner des Landes sind Singapur, Japan, die USA, Hongkong, Großbritannien, gefolgt von Thailand, Taiwan, Deutschland und Südkorea.

Vom 12. bis zum 18. November ist Kuala Lumpur Austragungsort der diesjährigen APEC-Konferenz. Die APEC (AsiaPacific Economic Cooperation) mit Hauptsitz in Singapur wurde 1989 im Zuge der wachsenden Interdependenz zwischen den asiatisch-pazifischen Ökonomien im australischen Canberra aus der Taufe gehoben. Ursprünglich als informelles Forum konzipiert, zählt die APEC gegenwärtig 18 Mitglieder: Australien, Brunei, Kanada, Chile, China, Hongkong, Indonesien, Japan, Südkorea, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Papua Neuginea, die Philippinen, Singapur, Taiwan, Thailand und die USA. In Kuala Lumpur soll der Teilnehmerkreis mit Peru, Rußland und Vietnam auf 21 erweitert werden.

Mitte der neunziger Jahre betrug das kumulierte Bruttosozialprodukt der APEC-Mitglieder umgerechnet 13 Billionen US-Dollar, was etwa der Hälfte der weltweiten Jahresproduktion entsprach. 46 Prozent des gesamten Welthandels spielt sich innerhalb der APEC ab. Zu den zentralen Vereinbarungen der APEC gehört die Verwirklichung des freien Handels, die Öffnung der Finanzmärkte und eine ungehinderte Investitionspolitik in der Region bis zum Jahr 2020.

rw

33. Aushungern, obdachlos aussetzen, kriminalisieren. Berliner Sozialämter gegen Menschenwürde und Sozialstaat

Wie Berliner Sozialämter Menschenwürde und Sozialstaat abschaffen

Autor: Georg Classen · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:18

Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) wurde im Sommer d.J. zum zweiten Mal geändert (siehe ak 416), am 1. September trat die AsylbLG-Novelle in Kraft. Berlin nahm im Verfahren der Gesetzesänderung schon die Hardliner-Rolle ein, auch jetzt, wo es um die Umsetzung des Gesetzes geht, zeigt die Berliner Praxis, wie Menschen ihr Recht auf materielle Versorgung genommen werden kann und wie Illegalisierte geschaffen werden.

Die Berliner Sozialämter streichen nicht nur das Taschengeld, sie streichen den Betroffenen seit September 1998 vielfach sämtliche Hilfeleistungen! Die nach dem Gesetz erforderliche Einzelfallprüfung, ob ein Tatbestand nach §1a vorliegt, und welche Leistungen gegebenenfalls unabweisbar geboten sind, findet nicht statt, sie soll offenbar den völlig überlasteten Verwaltungsgerichten überlassen werden - sofern die Flüchtlinge ohne Geld und Obdach überhaupt noch in der Lage sind, ein Rechtsschutzverfahren zu betreiben.

Bereits seit Jahren in Berlin lebende Flüchtlinge erhalten seit September 1998 häufig nur noch für vier Wochen Unterkunft und Ernährung, sie werden anschließend ohne jegliche Leistungen für Ernährung und medizinische Versorgung in die Obdachlosigkeit entlassen. Neu ankommende, vor allem Kriegsflüchtlinge aus dem Kosovo, erhalten vielfach von vornherein keinerlei Unterstützung. Betroffen sind Alleinstehende wie auch Familien mit Kindern.

Die Bescheide der Sozialämter enthalten in der Regel keine Begründung, weshalb der Flüchtling einem Tatbestand nach §1a AsylbLG zugeordnet wird. Auch wird der Umfang des im Einzelfall unabweisbar Gebotenen nicht anhand der oben erwähnten Gesetzesbegründung bestimmt, wonach Unterkunft, Verpflegung, Kleidung, Hygienebedarf sowie die medizinische Versorgung im Regelfall als "unabweisbare Leistungen" weiter zu gewähren sind, vielmehr werden nach einer Frist von maximal vier Wochen sämtliche Leistungen eingestellt.

Unklar und für die Betroffenen in keiner Weise verständlich ist, was ihnen eigentlich vorgeworfen wird und was sie ggf. tun können und sollen, um diese Vorwürfe auszuräumen. Vielfach werden unerfüllbare Forderungen gestellt, z.B. daß die Flüchtlinge sich binnen vier Wochen Pässe bzw. Einreisevisa ihrer Herkunftsländer besorgen und ausreisen müßten. Die - ausländerrechtlich und außenpolitisch inkompetenten - Sozialämter berücksichtigen dabei nicht, daß eine solche Ausreise vielfach nicht nur unzumutbar, sondern zudem auch technisch unmöglich ist. Die Sozialämter fordern zur Ausreise in Kriegs- und Krisengebiete auf, z.B. Flüchtlinge aus dem Kosovo, ebenso Muslime aus dem Sandzak, Roma und Deserteure aus der BR Jugoslawien.

In Gesprächen mit Sachbearbeitern wurde uns deutlich, daß diese in aller Regel nichts über die aktuelle Situation im Herkunftsland der Flüchtlinge wissen, auch kennen sie nicht die praktischen Probleme, Wartezeiten und Kosten der Paßbeschaffung. Die Ämter berücksichtigen nicht, daß viele Botschaften - etwa des Libanon, Vietnams oder der Bundesrepublik Jugoslawien - sich grundsätzlich weigern, Reisedokumente an hier lebenden Flüchtlinge auszustellen oder die Bearbeitung entsprechender Anträge monate- oder jahrelang hinauszögern und somit eine Ausreise bereits praktisch unmöglich ist. Häufig werden Reisedokumente erst nach Durchführung der in den Rückübernahmeabkommen mit den betreffenden Ländern vereinbarten komplizierten bürokratischen Prozeduren, teils auch nur gegen die Zahlung hoher Schmiergelder ausgestellt. Die Ausländerbehörde ist - trotz Mitwirkung der Betroffenen durch Unterschrift unter entsprechende Antragsformulare - in diesen Fällen seit Jahren nicht in der Lage, die erforderlichen Reisedokumente zu beschaffen und die betreffenden Flüchtlinge abzuschieben. Zudem werden von den Sozialämtern in der Regel weder Fahrtkosten zur Botschaft noch Paßgebühren übernommen - die die Flüchtlinge von 80,- DM Taschengeld - sofern dieses Leistung nicht ohnehin bereits gestrichen wurde - aber auch nicht selber tragen könnten.

Palästinensische Flüchtlinge, die einen vom Libanon ausgestellten Flüchtlingspaß als "palästinensische Flüchtlinge" besitzen, aber tatsächlich staatenlos sind, und deren Staatsangehörigkeit von der Ausländerbehörde regelmäßig als "ungeklärt" bezeichnet wird (bekanntlich gibt es keinen palästinensischen Staat) wurden vom Sozialamt aufgefordert, im Rahmen ihrer sozialhilferechtlichen Mitwirkungspflichten ihre Staatsangehörigkeit zu klären. Palästinenser, Staatenlose und andere Flüchtlinge aus dem Libanon, müssen die Einstellung aller Hilfen durch das Sozialamt hinnehmen, obwohl ihre Rückkehr in den Libanon in der Praxis bereits daran scheitert, daß die libanesischen Behörden keine Reisepapiere ausstellen - sie betrachten die betreffenden Personen selbst als Flüchtlinge und verweigern ihnen deshalb libanesische Einreisedokumente. Für libanesische Staatsangehörige ist eine Paßbeschaffung zwar möglich, dies dauert jedoch in der Regel mehrere Jahre.

Ebensowenig berücksichtigen die Sozialämter, daß eine Ausreise in der Regel auch aufgrund der Verhältnisse im Herkunftsland unzumutbar sein kann. Es wird immer wieder berichtet, daß palästinensische Männer im Libanon der Rekrutierung durch die verschiedenen Milizen unterliegen, der sie sich kaum entziehen können.

Flüchtlingen aus dem Kosovo, wo die Menschenrechtssituation völlig eskaliert ist und immer noch ein Eingreifen der NATO erwogen wird, wie auch anderen Staatsangehörigen der Bundesrepublik Jugoslawien (Deserteure der jugoslawischen Armee, Moslime aus dem Sandzak und Roma) wird vielfach unterstellt, sie seien eingereist, um Sozialhilfe zu beziehen, bzw. sie persönlich hätten zu vertreten, daß sie von der Ausländerbehörde nicht abgeschoben werden dürfen.

Dabei ist derzeit für Flüchtlinge aus der BR Jugoslawien eine Abschiebung wie eine freiwillige Ausreise unmöglich. Das die Abschiebung - wie auch eine freiwillige Ausreise (1) - regelnde Rückübernahmeabkommen mit Jugoslawien erfordert vor der Abschiebung bzw. freiwilligen Rückkehr ("putni list") eine teils monate-, teils jahrelang dauernde Überprüfungs- und Zustimmungsprozedur, ohne die eine freiwillige Rückkehr wie auch eine Abschiebung unmöglich sind. Derzeit ist - aufgrund des wegen der Kosovo-Krise verfügten Landeverbotes für die staatliche jugoslawische Airline JAT - die Anwendung des Abkommens ohnehin suspendiert.

Seit Juni 1998 besteht in Berlin zudem - wie in allen Bundesländern - ein von der Senatsinnenverwaltung verfügter Abschiebestopp für Flüchtlinge aus dem Kosovo. Die Bevölkerung im Kosovo muß derzeit vielfach in Wäldern kampieren, es wird befürchtet, daß hunderttausende erfrieren oder verhungern werden.

Als Konsequenz der fehlenden technischen Möglichkeit bzw. der Unzumutbarkeit einer freiwilligen Ausreise müßten die Sozialämter den Betroffenen aufgrund einer Ermessensprüfung regelmäßig als "unabweisbar gebotene Leistungen" ungekürzte Leistungen nach AsylbLG weitergewähren, soweit überhaupt ein Ausschlußgrund nach §1a vorliegt.

Solche Einzelfallprüfungen finden jedoch nach unserer Beobachtung bei den meisten Sozialämtern weder hinsichtlich des Vorliegens eines Tatbestandes nach §1a AsylbLG noch hinsichtlich des gegebenenfalls "unabweisbar gebotenen Leistungsumfanges" statt. Die Sozialämter folgern statt dessen in der Regel das Vorliegen eines Tatbestandes nach §1a AsylbLG allein aus der Tatsache, daß die Ausländerbehörde statt einer Duldung vielfach (rechtswidrig) nur eine "Grenzübertrittsbescheinigung" bzw. "Bescheinigung" ausstellt (2), oder daß die Ausländerbehörde ein (ausländerrechtliches) Arbeitsverbot verfügt hat, oder daß die Duldung bzw. Bescheinigung den Vermerk "Identität ungeklärt" trägt.

"Identität ungeklärt"?

Trotz ihrer Niederlage vor dem Bundesverwaltungsgericht im September 1997 hält die Ausländerbehörde Berlin vielfach weiterhin an ihrer rechtswidrigen Praxis fest, Flüchtlingen, die sie nicht abschieben kann, über Monate und Jahre anstelle von Duldungen nur "Grenzübertrittsbescheinigungen" oder "Bescheinigungen" auszustellen. Diese rechtswidrige Praxis gilt derzeit offenbar generell für neu eingereiste Kriegsflüchtlinge aus dem Kosovo, aber auch schon für länger hier lebenden Flüchtlinge aus dem Kosovo oder anderen Ländern. (3)

Nach einer Vereinbarung zwischen den Senatsverwaltungen für Inneres und für Soziales soll die Ausländerbehörde ab 1.9.98 Duldungen mit dem Vermerk "Erwerbstätigkeit nicht gestattet" versehen, wenn nach Auffassung der Ausländerbehörde ein Tatbestand nach §1a Nr. 2 AsylbLG vorliegt. Da in der Praxis aufgrund der Arbeitsmarktlage ohnehin so gut wie keine Arbeitserlaubnisse vom Arbeitsamt an die betreffende

Flüchtlinge erteilt werden, hat dieses Verbot kaum praktische Bedeutung. Es wird als Code zur Information an die Sozialämter verwendet, obwohl es dafür denkbar ungeeignet ist, weil das Sozialamt beweispflichtig ist für das Vorliegen eines Tatbestandes nach §1a AsylbLG und daher auch konkretisieren muß, was genau dem Flüchtling vorgeworfen wird. Einige Sozialämter fordern nun Flüchtlinge auf, bei der Ausländerbehörde vorzusprechen und "im Rahmen ihrer Mitwirkungspflicht" ein verfügtes ausländerrechtliches Arbeitsverbot aufheben zu lassen, um nachzuweisen, daß kein Tatbestand nach §1a vorliegt. Diese Aufforderung ist rechtswidrig, da die Ausländerbehörde nach §79 Abs. 3 AuslG von Amts wegen verpflichtet ist, den Sozialämtern für die Durchführung des AsylbLG alle leistungsrelevanten Tatsachen mitzuteilen. Wie aus dem Sozialamt Kreuzberg zu erfahren war, soll die Ausländerbehörde allerdings bereits mitgeteilt haben, entsprechende einzelfallbezogene Auskünfte "wegen Überlastung" nicht zu erteilen.

Hinzu kommt der Vermerk "Identität ungeklärt", der von der Ausländerbehörde regelmäßig dann auf Duldung bzw. Bescheinigung angebracht wird, wenn der betreffende Flüchtling keinen Paß besitzt. Die Vorlage von anderen Dokumenten zur Person wie Personalausweise, Führerschein, Geburtsurkunde, etc. ändert an diesem Vermerk nichts. Auch die (aufgrund §41/41a AuslG) regelmäßig von der Ausländerbehörde durchgeführte erkennungsdienstliche Behandlung (10 Fingerabdrücke, Fotos), der von der Ausländerbehörde regelmäßig veranlaßte Abgleich der Fingerabdrücke mit der AFIS-Datei beim Bundeskriminalamt (in der u.a. alle Asylbewerber gespeichert sind, ein europaweiter Abgleich ist ebenfalls vorgesehen), der Abgleich der Daten über das Ausländerzentralregister (4), ändern nichts an dem Vermerk.

Selbst auf den Dokumenten von Flüchtlingen, die bereits jahrelang in Deutschland mit einer Duldung leben, die zum Teil ein Asylverfahren durchlaufen haben, oder deren Kinder in Deutschland geboren sind, findet sich neuerdings vielfach der Vermerk "Identität ungeklärt", nur weil sie nicht im Besitz eines gültigen Passes sind.

Aufgrund des - in aller Regel unzutreffenden - Vermerks "Identität ungeklärt" verweigern die Sozialämter nunmehr vielfach jegliche Leistungen, da wegen ungeklärter Identität der Antrag auf Leistungen leider nicht geprüft werden könne bzw. ein Tatbestand nach §1a AsylbLG vorliege.

Auch wird den Flüchtlingen die von den Sozialämtern geforderte Mitwirkung von der Ausländerbehörde geradezu unmöglich gemacht. Die Ausländerbehörde zieht regelmäßig und ohne Rechtsgrundlage die Personalausweise bzw. Identitätskarten der Flüchtlinge ein. Eine Antragstellung bei der Botschaft ist so nicht möglich ist. Die Botschaft der BR Jugoslawien z.B. stellt Personen dann eine Bescheinigung aus, daß ohne Personaldokumente leider deren Identität als ungeklärt angesehen werden müsse und deshalb kein Antrag auf einem Paß oder auf "putni list" entgegengenommen werden könne. Wegen der fehlenden Identitätsbescheinigung der Botschaft wird dann wiederum die Sozialhilfe verweigert. Allerdings: Selbst wenn ein entsprechender Antrag gestellt werden konnte (und die Botschaft dies sogar bescheinigt hat), verweigern viele Sozialämter weiterhin jede Hilfe.

Stellen sie

einen Asylantrag!

Durch die Leistungsstreichungen wollen die Sozialämter Flüchtlinge offenbar dazu veranlassen, Asylanträge zu stellen, weil sich wegen der damit verbundenen Umverteilung der Flüchtlinge auf andere Bundesländern auch die Zuständigkeit für die Leistungsgewährung ändert. Nach Antragstellung lebt der Leistungsanspruch auch zunächst wieder auf, da Asylbewerber im Verfahren nicht unter die Leistungseinschränkungen des §1a AsylbLG fallen. Allerdings: Für Kriegsflüchtlinge ist das Asylverfahren nicht gemacht. Nach wenigen Tagen oder Wochen wird der Asylantrag als offensichtlich unbegründet abgelehnt - und es ist wieder eine Duldung zu erteilen, womit auch - in einem anderen Bundesland - für den Flüchtling der ursprüngliche Zustand wieder erreicht ist: kein Anspruch auf Leistungen wegen §1a AsylbLG.

Ebenso gilt das Asylrecht faktisch nicht für Staatenlose - wie z.B. für Palästinenser - oder für Flüchtlinge aus Ländern, in denen keine einheitliche staatliche Gewalt existiert - wie etwa Afghanistan oder Somalia. Denn wo kein Staat, da kann auch keine politische Verfolgung sein, so die Logik der deutschen Asylrechtsprechung.

Wer und wieviele

sind betroffen?

Es kann derzeit nur schwer eingeschätzt werden, wie viele Flüchtlinge in Berlin bereits von Leistungsstreichungen, Aushungern, Obdachlosigkeit und dem Entzug medizinischer Versorgung betroffen sind. Es dürfte sich bisher um eine Größenordnung von zumindest mehreren hundert, wenn nicht sogar an die tausend Personen, mit stark zunehmender Tendenz handeln, darunter viele Familien mit Kindern. Festzustellen ist, daß derzeit täglich ratsuchende Flüchtlinge die Beratungsstellen von Wohlfahrtsverbänden und Kirchen aufsuchen, weil ihnen die Leistungen gestrichen wurden. Wir möchten hierzu auf die von uns erstellte Dokumentation von Einzelfällen hinweisen. Betroffen sind derzeit vor allem:

- Kriegsflüchtlinge aus dem Kosovo

- Muslime aus dem Sandzak, Roma sowie Deserteure aus der BR Jugoslawien

- palästiensische Flüchtlinge aus dem Libanon

Kein effektiver Rechtsschutz möglich

Auf die Gewährung des (für Flüchtlinge ohne bereits abgesenkten) Existenzminimums nach AsylbLG - Unterkunft, Ernährung, Kleidung, medizinische Akutversorgung, sowie der Taschengeldbetrag von 2,60 DM/Tag (für persönliche Bedürfnisse, z.B. Schreibbedarf, Telefon, Porto, Anwaltskosten, ÖPNV-Fahrten etc. (5)) besteht ein Rechtsanspruch, der durch §1a AsylbLG - wenn die Voraussetzungen vorliegen - ggf. eingeschränkt sein kann.

Den Betroffenen stehen der Widerspruch beim Sozialamt (dieser wird erfahrungsgemäß frühestens nach drei Monaten, in vielen Fällen auch überhaupt nicht beschieden) sowie der Klageweg vor den Verwaltungsgerichten offen. Das Gerichtsverfahren durch zwei Instanzen dauert erfahrungsgemäß vier oder fünf Jahre. Zusätzlich zum Klageverfahren muß daher beim Gericht noch ein den Fall vorläufig regelndes Eilverfahren betrieben werden ("Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung"), für das seit 1.1.1997 in der zweiten Instanz ein hochkompliziertes, auch für Juristen nur schwer verständliches Beschwerdezulassungsverfahren sowie Anwaltszwang gelten.

Derzeit zeichnet sich ab, daß die Betroffenen während ihrer durch beide Instanzen voraussichtlich bis zu etwa 6 Monaten dauernden Eilverfahren - durch die Überlastung der Gerichte mit derartigen Verfahren möglicherweise sogar noch länger - ohne jegliche Hilfe von Sozialamt in Obdachlosigkeit überleben müssen. Skandalös ist auch, daß die Kammern des Berliner Verwaltungsgerichtes offenbar dazu neigen, angesichts überhaupt nicht oder vollkommen unzulänglich begründeter Sozialamtsbescheide diese Bescheide nicht etwa als rechtswidrig aufzuheben - das Sozialamt ist, wie bereits angemerkt, beweispflichtig für das Vorliegen eines Tatbestandes nach §1a AsylbLG - sondern anstelle der Sozialämter nunmehr selbst in jedem Einzelfall die Überprüfung der Tatbestandsvoraussetzungen des §1 AsylbLG durchführen - u.a. durch kurzfristig zu beantwortende umfassende schriftliche Fragenkataloge an die Flüchtlinge.

Prozeßkostenhilfe wird von den Gerichten erst mit Abschluß des Verfahrens gewährt und (entgegen dem eigentlichen Sinn des Prozeßkostenhilferechts) in der Praxis in aller Regel auch nur dann, wenn der Betroffene ohnehin Recht erhält. Mangels Bargeld können die Flüchtlinge keine Anwälte (die mangels funktionierenden Prozeßkostenhilfeverfahrens regelmäßig Vorschüsse verlangen müssen) beauftragen. Beratungsstellen von Kirchen und Wohlfahrtsverbänden sind von dem hochkomplizierten Rechtsschutzverfahren in der Regel überfordert und (nach dem Rechtsberatungsgesetz) eigentlich auch nicht berechtigt, den Flüchtlingen im Gerichtsverfahren zu helfen. Die Flüchtlinge verstehen das (im Eilverfahren ausschließlich schriftlich durchgeführte) Verfahren in der Regel bereits sprachlich, aber auch juristisch nicht. Sie müssen - obgleich obdachlos - ständig postalisch erreichbar sein und auf die schriftlich (auf deutsch) gestellten Fragen des Verwaltungsgerichtes unverzüglich schriftlich (auf deutsch) antworten, sonst laufen sie Gefahr, ihre Verfahren zu verlieren.

Zusätzlich zu den Klage- und Eilverfahren gegen die Sozialämter sind entsprechende Widerspruchs-, Klage- sowie Eilverfahren gegen die Ausländerbehörde erforderlich, da - entgegen der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes - weiterhin vielfach nur "Bescheinigungen" anstelle der im Ausländergesetz für solche Fälle vorgesehenen "Duldungen" ausgestellt werden.

Weitere Rechtsschutzverfahren (jeweils immer sowohl Eil- als auch Widerspruchs- und Klageverfahren) gegen die Ausländerbehörde sind erforderlich, um den - trotz vorgelegter Personaldokumente,

erkennungsdienstlicher Behandlung etc. - unzutreffenderweise angebrachten Vermerk "Identität ungeklärt" streichen zu lassen, sowie das als "Code" für das Vorliegen eines Tatbestandes nach §1a AsylbLG verwendete "ausländerrechtliche Arbeitsverbot" aufheben zu lassen.

Georg Classen

Der Autor ist Flüchtlingsberater bei der Passionskirche in 10961 Berlin, Marheinekeplatz 1, Fax: 030 / 69401242

Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) - "§1a - Anspruchseinschränkung":

"Leistungsberechtigte nach §1 Abs. 1 Nr. 4 und 5 und ihre Familienangehörigen nach §1 Abs. 1 Nr. 6,

1. die sich in den Geltungsbereich dieses Gesetzes begeben haben, um Leistungen nach diesem Gesetz zu erlangen, oder

2. bei denen aus von ihnen zu vertretenden Gründen aufenthaltsbeendende Maßnahmen nicht vollzogen werden können,

erhalten Leistungen nach diesem Gesetz nur, soweit dies im Einzelfall nach den Umständen unabweisbar geboten ist."

Wenn einer der beiden Tatbestände vorliegt, können die - bereits gegenüber der Sozialhilfe um 25% gekürzten und vielfach nur als Sachleistungen gewährten - Leistungen nach dem AsylbLG noch weiter auf das "Unabweisbare" reduziert werden. In der Gesetzesbegründung ist klargestellt, daß "unabweisbar geboten" im Regelfall die Gewährung von (Sach-) Leistungen für Unterkunft, Ernährung, Kleidung, Hygienebedarf sowie die medizinische Versorgung ist. Nicht unabweisbar geboten sei demgegenüber in der Regel der (ungekürzte) Barbetrag (Taschengeld) von 80,- DM/Monat (Bundestagsdrucksache 13/11172 vom 23.6.98).

Beim Vorliegen mindestens eines der beiden Tatbestände - wofür das Sozialamt beweispflichtig ist - soll den betroffenen Flüchtlingen demnach das einzige verfügbare Bargeld (2,60 DM/Tag bzw. 80,-/Monat) entweder gekürzt oder ganz gestrichen werden.

Bereits der Entzug jeglichen Bargeldes ist - auch verfassungsrechtlich - äußerst fragwürdig, da die betroffenen Flüchtlinge, die zugleich einem faktischen Arbeitsverbot unterliegen, unweigerlich gezwungen werden, auf kriminelle Weise zu überleben. Flüchtlinge, die keinen Pfennig Bargeld besitzen dürfen (vorhandene Geldbeträge werden restlos auf die Sozialhilfe angerechnet und können nach §7a AsylbLG auch beschlagnahmt werden), werden kriminell, wenn sie einen Bus oder eine U-Bahn benutzen, ihrem Kind einen Apfel oder ein Schulheft kaufen, ihren Anwalt anrufen oder einen Brief abschicken. Das dafür erforderliche Bargeld müssen sie sich illegal beschaffen, oder sie müssen schwarzfahren bzw. klauen.

Forderungen an den Senat von Berlin und an die Bundesregierung:

Sozialstaat, Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit und Menschenwürde sind zu achten, Mindeststandards bei der sozialen und medizinischen Versorgung von Flüchtlingen und bei deren Unterbringung einzuhalten.

Solange Flüchtlinge sich tatsächlich in Deutschland aufhalten, sollten sie nach Möglichkeit das Recht erhalten, zu arbeiten, wenigstens aber ein Recht auf soziale Hilfen. Zu fordern ist die Abschaffung des AsylbLG sowie eine sozialhilferechtliche Gleichstellung mit Deutschen, wie sie auch von allen Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege gefordert wird.

Zuallermindest erwarten wir von der rot-grünen Bundesregierung, die durch die AsylbLG-Novellen 1997 und 1998 vorgenommenen Leistungseinschränkungen (neuer §1a AsylbLG, Änderungen der §2 und §5 AsylbLG) unverzüglich wieder rückgängig zu machen. Leider enthält die Koalitionsvereinbarung keine Aussage zum AsylbLG!

Nur in sehr wenigen Fällen (etwa bei Weigerung zumutbare reguläre Arbeit zu leisten, sofern eine Arbeitserlaubnis erteilt wurde; bei Weigerung das Herkunftsland anzugeben) ist - wie auch für Deutsche - nach einer Einzelfallprüfung überhaupt eine Kürzung auf das "Unerläßliche" denkbar, was aber zumindest das vor September 1998 geltende Leistungsniveau des AsylbLG (= 75% der Sozialhilfe) bedeuten, und in jedem Fall

die Versorgung mit Unterkunft, Ernährung, Kleidung, Hygienebedarf, medizinische Versorgung sowie einen angemessenen Betrag für persönliche Bedürfnisse als zum Lebensunterhalt unerläßliche und unabweisbare Leistungen einschließen muß. (1)

Dieses Mindestmaß an sozialen Hilfen muß aus verfassungsrechtlichen Gründen für alle hier tatsächlich anwesenden Flüchtlinge - unabhängig vom Grund ihres Aufenthaltes - gewährleistet sein. Es darf kein neues (nach willkürlichen Maßstäben festgelegtes) Leistungsniveau unterhalb des bereits "zum Lebensunterhalt unerläßlichen" Niveaus des AsylbLG etabliert werden.

Es handelt sich um verfassungsrechtlich geschützte Grundrechte (vgl. Gutachten BAGFW (2)). Die Sozialämter dürfen den Sozialstaat nicht leichtfertig am Beispiel der sozial Schwächsten dieser Gesellschaft in Frage stellen!

Der Entzug jeglichen Bargeldes, das Aushungern und das obdachlos Aussetzen von Flüchtlingen in Berlin muß sofort aufhören!

Anmerkungen:

1) Dies bedeutet im Ergebnis, daß Leistungseinschränkungen des AsylbLG allenfalls für solche Flüchtlinge gelten können, denen ein konkret nachzuweisender Mißbrauchstatbestand vorzuwerfen ist. Alle anderen müssen ungekürzte Leistungen nach BSHG erhalten. Infolge der mit dem AsylbLG vorgenommenen Leistungskürzung auf das "Unerläßliche" für alle Asylsuchenden und alle geduldeten Flüchtlinge - und der damit praktizierten pauschale Sanktionierung und dem undifferenzierten Mißbrauchsvorwurf gegen sämtliche Flüchtlinge mit ungesichertem Status - fehlt die Möglichkeit, in einem tatsächlich begründeten Einzelfall ggf. noch eine Kürzung vorzunehmen. Folge ist, daß sich die nunmehr dennoch vorgenommenen zusätzlichen Kürzungen nicht mehr auf dem "Unerläßlichen", sondern auf einem Willkürniveau bewegen.

2) Rechtsgutachten der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege - BAGFW - Röseler/Schulte zur geplanten 2. AsylbLG-Novelle, gekürzt in FR v. 29.4.98, vollständig im Internet unter www.paritaet.org im Verzeichnis "das aktuelle Dokument".

Anmerkungen:

1) Dies geht auch aus den Protokollen des gemeinsamen Expertenausschusses zur Durchführung des Abkommens unzweifelhaft hervor, vgl. dazu die hierüber vom Bundesinnenministerium an die Länderinnenministerien verschickten Vermerke, vgl. z.B. BMI, Gz. A 2b-125610-JUG/1 v. 26.6.97.

2) Bundesverwaltungsgericht v. 25.9.97, 1 C 3.97, InfAuslR 1998, 12: Eine Duldung ist grundsätzlich auch dann zu erteilen, wenn eine Abschiebung zwar möglich ist, die Ausreise des Ausländers aber nicht ohne zeitliche Verzögerung durchgesetzt werden kann (BT-Drs. 11/6321 S. 76 zu 55). Auf die Möglichkeit einer freiwilligen Ausreise kommt es nicht an. Mit dem Urteil wurde das Landeseinwohneramt Berlin, das den vietnamesischen Klägern nur Grenzübertrittsbescheinigungen erteilt hatte, zur Erteilung von Duldungen verpflichtet, solange die Abschiebung aufgrund der nur schleppenden Umsetzung des Rückführungsabkommens zwischen Bonn und Hanoi tatsächlich nicht möglich ist.

3) Bundesverwaltungsgericht, a.a.O.

4) Dort werden alle in der BRD lebenden Ausländer erfaßt.

5)Ermäßigte Sozialkarten (wie für deutsche Sozialhilfeempfänger) oder sonstige Ermäßigungen gibt es für Asylsuchende und Flüchtlinge nicht. Wer sein Taschengeld drei Tage lang anspart, kann davon dann einen BVG-Fahrschein für 7,80 DM kaufen, um zum Sozialamt oder zur Ausländerbehörde und wieder zurück zu fahren. Da die Wartezeit bei diesen Ämtern Stunden beträgt und in der Regel Fahrten quer durch die ganze Stadt erforderlich sind (die Zuständigkeit der Sozialämter richtet sich für Flüchtlinge nicht nach Wohnbezirk, sondern nach Geburtsdatum, und die Ausländerbehörde hat nur eine einzige zuständige Dienststelle in Berlin) kommen günstigere Fahrscheine nicht in Frage. Flüchtlinge mit gekürzten oder ohne Taschengeld unterliegen daher einem hohen Risiko, beim Schwarzfahren erwischt zu werden. Weil sie natürlich auch die 60,- DM nicht zahlen können, werden sie entsprechend kriminalisiert. Die so erzeugte "Kriminalität" der Flüchtlinge rechtfertigt in der Folge dann nach Auffassung der Ausländerbehörde sogar Abschiebungen in Kriegsgebiete wie den Kosovo.

34. Schengener Polizeiaktion gegen Flüchtlinge und MigrantInnen

Autor: Mark Holzberger · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:19

Über ein Jahr schon behauptet das Bundesinnenministerium (BMI) gebetsmühlenartig, daß der Amsterdamer Vertrag das Ende der sog. "Schengen-Kooperation" bedeuten würde, im Rahmen dessen sich seit 1985 eine auf Abschottung nach außen und Hochrüstung nach innen orientierte Innenpolitik Westeuropas herausgebildet hatte. Dennoch: Morbidität strahlt Schengen auch auf seine angeblich letzten Tage nicht gerade aus - im Gegenteil. Mitte Oktober erst führten die Schengener Vertragsstaaten die erste gemeinsam geplante und koordinierte Großaktion ihrer Polizeibehörden zur Bekämpfung von Flucht und Migration durch. Leben Totgesagte wirklich länger?

Zwischen dem 15. Oktober 1998 00.00 h und dem 17. Oktober 24.00 h wurde in den Schengener Vertragsstaaten das sog. "Pilotprojekt Routen/Illegale Migration" durchgeführt (daß offiziell nur noch von Zuwanderung und Migration die Rede ist, ist übrigens kein Zufall oder Versehen, sondern Programm: Flucht findet nicht mehr statt!). Monatelang hatten sich der Bundesgrenzschutz (BGS) sowie die Länderpolizeien auf die Großrazzia gegen Flüchtlinge und MigrantInnen vorbereitet. Allein in der Bundesrepublik wurde - von einer bislang nicht bekannten Anzahl deutscher PolizistInnen - an verschiedenen "Hauptschleusungsrouten" die "illegale Zuwanderung" polizeilich kontrolliert. Dies geschah nicht nur an der deutsch-polnischen Grenze (im Bereich von Löcknitz), sondern auch an dem eher unscheinbaren Seehafen Kiel. Schengen ließ auch an den weltweit aktiven Flughäfen Frankfurt/M. und München sowie den Regionalflughäfen Saarbrücken und Erfurt die Muskeln spielen. Auch auf Bahnhöfen wurde Jagd auf Menschen gemacht, die versuchten, sich in dieses Land zu retten, so in Frankfurt. M. und Halle. Zudem mußten sich Bahnreisende im gesamten Zuständigkeitsbereich der BGS-Inspektion Karlsruhe (und damit in weiten Teilen Baden-Württembergs) einer verschärften Polizeikontrolle unterwerfen. Der erst im Sommer 1998 bundesweit legalisierte "Fahndungsschleier" (also sog. anlaß- oder verdachtsunabhängige BGS-Kontrollen) wurde über die Region Saarbrücken sowie Basel/Weil am Rhein ausgeworfen.

Diese (nach dem letztjährigen Pilotprojekt Kfz-Verschiebung) zweite Schengener Großrazzia verfolgte neben der Kriminalisierung, Festnahme und Abschiebung von Flüchtlingen und MigrantInnen drei Ziele: Zum einen die "Verbesserung der grenzüberschreitenden Polizeikooperation" sowie - zweitens - die "Intensivierung des Informationsaustausches". Schließlich sollte dieses Pilotprojekt eine "Momentaufnahme des illegalen Migrationsstromes abbilden" helfen, die wiederum der Erstellung eines "objektiven Lagebildes" über die Schleuserkriminalität dienen soll.

705 Personen wurden allein in der Bundesrepublik (Zahlen aus den übrigen Schengen-Staaten liegen derzeit noch nicht vor) aufgegriffen, die entweder "unerlaubt eingereist" waren (bzw. dies versucht hatten) oder die sich ohne rechtmäßigen Aufenthaltstitel hier aufhielten. 396 von ihnen wurden an den Schengener Außengrenzen festgenommen. An der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenze gab es mit 281 Personen die mit Abstand häufigsten Aufgriffe. Weitere Orte von Festnahmen waren See- bzw. Flughäfen. Lediglich 78 Flüchtlinge und MigrantInnen wurden direkt an Schengener Binnengrenzen entdeckt. Nicht weniger als 232 Personen wurden im Inland aufgegriffen, 91 Flüchtlinge stellten einen Asylantrag. Bis zum 19. Oktober konnten aber nur 167 der Aufgegriffenen zurückgewiesen bzw. abgeschoben werden (wieviele seither abgeschoben wurden ist nicht bekannt). In 286 Fällen geht das BMI davon aus, daß diese Personen "nachweislich" in die Bundesrepublik "geschleust" wurden. 28 Schleuser sollen hierbei festgenommen worden sein. In diesem Zusammenhang präsentierte das BMI auch sein "herausragenstes Ereignis" bei diesem Schengener Pilotprojekt: Den Aufgriff von 78 illegal eingereisten Ausländern (61 Männern, 9 Frauen, davon 5 schwanger, und 8 Kindern) im bayerischen Landkreis Tischenreuth. Diese vor dem Bürgerkrieg im Kosovo geflüchteten Menschen waren - nachdem sie zu Fuß die tschechisch-bayerische Grenze überschritten hatten - auf eine 8 qm große Ladefläche eines Kleinlasters gepfercht worden. So sollten die Flüchtlinge aus der unmittelbaren Grenzregion gebracht werden. Krokodilstränen vergoß das BMI über die unerträglichen Bedingungen dieser Fluchtaktion. Die Atemnot in diesem Laster hatte dazu geführt, daß sämtliche 78 Flüchtlinge ärztlich behandelt werden mußten. Krokodilstränen deshalb, weil das zweifellos unmenschliche

Vorgehen von Fluchthelfern nicht als Reaktion auf die quasi-militärische Abschottung der EU-Außengrenze begriffen wird und zweitens weil - wie die Folgen des Unfalls eines Kleinlasters mit Flüchtlingen aus dem Kosovo Ende Juli im sächsischen Weißenborn gezeigt hatten - noch nicht einmal der Tod von Mitflüchtlingen bzw. eigene schwere Verletzungen Grund dafür sind - und sei es nur aus humanitären Gründen - von einer Abschiebung dieser Menschen abzusehen.

Schon im September hatte der Schengener Exekutivausschuß ungebrochenen Aktionismus hinsichtlich immer effektiverer polizeilicher Abschottungsbemühungen demonstriert. Auf seiner Sitzung in Königswinter bei Bonn wurde Mitte September ein 16 Punkte umfassender Aktionsplan verabschiedet. Mit der Erfahrung (im Rückblick auf die kurdische Massenflucht) "bewährter" Abschottungsmaßnahmen sollen die in Bonn verabschiedeten Vorhaben diesmal die "erhebliche Zuwanderung (!) aus der Region Kosovo und dem Maghreb" unterbinden.

Polizeilicher Abwehrriegel gegen Flüchtlinge

Beschlossen wurde die Entsendung polizeilicher Verbindungsbeamter, die Intensivierung des Informationsaustausches sowie polizeiliche Inlandsmaßnahmen und schließlich zwangsweise Abnahme und Speicherung von Fingerabdrücken von Asylsuchenden und sämtlichen "illegalen Einwanderern" in einer Europäischen Fingerabdruck-Datei (EURODAC). Vereinbart wurde auch die Einbeziehung von EUROPOL sowohl bei der Erstellung polizeilicher Lagebilder als auch in Hinblick auf den entsprechenden Informationsaustausch.

Zentrale Bedeutung bei diesen Abschottungsinitiativen wird einer polizeilichen Task Force zugeschrieben. Diese wurde Ende 1997 auf Initiative der Schengenländer ins Leben gerufen, als an Italiens Küste täglich Tausende kurdischer Flüchtlinge strandeten. Seither treffen sich in dieser Task Force regelmäßig hochrangige Polizeibeamte nicht nur der Schengener Vertragsstaaten. Beraten wird auch mit Vertretern der für die kurdische Massenflucht ja ursächlich verantwortlichen türkischen Regierung. Die Arbeit dieser illustren Runde findet außerhalb jeglicher demokratischer Kontrolle statt. Nur zufällig wird überhaupt bekannt, ob und wann sich diese geheime Runde trifft. Der Task Force obliegt es, gemäß Punkt 1 des Aktionsplans zukünftig "in bestimmten Migrationskrisensituationen" entsprechende Lagebilder zu entwerfen und fortzuschreiben sowie Vorschläge zu entwickeln: Eine komfortable Situation für diese polizeiliche Runde - kein Wunder, sie hatte diesen Aktionsplan ja auch selber ausgearbeitet.

Bonn - die Spinne im Netz

Schengen befindet sich derzeit ohnehin in einer Phase enormer Dynamik. Wie bereits gesagt, beinhaltet der Amsterdamer Vertrag ein sog. Schengen-Protokoll, das die Integration Schengens in die Strukturen der Europäischen Union gewährleisten soll. Der Bundesregierung kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Nicht nur, daß Bonn Anfang 1999 für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt. Seit Juli 1998 hat sie bereits die Schengen-Präsidentschaft inne. Bereits vorab erreichte es das BMI, diese Amtsperiode ein halbes Jahr länger ausüben zu dürfen. Bonn übernimmt in den Monaten, in denen die Transplantation Schengens in die EU vonstatten gehen soll, also nicht nur den Ratsvorsitz der EU, sondern führt gleichzeitig die Schengen-Präsidentschaft weiter.

Bis heute handelt es sich bei Schengen um eine geheime, nicht transparente, undemokratische und aus Sicht der Regierenden vermutlich gerade deswegen so ungemein effektive Doppelstruktur - im Vergleich zu der als zu träge verschrieenen EU. Die Regierungen der Schengener Vertragsstaaten vereinbaren vollkommen unter sich die zentralen und für alle Vertragsstaaten verbindlichen "Ausgleichsmaßnahmen" für die Aufhebung der Binnengrenzkontrollen (also z.B. die hermetische Außengrenzabschottung, die rigide Visavergabe, die gemeinsame Asylzuständigkeit sowie die polizeiliche Kooperation). Die jeweiligen Parlamente bzw. das Europäische Parlament (EP) bleiben außen vor - sie werden bestenfalls nachträglich und dann auch nur bruchstückhaft informiert. Im kleinen Kreis der Schengen-Staaten geplant und eingeführt, wurden die Maßnahmen schlußendlich den übrigen EU-Staaten und - wie sich nun zeigt - auch sämtlichen Beitrittskandidaten aufgezwungen.

Auf dieses kleine und sich als äußerst nützlich erwiesene Gremium will man aber trotz Amsterdam nicht verzichten. Gerade das BMI hat das geplante Aufgehen Schengens in die EU stets mit nebulösen Hinweisen verbunden, welche die ganzen Vorbehalte Bonns gegenüber der Schengen-Integration deutlich machen: So

sollte Schengen "als Motor" der EU im Bereich der Inneren Sicherheit "erhalten bleiben". Hierfür sollte Schengen innerhalb der EU-Strukturen einen "Sonderstatus" erhalten und "ein gewisses Eigenleben führen können, um sich ungehindert durch die EU weiterzuentwickeln."

Bonner Unwille zur Schengen-Integration

In einer Schengen-Denkschrift, die Manfred Kanther und sein für Schengen zuständiger Staatssekretär Kurt Schelter unmittelbar vor ihrem Ausscheiden veröffentlicht haben, wird deutlich, daß diesbezüglich noch mehr offene Fragen als Antworten existieren.

Erstens: Hinsichtlich der Frage, in welche EU-Institutionen die Schengen-Gremien aufgehen sollen, ist nur in Bezug auf die der höchsten Instanz klar, daß der Exekutivausschuß durch den Rat der Innen- und Justizminister ersetzt wird - allerdings sind hier noch wichtige Geschäftsordnungsfragen offen. Das Schengener Generalsekretariat soll sich nicht in die EU-Strukturen auflösen, sondern soll nur darin "eingegliedert" werden. Auch ist noch nicht klar, was aus der Management-Einheit Schengens (der sog Zentralen Gruppe) werden soll.

Zweitens muß für jeden Artikel des Schengener Durchführungsübereinkommens (SDÜ) sowie für jeden der mehr als 150 Beschlüsse des Schengener Exekutivausschusses ein entsprechender Artikel des Amsterdamer Vertrages gefunden werden. Das Knifflige hieran: Welche Bestimmungen landen im Bereich der - hinsichtlich der Rechte des EP - mehr schlecht als recht vergemeinschafteten 1. Säule des Amsterdamer Vertrages - und welche Teile Schengens verbleiben (wie voraussichtlich die komplette Polizei - Kooperation) in der Domäne alleiniger Regierungszusammenarbeit (als in der sog. 3 Säule). Gerade im Hinblick auf das Schengener Informationssystem (SIS) zeigt sich die ganze Problematik und Widersprüchlichkeit der Schengen-Integration. Das SIS umfaßt nach der Schengen-Denkschrift derzeit mehr als 6 Millionen Datensätze. Alleine 777.304 Datensätze betreffen die Personenfahndung. 88% hiervon dienen ausschließlich der Einreiseverweigerung bzw. Abschiebung (gem. Art. 96 SDÜ) - richten sich also ausschließlich gegen Flüchtlinge und MigrantInnen. Nach dem bisherigen Informationsstand plant die EU teilweise eine getrennte Zuordnung von SIS-Ausschreibungen (Daten zur Einreiseverweigerung in die 1. Säule, solche z.B. zur Auslieferung oder der beobachtenden polizeilichen Fahndung in die 3. Säule). In ihrer Denkschrift machten Kanther und Schelter nochmals die Bonner Position deutlich: Sie halten selbst eine teilweise Ansiedlung des SIS außerhalb des dritten Pfeilers für "nicht vorstellbar".

In der Schengen-Denkschrift des BMI heißt es vollmundig, daß "Schengen von Anfang an darauf angelegt war, ‚eines Tages in der EU aufzugehen`". Es ist aber ein offenes Geheimnis, daß das Bonner Innenministerium grundsätzlich dagegen war, den Schlüssel zum Schengen-Laboratorium aus der Hand zu geben. Und damit die als "Erfolgsgeschichte" abgefeierte Entwicklung Schengens auch zukünftig nicht beeinträchtigt wird, wurden in Art 40 des Amsterdamer Vertrages schon die notwendigen Vorkehrungen getroffen. Wie im Bereich der Währungspolitik soll es auch im Bereich der Innenpolitik ein "Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten" geben. Das Zauberwort heißt hier: "Flexibilisierung". So kann eine qualifizierte Mehrheit der EU-Staaten beschließen, im Bereich der polizeilichen Kooperation enger zusammenarbeiten als es im ohnehin losen Korsett der EU möglich ist. Praktischerweise ist weder für einen derartigen Flexibilisierungs-Beschluß, noch für die Flexibilisierungs-Phase eine Mitwirkung des EP vorgesehen. Mit der Übernahme des Schengen-Protokolls (als Teil des Amsterdamer Vertrages) wird automatisch in diese flexibilisierte Polizei-Zusammenarbeit eingetreten. Als Zielbestimmung derselben wurde im Amsterdamer Vertrag gleich protokollarisch festgelegt, daß sämtliche hierbei getroffenen Maßnahmen "zumindest dasselbe Maß an Schutz und Sicherheit bieten müssen wie die Bestimmungen des SDÜ.

Schengen - so scheint es - hat offenkundig mehr als nur ein Leben.

Mark Holzberger

35. Taxi in den Knast. Im Dreiländereck BRD - Tschechien - Polen

Autor: ch. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:36

Die Verfolgung von TaxifahrerInnen im Dreiländereck BRD - Tschechien - Polen geht in eine neue Runde. (siehe ak 410) Mitte Oktober trat der Taxifahrer Bernd L. aus Zittau als erster der Verurteilten seine Haftstrafe von einem Jahr und vier Monaten an. Bis Mitte November werden ihm drei weitere Kollegen folgen. Verurteilt wurden sie, da sie nach Auffassung der Justiz "Illegale" in die BRD "eingeschleust" haben sollen.

Bernd L. hatte vor drei Jahren Flüchtlinge aus Jugoslawien in seiner Taxe mitgenommen. Eine Ausweiskontrolle durch BGS-Beamte stellte fest, daß die Fahrgäste keine Papiere hatten. Das wurde Bernd L. zum Verhängnis. Die Beförderung von Menschen ohne Papiere reicht der sächsischen Justiz aus, um TaxifahrerInnen wegen "Schleuserei" zu verurteilen. Der Verfolgungswille der Behörden schreckt auch vor kuriosen Urteilen nicht zurück. Nach Angaben der Berliner Forschungsgesellschaft FFM wurde in jüngster Zeit ein Taxifahrer wegen "Einschleusung" zu einer Haftstrafe von über einem Jahr verurteilt, obwohl der BGS weder zum Aufenthaltsstatus noch zur Identität der Beförderten Auskunft geben konnte. Ausschlaggebend für die Verurteilung war, daß der Angeklagte sich mit seinem Fahrzeug an einem bestimmten Ort aufgehalten hatte.

Kampagnen und ...

Schon letztes Jahr hatten BGS und Innenministerium eine "Aufklärungskampagne" gestartet, in der sie die TaxifahrerInnen davor warnten, "Illegale" zu befördern. Ihnen wurden Haft- und Geldstrafen, Konzessionsentzug und die Beschlagnahmung ihres Fahrzeuges angedroht, wenn sie Menschen befördern, deren "äußeres Erscheinungsbild, Kleidungszustand und andere äußere Auffälligkeiten den Verdacht zulassen, daß es sich um Personen handeln könnte, die sich illegal aufhalten". Alarmierend ist laut FFM, daß die Diskriminierung anhand von phänotypischen Merkmalen ausgeweitet wird.

Auch in anderen Regionen an der ostdeutschen Grenze stehen TaxifahrerInnen unter dem Verdacht, "Ausländer illegal eingeschleust" zu haben. Allerdings arbeiten die Justizapparate der Bundesländer sehr unterschiedlich. Insgesamt gibt es rund 100 Ermittlungsverfahren gegen Taxifahrer in Sachsen und Brandenburg. In den beiden anderen Bundesländern an der Ostgrenze, Mecklenburg-Vorpommern und Bayern, sind solche Verfahren allerdings nicht bekannt. Dafür wurden in jüngster Zeit aber vier Fälle aus Berlin bekannt, zwei von diesen wurden mittlerweile eingestellt. Unüblich ist auch die Praxis der Justiz in Zittau, schon den Transport von Menschen ohne Papiere unter Strafe zu stellen. Die Staatsanwaltschaft in Frankfurt/Oder hält sich da an die gängigen Rechtsvorstellungen: Sie lehnt es ab, ein Verfahren gegen Taxifahrer zu eröffnen, die Menschen ohne Papiere transportieren. Sämtliche Verfahren, die vom BGS in Gang gesetzt wurden, hätten den Nachweis, daß die Taxifahrer um den Aufenthaltsstatus ihrer Fahrgäste wußten, nicht erbracht. (Jungle World, 21.10.98) Auch scheint sich die Staatsanwaltschaft über die Konsequenzen der Pauschalverurteilung im Klaren zu sein. "Die Taxifahrer haben kein Recht, ihre Fahrgäste zu kontrollieren. Würden wir ihnen einen Pauschalverdacht gegenüber ausländischen Fahrgästen abverlangen, würde das Ausländerfeindlichkeit befördern."

Wie die Stimmung unter den TaxifahrerInnen in Zittau und Umgebung ist, dokumentierte der Berliner Journalist John Goetz schon vor einem Jahr. Er fuhr mit seinem Team, zu dem der aus Indien kommende Biplap Bassu und der farbige Adrian Johnson gehörten, nach Zittau. Bassu, der einen deutschen Paß hat, sollte dort mit einer Taxe innerhalb Zittaus vom Bahnhof zum Hotel fahren. Es gelang ihm nicht. Da er "ausländisch" aussehe, wurde ihm die Beförderung verweigert. Johnsons Test der Beförderungspflicht endete beim BGS - der sollte erst seine Papiere prüfen.

... Auszeichnungen

Goetz und seine KollegInnen filmten das Geschehen, der Bericht wurde in der Sendung "klartext" im Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg ausgestrahlt. Für ihr Engagement erhält nun die Redaktion den Civis-Fernsehpreis. Der wird von WDR, der Freudenberg-Stiftung und - kaum zu glauben - der Bundesbeauftragten für Ausländerfragen vergeben. Mit dem Preis würdigt die Jury das langjährige

Engagement der Redaktion; sie wird ausdrücklich aufgefordert, "auch in Zukunft in ihren Bemühungen, Diskriminierungen und fremdenfeindliche Entwicklungen aufzudecken, nicht nachzulassen".

Das Ergebnis der jüngsten Recherchen könnte schon bei der Preisverleihung am 23. November in der Münsterland-Halle vorgestellt werden.

Vor wenigen Wochen waren John und seine KollegInnen ein zweites Mal in Zittau, um zu sehen, was sich seit letztem Jahr getan hat. Wurde vor einem Jahr - nach Aussagen von Goetz - noch die Beförderung freundlich, aber bestimmt abgelehnt, so ist die Stimmung nun aggressiver. Mit der Äußerung: "Sie sehen so ausländisch aus, ich darf so was wie Sie nicht fahren", lehnte einer der von Bassu angesprochenen Fahrer den Wunsch, befördert zu werden ab. In dem Bericht wird deutlich, daß Menschen, von denen die TaxifahrerInnen annehmen, sie seien Nicht-Deutsche, kaum eine Chance haben, ein Taxi zu bekommen. Zwar erkennen mittlerweile auch bürgerliche Medien, daß hier die "Politik mit Hilfe von verschärften Gesetzen die Fremdenfeindlichkeit geradezu staatlich organisiert". (Berliner Zeitung, 7.10.98) Hier allerdings von einer "ungewollten Folge" zu sprechen, wie es die Kommentatorin "Berliner Zeitung" macht, ignoriert die Tatsache, daß die Kriminalisierung der TaxifahrerInnen in dieser Region schon vor einigen Jahren begann.

ch.

36. Wanderkirchenasyl: NRW-Landesregierung macht inakzeptables Angebot

Autor: Albrecht Kieser · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Kirche und Religionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:20

Am 20. Oktober begannen Verhandlungen einer Delegation aus Vertretern der Evangelischen Kirche im Rheinland, der Evangelischen Kirche in Westfalen und des Bistums Aachen mit dem Landesinnenministe- rium in Düsseldorf über das Bleiberecht der illegalisierten kurdischen Flüchtlinge im Wanderkirchenasyl.

Der Beginn dieser Verhandlungen ist ein Erfolg der jetzt schon fast zehn Monate andauernden Wanderkirchenasylaktion, in deren Verlauf 70 Kirchengemeinden in Nordrhein-Westfalen mehr als 230 illegalisierte kurdische Flüchtlinge vor der drohenden Abschiebung schützen.

Ob die Verhandlungen selbst zu einem Erfolg, d.h. zur Legalisierung und zum dauerhaften Bleiberecht der TeilnehmerInnen am Wanderkirchenasyl führen, ist offen. Die Landesregierung jedenfalls will höchstens einem Teil der Flüchtlinge eine Duldung gewähren und möchte die anderen abschieben. Ihr erstes "Angebot": Individuelle Einzelfallprüfung jedes einzelnen Flüchtlings im Wanderkirchenasyl durch die zuletzt zuständige Ausländerbehörde, begleitet von der Bitte der Landesregierung an die Ausländerbehörden, doch während der Prüfung von einer Abschiebung abzusehen. Aber über die Flüchtlinge zu verhandeln, die nicht aus NRW kommen, weigerte sich die Landesregierung.

Die Flüchtlinge, Kirchengemeinden und die Kampagne "Kein Mensch ist illegal" haben Anfang November dieses "Angebot" als völlig unzureichend abgelehnt.

Die jetzt "angebotene" Einzelfallprüfung durch die örtlichen Ausländerämter verweigert den Flüchtlingen im Wanderkirchenasyl den nötigen Schutz. Das Kalkül des Verhandlungsbeauftragten der Landesregierung, Engel, die Verantwortung der Landesregierung auf die örtlichen Ausländerämter abzuschieben und den politischen Protest gegen die "demokratisch legitimierte Barbarei der Abschiebungen in die Türkei" (Günter Grass) vor Ort klein zu brechen, ist nicht aufgegangen.

Kritisiert wird, daß die Landesregierung sich nach wie vor gegen die Grundforderungen des Wanderkirchenasyls sperrt:

1. Ein sofortiger Abschiebestop soll erlassen werden; die Landesregierung soll für die Anerkennung der Kurden als Bürgerkriegsflüchtlinge eine Bundesratsinitiative starten. Weil die Asylbehörden 70% der kurdischen Flüchtlinge in Krieg und Verfolgung zurückschicken, und die Zahl der nach ihrer Abschiebung verfolgten und gefolterten Flüchtlinge steigt, fordern die Flüchtlinge im Wanderkirchenasyl seit dem 21. Januar 1998 diese politische Lösung.

2. Solange ein Abschiebestop und die Anerkennung als Bürgerkriegsflüchtlinge nicht erreicht sind, soll kurzfristig wenigstens allen am Wanderkirchenasyl teilnehmenden Flüchtlingen ein Bleiberecht gewährt werden. Denn die türkischen Behörden werten diese Aktion als "staatsfeindlich", und es muß davon ausgegangen werden, daß sie die Namen aller Flüchtlinge im Wanderkirchenasyl kennen. Nach einer eventuellen Abschiebung wäre deren Gefährdung deshalb extrem hoch. Das bestätigt auch das Urteil des Landgerichts Köln (Aktenzeichen 1L2861/98A. vom 10.9.98), das den Asylbehörden untersagt, Salman Dönekli abzuschieben. Er sei wegen seiner Teilnahme am Wanderkirchenasyl besonders gefährdet.

Wie dringend diese Forderung ist, belegt die Verhaftung von Halil Ray, der unmittelbar vor den Türen der katholische Kirchengemeinde St. Bruno verhaftet wurde und abgeschoben werden soll. Er sitzt zur Zeit in Mannheim in Abschiebehaft. Gemeinden und auch Politiker haben gegen seine Verhaftung protestiert, ein Asylfolgeantrag beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat die Abschiebung vorerst gestoppt.

Albrecht Kieser

Aktuelle Informationen über das Wan-derkirchenasyl im Internet unter:

http://www.stadtrevue.de/kmii/

37. Wanderkirchenasyl. Leben im Ausnahmezustand

Autor: Uli Hufen · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Kirche und Religionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:15

Seit neun Monaten sind in Köln und Umgebung kurdische Flüchtlinge im Kirchenasyl. Wir haben über ihre Forderungen berichtet, Demonstrationen und Aktionen begleitet, Abschiebungen, Festnahmen, Aufenthalte in Abschiebegefängnissen und Wiedereinreisen fast monatlich gewissenhaft vermeldet. Aber was bedeutet es eigentlich, monatelang im Wanderkirchenasyl zu leben, keinen Alltag zu haben, im Mittelpunkt einer politischen Aktion zu stehen?

"Leute werden oft von irgendwo meist nirgendwohin vertrieben. Und wenn sie dabei nicht umkommen, werden sie irgendwo zu Immigranten. Obwohl das schon immer so war, seit Menschen ansässig wurden, ist es immer wieder entsetzlich. Alle drei Phasen daran sind entsetzlich: die erste des Vertriebenwerdens, die zweite des im Leeren Schweifens, die dritte des irgendwo Strandens. Denn die erste Phase entsetzt aus dem die Wirklichkeit stützenden Boden, die zweite setzt in die Unwirklichkeit aus, und die dritte versetzt in eine unannehmbare Wirklichkeit zweiten Grades." Vilem Flusser

Lebe lieber gewöhnlich

Fernsehserien, so sagt man, enthalten das ganze Leben ohne seine langweiligen Seiten. Womit offensichtlich suggeriert werden soll, das Leben wäre intensiver, schöner, ganz einfach besser ohne all diese langweiligen Seiten. Ohne den ganzen Alltag.

Was es tatsächlich bedeutet, wenn einem der Alltag abhanden kommt, wenn man gezwungen wird, sein "normales" Leben aufzugeben, hat Anil Aktas (19) zum ersten Mal erfahren, als er 1994 mit seiner Mutter aus der Türkei nach Deutschland floh. Im letzten Jahr hatte er nach seinem Realschulabschluß in Gummersbach eine Lehre als Elektroinstallateur begonnen. Eine neue, andere Normalität zeichnete sich ab. Dann wurde sein Asylantrag mit dem seiner Mutter abgelehnt. Seitdem sind die Aktas' "illegal". Anil mußte seine Lehre abbrechen und lebt seit Januar im Kirchenasyl. "Keiner von uns", so Aktas, "hat gedacht, Deutschland wäre das Paradies. Das wir im Kirchenasyl enden, haben wir allerdings auch nicht erwartet."

Wenn dieser Text erscheint, werden zehn Monate vergangen sein, seit einige kurdische Flüchtlinge am 21. Januar Zuflucht in der Antoniterkirche auf der Schildergasse gesucht und gefunden haben. In der Zwischenzeit ist daraus die Aktion Wanderkirchenasyl geworden. Im September lebten über 230 kurdische Flüchtlinge im Kirchenasyl. Über 50 evangelische und katholische Kirchengemeinden haben im Verlauf der Aktion Flüchtlinge für ein paar Wochen oder auch Monate aufgenommen. Die grundsätzliche Situation der Flüchtlinge hat sich in all den Monaten jedoch nicht gebessert. Nach wie vor haben sie keinen legalen Aufenthaltsstatus, nach wie vor müssen sie damit rechnen, in die Türkei abgeschoben zu werden.

Unannehmbare Wirklichkeit

Darüber, wie die ersten beiden Phasen aus Vilem Flussers oben zitierten Paradigma im Fall der kurdischen Flüchtlinge ausgesehen haben, kann und will ich hier nicht sprechen. Vornehmlich deshalb, weil mir außer den groben Fakten nichts wesentlich Neues bekannt ist. Die türkische Armee führt Krieg gegen PKK und kurdische Bevölkerung. Dabei sind bereits einige tausend Dörfer dem Erdboden gleich gemacht worden. Mord, Folter, Vergewaltigung. Gerade scheint die Türkei willens, den Krieg auch nach Syrien zu tragen.

Über die unannehmbare Wirklichkeit zweiten Grades, die den kurdischen Flüchtlingen in Gestalt des deutschen Staates, seiner Gesetze und der diese ausführenden Organe begegnet bzw. die ihnen von dieser Allianz aufgezwungen wird, kann und muß dagegen einiges gesagt werden. Nicht, um noch einmal - wie schon so viele Male in dieser Zeitschrift - darüber zu lamentieren, wie wenig erfreulich oder auch durchaus widerlich die Situation nach der faktischen Abschaffung des Asylrechts 1993 ist, sondern um zu erklären, unter welchen Bedingungen die kurdischen Flüchtlinge leben. Dies wiederum ist aus zwei Gründen wichtig, die aufeinander aufbauen. Zum einen wissen noch immer viel zu viele Leute praktisch nichts wirklich genaues darüber, zum anderen ist dieses konkrete, faktische Wissen die zentrale Voraussetzung für auch nur das allergeringste Engagement zugunsten der Flüchtlinge. Das haben die letzten Monate sehr deutlich gezeigt.

Eine Station

Zusammen mit etwa 15 anderen kurdischen Flüchtlingen haben die Aktas' den Sommer in der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) verbracht. Als ich sie dort Ende September besuche, steht allerdings der nächste Umzug kurz bevor. Es ist ein schöner sonniger Nachmittag. Trotzdem sind Anil Aktas und die anderen Frauen, Männer und Kinder "zu Hause". In der ESG leben die Flüchtlinge unter vergleichsweise luxuriösen Bedingungen. Im Gegensatz zu den meisten anderen Gemeinden ist man hier darauf eingerichtet, Gäste zu beherbergen. Während des Semesters wohnen Studenten in dem Gebäude an der Bachemer Straße.

Dafür, daß man die Flüchtlinge, wenn nicht gerade eine Demonstration stattfindet, fast immer in den jeweiligen Kirchengebäuden antreffen kann, gibt es eine Reihe von Gründen. Seit ihrer Illegalisierung leben sie in einem prinzipiell rechtsfreien Raum. Sie sind mehr oder minder rechtlos. Keiner von ihnen darf arbeiten, sie haben keinen Anspruch auf irgendeine finanzielle Unterstützung, ihnen ist der Zugang zu jeder Form von Ausbildung versperrt. Die einzige Ausnahme bilden die Kinder. Entsprechend der UN-Kinderschutzkonvention haben sie ein Recht auf Schulbesuch, unabhängig von ihrem legalen Status. Daß es nicht gerade leicht ist, kontinuierlich und konzentriert zur Schule zu gehen, wenn man zum einen alle paar Wochen umziehen muß, und zum anderen völlig unklar ist, ob man jemals einen Schulabschluß wird machen dürfen, ist offensichtlich. Hinzu kommt ein anderes Problem, das sich aus der Illegalität ergibt. Ozkan Atsoy (12): "Ich habe Angst. Vor der Polizei habe ich jetzt Angst, wenn ich in der U-Bahn bin. Wenn ich über die Straße gehe. Wenn ich einen Polizisten sehe. Auf dem Weg nach Chorweiler in die Heinrich Böll Schule."

Trotzdem sind die Kinder als einzige in der glücklichen Lage, zumindest zeitweise einer regelmäßigen, sinnvollen Beschäftigung nachgehen zu können. Sie haben etwas, was den anderen ganz offensichtlich fehlt: einen strukturierten Alltag, eine tägliche Aufgabe, die über die lebenserhaltenden Tätigkeiten wie Einkaufen (Männer) und Kochen (Frauen) hinausgeht.

Das Leben genießen

Auf die Frage, was sie vermissen, was sie sich abgesehen von den großen Zielen (Abschiebestop, Frieden in Kurdistan) am meisten wünschen, antworten alle Flüchtlinge ähnlich: "Wir wollen unsere Freiheit." Als ich nachfrage, was genau damit gemeint ist, meint Aktas: "Einfach mal wieder tun zu dürfen, was man will. Jeder für sich. Wer arbeiten will, geht arbeiten, wer zur Schule will, geht zur Schule. Einfach das Leben genießen." Das, was die allermeisten Menschen hierzulande gelernt haben, entspannt als eine lästige aber notwendige, im besten Fall gut bezahlte und deshalb erträgliche Plage zu betrachten, ist für die Flüchtlinge zum Inbegriff eines glücklichen Lebens geworden: Arbeit. Wahrscheinlich ähnelt diese Haltung stark der von Arbeitslosen. Doch bleibt zu berücksichtigen, daß den Flüchtlingen in Deutschland schlichtweg das Recht abgesprochen wird, sich um eine Arbeit zu bemühen. Systematisch wird ihnen jede Möglichkeit genommen, selbständig für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Und dies ist nicht nur ein ökonomisches Problem, sondern vor allem auch eine Frage des Selbstwertgefühls.

Unter diesen Bedingungen fällt es den Flüchtlingen schwer, einen alltäglichen, "banalen" Wunsch zu formulieren. Mal wieder ins Kino gehen, Zeit haben, um ein Buch zu lesen, oder verreisen sind Wünsche, die ihnen nicht in den Sinn kommen können. Sie sind auf derart elementare Weise in ihrer Selbstbestimmung eingeschränkt, daß selbst Fragen nach dem aktuellen Lebensstandard in den Kirchen nur eine Nebenrolle spielen. Natürlich, so wird wiederholt, wäre es schön, wenn nicht alle, wie es häufig der Fall ist, in einem großen Raum schlafen müßten. Und zweifellos leiden besonders die älteren Leute unter diesen Bedingungen. Aber immer wieder führen auch diese konkreten Sorgen zu dem alles beherrschenden Grundproblem zurück - der rechtlosen Existenz in einer prinzipiell als feindlich empfundenen Umwelt.

Mut, Phantasie

und viel Energie

In seiner Aufsatzsammlung "Die Freiheit des Migranten", der auch das oben stehende Zitat entnommen ist, beschwört der Philosoph Vilem Flusser immer wieder die Chancen und Möglichkeiten, die sich aus Flucht und Emigration ergeben können. Dabei geht es im wesentlichen um das kreative Potential, das in dem neuen, distanzierten Blick angelegt ist, den man nach der Vertreibung auf scheinbar Selbstverständliches gewinnen kann. Betrachtet man das derzeitige Leben der kurdischen Flüchtlinge in der ESG und den anderen Gemeinden, so ist davon auf den ersten Blick nichts auszumachen. Sichtbar sind vor allem Verlust und Mangel.

Doch sobald man beginnt, über den gemeinsamen, organisierten Widerstand der Flüchtlinge gegen ihre drohende Abschiebung nachzudenken, wird sehr schnell deutlich, daß Flusser keineswegs ein naiver, wirklichkeitsfremder Theoretier ist. Die meisten der Flüchtlinge entstammen ländlichen Gebieten, nur wenige sprechen gut Deutsch. Keiner von ihnen hat sich wahrscheinlich träumen lassen, irgendwann mal im Zentrum einer politischen Aktion zu stehen, wie sie das Wanderkirchenasyl darstellt. Noch dazu in einem fremden Land und inklusive des zumindest zu Beginn großen Medieninteresses, einer Vielzahl von Demonstrationen und eines Hungerstreiks. Die allermeisten der Flüchtlinge würden wohl gern auf diese Art von Abenteuer verzichten, nur wenige werden all das auch als eine Chance begreifen. Trotzdem haben diese Menschen die Kraft, den Mut und auch die Phantasie aufgebracht, die zweifellos nötig waren, um den Schritt ins Kirchenasyl und damit in die Öffentlichkeit zu wagen. Sicherlich spielte auch nackte Verzweiflung eine große Rolle, doch nur daraus allein hätte sich die Aktion wohl kaum über so viele Monate führen lassen.

Auf die Frage, woher eigentlich diese Kraft und Energie jeden Tag aufs neue geschöpft werden, antwortet Anil Aktas mit einem Paradox: "Alle, sogar die Kinder wissen genau, worum es geht. Sie sind älter, reifer geworden. Sie können besser denken. Wie wir alle. Jeder weiß, daß es um alles geht. Wir schöpfen Kraft aus der Hoffnungslosigkeit. Obwohl wir keine Hoffnung mehr haben, obwohl wir Probleme haben, machen wir weiter. Wenn man keinen Mut mehr hat zum Weiterkämpfen, dann ist Ende."

Sich eine Stimme geben

Die Aktion Wanderkirchenasyl repräsentiert einen faszinierenden Akt der Selbstermächtigung. Noch nie haben Flüchtlinge sich in Deutschland auf derart massive Weise gegen ihre unmenschliche Behandlung gewehrt. Noch nie wurde auf derart massive Weise das Recht auf Asyl eingefordert, über dessen Gewährung es angesichts der Situation in der Türkei kaum eine Diskussion geben dürfte. Hier haben Menschen beschlossen, die ihnen wie selbstverständlich zugeordnete Rolle, stets und ständig Unrecht zu erdulden, schlichtweg nicht mehr zu akzeptieren. Akzentuiert wird das Unerhörte an dieser Aktion noch durch die Umstände, unter denen die Rebellion erfolgt. In einem fremden, reichlich ungastlichen Land wagen kurdische Flüchtlinge angesichts der Alternative Widerstand oder Abschiebung eine Grenzüberschreitung, die noch nie dagewesen ist, und deren Konsequenzen nicht abzusehen sind. Zum ersten Mal versucht hier eine organisierte Gruppe von Flüchtlingen, denen unsere Gesellschaft neuerdings gewohnheitsmäßig borniert den Status von rechtlosen Bittstellern zuweist, sich selbst eine Stimme, ein Gesicht zu geben. Sich zu wehren.

"Durch das Wanderkirchenasyl wollen wir uns eine Stimme verschaffen", so Aktas. "Und wir wollen mit möglichst vielen Menschen zusammenkommen, bekannt werden mit dem deutschen Volk. Früher waren wir nur als "Asylanten" bekannt. Die Leute mögen uns dann nicht, ganz pauschal. Wenn sie uns kennenlernen, sagen viele bald: "Du bist ja ein netter Kerl." und "Schlimm was du erlebt hast." Die Leute kennen uns einfach nicht. Wenn sie uns kennenlernen, unterstützen sie uns auch. Durch das Kirchenasyl werden wir bekannt. Das ist wichtig. Solange wir bekannt sind, können wir auch nicht in die Türkei abgeschoben werden. Wir haben eine politische Aktion. So können wir unser Ziel besser erreichen."

Und noch eines wird klar, betrachtet man die Bedingungen, unter denen die Flüchtlinge seit Januar leben. Keiner von ihnen würde wohl diese Tortur auf sich nehmen, gäbe es auch nur die leiseste Aussicht auf ein irgendwie erträgliches Leben in der Türkei. Seit mehr als neun Monaten leben sie in einer Situation, die in den Augen der allermeisten schlimmer ist als ein Leben im Gefängnis. Im Gegensatz zu Häftlingen, die genau wissen, wann ihre Zeit im Gefängnis endet, weiß keiner der Kurden, wann das Wanderkirchenasyl zu Ende sein wird. Keiner hat im Januar geahnt, daß es im September noch andauern würde. Und: was danach kommt, ist sowieso unklar.

Vorerst bleibt nichts anderes zu tun, als die Rolle der unfreiwilligen Helden und Rebellen so gut es geht auszufüllen. Immer in der Hoffnung, aus dieser Ausnahmesituation werde sich bald ein Weg eröffnen in einen möglichst wenig aufregenden, durchstrukturierten, sicheren, planbaren und legalen Alltag. Denn wer will schon gerne ein Held sein? Mal abgesehen von den üblichen zu jung Gebliebenen aus den Fernsehserien, die uns weis machen wollen, ein Leben ohne Alltag sei toll.

Uli Hufen

Wir danken der Stadtrevue Köln für die freundliche Genehmigung für den Nachdruck.

38. Im Meer der Institutionen geht die Politik unter. Wolfgang Harich kritisiert Gehlen und Adorno

Autor: W. Harich · Rubrik: Theorie; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:27

"1968" - diese Jahreszahl erinnert an militante Streiks, an den Mai in Paris und an die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt. Vor allem aber symbolisiert sie ein neues, antiautoritäres Politikverständnis. Enttäuscht von der Schwerfälligkeit und mangelnden Kampfbereitschaft der Gewerkschaften und Parteien und vom Bürokratismus und Neostalinismus der kommunistischen Organisationen entwickelten die Achtundsechziger neue Zielsetzungen. Sie rebellierten nicht nur gegen kapitalistische Eigentumsverhältnisse, sondern forderten die Zerstörung aller Formen von Macht und Autoritarismus. Sie wollten sämtliche gesellschaftlichen Institutionen revolutionieren und begriffen auch Sprache, Kunst, Sexualität und andere Kommunikationsformen als politische Kampffelder. Entsprechend entdeckten sie neue theoretische Bezugspunkte, unter anderem die Kritische Theorie und den Anarchismus. Gegen den angeblichen Ökonomismus und Geschichtsdeterminismus des orthodoxen Marxismus setzten sie revolutionäre Unmittelbarkeit und die Propaganda durch die Tat.

Der Subjektivismus der antiautoritären Revolte, ihre Spontaneität und subkulturelle Kreativität faszinieren noch heute (vgl. ak 418: Die Revolution ist großartig!). In der Flut der Jubiläumsliteratur sind Analysen des damals verbreiteten Politikverständnisses und seiner Auswirkungen jedoch rar. Der Verlag 8. Mai hat daher Wolfgang Harichs Buch Zur Kritik der revolutionären Ungeduld wieder herausgegeben, das bisher nur 1971 als Raubdruck und in Auszügen im Kursbuch veröffentlicht worden ist. Harich (1923-1995), ein marxistischer Philosoph und Dissident, der in der DDR lebte, hat den Text 1969 als Sympathisant der Neuen Linken geschrieben, um den antiautoritär gesonnenen GenossInnen warnend vor Augen zu führen, "daß ihre vermeintlich taufrischen Lieblingsideen und bevorzugten Praktiken in Wahrheit weder originell sind noch sich jemals bewährt haben - bewährt im Sinne der herbeigesehnten Revolution".

Anläßlich von Harichs 75. Geburtstag am 9. Dezember drucken wir Auszüge aus seinem Buch ab, in denen er die Herkunft des Schlagworts vom "Verunsichern der Institutionen" skizziert, das damals eine zentrale Rolle in der Rechtfertigung der "Propaganda durch die Tat" spielte. Geprägt wurde diese Formel durch den Philosophen und Soziologen Arnold Gehlen, einen der schärfsten geistigen Antipoden der Neuen Linken. Die Achtundsechziger verliehen dem Begriff "Verunsichern von Institutionen" zwar völlig andere Wertakzente und versahen ihn mit revolutionsbejahenden Vorzeichen. Trotzdem blieb - so Harichs These - das "Verunsichern von Institutionen" den antimarxistischen Tendenzen der Gehlenschen Soziologie eng verhaftet und stiftete in der Neuen Linken mindestens ebenso viel Verwirrung wie in seinem ursprünglich konservativen Kontext.

Wir danken dem Verlag 8. Mai für die freundliche Erlaubnis zum Nachdruck. Die Zwischenüberschriften stammen von uns.

In dem philosophisch-anthropologischen Hauptwerk Arnold Gehlens (1) wird der Mensch als ein Wesen gedeutet, dem, im Unterschied zum Tier, umweltangepaßte Organausstattung und instinktgeleitetes Verhalten abgehen. Um als Art überleben zu können, muß der Mensch mit diesen biologischen Mängeln fertig werden. Durch Leistungen, die ihn über die organische Natur hinausheben, kompensiert er sie: Handelnd gestaltet er jede natürliche Umwelt ins für ihn Lebensdienliche um; handelnd erzeugt er, vermittels der von ihm geschaffenen, auf seinen phylogenetischen Werdeprozeß dann zurückwirkenden Kulturumwelt, zugleich auch die qualitativen Besonderheiten seiner eigenen Natur; und aus dem Handeln heraus, sofern es wechselseitige Beziehung der Individuen aufeinander ist, entwickeln alle Menschengemeinschaften gewisse überindividuelle Mächte, die für die Instinktarmut und dadurch bedingte Unsicherheit menschlicher Daseinsorientierung den lebensnotwendigen Ausgleich bieten, indem sie dem Verhalten feste Normen setzen.

Um diese überindividuellen Mächte geht es. In den verschiedenen Auflagen seines Hauptwerks hat Gehlen sie, unter Beibehaltung des philosophisch-anthropologischen Ausgangspunkts, unterschiedlich aufgefaßt, aber immer autoritär und in den variierenden Bestimmungen jedesmal so, daß dem gerade zeitgemäßen Ideologiebedürfnis der in Deutschland herrschenden Klassen Genüge geleistet wurde - also in der ersten, 1940 erschienenen Fassung mit faschistischen Tönen, später, nach dem Ende des zweiten Weltkriegs, mit Anleihen bei dem französischen konservativen Soziologen Maurice Haurion und bei amerikanischen Ethnologen und Sozialpsychologen. (...)

"Selbstzucht und Hemmungssetzung"

In den Nachkriegsauflagen fehlt die Theorie der "obersten Führungssysteme", sie ist der "Entnazifizierung" des Textes zum Opfer gefallen. Das neue Schlußkapitel aber, das an ihre Stelle trat, versieht die konservativ-autoritäre Grundtendenz der gesellschaftlichen Aussagen des Buches lediglich mit einer anderen, weniger kompromittierenden Begründung: Es mündet ein in eine Soziologie der Institutionen, die besagt, daß in "dauerhafte und stabile Institutionen" außer "ideativen Akten" immer auch "asketische der Selbstzucht und Hemmungssetzung" eingehen, und sieht darin einen Vorzug, eine durch die "riskierte" Konstitution des Menschen geforderte Notwendigkeit. "Jeder Fortschritt der Kultur", heißt es gegen Ende des Kapitels, sei "auch daran erkennbar gewesen, daß er eine neue Form der Zucht (!) stabilisiert" habe. (2) Diese Auffassung führen die späteren Schriften Gehlens dann in einer Weise näher aus, die unverkennbar von dem Motiv bestimmt ist, revolutionäre Veränderungen der Gesellschaft abwehren zu helfen. Und in dem Zusammenhang taucht das Schlagwort von der "Verunsicherung der Institutionen" auf. Während nämlich Gehlen in der Völkerkunde, der Geschichtsschreibung, den Sozialwissenschaften, der Sozialpsychologie unablässig nach Beweisen dafür fahndet, daß die Antriebe des instinktarmen Menschen "formierungsbedürftig" seien, daß sie es nötig hätten, "auf Gleise gelegt" zu werden, daß sie unberechenbar ausarten und auswuchern müßten, wenn sie nicht von überindividuellen Mächten in eine sie disziplinierende Ordnung gepreßt würden, usw., schärft er seinen Lesern in immer neuen Wendungen sinngemäß ein: Wehe euch, wenn ihr duldet, daß jemand eure Institutionen "verunsichert"! (...)

Es ist klar: Wir befinden uns hier am extremen Gegenpol zur Neuen Linken; ein beredteres Plädoyer für die Bewahrung autoritärer Strukturen gibt es in der zeitgenössischen Soziologie bis dato nicht, und die Warnungen dieses Konservativismus umzukehren in den Kampfruf: "Auf, laßt uns die Institutionen verunsichern!" mußte einer Bewegung, die gegen den im Westen herrschenden Gesellschaftszustand aufbegehrt und in der linksradikale Soziologiestudenten große Aktivität entfalten, von vornherein naheliegen. Die Frage ist nur, ob die mit Gehlens Konzeption untrennbar verknüpften theoretischen Fehler dabei auf der Strecke geblieben sind, ob sie die Umkehrung nicht vielmehr wohlbehalten überstanden haben und nun Teile der Neuen Linken in stärkerem Maße desorientieren, als es mit dem ursprünglichen, konservativen Vorzeichen jemals möglich gewesen wäre. Um uns in dieser Beziehung Klarheit zu verschaffen, müssen wir eruieren, worin die Fehler bestehen.

Abstraktion und Herzenswünsche

Gehlen erliegt zunächst dem Irrtum, vorauszusetzen, daß Institutionen, die an bestimmte historisch-transitorische Verhältnisse gebunden sind, sich überhaupt unter anthropologischen, d.h. vom Geschichtsprozeß abstrahierenden Gesichtspunkten beurteilen ließen (...) Für derartige Ordnungsstrukturen, in ihrer historischen Konkretheit, ist die Anthropologie durchaus unzuständig. Sie adäquat auf den Begriff zu bringen, ist einzig Sache der Gesellschaftswissenschaften, und ihr Wert oder Unwert hängt nicht vom Grad ihrer Zuträglichkeit für "den" Menschen ab, sondern davon, ob in den Geschichtsperioden, in denen sie anzutreffen sind, durch sie die Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft gefördert oder gehemmt wird. So wie es der Fehler der Aufklärungsphilosophie des 18. Jahrhunderts war, den historisch überlebten Institutionen des Feudalismus vorzuwerfen, sie seien mit der Natur des Menschen unverträglich - wären sie es wirklich, so hätte es sie nie gegeben -, ebenso setzt der Konservativismus sich, damals wie heute, prinzipiell ins Unrecht, sobald er für Institutionen, die er nicht missen möchte, in Anspruch nimmt, die Natur des Menschen bedürfe ihrer. (...)

Wer die Vernichtung einer Institution mit der Begründung fordert, sie habe aufgehört, Entwicklungsbedingung der Produktivkräfte zu sein, gibt damit zu, daß sie dies einst gewesen ist, ihr also zu anderer, früherer Zeit Daseinsberechtigung zukam, und so denken nur Marxisten. Der klassische Anarchismus hat derartige Argumente immer verschmäht. Wenn er plausibel machen wollte, warum eigentlich Herrschaft, Unterordnung, Macht, Autorität, Ausbeutung beseitigt zu werden verdienten, dann hat er stets auf irgendwelche anthropologischen Abstraktionen gepocht, freilich nicht, wie Gehlen, auf "Mängelausstattung" und "Instinktreduktion", wohl aber, im Denkstil der Aufklärung, auf die Natur des Menschen, auf die Würde des Menschen, auf die allgemeinmenschliche Vernunft, auf den Freiheitsdrang und das Solidaritätsgefühl, die angeblich jedem normalen Menschen innewohnen, usf. (...)

Je abstrakter und allgemeiner die Faktoren sind, auf die der Anarchismus die Notwendigkeit totaler Umwälzung des Bestehenden gründet, desto konstanter sind sie auch, desto eher kann er sie daher immer und unter allen Umständen zu pseudowissenschaftlicher Untermauerung seiner Herzenswünsche heranziehen. Den gleichen guten Dienst leistet die Abstraktheit der anthropologischen Kategorien dem Konservativismus aber auch. (...)

Das "Kardinalverbrechen" des Faschismus

Gehlens ärgster, die Neue Linke am meisten desorientierender Fehler liegt darin, daß sein Institutionsbegriff praktisch uferlos ist - sogar ein Briefwechsel zwischen Freunden fällt darunter -, so daß die abstrakt-pauschale Apologetik der Institutionen dem Leser die Vorstellung einer Unzahl von Faktoren gleicher gesellschaftlicher Bedeutsamkeit suggeriert, die - vermeintlich - beziehungslos nebeneinander stehen. Das so entstehende Bild der Gesellschaft ist grundverkehrt: Die komplexen, historisch-konkreten Gesellschaftsordnungen, in welche die Institutionen stets integriert sind, kommen darin überhaupt nicht vor. (...)

Daß die bestehenden Eigentumsverhältnisse Institution sind und daher um der "Kultur unserer Instinkte und Gesinnungen" willen zu schützen, wird von Gehlen meist emphatisch betont, mitunter aber auch schamhaft verschwiegen, je nachdem, wie es seinem Konservativismus in den Kram paßt. Ganz und gar nicht paßt es ihm in den Kram, falls die in der Bundesrepublik so heiklen Themen deutscher Vergangenheitsbewältigung zur Debatte stehen. Da heißt es dann (...) so unverbindlich vielsagend und allgemein wie möglich: "Und das haben wir erlebt, was aus den Menschen wird, wenn sie aus ihren Institutionen herausgezwungen werden und diese der Willkür anheimfallen!" (3) (...) Plötzlich soll das Kardinalverbrechen des Faschismus darin bestanden haben, daß durch ihn "die Menschen aus ihren Institutionen herausgezwungen" wurden.

Aber so pauschal stimmt das einfach nicht. Jede konkrete, unvoreingenommene, die Eigentumsfrage nicht, wie Gehlen, umgehende Analyse des Hitlerfaschismus ergibt, daß dieser die Institutionen des alten Deutschland, soweit sie mit den Interessen der reaktionärsten, aggressivsten, ökonomisch stärksten Kräfte von Schwerindustrie, Hochfinanz und Junkertum verknüpft waren, nicht nur nicht "verunsichert", sondern in einem Maße bewahrt, gefestigt und ausgebaut hat wie kein Regime vor ihm und daß nur solche Institutionen seinen Willkürakten ausgesetzt bzw. gänzlich vernichtet worden sind, die dem im Wege standen, wie namentlich die in der Weimarer Verfassung verankerten demokratisch-parlamentarischen Herrschaftsformen oder das in den bürgerlichen Revolutionen der Neuzeit geschaffene, formell auf Gleichheit basierende Recht. Plebejische Elemente im Nazitum, die - vielleicht - imstande gewesen wären, das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln zu "verunsichern", wurden von Hitler blutig liquidiert, ehe sie auch nur allererste Schritte hatten tun können. Dies war der klassenmäßige Sinn des großen Präventivmassakers vom 30. Juni 1934, das nur vollendete, was mit Papens Staatsstreich gegen die sozialdemokratische Preußenregierung, mit Görings Reichstagsbrandstiftung, mit der terroristischen Unterdrückung der Kommunisten, dem Verbot der Sozialdemokratie, der Zerschlagung der Gewerkschaften begonnen worden war: Nicht "die" Institutionen im allgemeinen wurden "verunsichert", sondern die großen Monopole, fest gegründet auf die sehr bestimmte Institution "kapitalistisches Eigentum", fraßen eine andere, ebenfalls sehr bestimmte Institution, nämlich das Recht, einfach auf.

"Ausartungsbereitschaft"

Wie gesagt: Soweit der zitierte Ausruf Gehlens auf den historischen Sachverhalt Faschismus suggestiv anspielt, ist vom Eigentum mit keinem Sterbenswörtchen die Rede. Hinter dem alles und nichts bedeutenden Begriff "die Institutionen" wird es versteckt. (...) Gleich darauf aber, wo es sich darum handelt, aus dem, was "wir erlebt" haben, die nötigen Lehren zu ziehen, holt Gehlen das Eigentum flugs wieder aus dem Versteck hervor und zählt es nun, zusammen mit dem Recht und der monogamen Familie, ganz ungeniert unter denjenigen Institutionen auf, ohne die "der" Mensch, "zurückgeworfen auf die Unsicherheit und Ausartungsbereitschaft seines Antriebslebens", "primitivisieren", d.h. zum Barbaren, zur Bestie herabsinken müßte. (4) Unversehens erliegt so der Leser dem Eindruck, der Faschismus habe durch "Verunsicherung" aller beliebigen Institutionen, darunter natürlich auch des kapitalistischen Privateigentums, die Menschen zu Bestien gemacht, also gelte es, um der Menschlichkeit des Menschen willen, alle beliebigen Institutionen, darunter wieder das kapitalistische Privateigentum, vor "Verunsicherung" zu schützen. (...)

Adorno kehrt das Vorzeichen um

Wird man diese Ideologie nun los, wenn man sie einfach umstülpt wie einen Handschuh, der danach der Linken so gut paßt, wie er davor der Rechten paßte? Wird man sie dadurch los, daß man dem abstrakt-pauschalen Lob der Institutionen eine abstrakt-pauschale Kampfansage an sie entgegensetzt? Die Frage stellen heißt sie verneinen. Das Vorzeichen auszuwechseln hilft gar nicht, solange der theoretische Kardinalfehler der Gehlenschen Konzeption nicht behoben ist, solange es dabei bleibt, daß das von ihr suggerierte Nebeneinander gleichrangiger, gleich bedeutsamer Faktoren die je konkreten gesellschaftlichen Totalitäten mitsamt der sie determinierenden ökonomischen Basis, den Produktionsverhältnissen, verstellt. Es ist dieses undialektische, antimarxistische Nebeneinander, das methodologisch bei Gehlen die den Klassencharakter des Faschismus wegzaubernde Eskamotage (Taschenspielerei; Anm. ak) ermöglicht. Es ist dasselbe Nebeneinander, das die Neue Linke der Gefahr neoanarchistischer Verzettelung ihrer Kräfte aussetzt. Wobei im einen wie im anderen Fall vom Wesentlichen, vom geschichtlich Relevanten abgelenkt wird, was im einen wie im anderen Fall der Bourgeoisie über Verlegenheiten hinweghilft und der Stabilisierung des Kapitalismus nützt. (...)

Es ist hier nicht der Ort, philologisch zu verfolgen, auf welchem Wege, durch welche geistesgeschichtlichen Vermittlungen hindurch die Formel von der «Verunsicherung der Institutionen«, mit subversivem Vorzeichen versehen, zum Kampfruf rebellischer Aktivitäten werden konnte (...). Wenigstens erwähnt werden sollte jedoch, daß daran wahrscheinlich die 1964/65 über den Rundfunk ausgestrahlten Diskussionen zwischen Arnold Gehlen und einem Denker beteiligt gewesen sind, der bei den linksoppositionellen westdeutschen Studenten, den Bahnbrechern der sich wenige Jahre später bildenden APO, zu der Zeit noch in höchstem Ansehen stand: Theodor W. Adorno. (...) Im Mittelpunkt der erwähnten Rundfunkkontroversen, zumal der zuletzt (1965) übertragenen, stand das Thema "Wert und Unwert der Institutionen". Adornos und Gehlens Auseinandersetzung darüber blieb, natürlich, in dem Sinne ergebnislos, daß keiner den anderen zu überzeugen vermochte. Doch auch in anderer Hinsicht war sie unergiebig: Sie trug in keiner Weise dazu bei, dem oppositionellen Teil der philosophisch interessierten Intelligenz in der Bundesrepublik eine situationsgerechte politische Orientierung zu geben. Das aber lag daran, daß Adorno auf der ganzen Linie versagte. Adorno unterzog weder den Gehlenschen Institutionsbegriff, dessen Abstraktheit und Uferlosigkeit, historisch-materialistischer Kritik, noch entlarvte er die aus ihm notwendig resultierende politisch-ideologische Irreführung, sondern begab sich selbst auf den Boden der anthropologisierenden, die Produktions- und Klassenverhältnisse ausklammernden Soziologie seines Gegners, um auf dieser - methodologisch gemeinsamen - Basis den hoffnungslosen Versuch des Aufbaus einer extremen Gegenposition zu unternehmen. Die Institutionen, so erklärte er sinngemäß, seien dem Menschen nicht, wie Gehlen meine, zuträglich; im Gegenteil, sie vergewaltigten das Individuum zu Anpassungen, die zur Erstickung und zum Verlust seines besseren Selbst führen müßten; die autonome Subjektivität der Person werde durch sie, durch den von ihnen ausgehenden Zwang unterdrückt; ihr autoritäres, repressives Wesen rechtfertigen zu wollen sei daher inhuman, usf. - lauter Feststellungen, die ersichtlich ebenso abstrakt und geschichtsfern sind wie die konservative Apologetik, die sie - sehr vergeblich - zu entkräften glauben. Anzufangen war damit nichts.

Kritiklos akzeptierte Adorno das für Gehlens Soziologie bezeichnende Nebeneinander gleich bedeutsamer Institutionen. Infolgedessen mußte er es sich versagen, seinen Diskussionspartner höflich darauf aufmerksam zu machen, daß es eines ist, eine institutionalisierte Errungenschaft der Zivilisation wie, sagen wir, die Schulpflicht der Kinder in Frage zu stellen, und etwas ganz anderes, Eigentumsverhältnisse abschaffen zu wollen, die erwiesenermaßen die Ursache von Aggressionskrieg und Völkermord sind. Das eine wie das andere ließ er, ganz im Stile Gehlens, auf dieselbe Ebene rücken, so daß der Geschmack des Zuhörers sich aussuchen mochte, was besser wäre: beide Institutionen, aus Abneigung gegen den Krieg, zu "verunsichern" oder gleichfalls beide, aus Bejahung der Schulpflicht, vor "Verunsicherung" zu schützen. (...)

Komfortable Pseudoradikalität

Adorno als Anarchisten zu bezeichnen, wäre absurd (...); von revolutionärer Ungeduld, dem unabdingbarsten Kriterium anarchistischer Einstellung, (kann) bei ihm nicht entfernt die Rede sein. Wirklich charakteristisch für seine Position - und für die Frankfurter Schule insgemein - ist etwas ganz anderes: die Kunst, einen zahmen Liberalismus in rebus politicis zu verbinden mit ungeheurer Radikalität in Fragen, die gesellschaftlich dermaßen peripher sind, daß die Herrschenden sich durch sie nicht im geringsten beunruhigt zu fühlen brauchen. Ob Adorno gegen die diskriminierende Behandlung der Straßenhuren protestierte (5) oder die These aufstellte, nach Auschwitz könne kein Gedicht mehr geschrieben werden, es war immer dasselbe, und

auf genau dieser Linie, der Linie der sehr bequemen, sehr komfortablen Frankfurter Pseudoradikalität, liegt auch die totale Absage an "die" Institutionen, mit der er Gehlen entgegentrat. (...)

Was aber richtet revolutionäre Ungeduld in den Köpfen der von ihr Befallenen an? Es wäre nur die halbe Wahrheit, zu sagen, daß sie sie dazu verleitet, sich über die Möglichkeit sofortiger Revolution Illusionen zu machen und infolgedessen an die Effektivität nicht-legaler, gewaltsamer Methoden Erwartungen zu knüpfen, die bei Abwesenheit einer objektiv revolutionären Situation auch wieder nur enttäuscht werden können. Revolutionäre Ungeduld will außerdem stets auch sämtliche Bereiche der Gesellschaft zugleich, mit einem Schlage umwälzen, nur weil in ihnen allen in der Tat die inhumanen Auswirkungen von Ausbeutung, Unterdrückung und Manipulation anzutreffen sind. Und eben auf Grund dieses zweiten Fehlers, dieser mehr extensiven Übereiltheit pflegt den solcherart Ungeduldigen jedes Augenmaß dafür abzugehen, daß es innerhalb des bestehenden reaktionären, repressiven Gesellschaftssystems, eben weil es Systemcharakter hat, eine gesetzmäßige Präponderanz ganz bestimmter Institutionen gibt, die dem Vorgehen der Revolutionäre, ihrer Strategie und Taktik, bei Strafe sonst unausbleiblichen Scheiterns die Einhaltung einer entsprechenden Reihenfolge der zu unternehmenden Schritte vorschreibt. Sie müssen sich zuerst auf die Eroberung der politischen Macht und danach auf die Abschaffung der kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse konzentrieren, alles weitere ist sekundär. Setzt nun, in Ermangelung dieser "Einsicht in die Notwendigkeit", der vermeintlich gegen das Ganze sich richtende Angriff an vielen beliebigen, diffusen Punkten des Systems direkt an, statt den Umweg über die Politik, über den Kampf um die Macht im Staat zu nehmen, und ist es obendrein, aus Überdruß an der frustierenden Wirkungslosigkeit bloßer Worte, ein Angriff in Gestalt von extravaganten Handlungen, die die Herrschenden schlicht provozieren und möglichst zugleich der herbeigesehnten Auflehnung der Massen zündende Beispiele antiautoritären Verhaltens vorführen sollen, dann entsteht Propaganda durch die Tat, und die ist substantiell immer anarchistisch. (...)

Sexuelle Libertinage und politischer Aufruhr

Erst recht kommt dem Anarchismus das verschwommene Gerede über Institutionen im allgemeinen zupaß: Es macht der Beliebigkeit, mit der die "Propaganda durch die Tat" ihre Angriffsobjekte auswählt, ein theoretisch gutes Gewissen. Und hier nun ziehen der echte Konservativismus Gehlens und der falsche, der Pseudo-Radikalismus Adornos, unter gegenseitiger Beteuerung der Unversöhnlichkeit ihrer Divergenzen, am gleichen Strang. Man bedenke: Die Monogamie teilt die Eigenschaft, Institution zu sein, mit der herrschenden Staatsverfassung. Nicht anders als diese sollte die monogame Familie also, Gehlen zufolge, vor "Verunsicherung" bewahrt bleiben, (6) während, umgekehrt, der Adornoschen Beanstandung des repressiven Wesens der Institutionen zu entnehmen ist, daß auch sie es verdient hat, dem "Verunsichern" anheimgegeben zu werden. Was heißt das? Nichts anderes, als daß sexuelle Libertinage und politischer Aufruhr so oder so, für verwerflich oder für lobenswert erklärt, auf dieselbe Stufe gesellschaftlicher Bedeutsamkeit rücken, daß der Rangunterschied, der zwischen ihnen besteht, zur quantitée negligéable herabsinkt. Beides, gleichermaßen, gilt ja als revolutionär! Und da es in der Manier dann immer weitergeht, da vom hartnäckigen Schuleschwänzen bis zur Rocker-Kriminalität, von schlichter Ungewaschenheit bis zum Sprengstoffanschlag kaum etwas zu nennen wäre, was nicht als "Verunsicherung" irgendeiner Institution interpretiert werden könnte, unterliegt der Begriff revolutionären Verhaltens einer Ausweitung, von der Münzer und Cromwell, Robespierre und Lenin allerdings keinen blassen Schimmer hatten. Die Politik, versteht sich, kommt darüber leicht abhanden: Im Meer der Institutionen geht sie unter. Es ist das gleiche Meer, in das wir einerseits Gehlen den Klassencharakter des Hitlerfaschismus hinabversenken sahen und aus dem andererseits Adorno die enorm gewichtigen Anlässe seiner kulturkritischen Stilübungen, die leider diskriminierten Straßendirnen etwa, herauszufischen liebte. Womit abermals gesagt ist, daß die sogenannte "Umfunktionierung" genau das an der "umfunktionierten" Formel stehen läßt, was diese bürgerlich benutzbar macht; im vorliegenden Fall: Sie läßt die Suggestion des Nebeneinanders vermeintlich gleichrangiger Faktoren stehen, durch welche die Präponderanz derjenigen konkreten Institutionen, auf die es ökonomisch und politisch ankäme, außer Sicht gerät.

Wolfgang Harich

Anmerkungen:

(1) Arnold Gehlen, Der Mensch. Seine Natur und seine Stellung in der Welt, 1. Aufl., Berlin 1940. Nach 1946 mehrere umgearbeitete Auflagen.

(2) A.a.O., 8. Aufl., 1966, S. 381 ff., bes. S.404.

(3) Arnold Gehlen, Urmensch und Spätkultur, Bonn 1956, S.118.

(4) A.a.O., S.119.

(5) Theodor W. Adorno, Eingriffe, Frankfurt/M. 1963, S.99 ff., bes. S. 107 f.

(6) Arnold Gehlen, Urmensch und Spätkultur, a.a.O., S. 75, 84, 217 ff., 281, 284.

Wolfgang Harich: Zur Kritik der revolutionären Ungeduld. Eine Abrechnung mit dem alten und dem neuen Anarchismus, Berlin (Verlag 8. Mai) 1998, 168 Seiten, 14,80 DM

39. Rotbuch gegen Schwarzbuch. Rezension des Anti-Schwarzbuchs von Mecklenburg und Wippermann

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:01

Auf das "Schwarzbuch des Kommunismus" (vgl. ak 419) folgte ein Anti-Schwarzbuch, herausgegeben von Jens Mecklenburg und Wolfgang Wippermann - eine Streitschrift gegen das mit dem Schwarzbuch verfolgte politische Projekt: die Relativierung des Holocaust und die Delegitimierung der Linken.

Im Vorwort stellen die Herausgeber die Frage, ob das Schwarzbuch als "Medienereignis" oder als "neue Etappe des keineswegs beendeten Historikerstreits" zu begreifen ist, und ob es darin eher um "geschichtswissenschaftliche" oder "geschichtspolitische" Fragen gehe. Eine rhetorische Frage - das Anliegen der Schwarzbuch-Autoren ist offensichtlich politisch: Es geht ihnen nicht nur um die Diskreditierung der "linken Idee" und die Verkündung der "Totalitarismustheorie", sie wollen auch den "während des ‚Historikerstreits` keineswegs nur von Linken vertretenen Konsens aufkündigen, wonach der Holocaust das zentrale und vielleicht sogar singuläre Makroverbrechen dieses Jahrhunderts war."

Letzteres gilt insbesondere für Stéphane Courtois, dessen provokatorische Thesen daher in mehreren Beiträgen ein ums andere mal zitiert und widerlegt werden - ein legitimes, aber ermüdendes Verfahren. In den Beiträgen von Wolfgang Wippermann (",Rassen-Genozid` gleich ‚Klassen-Genozid`") und Brigitta Huhnke ("Die Singularität des Holocaust") ist zu diesem Thema alles Nötige gesagt. Matthias Küntzel und Hermann L. Gremliza wiederholen die Courtois-Zitate, verflachen aber die politische Kritik. Küntzel setzt die "neue deutsche Linke" auf die Anklagebank: Diese habe "ihr Verständnis von Links-Sein schon immer auf eine Weigerung gestützt, dem Volk der Täterinnen und Täter tatsächlich ins Gesicht zu sehen." Dazu wäre wohl die "antinationale" Brille nötig - und die Bereitschaft, die eigene ",kommunistische` Vergangenheit auch als den Versuch einer Flucht vor Auschwitz zu interpretieren". Auf Argumente, die diese bizarre These stützen könnten, verzichtet der Autor.

Während Küntzel die ganze "neue deutsche Linke" in den großen Sack der Auschwitz-Verdränger steckt, sind bei Gremliza vor allem die "Maoisten" die Übeltäter: "Die paar deutschen Maoisten, die mehr im Sinn hatten als Rabbatz auf dem Campus und den Eltern ein Wohlgefallen, hätten in einer Telefonzelle Platz gefunden. Dasselbe gilt für ihre französischen Kameraden." Alte Feindschaft rostet nicht, allein der politische Verstand des "Polemikers" (Gremliza über sich) nimmt auf Dauer Schaden.

Die LeserInnen des Anti-Schwarzbuchs werden durch einige gute bis vorzügliche Beiträge entschädigt. Was Wippermann schreibt, hat Hand und Fuß; auch die Aufsätze von Bernhard Schmid (über die Schwarzbuch-Autoren und über die französischen Reaktionen), Mario Keßler (über die angebliche "Einheit des Kommunismus") und Rudolf Walther (über die "Legende von der linken Lebenslüge") sind fundiert und lesenswert. Aus dem Beitrag von Mark B. Tauger wurde schon in ak 419 zitiert. Tauger belegt, daß die 6 Millionen Hungertoten in der Sowjetunion (1932/33) nicht zu den "Mordopfern des Kommunismus" zu zählen sind.

Etwas aus dem Rahmen fällt der Artikel von Daniel Bensaid, Mitglied des ZK der trotzkistischen Ligue communiste révolutionnaire (LCR). Bensaid schildert die Geschichte der Sowjetunion als Geschichte von Klassenkämpfen. Der Sieg der stalinistischen Fraktion der KPdSU sei der Sieg der Konterrevolution und markiere einen "Bruch, eine eindeutige Diskontinuität sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik". (Was auf eine andere Diskussion verweist: Die noch ausstehende historisch-kritische Würdigung des "Konterrevolutionärs" Stalin, der zugleich Massenmörder und Befreier war.)

Am Ende des Anti-Schwarzbuchs steht Mecklenburgs und Wippermanns Resümee, in dem die Kritik am Schwarzbuch zusammengefaßt wird: "Kritisiert wird einmal, daß die kommunistischen Verbrechen keineswegs immer überzeugend nachgewiesen werden. Kritisiert wird zweitens, daß die kommunistischen Verbrechen nur beschrieben und nicht vor dem jeweiligen historischen Hintergrund interpretiert und erklärt werden. Kritisiert wird drittens, daß die Anprangerung der Verbrechen des Kommunismus an der Macht der Delegitimierung der

gesamten Linken dient. Kritisiert werden schließlich viertens die im wörtlichen Sinne aufrechnenden Vergleiche mit dem Holocaust, dessen singuläre historische Bedeutung damit relativiert wird."

Fazit: "Die in unserem Titel gestellte Frage, ob es einen ‚Roten Holocaust` gegeben hat, muß eindeutig verneint werden." Dem ist ohne Einschränkung zuzustimmen.

Js.

Jens Mecklenburg und Wolfgang Wippermann (Hrsg.): "Roter Holocaust"? Kritik des Schwarzbuch des Kommunismus; Konkret Literatur Verlag, Hamburg, 294 Seiten, 39 DM

40. Alle Jahre wieder: Wir wollen keine Schokolade, wir wollen 40.000 DM

Autor: ak- Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak420/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:40

Wie jedes Jahr zur Weihnachtszeit haben wir nur einen einzigen Wunsch. Und in diesem einen Wunsch spiegeln sich auch diesmal einige der besonderen Qualitäten unserer Zeitung wider: die Konzentration aufs Wesentliche; präzise auf den Punkt gebrachte, gründlich durchdachte und verständlich formulierte Einsichten, die zukunftsweisende Perspektiven eröffnen - und die gekonnte Anwendung einer materialistisch fundierten Analyse der bestehenden Verhältnisse:

Wir brauchen Geld. Und zwar viel Geld.

Lieber Weihnachtsmann, 40.000 DM müssen her, sonst gibt's uns bald nicht mehr; Geldsack, komm in unser Haus, sonst ist's mit ak bald aus, so oder ähnlich originell würden wir sicherlich mit dem uns eigenen sprachlichen Witz das Christkind becircen, wenn wir uns nicht dafür entschieden hätten, die Welt zwar nicht ohne Lebkuchen, aber doch ohne himmlische Heilsphantasien begreifen zu wollen. Nein, wir wollen in jeder Hinsicht irdische Erlösung resp. Befreiung - und deshalb, liebe LeserInnen, können wir euch die Adventspoesie zwar ersparen - den Appell aber leider nicht.

Sparen wollen wir aber auch nicht mit Dank. Daß das Erscheinen dieser Zeitung nicht möglich wäre ohne die Beitragszahlungen der Ex-KB-Mehrheits- und anderer GenossInnen und ohne die solidarische Beteiligung unserer LeserInnen an der alljährlichen Spendenkampagne, das wissen wir. Und neben unserem zutiefst herzlichen "Dankeschön" an dieser Stelle bemühen wir uns natürlich weiterhin, die Zeitung in guter und langjähriger Tradition qualitativ hochwertig, radikal links, tief- und hintergründig zu halten.

Zu diesem Zwecke beschäftigen wir hier bezahlte und unbezahlte RedakteurInnen, die aber wohl ohne die regelmäßige, aktive und tatkräftige Unterstützung vieler, vieler unbezahlter GenossInnen bisweilen ziemlich dumm aus der Wäsche gucken würden. Und weil wir wie immer nicht nur den bewährten traditionellen ak-Standard halten, sondern beim Lauf der Zeit vorneweg dabeisein wollen, haben wir dieses Jahr unsere Redaktion erheblich verjüngt, feminisiert und erweitert, und zudem (ob da ein kausaler Zusammenhang besteht, sei an dieser Stelle ausgeklammert) befinden wir uns aktuell im verschärften Kampf gegen die Bleiwüste, weil wir natürlich wollen, daß das Lesen unserer Zeitung eines schönen Tages nicht nur fürs Hirn, sondern auch fürs Auge ein Erlebnis ist.

Kurz und gut: Denkt nicht nur zur Weihnachtszeit an uns und eure Zeitung. Geiz verdirbt den Charakter!

ak-Redaktion

Spenden-Konto:

Robert Gatermann

Postbank Hamburg

BLZ 200 100 20

Konto: 464584204

Am einfachsten den beiliegenden Überweisungsträger verwenden!

41. Quelldatei 35.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak420/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:35

Verstaatlichung

einer Partei

Welchen Preis die Grünen für die Regierungsbeteiligung zu zahlen bereit waren, haben sie in den letzten Wochen zur Genüge deutlich gemacht. Wer angesichts dieser Verrenkungen nicht das Interesse verloren hat, sollte Paul Tiefenbachs Buch "Die Grünen. Verstaatlichung einer Partei" lesen. Darin beschreibt der ehemalige Bremer Bürgerschaftsabgeordnete die Auflösung der Basisdemokratie innerhalb der Grünen, den Abschied vom Selbstverständnis als Anti-Parteien-Partei und die Herausbildung einer Gruppe von Berufspolitikern, die zunehmend nach der Logik staatlichen Handelns agierten und am Ende die Grünen erfolgreich in eine Regierungspartei verwandelten. Die Darstellung ist überzeugend, kommt sie doch ohne den Vorwurf des Verrats aus. Überzeugend ist sie auch deshalb, weil sie Alltagserfahrungen aufgreift, die jeder schon gemacht hat, der (partei-)politisch gearbeitet hat. Trotzdem bleibt ein fader Beigeschmack. Das liegt vor allem daran, daß sich Tiefenbach auf den Parteisoziologen Richard Michels stützt. Der hatte Anfang des Jahrhunderts die Wandlung der Sozialdemokratie untersucht. Dabei entwickelte Michels sein "ehernes Gesetz der Oligarchie", dem zufolge politische Parteien unweigerlich eine berufsmäßige Führergruppe hervorbringen, die ihre Herrschaft über die Mitglieder errichten und im Staatsapparat aufgehen. Michels bezieht sich allein auf das Innenleben der Partei, gesellschaftliche Aspekte spielen kaum eine Rolle. Tiefenbach folgt leider in diesem Punkt Michels. Sozioökonomische Entwicklungen tauchen in seiner Untersuchung nicht auf. Indem Tiefenbach solche Aspekte ausklammert, beschreibt er nur, wie, aber nicht warum die Grünen sich so verändert haben. Insofern leistet seine Untersuchung leider keinen Beitrag für die notwendige Erneuerung linker Politik jenseits von plattem Antiparlamentarismus und Regierungseuphorie.

Paul Tiefenbach: Die Grünen. Verstaatlichung einer Partei. PapyRossa-Verlag, Köln, 224 Seiten, 28 DM

DDR-Wissenschaftler

über den Faschismus

Es ist ja wahr: Wer vom Kapitalismus nicht reden will, soll auch vom Faschismus schweigen. Im Themenheft "Antifaschismus" der Kommunistischen Plattform in der PDS allerdings wird diese banale Erkenntnis in die fragwürdige Gleichung transformiert: Realsozialismus gleich Antifaschismus. "Die Erziehung in der DDR war antifaschistisch", erfahren wir in dem Beitrag von Ellen Brombacher, Heinz Marohn und Gerald Schwember; und: "In puncto Solidarität ging es weltoffen zu." Letzteres wird die überwiegende Mehrheit der "Vertragsarbeiter" aus Vietnam oder Angola wohl ein bißchen anders gesehen haben. Die besondere Anfälligkeit der ostdeutschen Jugend für rechtsextreme Neigungen erklären die drei AutorInnen mit "Wenderepressionsschädigung"; eine Mitverantwortung der DDR gibt es aus ihrer Sicht nicht. Während Kurt Pätzold, führender Faschismus-Experte der DDR, auch selbstkritische Töne anklingen läßt, wandelt sein Kollege Kurt Gossweiler unverdrossen auf Dimitroffs Spuren. Aus der NS-Geschichte leitet er überraschende Lehren für die Tagespolitik ab, die von der Redaktion zwecks Beherzigung durch die KPF-GenossInnen in einem extra Kasten vergrößert wiederholt werden: Die "DDR-Verunglimpfungen" und "unsäglichen Entschuldigungen" der Genossen Bisky und Gysi leiten "Wasser auf die Mühlen" der Nazis. Woraus folgt: Den "wahren" Antifaschisten erkennen wir auch heute an seiner Begeisterung für die DDR - vorwärts mit der kommunistischen Platt-Form!

Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, Heft 10/1998 (Nr. 104; Thema: Antifaschismus; Hrsg. Bundeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform der PDS, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin; 46 Seiten, 3 DM

NS-Vernichtungswirtschaft

Nach der gegen Schweizer Banken gerichteten Raubgoldkampagne sind jetzt auch Deutsche und Dresdner Bank sowie der Degussa-Konzern unter Druck geraten. Degussa war die Drehscheibe eines besonderen Umschmelzungskreislaufs: Hier wurden die Edelmetalle, die man den ghettoisierten und ermordeten Juden geraubt hatte, gegen Provisionen in handelsfähige Form umgegossen. Erst dadurch wurde deren

Weiterverwertung für die Beschaffung strategisch wichtiger Rohstoffe und Devisen möglich. Karl Heinz Roth belegt in der neusten Ausgabe der Zeitschrift 1999 mit mehreren Dokumenten, daß Degussa und Deutsche Bank entgegen anderslautenden Aussagen über die Herkunft ihrer schmutzigen Ware sehr gut informiert waren. In einem anderen Beitrag stellt er gemeinsam mit Florian Schmalz neue Dokumente zur Vorgeschichte des IG-Farben-Werks Auschwitz-Monowitz vor. Sie ermöglichen Antworten auf die Frage, welche Rolle das Konzentrationslager Auschwitz bei der Standortwahl gespielt hat. Angelika Ebbinghaus hat den sogenannten "Zyklon-B-Fall" untersucht. Dieser Prozeß gegen Führungskräfte der Firma Tesch & Strabow, die das Giftgas Zyklon B an mehrere Konzentrationslager geliefert hat, endete 1946 mit zwei Todesurteilen. Ein zweiter thematischer Schwerpunkt des Heftes ist dem Jahr 1968 gewidmet. München ist praktisch ein weißer Fleck auf der politischen Landkarte, wenn es um die Studentenbewegung geht. Dem will Stefan Hemler abhelfen. Er hat die Entwicklung der Studentenvertretung der Ludwig-Maximilians-Universität in den Jahren 1965 bis 1969 untersucht und zeigt, daß hier nicht der SDS den Ton angegeben hat, sondern der Liberale Studentenbund. Ein Kommentar von Karl Heinz Roth und zwei Buchbesprechungen sind ebenfalls dem Jahr 1968 gewidmet.

1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, Heft 2, 1998, Verlag Peter Langer, Bern, Einzelheft 35,- DM, Abo 60,- DM.

Studien zur Geschichte des Holocaust

Das Lager Auschwitz-Monowitz war das erste von einem Privatunternehmen initiierte und finanzierte Konzentrationslager. Die IG Farbenindustrie AG ließ es für fünf Millionen Reichsmark errichten, um die dort untergebrachten Häftlinge vor allem auf der Baustelle für eine Fabrik zur Produktion von synthetischem Gummi und Benzin einzusetzen. Von den insgesamt 35.000 Häftlingen, die für die IG Farben Zwangsarbeit leisten mußten, wurden mindestens 25.000 Opfer der "Vernichtung durch Arbeit". Ende Oktober haben sich etwa 80 Überlebende des Lagers auf Einladung des Fritz Bauer Instituts - Studien- und Informationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust in Frankfurt am Main getroffen (ak wird in der nächsten Nummer darüber berichten). Im Vorfeld hat das Institut einen Schwerpunkt seines Newsletter (Nr. 15, Herbst 1998) dem IG-Farben-Werk Auschwitz gewidmet. Die pädagogische Arbeit des Instituts wird u.a. mit einem Bericht über eine Tagung "Gedenken, Interkulturalität und Jugendkultur in der deutschen Einwanderungsgesellschaft" dokumentiert. Dort wurde u.a. die Frage diskutiert, ob mit der Festschreibung der Deutschen als Kollektiv der Schuldigen die "Fremden" nicht ebenso ausgeschlossen würden wie durch eine positive nationale Identifikation. Die Rubrik "Forschung" enthält einen Bericht über die Transkription des Tonbandmitschnitts des ersten großen Auschwitz-Prozesses Anfang der sechziger Jahre, über ein Symposion zu den Reaktionen westdeutscher Autoren auf diesen Prozeß und über das monatlich stattfindende Forschungskolloquium des Instituts. Außerdem bietet Newsletter eine Fülle von Ausstellungs- und Buchrezensionen sowie einen umfassenden Veranstaltungskalender zu den Themen des Instituts. Newsletter wird kostenlos an Interessenten verschickt. Es lohnt, ihn zu bestellen.

Newsletter. Informationen des Fritz Bauer Instituts, Rheinstraße 29, 60325 Frankfurt am Main, Tel.: 069-975811-0, Fax: 975811-90, e-mail: info@fritz-bauer-inst.f.shuttle.de

Einwanderungsdebatte

in den USA

In der Debatte über Einwanderung gibt es einen großen Unterschied zwischen den USA und der BRD: In den USA wird das Selbstverständnis als Einwanderungsgesellschaft nicht in Frage gestellt. Illegalisierte konnten dort bis Anfang der 90er Jahre auch ohne Aufenthaltspapiere leben und arbeiten. Ihre Kinder konnten zur Schule gehen - niemand fragte nach Aufenthaltstiteln. Eltern bekamen für ihre in den USA geborenen Kinder einen US-amerikanischen Paß - auch wenn sie selbst keine Papiere hatten. Die Geburt eines Kindes gab ihnen die Möglichkeit, sich zu legalisieren. Gerade die rechtlichen Mindeststandards von Illegalisierten galten deutschen Antirassisten lange Zeit als wegweisend. Verschlechtert haben sich die (Über-)Lebensbedingungen für Illegalisierte in den USA erst mit dem Ende des Kalten Krieges. Michael Schülting zeichnet den gesellschaftlichen Diskurs nach, der diese Veränderungen begleitete. Die Neuorientierung der US-amerikanischen Einwanderungspolitik sei, so Schültings zentrale These, keine Reaktion auf die tatsächlich stattfindende Einwanderung. Die sich verändernden Auswirkungen der internationalen Migration auf die USA seien von einem rechtskonservativen Diskurs instrumentalisiert worden: "In dem Maße, in dem das Feindbild

des Kommunismus durch die Feindbilder aus der 3. Welt ersetzt wurde, wurden Einwanderer aus der 3. Welt generell als Bedrohung der amerikanischen Lebensart begriffen." In Schültings Büchlein werden die verschiedenen Einwanderungsgegner dargestellt: von rechtsextremen Kreisen bis hin zu Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern. Schade ist allerdings, daß der Untersuchungszeitraum schon 1996 endet.

Michael Schülting, Migration und Rassismus: Die Einwanderungsdebatte in den USA; PapyRossa-Verlag, Köln, 158 Seiten, 28 DM

42. Quelldatei 38.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak420/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:38

Kalender

Türkei - BRD

Im Rahmen des Wanderkirchenasyls haben das Kölner Netzwerk "kein mensch ist illegal", das Ökomenische Netzwerk Asyl in der Kirche NRW sowie die Flüchtlingsräte NRW und Niedersachsen eine Rundreise mit Nazmi Gür, dem Generalsekretär des IHD (Menschenrechtsverein in der Türkei), organisiert. Wir können noch auf folgende Termine hinweisen:

Gelsenkirchen: 21.11, 19.30 h, Ev. Lukaskirchengemeinde, Eppmannsweg 32d; Bremen: 22.11., 19 h, Haus kirchlicher Dienste, Holler Allee 75; Göttingen: 23.11., 20 h, St.-Michael-Gemeinde, Kurze Str. 13a (Innenhof); Aachen: 24.11, 20 h, Gemeindehaus der Ev. Kirchengemeinden, Michaelstr. 6-10; Osnabrück: 25.11., 19 h, Priesterseminar des Generalvikariats, Am Domhof.

Unter Vorbehalt

Die Forschungsgruppe Wuppertaler Widerstand widmet sich in einer Ausstellung und mit zwei Veranstaltungen dem Thema der jüdischen Emigration während des NS-Faschismus und der späteren Rückkehr nach Westdeutschland.

Wuppertal, "Unter Vorbehalt - Rückkehr aus der Emigration", Ausstellung im Autonomen Zentrum, 1.12. - 13.12., Wiesenstr. 11; 23.11., 19.30 h, "Die Geschichte meines Lebens", Lesung mit Christoph Knüppel; 7.12., 19.30 h, "kommunistische Jugendliche in Wuppertal 1916-36, Milieu und Widerstand", Buchvorstellung. Beide Veranstaltungen in der Begegnungsstätte Alte Synagoge, Genügsamkeitsstraße.

Esoterik und Faschismus

Seit einigen Jahren boomt die Esoterik-Szene. Immer häufiger dienen esoterische "Weisheiten" zur angeblichen Findung ökologischer, privater und auch wissenschaftlicher Problemlösungen. Hinter der Sehnsucht nach einer harmonischen und wohlgeordneten Welt stehen jedoch teilweise rechte bis faschistische Ideologien. Diavortag zum Thema von Jan Raabe. Zur Vertiefung der Thematik wird zusätzlich noch vom Antifa-Arbeitskreis an der FH Düsseldorf und der Arbeitstelle Neonazismus ein Workshop angeboten.

Düsseldorf, 24.11, 19.30 h, Diavortrag; 25.11., 10 - 14 h, Workshop, beides im Bürgerhaus Bilk, Himmelgeisterstr. 107a.

"Euthanasie" oder Selbstbestimmung?

Aus Anlaß des "Welttages der Rechte der behinderten Menschen" am 3.12. wird der "Journalist und baldige Jurist" Oliver Tolmein zu den neuen Richtlinien der Bundesärztekammer zur "aktiven Sterbehilfe" sprechen. Welche Richtung schlagen die Bundesärztekammer und aktuelle Gerichtsurteile ein? Handelt es sich dabei um einen Dammbruch zur "Euthanasie" oder um Schritte hin zu mehr Selbstbestimmung?

Hamburg, 2.12., 19 h, "Autonom Leben e.V.", Langenfelder Str. 35

Gernika

Die Bombardierung und Zerstörung der baskischen Stadt Gernika (span. Guernica) durch die deutsche "Legion Condor" im spanischen Bürgerkrieg erregte weltweites Entsetzen. Heidi Dettinger, Baskenlandexpertin, geht der Traditionspflege der Bundeswehr zu diesem Thema nach, die sich bis tief in die 90er Jahre "unverkrampft" auf die Mordtaten der faschistischen Schergen bezog. Titel der Veranstaltung: Legion Condor, Gernika und deutsche Traditionspflege.

Hannover, 2.12., 20 h, Schaufelder Str. 30, Bürgerschule.

Reichtum in Deutschland

Auf der Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung soll die Bilanz der Umverteilungspolitik der 80er und 90er Jahre gezogen werden. Darüber hinaus sollen aber auch Möglichkeiten diskutiert werden, wie eine Umkehrung der herrschenden Verteilungsrichtung erreicht werden könnte. Informationen und Anmeldung:
Hans-Böckler-Stiftung, Ralf Guthoff, Fax 0211/7778-4123

Bochum, 3./4.12., Stadtpark Gastronomie

Zapatisten im Wendland

Das nächste Treffen des Zapatistischen Netzes in Europa findet im Wendland statt. In fünf bis sechs Arbeitsgruppen sollen an einem Wochenende verschiedene Themen diskutiert werden: Wie kann die Politik der EZLN in Europa begleitet und unterstützt werden? Struktur des europäischen Netzes, Erfahrungsaustausch aus der Unterstützungsarbeit vor Ort; 5. Jahrestag des Aufstandes; Beteiligung an Aktionen gegen den Neoliberalismus.

Informationen und Anmeldung (bis 30.11): wiwa wendland, c/o Kerstin Rudek, An der Kirsche 13, 29282 Kuesten, wiwawend@mail.nadir.org.

Goehrde Wendland, 4.-6.12., Bildungszentrum Jagdschloß Goehrde.

Trittin wird's richten?!

Davon wird beim 3. bundesweiten Arbeitstreffen des Forum NRO (Nichtregierungsorganisationen) und Gewerkschaften sicherlich nicht ausgegangen. Wolfgang Ehmke wird in einem Kurzreferat mit dem Titel "Wie sicher ist der Atomausstieg?" dazu Stellung nehmen. Die Arbeitstagung steht unter dem Motto "Lobbyarbeit Atomausstieg - Energiewende - Arbeitsplätze".

Hannover, 5.12., 11-16 h, DGB-Haus, Otto-Brenner-Str. 1.

Sittsamer oder wölfischer Widerstand?

"Die Beute", seit neuestem Halbjahresschrift für Politik und Verbrechen "Neue Folge", bringt Vorträge, Diskussion und Dancefloor nach Nordhessen.

Petra Sitte, Fraktionsvorsitzende der PDS in Sachsen-Anhalt, und L.U.P.U.S. sollen sich in einem ersten Teil den Neonazis im Osten zuwenden und über mögliche politische Gegenstrategien streiten.

Danach ist Bewegung zu Elektropop und Techno angesagt. DJ Melanie aus Hamburg wird die Platten auflegen. Nix ist umsonst, deshalb 5 DM Eintritt.

Marburg, 8.12, 20 h, Kulturladen KFZ, Schulstraße 6.

Parnass' Gerichtsreportagen

Peggy Parnass liest aus ihren Gerichtsreportagen, die sie in den siebziger Jahren für "Konkret" geschrieben hat.

Hamburg, 11.12, 30 h, Thalia Theater, Alstertor

43. Schily setzt auf Kanthernuität

CD-Datei: daten/aksuche/ak420/schily.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:schily

Doppelte Staatsbürgerschaft und erleichterte Einbürgerung versprechen Rot-Grün in der AusländerInnenpolitik. Immerhin wird das fast 100 Jahre geltende Abstammungsrecht endlich reformiert - die "Jungen Wilden" der CDU und die FDP scheiterten noch an Kohl und Schäuble. Ansonsten wird es unter Rot-Grün keine weiteren Schritte in Richtung Gleichstellung von MigrantInnen geben.

In der Flüchtlingspolitik wird der neue Innenminister Schily nicht an der Kantherschen Politik rütteln. Was er in der Opposition sagte, interessiert ihn nicht mehr. Zur Enttäuschung von Organisationen wie Pro Asyl, Bürgerrechtsorganisationen und den Kirchen wird Rot-Grün nichts am Asylbewerberleistungsgesetz ändern. Noch die alte Regierung hatte dessen Anfang Oktober in Kraft getretene Novelle beschlossen. Seitdem werden immer mehr Asylsuchende aus dem Leistungsempfang ausgeschlossen. Seite 25

Erfahrungen mit Rot-Grün - wenn auch nur auf Länderebene - haben die im Kirchenasyl befindlichen kurdischen Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen. Deren Versuch, das Wanderkirchenasyl nach Baden-Württemberg auszuweiten, scheiterte am Stuttgarter Bischof Kasper. Der drohte ausgerechnet am 9. November mit der Räumung einer Kirche, falls die Flüchtlinge nicht "freiwillig" gingen. Bislang sind die Angebote der NRW-Regierung nicht erfolgversprechend. Zum Wanderkirchenasyl

Seite 27

Wenig erfolgreich blieben auch die Versuche von Taxifahrern aus Zittau, ihre Haftstrafen abzuwenden. Da sie Menschen ohne Papiere befördert haben, gehen sie nun in den Knast. Eine Folge der Kriminalisierung von TaxifahrerInnen in der Region ist, daß sie nun keine "ausländisch" aussehenden Menschen mehr mitnehmen. Seite 27

44. "Arbeit macht das Leben süß"

CD-Datei: daten/aksuche/ak420/titelarb.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:420:titelarb

... so süß wie Maschinenöl, sangen früher Rio Reiser und Ton, Steine, Scherben. Und "Arbeit macht krank" war mal eine durchaus verbreitete politische Parole aus den 70er und 80er Jahren. Was alt ist und unmodern klingt, ist allerdings auch im Zeitalter der "atmenden Fabrik", der "schlanken Produktion" und der Zweit- und Drittjobs immer noch richtig. Bei Opel in Bochum schleppt sich ein Arbeiter mit 40 Grad Fieber ans Band und kann nur nach massiver Intervention von Kollegen dazu gebracht werden, doch besser das Bett zu hüten, als Astras zu montieren. Steigerung der Produktivität um jeden Preis ist mehr denn je oberstes Diktat des kapitalistischen Produktionsprozesses. In dem Maße, wie Flexibilisierung zum Synonym für Arbeitsverdichtung und ausgedünnte Belegschaften geworden ist, nehmen die körperlichen und psychischen Belastungen in den Betrieben stetig zu. Gleichzeitig baut "Lean Production" auf olympiareife Beschäftigte, Krankheit ist ein zu minimierender Kostenfaktor.

In der Intensität, wie Arbeitskraft verbraucht wird, gibt es kaum noch Unterschiede zwischen größeren Betrieben oder den vielen ausgelagerten Zulieferklitschen und den prekären Beschäftigungsverhältnissen der Mc-Jobs. Auch dies ist ein Indiz dafür, daß die Trennung zwischen "normaler" und "prekärer" Arbeit verschwimmt. "Prekarität ist überall", sagt Pierre Bourdieu und weist auf den allgemeinen Einbruch existentieller Unsicherheit in alle Bereiche der Arbeit hin. Doch das "Wunder" der französischen Erwerbslosenbewegung zeigt, daß Prekarisierung nicht unbedingt Ohnmacht bedeuten muß. Nach den spektakulären Aktionen des letzten Winters wird dort jetzt eine Debatte geführt, die vor zehn Jahren auch hier die Erwerbslosenszene beschäftigt hatte: Arbeit und/oder Existenzgeld ?

Wie in den Unternehmen die Hatz auf Kranke organisiert wird, lesen Sie auf Seite 12

Pierre Bourdieu zu Prekarisierung auf Seite 13

Zur französischen Diskussion um Arbeit und Einkommen sowie Tips und Tricks für prekär Beschäftigte auf Seite 14